

8122

III

Memoriały Michała Bobnyłskiego do dziejów Turcji Smiatowej.

Memoriały, mowy, projekty ustaw, Varia

Memoriały austriackie i wzm. stęgiennia.

Streng geheim!

25 8 1915
XT

Broschüren „Zur Polenfrage“, 1. und 2. Teil.
(Auszug.)

von Loewenfeld
Por. Arkenau 467

Im Nachfolgenden werden auszugsweise zwei Broschüren wiedergegeben, die unter dem Titel „Zur Polenfrage“, 1. und 2. Teil, mit dem Aufdrucke „Streng vertraulich“ und dem Vermerke der Drucklegung bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W., von deutscher Seite verbreitet werden.

Zur Polenfrage, 1. Teil.

Kap. I führt bezüglich der Manifeste des OPNK. und des Polenklubs anlässlich der Besetzung von Warschau aus: „Diese Kundgebungen haben in der polnischen Presse, namentlich auch der „mit Spannung erwarteten Aussprache des Königreiches Polen“, nicht den Wiederhall gefunden, den jene Kundgebungen erwarteten. Zum Teile sind sie in den leitenden, außerhalb Oesterreichs erscheinenden Blättern, einer vollkommenen Absage begegnet. Hiezu

werden als Beispiel zitiert: „Kuryer Warszawski“, „Dziennik Poznanski“, „Nowa Gasetta“.

Kap. II. „Die Bedenken gegen den polnischen Pufferstaat“:

Die Rede des Reichskanzlers könne nur so gedeutet werden, „daß die Lösung der polnischen Frage nur so erfolgen darf, daß sie Deutschland die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet“.

a) Es fehle jede Gewähr dafür, daß ein Königreich Polen Deutschland die notwendigen wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bieten könne. b) Militärisch: „Ein Pufferstaat soll kein Daunenkissen, sondern ein Schwert sein. Oesterreich war nicht imstande, dem Anprall der russischen Heere Widerstand zu leisten; wie soll dies Polen tun? Wie soll Polen selbständig die polnischen Festungen wieder herstellen und ein großes polnisches Heer ausrüsten und dauernd unterhalten?“ Folgt ein Hinweis auf das Schicksal Belgiens. Es böte daher ein selbständiger polnischer Staat Deutsch-

land auch keine militärische Sicherheit.
c) Politisch: Die Allpolen verlangen ein polnisches Reich „vom Meer zum Meere“ und selbstverständlich auch die polnischen Teile Preußens. Das polnische Reich würde „ein Herd innerer Unruhen und ein Spielball der Politik der angrenzenden Großmächte werden, in welchem der Rubel rollen würde“. Gegenwärtig gäbe es in Polen ein russisch und ein österreichisch gesinntes Lager. Die Bildung eines Pufferstaates Polen würde den Keim zu einem neuen Kriege Rußlands gegen Deutschland zur Folge haben, in welchem die Polen voraussichtlich die Verbündeten Rußlands sein würden.

Kap. III. „Die Abrechnung mit Rußland.“

Punkt 1 und 2. Betonung der Notwendigkeit einer gesicherten Ostgrenze, „also im Südosten die Weichselgrenze bis Nowogeorgiewsk, dann die Narew-, Bobr-, Njemenlinie mit allen daranliegenden Festungen und deshalb auch mit allen dahinter liegenden acht Weichsel-Gouvernements“. Hiezu wird in einer Randnote bemerkt: „Ob die Pilizagrenze genügend

Sicherheit für Deutschland bietet, haben militärische Fachmänner zu entscheiden; bejahenden Falles hätten wir nur sechs Weichsel-Gouvernements zu annektieren.“

An die Njemenlinie anschließend, käme für Deutschland im Norden noch der Raum bis zur Linie Kowno-Libau in Betracht.

Da Rußland nicht in der Lage sei, Kriegsentschädigung in barem zu leisten, müsse es die angegebenen Gebiete abtreten. Dagegen erhielte es jedoch die Ostseeprovinzen mit Riga und Lithauen, ferner Wolhynien zurück, seine Lebensinteressen blieben daher unberührt.

Punkt 3 erbringt den Nachweis, daß die annektierten Provinzen unter deutscher Herrschaft – ungeachtet der Schwierigkeiten der Uebergangszeit für die Industrie – wirtschaftlich aufblühen werden. Eine Vertretung Polens im Reichstage käme für absehbare Zeit nicht in Frage, höchstens je ein Vertreter für jedes Gouvernement (wie derzeit in der Duma). Dagegen polnischer Landtag, der über Schule, Kirche, Amtssprache, Recht, Verwaltung, Steuern u.s.w. zu bestimmen hätte. Wehr-

pflicht wie in Elsaß-Lothringen. Freizügigkeit nach Deutschland könnte zunächst nicht gewährt werden. Schließlich findet sich dort folgender Absatz: „Und wer unter dem Hinweise auf Elsaß-Lothringen und Posen glaubt, daß wir die polnischen Länder nicht zu behandeln verstehen; dem sei gesagt, daß die politischen Fehler bei der Behandlung jener Provinzen nicht wiederholt zu werden brauchen und daß trotz dieser Fehler die polnischen und Elsaß-Lothringer Regimenter in diesem Kriege im vollen Maße ihre Pflicht getan haben, während in Ostgalizien gegen Oesterreich, dessen Geschick bei Behandlung anderer Nationalitäten jetzt laut gerühmt wird, in umfangreichem Maße Verrat geübt und ganze Regimenter zum Feinde übergegangen sind.“

Punkt 4. „Die österreichischen Polen verlangen das ungeteilte Polen – für Oesterreich! Aber nicht Oesterreich, sondern in der Hauptsache wir haben Polen erobert. Mit welchem Recht mutet man uns zu, dieses mit dem Blute unseres Volkes eroberte Land an Oesterreich zu verschenken? Eine solche Lösung ist mit dem

Lebensinteresse Deutschlands unvereinbar!“

Die österreichischen Polen verlangen „im Verbands der österreichisch-ungarischen Monarchie“ ein selbständiges, freies und unabhängiges, souveränes Polenreich. Für ein solches gelten im wesentlichen dieselben Bedenken wie gegen den polnischen „Pufferstaat“. Es würde bald die polnische Oberschichte zur Macht gelangen und diese würde gewiß deutschfeindlich sein und ihre Aspirationen auch auf Preußisch-Polen ausdehnen. Für ein polnisches Heer, das Oesterreich gewiß schaffen würde, fehlen in Polen selbst die Mittel „und Oesterreich, dessen Mittel für sein eigenes Heer immer zu knapp waren, wird kaum in der Lage sein, dauernd durchgreifend hier zu helfen.“

„Die Ueberlassung Polens an Oesterreich ist daher eine mit der Sicherheit Deutschlands unvereinbare Maßregel.“

Punkt 5. „Oesterreich gebührt eine Entschädigung für seine Opfer, aber nicht auf Kosten der Sicherheit Deutschlands.“ Vereinbar mit dieser ist die Ueberlassung der polnischen Landesteile rechts der Weichsel, die nach Umfang etwa ein Drittel,

nach Volkszahl ein Viertel Polens umfassen, eventuell auch noch die Länder links der Weichsel bis zur Pilica, was auf eine ziemlich gleiche Teilung hinausliefe. Im Verhältnis zu den von beiden Staaten gebrachten Opfern und in Erwägung dessen, daß wir für Oesterreich Galizien, Teile der Bukowina und Ungarns zurückerobert haben, erscheint dies als nicht nur gerechte, sondern Oesterreich begünstigende Teilung, zumal unser polnischer Besitz auch für Oesterreich ein wichtiger Schutz ist.“

Punkt 6. „Gewisse österreichische Politiker fordern unter der Begründung, Oesterreich sei von Rußland (vielleicht Druckfehler?, dürfte Deutschland gemeint sein) in diesen Krieg hineingerissen worden und habe für Deutschland Schlesien und Berlin gerettet, ganz Polen für Oesterreich und drohen eventuell mit dem Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland. Oesterreich ist nicht wie die Entente durch Vertrag am Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland gehindert. Trotzdem ist die Drohung nicht effektiv, denn ihre Durchführung hängt nicht von

Oesterreich allein ab, würde in Oesterreich unüberwindlichen Widerstand finden und ist mit den österreichischen Interessen unvereinbar.“ a) Rußland ist zum Kriege veranlaßt worden durch die österreichische Orientpolitik. Zwischen Rußland und Deutschland bestehen keine unüberbrückbaren Gegensätze.... Wesentlich die Tatsache, daß Deutschland „in Nibelungentreue“, „in schimmender Wehr“ in den Orientfragen zu Oesterreich stand, hat Rußland zum Kriege gegen Deutschland veranlaßt. Rußlands Ziel ist auf die Zerstörung Oesterreichs und der Türkei gerichtet, mit diesem Ziele aber ist ein Sonderfrieden mit Oesterreich unvereinbar.“ b) Hier folgen verschiedene Anführungen, welche die Bewunderung aller Nationen Oesterreich-Ungarns für den „schlichten Heldenmut“ etc. der Deutschen nachweisen sollen, woraus der Schluß gezogen wird, daß demnach kein österreichischer Staatsmann den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland wagen dürfte. c) Führt aus, wieviel vorteilhafter es dagegen für Rußland wäre, wenn Deutschland mit ihm einen Sonderfrieden schließen

würde und endet mit dem Satze: „Muß Deutschland aber nicht daraus, daß eine solche Möglichkeit laut wird, mit Bezug auf seine ganze künftige Politik Oesterreich gegenüber seine Folgerungen ziehen?“

(Gemeint ist Sonderfriedensabsicht Oesterreich-Ungarns.) d) Ein Sonderfriede Oesterreichs mit Rußland wäre gleichbedeutend mit Oesterreichs dauernder demütigender Abhängigkeit von Rußland.

Punkt 7 spricht sich gegen die Erwerbung von Kurland, Esthland und Livland, sowie ganz Lithauens aus, weil Deutschland, wenn es sich mit Rußland infolge solcher Abtretungen dauernd zum Feinde machte, „abgesehen von den Beziehungen zur Türkei auf das Bündnis mit Oesterreich unbedingt angewiesen wäre und nach den Erfahrungen dieses Krieges stets gewärtig sein müßte, Oesterreich gegen Rußland zu verteidigen und sich auf einen neuen Krieg für Interessen vorzubereiten, die nicht die seinigen sind.“ Schon Bismarck habe davor gewarnt, „Deutschland mit dauernden Revanchegehlüsten Rußlands zu belasten“ und „die überwältigende Mehrheit der politisch urteilsfähigen Deutschen würde

leidenschaftlich den Gedanken zurückweisen, daß Deutschland in der Lage, Frieden zu schließen, den Krieg fortsetze, um Polen für Oesterreich zu erlangen.“ „Solange wir Polen im Besitze haben,“ heißt es weiter, „liegt die Entscheidung hierüber in unserer Hand.

Gefühlspolitik treiben wir nicht mehr.

Die polnische Frage kann nur unter dem Gesichtspunkte der Lebensinteressen Deutschlands gelöst werden und der für die Zukunft Deutschlands entscheidende Gesichtspunkt ist die Notwendigkeit der Erlangung einer gesicherten Ostgrenze, und, soweit möglich, die Vermeidung dauernder Revanchegeleüste Rußlands.“

Die Broschüre schließt mit folgendem, im Worlaute wiedergegebenen Nachworte:

„Gegenüber dem Programm des österreichischen Polenklubs und des OPNK., d.i. Vereinigung des ungeteilten Königreiches Polen mit Galizien als Königreich Polen im Verbande der habsburgischen Monarchie, haben sich die Politiker aus dem Königreiche Polen bei einer kürzlich stattgehabten Zusammenkunft mit den

galizischen Führern ablehnend verhalten. Sie wollen abwarten. Und dies entspricht auch sonst der in Warschau und im übrigen Königreiche herrschenden Stimmung. Die österreichischen Polen halten an ihrem Programme fest, sprechen aber offen aus, daß Oesterreich die ihm damit zugewiesene Aufgabe ohne eine große Kriegsentschädigung unmöglich durchführen könne und verweisen auf die finanzielle Schwäche Oesterreichs, auf den gegenwärtigen Stand der österreichischen Valuta (25. Oktober 1915: 100 Kronen = 71.75 Mark). Oesterreich könne Galizien und das Königreich Polen, wenn es nicht eine große Kriegsentschädigung erhalte, nicht wieder aufbauen, ohne finanziell zusammenzubrechen. In Oesterreich erwartet man auch für die nach dem Kriege notwendige innere Neuordnung vom Deutschen Reiche Rat und Hilfe. Ein Bismarck hätte, falls er sich dieser ebenso gefährlichen wie undankbaren Aufgabe unterzogen hätte, die Arbeit vielleicht leisten können; ob Oesterreich jetzt auf deutsche Staatsmänner zählen kann, die den Willen und die Kraft haben, die Lösung einer solchen

Aufgabe zu übernehmen, darf man billig bezweifeln; und ebenso zweifelhaft ist, ob Oesterreich eine große Kriegsschädigung erhalten wird. Oesterreich dürften daher für die Aufgabe, das zerstörte „ungeteilte“ Polen aufzubauen, zu organisieren, zu rüsten und gegen Rußland zu verteidigen, ebenso die Mittel wie die Männer fehlen.“

Zur Polenfrage, 2. Teil.

Während die erste Broschüre ungefähr Ende Oktober erschienen ist, dürfte der zweite Teil etwa Mitte Dezember 1915 in Druck gelegt worden sein.

I. Feste Kriegsziele.

In der Rede des Reichskanzlers vom 9. Dezember 1915 hat derselbe hervorgehoben, „daß die Sicherung unserer Grenzen, die Sperrung der Einfallstore, das Leitmotiv unseres künftigen Friedensprogrammes bilden werden“. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die Einverleibung Polens in das Deutsche Reich – so unerwünscht sie sonst vielleicht sein mag – als politisch notwendiges Uebel.

II. Abgrenzung.

Deutschland hätten zuzufallen: die Gouvernements Suwalki, Plock, Kalisz, Petrikau, Radom, Kielce, ferner das halbe Gouvernement Lomza und der größte Teil des Gouvernements Warschau mit Warschau. Für Oesterreich-Ungarn entfiere der rechts der Weichsel liegende Teil Polens, einschließlich des 1912 zu Rußland geschlagenen Gouvernements Cholm. Daher die Gouvernements Lublin und Siedlce, das halbe Gouvernement Lomza sowie ein Zehntel des Gouvernements Warschau. (Daraus geht hervor, daß in diesem zweiten Teile der Broschüre die Eventualität der Pilica-Grenze bereits fallen gelassen wurde.)

III. Statistische Daten über die beiden Teile.

Deutschland erhalte also: 88.000 Quadratkilometer und 9,000.000 Einwohner, Oesterreich 37.000 Quadratkilometer und 3,000.000 Einwohner; (dies ergibt für Deutschland 0·7 Flächeninhalt, für Oesterreich 0·3; ferner 0·75% Bevölkerung für Deutschland, 0·25% für Oesterreich).

IV. Künftige Staatsverfassung.

Das abzutretende Gebiet wird mit

dem Deutschen Reiche für immer vereinigt. Die Verfassung des Deutschen Reiches tritt erst in einem späteren Zeitpunkte daselbst in Wirksamkeit; bis dahin provisorische Verfassung mit drei Stadien. Erst im dritten Stadium erhält Polen jene Zugeständnisse, die im ersten Teile der Broschüre angeführt sind.

V. Freizügigkeit.

Die Einführung derselben für Polen nach Deutschland empfiehlt sich zunächst nicht.

VI. Zoll- und Handelsgebiet.

Enthält einen Hinweis auf die bedeutende Konkurrenz, die der deutschen Industrie und Landwirtschaft bei sofortiger Einbeziehung Polens in das deutsche Zollgebiet erstehen könnte; daher müsse Polen noch zehn Jahre lang dem russischen Zolllarif unterworfen bleiben.

VII. Schule und Sprache.

In den katholischen Volksschulen polnische Unterrichtssprache mit Deutsch als Lehrgegenstand, Mittel- und Fachschulen ausschließlich deutsche Unterrichtssprache. In den Hochschulen Gleichberechtigung der polnischen und deutschen

Sprache.

VIII. Option und Militärwesen.

Nach Muster von Elsaß-Lothringen.

IX. Nachteile und Vorteile.

Allgemeine Betrachtung darüber, daß Deutschland ebenso wie Polen bei der vorgeschlagenen Lösung der Polenfrage trotz gewisser Schwierigkeiten nur gewinnen können.

X. Schluß.

„Eine Aenderung der geschilderten Zukunftsgrenze – etwa durch Verzicht auf Warschau oder die links der Weichsel gelegenen Gouvernements Radom und Kielce – wäre von unermeßlichem Nachteil und dringend abzuraten. Der einzige Zentralpunkt, von welchem aus eine geordnete Verwaltung stattfinden kann, ist Warschau. Es ist historisch, wirtschaftlich und kulturell mit dem Lande links der Weichsel verankert. Die Hauptstadt mit fast 1 Million Einwohner ist für Handel und Verkehr stets von größter Bedeutung gewesen. Das breitspurige russische Eisenbahnnetz endet in Warschau. Eine solche Stadt, hart an der Grenze in russischer Hand, wäre für Deutschland ein ewiger und

unkontrollierbarer Herd von feindlichen Umtrieben. Die Festung Nowogeorgiewsk und die Industriestadt Lodz sind von Warschau völlig untrennbar. Nicht minder wichtig sind für Deutschland die Gouvernements Radom und Kielce. Nur der breite Weichselstrom schafft militärische Scheidung nach allen Seiten und Denkbareiten. Die Preisgabe desselben käme der Freilassung eines Einfallstores gleich, welches wirksam zu schließen Oesterreich-Ungarn dem russischen Koloß gegenüber allein nicht die Kräfte haben dürfte. Das ganze Gebiet links der Weichsel bildet eine volkswirtschaftliche Einheit und eignet sich überdies vortrefflich als Besiedlungsland. Die Regulierung des für den Schiffsverkehrs so wichtigen Weichselstromes bedingt, daß der Fluß in möglichster Länge einheitlich in deutscher Hand bleibe. Ohne Kielce und Radom wäre der Zuwachs ein Torso von zweifelhaftem defensiven Werte. Unsere Ostgrenze kann nur mit dem Weichselstrom für alle Zeiten ein solches Bollwerk werden, das den Gedanken einer Invasion ausschaltet.

Daher wäre hier Nachgiebigkeit von

208_g

Uebel, nur ganze Arbeit wird den gewünschten eisernen Riegel vorschieben zum Schutze unserer künftigen Geschlechter gegen die größte Militärmacht der Welt.“

Aus den vorstehenden Ausführungen geht hervor, daß Polen ein von der Natur äußerst reich bedachtes Land ist. Das Wertvollste, was es besitzt, sind die reichen Bodenschätze, die es in seinem südlichen Teile in seinem Schoße birgt: Kohle, Zink-, Blei- und Kupfererze. Schon diese Zusammenstellung zeigt, daß die Grundbedingungen für die nutzbringende Verwertung der einzelnen Mineralien im Lande selbst gegeben sind. Wenn trotzdem die polnischen Bodenschätze heute zum größten Teile noch der Ausbeutung harren und die Montanindustrie verhältnismäßig gering entwickelt ist, so liegt das in der Hauptsache an der Zugehörigkeit zu Rußland und den daselbst herrschenden Verhältnissen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in bezug auf die Landwirtschaft. Der Boden ist zum Teil außerordentlich fruchtbar und würde bei rationeller Bewirtschaftung reiche Erträge liefern. Weite Flächen werden jedoch ungenügend oder gar nicht ausgenutzt; sie sind versumpft und unkultiviert.

Auch die umfangreichen Forste harren zum Teil noch der intensiven Erschließung.

Dazu besitzt Polen eine gesunde, arbeitstüchtige und leicht zu erziehende Landbevölkerung, die einen starken Geburtenüberschuß liefert. Es verfügt also in reichem Maße über die Arbeitskräfte, die zur Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie nötig sind.

Äußerst ungünstig sind dagegen die Verkehrsverhältnisse. Die Eisenbahnen sind zur Zeit ganz unzureichend und im wesentlichen aus strategischen Gründen, nicht im Interesse des Aufschlusses des Landes erbaut.

Reich ist Polen dagegen an Wasserstraßen, die aber gleichfalls für den Verkehr bisher nur wenig nutzbar gemacht worden sind.

Die Grundlagen für die Entwicklung einer umfangreichen Industrie sind überall gegeben. Trotzdem hat sich diese nicht in gesunder Weise entwickeln können. Nur soweit sie, wie die Montanindustrie, die Zuckerfabriken pp., aus den natürlichen Quellen des Landes schöpfen konnte, ist sie eine gesunde. Die Industriezweige dagegen, die sich, wie der größte Teil der Textilindustrie, nur infolge der von Rußland aufgerichteten Zollschranken entwickelt haben, sind als künstlich zu betrachten und haben unter veränderten Verhältnissen keine Lebensfähigkeit.

Was die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen Polens zu Deutschland anlangt, so ergibt sich ohne weiteres, daß sie bisher nicht in dem Maße entwickelt sind, wie es den Bedürfnissen beider Länder entsprechen würde. Leider ist eine Waren-Ein- und Ausfuhrstatistik für Polen nicht vorhanden; man ist daher auf die Verkehrsstatistik der Eisenbahn (Anlage 2) angewiesen, die jedoch die Werte der Waren nicht angibt. Immerhin

ist aus ihr ersichtlich, daß schon jetzt gewisse Stoffe aus Polen nach Deutschland in großen Mengen exportiert werden, so vor allem Erze und Holz, ferner Mehl und Mühlenfabrikate sowie landwirtschaftliche Produkte, wie Gerste, Hirse, Sämereien, Flachs, Kleie und Ölkuchen. Sehr umfangreich ist ferner die Ausfuhr Polens nach Deutschland in Geflügel aller Art und Schweinen.

Aus Deutschland nach Polen wurden hauptsächlich Halb- und Fertigfabrikate ausgeführt, z. B. Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren, Dampfkessel, Zink, Garne, Leder, Lumpen, Düngemittel, in den letzten Jahren auch Roggen, Hafer, Öle. Bedeutend war die Ausfuhr stets in Steinkohle und Koks. Es ist also bemerkenswert, daß Polen schon jetzt trotz der hohen Zollschranken ein Importland wenigstens in gewissem Umfange für Deutschlands Industrien gewesen ist, während es seinerseits an Deutschland Rohprodukte aller Art abgegeben hat.

Ohne weiteres ist schon aus dem Vorstehenden ersichtlich, daß Polen unter allen Umständen für Deutschland außerordentlich begehrenswert ist; im folgenden seien aber noch einige besonders wichtige Momente, die unseres Erachtens unbedingt zu einer wirtschaftlichen Angliederung Polens an Deutschland zwingen, kurz hervorgehoben:

So hoch entwickelt unsere Landwirtschaft auch ist, so ist sie leider doch nicht in der Lage, den gesamten Bedarf des deutschen Volkes an Brotgetreide und Futtermitteln zu decken. Wir bedürfen deshalb unbedingt weiteren Bodens zur landwirtschaftlichen Nutzung, um in Hinsicht auf die Ernährung unseres Volkes gänzlich vom Auslande unabhängig zu werden; dieses ist schon aus dem Grunde erforderlich, damit in Zukunft auch in den Augen unserer Feinde ein Plan zur Aushungerung des deutschen Volkes nie wieder aufkommen kann. Diesen zur Zeit fehlenden Mehrbedarf decken zu helfen, ist Polen mit seinem wertvollen Ackerboden, der bei rationeller Anwendung neuzeitlicher Agrikulturtechnik weit größere Überschüsse wie jetzt abwerfen kann, äußerst geeignet.

Ebenso würde die deutsche Industrie durch die Angliederung eines so aufnahmefähigen Wirtschaftsgebietes ein größeres und gesicherteres Tätigkeitsfeld erhalten. Unerschlossene Gebiete sind auf dem Weltmarkte kaum noch vorhanden. Die Konkurrenz der verschiedenen Länder auf den weniger entwickelten Gebieten des Erdballs wird dauernd eine heftigere werden und insbesondere der deutsche Kaufmann wird nach dem Kriege im Auslande große Schwierigkeiten überwinden müssen, da die maßlose, andauernde Verhetzung, die Deutschlands Feinde getrieben haben, fast alle fremden Länder gegen Deutschland eingenommen hat und unsere Feinde selbst sich gewiß nach Kräften absperren werden. Es ergibt sich daher als zwingende Notwendigkeit, für Handel und Industrie im Inlande selbst einen breiteren Rückhalt zu schaffen. Hierzu ist aber Russisch-Polen mit seinen außerordentlichen Entwicklungsmöglichkeiten als aufnahmefähiges Absatzgebiet ganz besonders geeignet.

Der allgemeine Kulturzustand Polens ist zur Zeit noch ein niedriger. In den Städten fehlt Wasserleitung und Kanalisation, die Dächer sind mit Stroh gedeckt, die Stuben ungedielt und untapeziert etc. Eigentliche Mobilien, Haus- und Ackergeräte sind nur primitiv vorhanden. Die Eisenbahn-

stränge sind gering an Zahl und wenig leistungsfähig, ebenso verfügen die Bahnen über einen nur geringen Wagenpark. Falls das Land mit deutschem Kapital und deutscher Intelligenz befruchtet würde, würden sich auf allen Gebieten große, ungeahnte Bedürfnisse zeigen. Es kann somit keinerlei Zweifel unterliegen, daß die gesamte deutsche Industrie aus einer Angliederung Polens sehr erheblichen Nutzen ziehen würde.

Von ganz besonderer Wichtigkeit würde eine solche Angliederung aber für den oberschlesischen Industriebezirk sein, da dieser infolge seiner Lage am südöstlichen Zipfel des Deutschen Reiches stets mit großen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat. Von drei Seiten vom Auslande eng umschlossen, fehlt ihm ein natürliches größeres Absatzgebiet. Der Handel der oberschlesischen Grenzstädte ist daher besonders auf den Grenzverkehr zugeschnitten, in dem er ein Hauptmoment seiner Existenz findet, so daß die Erhaltung dieses Absatzgebietes für ihn zu einer Lebensfrage wird. — Die Beengung des Absatzes und der Mangel eines Hinterlandes hat des weiteren aber auch für die oberschlesische Montanindustrie zur Folge gehabt, daß sie trotz reicher Bodenschätze des Landes sich nur langsam und mühsam entwickeln konnte und von ihren westlichen Schwestern seit langem überholt worden ist. Welche Bedeutung eine leistungsfähige oberschlesische Industrie aber auch im Landesverteidigungsinteresse hat, zeigt sich besonders jetzt, wo Oberschlesien in umfangreichem Maße zur Deckung der Heeresbedürfnisse herangezogen wird. Alle Schwierigkeiten, die bisher die Entwicklung von Oberschlesien gehemmt haben, würden durch die Angliederung Polens an Deutschland, wenn auch nicht völlig beseitigt, so doch mindestens stark gemildert werden.

Von großer Bedeutung für unser gesamtes deutsches Wirtschaftsleben ist ferner die Arbeiterfrage. Von jeher haben Deutschlands Landwirtschaft und Industrie und insbesondere auch die oberschlesische Montanindustrie aus den benachbarten russisch-polnischen Gebieten Arbeiter bezogen. Schon vor dem Kriege machten sich jedoch in Rußland Bestrebungen bemerkbar, die Ausfuhr von Arbeitern nach Deutschland zu verbieten. Auch diese Gefahr kann lediglich durch eine Angliederung Polens mit Sicherheit beseitigt werden.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die Vorteile, die Deutschland die Weichsel bringen würde. Natürlich müßte zunächst eine sachgemäße Regulierung des Stromlaufes vorgenommen und dadurch ein reger Schiffsverkehr auf der Weichsel ins Leben gerufen werden. Mittels des Bromberger Kanals ist die Weichsel mit Westeuropa verbunden und mittels des Dnjepr-Bug-Kanals mit Mittel- und Südrußland und dem Schwarzen Meer. Von Süden her wird die Weichsel bald Anschluß an das österreichische Wassernetz erhalten, welches nach Osten mit dem Pruth und nach Westen mit der Oder, der Donau und der Elbe in Verbindung steht oder gebracht werden dürfte. Der Weichselstrom könnte demnach das Verbindungsnetz zwischen den größten Strömen Europas. und zwar dem Rhein, der Donau, der Elbe, dem Dnjestr und dem Dnjepr werden.

Von gleicher Bedeutung für die deutsche Industrie würde auch die Herstellung einer Schiffsfahrtsstraße, wenn auch mit geringeren Ausmaßen, auf der Narew-Bober-Linie sein. Der Boberfluß, aus dem Gouvernement

Suwalki kommend, steht in Verbindung mit dem Njemen und fließt in den Narew und dieser in den Bug. Diese ganzen Distrikte sind außerordentlich holzreich und es würde sich daher nach Herstellung einer brauchbaren Schifffahrtsstraße sehr bald eine lebhaftere Flößerei im sonstigen Verkehr entwickeln.

Nur kurz soll erwähnt werden, daß auch aus strategischen Gründen eine Abtrennung Polens von Rußland erfolgen muß. Soweit der deutsche Osten in Betracht kommt, muß für die Zukunft unbedingt dafür gesorgt werden, daß feindliche Einbrüche, wie sie Ost- und Westpreußen haben erdulden müssen und von denen Schlesien und Posen zeitweise bedroht waren, in Zukunft ausgeschlossen sind. Zum Schutze des Reiches und seiner östlichen Grenzprovinzen ist daher die Erwerbung von Vorgelände mit strategischer Grenzlinie erforderlich. Im übrigen wird auch von militärischer Seite betont, daß das Vorgelände der Festungen Breslau, Posen und Thorn der Erweiterung bedarf. Polen muß daher als Wall zwischen Deutschland und Rußland aufgerichtet werden. Alsdann wird die Bedrohung Deutschlands und der europäischen Kultur durch Rußland endlich ihr Ende erreichen.

In welcher Weise soll sich nun die Angliederung Polens an Deutschland vollziehen?

Ohne näher auf die staatsrechtliche Form, unter der eine solche erfolgen könnte, einzugehen, sei hier kurz erwähnt, daß es unseres Erachtens das Beste wäre, einen Staat nach Art der römischen Provinzen zu schaffen, der von Deutschland abhängig wäre. Das Militärwesen müßte Deutschland unterstellt werden; ebenso hätten sämtliche Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Wasserstraßen in den Besitz des Deutschen Reiches überzugehen oder müßten seinem unmittelbaren Einfluß unterstehen. Das Gleiche hätte für Post, Telegraph- und Kabelwesen zu gelten. Ebenso wäre es leicht, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen durch Zoll- und sonstige Verträge so zu ordnen, daß den Bedürfnissen der deutschen Industrie und Landwirtschaft wie den Bedürfnissen des Neulandes in vollem Umfang Rechnung getragen würde.

Auch die Errichtung eines selbständigen polnischen Reiches würde von dem hier im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen Standpunkte aus den Interessen Deutschlands nicht zuwiderlaufen, da es dann gleichfalls leicht wäre, bei der Gründung von vornherein dem deutschen Interessenstandpunkt Geltung zu verschaffen.

Um ein Übergreifen der nach dem Kriege zu erwartenden erneuten und verstärkten polnischen Agitation auf deutsches Gebiet zu verhindern, wäre es erforderlich, daß längs der deutschen Grenze ein rein deutsch zu besiedelnder Schutzstreifen geschaffen wird. Zu diesem Zweck müßten die daselbst ansässigen Polen weiter nach Kongreß-Polen hinein, bezw. in ein östlich Kongreß-Polen zu schaffendes Ansiedlungsgebiet verpflanzt werden und an Stelle des so ausgesiedelten polnischen Grundbesitzes müßten die deutschen Bauern Polens wie auch des weiteren Rußlands in den Schutzstreifen hineingezogen werden. Dadurch würde die Gefahr einer polnischen Agitation und eines verstärkten Hineinziehens der deutschen Ostprovinzen in diese Agitation zum mindesten stark abgeschwächt werden.

Eine Angliederung, bezw. wirtschaftliche Verbindung Polens mit Deutschland würde auch für Polen von großem Vorteil sein. Neue Industrien, wie Brennereien, Holzindustrien, Papierfabriken, Brauereien, Maschinenfabriken u.s.w. würden erstehen, die polnische Landwirtschaft und Viehzucht würde allmählich auf die Höhe der deutschen kommen und auch die Forstwirtschaft würde unter deutschem Einfluß zur Blüte gelangen; die meisten polnischen Industrien, insbesondere auch der Bergbau, würden sich weiter entwickeln.

Allerdings muß zugegeben werden, daß die polnische Textil- und Eisenhüttenindustrie hiervon wohl auszunehmen sind. Ihnen würde im Falle einer Angliederung Russisch-Polens an Deutschland und der Errichtung einer Zollschranke nach Rußland hin der Absatz nach dem eigentlichen Rußland entzogen werden und damit eine große Schwierigkeit für ihre weitere Lebensfähigkeit entstehen.

Bei der Textilindustrie vermag der Verlust eines Absatzgebietes von 160 Millionen Konsumenten durch die Absatzmöglichkeit nach Deutschland nicht ausgeglichen zu werden, zumal dieses auch wesentlich andere Bedürfnisse aufweist. Immerhin kann angenommen werden, daß die hochentwickelte Technik der meist modern eingerichteten Betriebe verbunden mit den billigen Arbeitskräften und den kaufmännischen Fähigkeiten der Unternehmer diesen Schwierigkeiten gewachsen sein und sie allmählich überwinden würde.

Dem Verlust des russischen Absatzgebietes würde im Falle einer Angliederung Polens an Deutschland als Aktivposten auch gegenüberzustellen sein das höhere Kulturniveau, der Eintritt sicherer Vertrags- und Rechtsverhältnisse, ein billigerer Kredit, Zollfreiheit des Hauptrohstoffes, bessere Verkehrsverhältnisse und ähnliche mit einer Angliederung an Deutschland verbundene Vorteile für Russisch-Polen, die bei der Bewertung industrieller Betriebe mit von Bedeutung sind.

Eventuell müßten in dem mit Rußland zu schließenden Handelsverträge Maßnahmen vereinbart werden, die einem Teil der polnischen Industrie — für eine Übergangszeit — noch die Möglichkeit eines Absatzes nach Rußland erhalten.

Auf die deutsche Textilindustrie würde der Hinzutritt der polnischen Industrie wohl auch nicht ohne Einfluß sein. Da aber die deutsche Industrie der polnischen überlegen ist, würden in dieser Hinsicht, zumal wenn der russische Markt für die polnische Industrie zunächst erhalten werden kann, besondere Befürchtungen einer allzu großen Konkurrenz wohl nicht zu hegen sein. Vielfach wird auch die Ansicht vertreten, daß im Falle einer Angliederung Russisch-Polens an Deutschland ein großer Teil der polnischen Industrie nach Rußland auswandern würde.

Für die polnische Eisenindustrie würde eine Angliederung Polens an Deutschland weitergehende Nachteile nach sich ziehen, da sie wohl zu einer teilweisen Stilllegung der Eisenwerke führen würde, soweit diese nicht zur Herstellung von Spezialartikeln übergehen. Die polnischen Hütten müßten sich nach einer Angliederung an Deutschland und im Falle der Wiederaufrichtung einer russischen Zollgrenze nach dem Westen derselben Hilfsmittel bedienen, wie die deutschen. Sie müßten also außer einheimi-

schen überwiegend schwedische Erze verarbeiten und würden diese bei ihrer Lage nur unter erhöhten Kosten heranbringen können. Sie würden also unwirtschaftlich arbeiten und könnten mit den deutschen Hütten nicht konkurrieren. Auch hier ließe sich allerdings durch vertragliche Abmachungen mit Rußland — wenigstens für eine Übergangszeit — die bisherige Absatzmöglichkeit erhalten.

Gewisse Schwierigkeiten würde der Anschluß Polens an Deutschland auch für die Zementindustrie im Gefolge haben, zumal der oben hervorgehobene Umstand, daß die polnischen Zementfabriken der deutschen Zementindustrie gegenüber zur Zeit nicht konkurrenzfähig sind, mit dem Moment, in dem den polnischen Fabriken die vollkommeneren deutschen Maschinen zollfrei zur Verfügung stehen, sein Ende erreichen würde. Die polnischen Fabriken liegen geographisch fast ausnahmslos so, daß sie, sobald sie zu Deutschland gehören und damit der Absatz nach Rußland in Fortfall kommt, wie oben ausgeführt, im großen und ganzen dasselbe Absatzgebiet wie die schlesischen Fabriken haben würden. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß dadurch eine gewaltige Überlastung des gemeinsamen Absatzgebietes der schlesisch-polnischen Fabriken eintreten würde. Diese Schwierigkeiten für die deutsche und die polnische Industrie können jedoch dadurch beseitigt werden, daß bei der Neuregelung der Zölle zwischen Deutschland und Rußland die Absatzmöglichkeit der deutschen und polnischen Fabriken nach Rußland durch zollfreie Einfuhr von Zement in Rußland gewährleistet wird, womit gleichzeitig der von der deutschen Zementindustrie seit langem beklagte und scharf bekämpfte Zustand beseitigt würde, daß die Einfuhr russischen Zements nach Deutschland zwar zollfrei erfolgen konnte, die Ausfuhr deutschen Zements nach Rußland aber einen Zoll von 0,12 Rubel pro Pud unterlag.

Wenn somit auch einigen polnischen Industrien durch einen Anschluß Polens an Deutschland gewisse Nachteile entstehen würden, so kann dadurch doch die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Anschlusses Polens an Deutschland nicht in Frage gestellt werden. Abgesehen davon, daß bei der Frage der zukünftigen Gestaltung Polens für Deutschland nur das Interesse der deutschen Volkswirtschaft maßgebend und entscheidend sein kann, sind überdies auch die einzelnen polnischen Industrien erwachsenden Nachteile gegenüber dem sonst für ganz Polen unter deutschem Einfluß zu erwartenden Aufblühen der weiteren Entwicklung nicht ins Gewicht fallend, zumal sie sich, wie wir gesehen haben, durch entsprechende Regelung der zukünftigen Handelsbeziehungen mit Rußland zum größten Teil auch beseitigen lassen. Ganz unverhältnismäßig schwerer würden die Schäden und Nachteile sein, die die deutsche Industrie und der deutsche Handel erleiden müßten, wenn Polen nicht an Deutschland käme, oder wenn im Falle der Errichtung eines selbständigen polnischen Reiches den Interessen Deutschlands nicht durch deutsche Oberhoheit Geltung verschafft würde.

So sehr dies aber auch immer von neuem betont werden muß, so muß leider allem Anschein nach doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß größere und wichtigere Teile Polens nicht an Deutschland, sondern an Österreich angegliedert werden. Schon jetzt ist zwischen den verbündeten

Staaten Deutschland und Österreich eine Teilung des besetzten Gebietes in der Weise erfolgt, daß die Grenze, an der Drei-Kaiserecke beginnend, sich zunächst in nördlicher Richtung der Warschau—Wiener Bahn entlang hinzieht, um alsdann nach Osten umzubiegen und in der Gegend von Tomaschow die Pilitza zu erreichen.

Es darf wohl erwartet werden, daß diese Grenze lediglich als ein Provisorium gewählt ist, da eine Bahnlinie niemals als eine geeignete Grenzlinie zwischen zwei Staaten anzusehen ist; einer die Grenze bildenden Bahn würde jede Möglichkeit einer weiteren Entwicklung und eines weiteren Ausbaues genommen oder zum mindesten durch die Notwendigkeit des Zusammenwirkens zweier Staaten außerordentlich erschwert sein.

Es muß aber auch aus allgemeinen deutschen Interessengründen gefordert werden, daß die Grenze des eventuell an Deutschland anzugliedernden Teiles Russisch-Polens erheblich weiter nach Osten hinausgeschoben wird, da Deutschland und insbesondere die oberschlesische Industrie sonst von jedem direkten Verkehr mit Rußland abgeschnitten wäre.

Verlangen die deutschen Interessen unbedingt, daß die Warschau—Wiener Bahn fest in deutschen Händen bleibt, so erscheint es doch äußerst fraglich, ob diese eine Bahnlinie den deutschen, insbesondere den oberschlesischen Interessen genügen würde. Bisher gehen, wie ausgeführt, von Deutschland nach Rußland 8 Eisenbahnlinien, von denen 7 durch Polen führen. Von österreichischer Seite dagegen führt nur eine Bahnlinie in polnisches Gebiet; das beweist u. E. zur Genüge, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, bzw. Russisch-Polen von jeher weit enger waren, als die zwischen Österreich und Rußland und läßt daher auch das Verlangen nach Aufrechterhaltung dieser Beziehungen als natürlich und begründet erscheinen.

Bei der künftigen Gestaltung der Verhältnisse Polens muß Deutschland daher auch über die Warschau—Wiener Bahn hinaus Einfluß auf die Eisenbahnverkehrswege, insbesondere auf die Weichselbahn über Iwanogorod erhalten. Dieser Einfluß kann Österreich gegenüber nur durch gleichzeitige Angliederung des entsprechenden Landesgebietes Polens an Deutschland sichergestellt werden, da andernfalls Österreich alles daran setzen würde, eine Benutzung der Bahnlinie durch Deutschland zu verhindern, um es, soweit nur irgend möglich, von seinen alten Handelsbeziehungen zu Rußland und Russisch-Polen abzudrängen. Zum mindesten müßten daher, wenn sich eine Angliederung der entsprechenden Gebietsteile nicht erreichen lassen sollte, mit Österreich bindende Abmachungen getroffen werden, durch die der deutsche Einfluß auch auf die Weichselbahn unbedingt sichergestellt wäre. Die deutsche Ausfuhr nach Polen und die Durchfuhr nach Rußland muß unbedingt unabhängig von dem österreichischen Einfluß gestaltet werden.

Die Durchfuhrbahnen aus Deutschland nach Rußland dürfen daher keinesfalls in österreichische Hände übergehen. Sie wären eventuell einer Gesellschaft zu übertragen, in der deutsches Kapital den Hauptanteil hätte. Damit sie sich fortzuentwickeln und auszubauen in der Lage wären, müßte ihnen das Recht der Enteignung und das Recht für beliebige Anschlüsse konzessionsmäßig zugestanden werden. Ebenso wären sie mit Steuerfreiheit

oder Steuerermäßigung auszustatten. Auf die Tarifstellung dürfte Österreich gleichfalls keinen Einfluß ausüben.

Was die Wasserstraßen anlangt, so müßten sie gleichfalls in irgend einer Form dem deutschen Einfluß unterstellt werden, damit sie leistungsfähig ausgebaut werden können.

Aber auch noch in mancher anderen Hinsicht müßten für den Fall, daß sich ein Anschluß wichtiger Teile Polens an Österreich nicht verhindern lassen sollte, besondere Kautelen geschaffen werden, um die deutschen Interessen zu wahren.

Zunächst wäre auszubedingen, daß deutschen Reichsangehörigen der Erwerb von Grund- und Bergwerkseigentum auch in den österreichischen Teilen Polens gestattet werden muß. Ebenso müßten Deutsche unter den gleichen Bedingungen Landwirtschaft und Industrie treiben dürfen wie Inländer.

Ferner müßte der Export von Deutschland nach Polen durch niedrige Zölle erleichtert werden. Alsdann wäre zu fordern, daß die Freizügigkeit der polnischen Arbeiter nicht unterbunden wird. Dagegen müßte uns das Recht vorbehalten bleiben, uns davor zu schützen, daß Deutschland mit Polen und Juden überschwemmt wird.

Mit Rücksicht auf die in Polen vermuteten Kali- und Petroleumvorkommen wäre es ferner geboten, rechtzeitig mit Österreich Abkommen zu treffen, die uns vor späteren unangenehmen Überraschungen bewahren.

Ob alle diese Kautelen genügen würden, um die deutschen Interessen im Falle einer teilweisen Angliederung Polens an Österreich nach allen Richtungen zu wahren, muß immerhin äußerst zweifelhaft erscheinen; sie stellen u. E. aber das Mindestmaß dessen dar, was zur Sicherung der deutschen Interessen Österreich gegenüber gefordert werden muß.

Auch für Polen selbst erscheint uns zur Erreichung einer einheitlichen und gleichmäßigen Fortentwicklung eine Angliederung wichtiger Landesteile an Österreich nicht wünschenswert.

Eine direkte Gefahr für Deutschland und speziell Oberschlesien würde es aber bedeuten, wenn der Kreis Bendzin an Österreich fiel, da dies für die Weitergestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und Österreich von schwerwiegender Bedeutung wäre.

Durch einen Anschluß des Kreises Bendzin an Österreich würde sich die Lage der oberschlesischen Montanindustrie noch weiter verschlechtern. Ihre Lebensfähigkeit wird zur Zeit im wesentlichen nur aufrecht erhalten durch die Möglichkeit des oberschlesischen Kohlenabsatzes nach dem Auslande, in erster Reihe nach Österreich-Ungarn, das ungefähr $\frac{1}{3}$ des ganzen Absatzes aufnimmt. Jede Erweiterung des österreichischen Kohlengebietes würde somit die wirtschaftliche Lage der oberschlesischen Steinkohlengruben ungünstig beeinflussen. Im Jahre 1913 sind z. B. von Oberschlesien nach Österreich-Ungarn 11.1 Millionen Tonnen Kohlen ausgeführt worden. Würde nun die gesamte oder ein erheblicher Teil der Produktion der jetzigen polnischen Gruben Österreich zufallen, so wäre damit unter Berücksichtigung der großen Erweiterungsfähigkeit dieser Gruben, die, wie oben erwähnt, ohne Schwierigkeit 10 Millionen Tonnen jährlich produzieren können, fast der gesamte österreichische Kohlenmarkt für das

oberschlesische Steinkohlenrevier verloren. Bei den ungünstigen Absatzbedingungen für obereschlesische Kohlen nach Deutschland würde es für die obereschlesische Steinkohlenindustrie fast unmöglich sein, sich für diesen Verlust Ersatz zu schaffen. Hierzu kommt, daß die obereschlesische Steinkohlenausfuhr nach Polen ihren Weg zu den polnischen Eisenhütten nahm, die auch gerade in der Hauptsache in dem Teile des Kreises Bendzin liegen, der gegenwärtig bereits unter österreichischer Verwaltung steht. Durch eine Angliederung dieses Teiles an Österreich würde auch die Ausfuhr nach Polen der obereschlesischen Steinkohlenindustrie zum großen Teile abgeschnitten sein, für ihre Lieferung würde das Ostrauer Revier eintreten. Aber darüber hinaus würde die Vermehrung des Kohlenreichtums in Österreich noch viel verhängnisvoller dadurch, daß Österreich mit einem Schlage in eine ganz andere Position bei den künftigen Handelsverträgen käme. Es ist bekannt, daß Deutschland Österreich gegenüber nur geringe wirtschaftliche Druckmittel geltend machen kann, um einigermaßen günstige Handelsverträge durchzusetzen. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß Österreich bei den Handelsvertragsverhandlungen in industrieller Beziehung Deutschland gegenüber noch ganz anders dastehen würde, wenn es selbst genug Kohlen hätte. Sobald es über die nötigen Kohlenvorräte verfügt, wird es voraussichtlich einen großen Teil der Industrieartikel, die wir jetzt noch nach Österreich liefern können, sich selbst anfertigen und infolgedessen müßten zukünftige Handelsverträge, sobald Österreich eigene Kohlen in genügender Menge besitzt, unbedingt viel ungünstiger als bisher ausfallen.

Auf jeden Fall müßten daher die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland zunächst für eine längere Reihe von Jahren sichergestellt werden, ehe die Angliederung wichtiger Teile von Polen an Österreich überhaupt in Frage kommen dürfte.

Eine schwere Schädigung für die deutschen Interessen würde es auch bedeuten, wenn die russisch-polnischen Eisenhütten des Bendziner Kreises an Österreich gelangten. Österreich würde die Möglichkeit besitzen, die wirtschaftlichen Bezugsquellen dieser Hütten, die, wie oben ausgeführt, bisher nicht allzu günstig waren, günstiger zu gestalten. Die Hütten könnten mit zollfreiem Koks aus Mährisch-Ostrau versorgt werden. Ebenso könnten ihnen als Ersatz für die südrussischen Eisenerze solche aus Ungarn zugeführt werden. Es würde damit in Österreich vor den Toren Oberschlesiens eine Konkurrenz großgezogen werden, die die deutsche Eiseneinfuhr nach Österreich, Polen und den Balkanländern lahmlegen müßte. Es würden damit aber nicht allein die Interessen der obereschlesischen Montanindustrie schwer geschädigt, sondern überhaupt die deutschen Wirtschaftsinteressen, da die Eisenausfuhrwerte im wesentlichen diejenigen sind, die die deutsche Handelsbilanz in Ordnung halten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse für die obereschlesische Zementindustrie, die sich schon jetzt mit den unweit der obereschlesischen Grenze befindlichen und durch die bestehende Zollungleichheit bevorzugten österreichischen Zementfabriken in scharfem Konkurrenzkampf befindet.

Wird die österreichische Zementindustrie durch Angliederung des Kreises Bendzin mit den gerade dort recht leistungs- und erweiterungs-

fähigen Zementfabriken noch weiter vergrößert und gestärkt, so entsteht auch in der Zementfabrikation in der allernächsten Nähe Oberschlesiens eine so mächtige österreichische Industrie, daß daraus der obereschlesischen Zementindustrie die größte Gefahr erwächst.

Diese schwerwiegenden Gesichtspunkte zeigen deutlich die unbedingte Notwendigkeit, daß im Falle einer nicht zu vermeidenden teilweisen Angliederung Polens an Österreich jedenfalls der Kreis Bendzin mit seinen Kohlen- und Eisenwerten vollständig an Deutschland fallen muß; andernfalls würde der Friede nicht die Bedingungen erfüllen zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat, sondern im Gegenteil sie mit schweren neuen Fesseln belasten und dauernd lahmlegen.

Für die Berechtigung dieses Verlangens sprechen aber auch noch andere Gründe.

Bekanntlich hat der Kreis Bendzin in früheren Zeiten bereits zu Preußen gehört; er kam mit einem größeren Bezirk durch die dritte Teilung Polens an Preußen, das ihn jedoch in Jahre 1807 im Tilsiter Frieden an das von Napoleon gebildete Herzogtum Warschau abtreten mußte. Neben diesen historischen Ansprüchen bestehen geographische und geologische. Ein Vergleich auf der Karte läßt auf den ersten Blick erkennen, daß der Kreis Bendzin direkt wie aus Oberschlesien herausgeschnitten erscheint und was die geologischen Beziehungen anbetrifft, so sind die dortigen Kohlen- und Zinkablagerungen lediglich die Ausläufer der obereschlesischen. Endlich gehört der Kreis Bendzin zu Oberschlesien gewissermaßen auch kulturell, denn fast alles, was dort in industrieller und kulturfördernder Hinsicht geschehen und geschaffen ist, ist auf deutsche Initiative zurückzuführen. Die meisten Gruben aus älterer Zeit — und auch auf die meisten Gruben aus neuerer Zeit trifft dies zu — sind durch deutsches Kapital und durch deutsche Intelligenz erschlossen worden. Graf Reden, der in Oberschlesien die ersten großen Kohlengruben ins Leben gerufen hat, schuf zu gleicher Zeit im Kreise Bendzin, der damals zu Preußen gehörte, verschiedene noch heute bestehende große Grubenanlagen, und so ist es fortgegangen über ein Jahrhundert lang. Die meisten bedeutenden Gruben sind — und zwar bis vor wenigen Jahrzehnten — in deutschem Besitz gewesen, bis sie den Besitzern durch die deutschfeindlichen Maßnahmen der russischen Regierung allmählich verleidet worden sind. Sie wurden meist gegründet und die Anteile sind dann zum großen Teil auf den französischen Markt gebracht worden. So sind die Werke in mobiler Form in französischen Besitz geraten. Nur ein kleiner Teil des mobilen Besitzes ist hierbei in deutschen Händen geblieben.

Neben den Gruben sind auch die für Rußland sehr bedeutsamen Eisen- und Zinkhütten meist durch Deutsche geschaffen und entwickelt worden. Daß sie in neuerer Zeit in anderen Besitz, zum Teil in französischen und zum Teil in russisch-polnischen, übergegangen sind, lag ebenfalls an der Gesetzgebung und den Verwaltungsmaßnahmen Rußlands.

Natürlich hat die große Industrie, die jenseits der Grenze parallel mit der obereschlesischen entstanden ist, auch ähnliche Gemeindebildungen wie in Oberschlesien hervorgerufen; man kann wohl sagen, daß sich diese Städte, namentlich Czenstochau, Sosnovice und Bendzin, nach dem Muster

der benachbarten deutschen Städte entwickelt haben. Diese Städte sind viel besser als ihr Ruf; es sind dort, ganz im Gegensatz zum weiteren Polen und Rußland und schließlich auch Galizien, viele Einrichtungen geschaffen oder im Werden begriffen, die als moderne Errungenschaften von deutschen Städten in Anspruch genommen werden.

Infolge dieser geographischen Lage, der geologisch-bergbaulichen Verhältnisse und der Kulturverhältnisse des Kreises Bendzin hat stets ein äußerst reger Verkehr und Handel zwischen diesem Kreise einerseits und den Kreisen Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz, Tarnowitz etc. andererseits stattgefunden. Die Bevölkerung ist absolut nicht russifiziert oder stark polnisch. Es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß, falls der Kreis in deutsche Hände kommt, er in kürzester Frist, was Germanisation anbetrifft, dasselbe Bild bieten würde, wie die Industriekreise hier in Oberschlesien, wobei natürlich vorausgesetzt wird, daß die sämtlichen französischen oder russischen Direktoren aus der Leitung der dortigen Industrie entfernt werden, was sich unseres Erachtens übrigens in kürzester Frist von selbst vollziehen würde.

Umgekehrt würde das Gebiet, wenn es Österreich zugeschlagen würde, wohl in ganz kurzer Zeit vollständig polonisiert sein. Das würde aber die ungünstigsten Folgen für Oberschlesien haben. Die polnische Agitation in Oberschlesien, die bisher hauptsächlich aus Krakau genährt wurde, würde alsdann in verstärktem Maße ihr Haupt erheben. Es darf daran erinnert werden, daß kurz vor Ausbruch des Krieges die polnische Agitation gerade in Österreich zu erheblichen Ausschreitungen gegen die Deutschen führte und daß sich die polnische Agitation bereits jetzt wieder lebhaft bemerkbar macht.

Zu Österreich haben die Kreise Bendzin und Czenstochau nie und der Kreis Olkucz nur geringe Beziehungen gehabt. Es besteht zwar noch ein Einfallstor nach dorthin über Granica, aber der Verkehr ist hier immer gleich Null gewesen; allenfalls war ein Durchgangspersonenverkehr Wien—Krakau—Warschau vorhanden.

Einen Kreis, der so von der Natur zum Anschluß an Deutschland bestimmt ist, in fremde Hände fallen zu lassen, wäre an sich schon ein schwerer Fehler. Dieser würde umso größer sein, als er, wie oben gezeigt, die schwersten wirtschaftlichen Verluste für die deutsche Volkswirtschaft zur Folge haben müßte.

Sollte es daher nicht möglich sein, die Angliederung Polens an Österreich überhaupt zu verhindern, so muß jedenfalls, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, der Kreis Bendzin unbedingt in deutschen Händen bleiben.

Das Ergebnis der vorstehenden Untersuchung fassen wir in folgende kurze Leitsätze zusammen:

1. Polen ist ein außerordentlich reiches Land, bei dem alle Grundbedingungen für eine gesunde Fortentwicklung in allgemeinkultureller, landwirtschaftlicher und industrieller Hinsicht gegeben sind. Sein bisheriges Zurückbleiben beruhte auf seiner Zugehörigkeit zu Rußland. Aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen darf Polen weiterhin nicht mehr bei Rußland verbleiben.

2. Bei der Lostrennung Polens von Rußland muß dafür gesorgt werden, daß das Land für die deutsche Volkswirtschaft nutzbar gemacht wird. Die kulturelle Hebung und die Erzeugung von Rohstoffen in Polen ist nach Möglichkeit zu fördern und die Ausfuhr nach Deutschland zu erleichtern. Ebenso ist die Möglichkeit zu schaffen, daß die deutschen Fertigwaren ungehinderten Absatz in Polen genießen. Ferner muß dem deutschen Kapital und der deutschen Intelligenz die Möglichkeit geboten werden, sich nutzbringend in Polen zu betätigen.

3. Zur Erreichung dieser Ziele ist es, um den aus nationalen wie wirtschaftlichen Gründen notwendigen Schutz gegen die polnische Agitation zu erlangen, zunächst nötig, längs der deutschen Grenze einen rein deutsch zu besiedelnden Schutzstreifen zu schaffen. Bezüglich des verbleibenden Hauptteils des polnischen Gebietes erscheint es

4. am zweckmäßigsten, aus Polen einen von Deutschland abhängigen Schutzstaat nach Art der alten römischen Provinzen zu machen. Polen würde alsdann in weitgehendem Maße Selbstverwaltung genießen. Jedoch wären die sämtlichen Verkehrsmittel (Eisenbahnen, Wasserstraßen) in den Besitz des Deutschen Reiches zu übertragen oder seinem unmittelbaren Einfluß zu unterstellen. Das Gleiche gilt für Post, Telegraph und Kabelwesen. Natürlich müßte das Deutsche Reich auch die Militärhoheit in Polen besitzen.

5. Nach Möglichkeit muß dahin gestrebt werden, daß Polen nicht Österreich angegliedert wird, da alsdann der deutschen Landwirtschaft und Industrie ein sehr wertvolles Neuland verloren gehen würde. Außerdem ist zu bezweifeln, ob es Österreich gelingen würde, Polen in gleicher Weise fortzuentwickeln, wie dies Deutschland tun würde.

6. Sollte sich jedoch eine teilweise Angliederung Polens an Österreich in irgend welcher Form nicht verhindern lassen, so ist jedenfalls mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß wenigstens der ganze Kreis Bendzin mit einem weiteren Grenzgebiet unter deutsche Herrschaft kommt. Anderenfalls würde Österreich infolge der dort vorhandenen Mineralschätze in wirtschaftlicher Hinsicht so gestärkt werden, daß es sich in weitem Maße von Deutschland wirtschaftlich unabhängig machen könnte. Hiedurch würde aber die gesamte deutsche Volkswirtschaft und insbesondere die schon jetzt schwer kämpfende oberschlesische Montanindustrie erheblich geschädigt werden.

7. Bei einer Angliederung Polens an Österreich wären Kautelen zu schaffen, die dem deutschen Kapital und der deutschen Intelligenz die Betätigung in Polen ermöglichen. Ferner müßte die deutsche Industrie durch Gewährung von Zollvergünstigungen die Möglichkeit eines ungestörten Absatzes ihrer Erzeugnisse in Polen erhalten; schließlich wäre der deutschen Industrie auch eine ungestörte Durchfuhr ihrer Erzeugnisse durch Polen nach Rußland unbedingt zu gewährleisten.

Aufgaben und Fragen von schwerwiegenden Folgen sind es, die gelöst werden müssen. Falls die vorstehenden Zeilen mit dazu beitragen helfen, ist ihr Zweck erfüllt.

Wir möchten mit den Worten Paul Rohrbachs schließen, die er seinem Buche „Rußland und wir“ vorausschickt:

[1915]

„Was heute verfehlt, versäumt und verkehrt entschieden wird, das werden wir, nicht für Jahre und Jahrzehnte, sondern für unsere ganze nationale Zukunft, als hindernde Kette am Bein nachzuschleppen haben. Wer dafür die Verantwortung auf sich laden will, dem werden kommende Geschlechter, ja vielleicht schon unsere Kinder, die Schuld daran zumessen, daß neue und noch unerhörtere Blutopfer fallen müssen, als wir sie diesmal schon gebracht haben, wenn jetzt kein Ende mit der Bedrohung Deutschlands und der europäischen Kultur durch das östliche Barbarentum gemacht wird.“

27/18

V e r t r a u l i c h .
Als Handschrift gedruckt.

135
20
Sekretarz
Naczelnego Komitetu Narodowego.

4079

D i e N o t w e n d i g k e i t d e r G e w i n n u n g
v o n S i e d l u n g s l a n d

von

Dr. K e u p p , Frankfurt a.O.

B E R L I N S . W . 11.
D e u t s c h e L a n d b u c h h a n d l u n g G . m . b . H .
15 Seiten.

136
2

In engster Verbindung mit der Frage der Entvölkerung des deutschen Ostens, der Siedlungs- und Bodenfrage steht die polnische Frage. Der Drang der slavischen Massen nach dem Westen, die schnellere Vermehrung der slavischen als der deutschen Rasse (:der Geburtenüberschuss in der Provinz Posen verhielt sich 1911 bei den Polen und Deutschen wie 21:12:) der Abzug der Deutschen in die Städte, haben einen Zustand gezeitigt, der eine langsame, aber stetige Slavisierung unserer östlichen Grenzprovinzen herbeiführen muss. Die Versuche, dieser Bewegung einen Damm entgegenzusetzen, sind schon von Bismarck durch die Ansiedlungsgesetzgebung in die Wege geleitet worden und haben ihren gesetzgeberischen Höhepunkt in dem Verbote der Ansiedlung von Polen und in dem Enteignungsgesetze für Westpreussen und Polen erreicht. Wie weit die unzulängliche Wirkung dieses Vorgehens an gesetzgeberischen Mängeln oder an Fehlern in der Durchführung lag, kann hier unerörtert bleiben. Eine Verstärkung dieses Vorgehens in Posen Westpreussen zur Durchführung kommenden inneren Kolonisation zu finden. In dem bisherigen Umfange ihrer Ausführung hat sie jedoch einen durchgreifenden Einfluss - trotz aller Erfolge im einzelnen - auf die Bevölkerungsbe-
wegung nicht haben können. Wie wird es nach dem Kriege werden? Wird die Entwicklung dann national - und bevölkerungspolitisch selbst gesündere Bahnen einschlagen?

Zur Beantwortung der Frage ist es unabweisbar, sich ein Bild davon zu machen, welchen Veränderungen das Wirtschaftsleben Mitteleuropas durch den Krieg entgegengeführt wird. Unser Siegespreis soll nach den von allerhöchster Stelle gegebenen Zusicherungen ein den gewaltigen Opfern entsprechender sein. Vom König von Bayern ist das Kriegsziel kürzlich dahin zusammengefasst worden: „Eine Stärkung des deutschen Reiches und seine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus, soweit dies notwendig ist, damit wir gesichert sind gegen künftige Angriffe, das soll die Frucht dieses Krieges sein“.

Das gibt uns den Ausblick auf eine weitere Hinausschiebung unserer Grenzen in bisher ausserdeutsche industriereiche Gebiete des Westens und an die Handelsstrassen des Weltmeers. Die Bundesgenossenschaft mit Oesterreich, die notwendig zu einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluss führt, der neu erschlossene Orient, eine sich verjüngende Türkei bieten weite wirtschaftliche Aussichten für uns. Alles dies, die neuen westlichen Gebiete, der wirtschaftliche Zusammenschluss der heutigen Bundesgenossen, die Aussichten im Orient, bedeuten also für Deutschland eine starke Steigerung der Möglichkeit industrieller und Handelsentwicklung. Fehlt es an einem vor Ueberstürzung bewahrenden Gegengewicht, so werden alle die Schäden und Mängel, die schon vor dem Kriege uns Sorgen bereitet haben, nur noch sehr verstärkt werden. Dazu würde unter Umständen die notorisch nur selten segensreiche Einwirkung einer grossen Kriegsentschädigung treten. Wir würden in gesteigertem Ausmasse einer Entwicklung, wie wir sie nach 1870/71 gehabt haben, entgegentreiben. Die sozialen Verhältnisse in unserer Industrie würden keinesfalls eine Besserung, sondern eine Verschlechterung erfahren; der Wunsch, gewaltige Gewinne in kurzer Zeit zu machen, würde die Unternehmer beherrschen und die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft würde trotz erhöhter Löhne ins Ungemessene wachsen. Für den Osten wäre die Folge, dass ein weiteres Absaugen der ländlichen Bevölkerung gefördert würde, eine Wiederbevölkerung Ostpreussens wäre ausgeschlossen, und alle Gefahren der Polonisierung durch die noch unentbehrlicher werdenden polnischen Arbeiter wären erhöht. Eine Aenderung in der Stellung des Polentums nach dem Kriege dem Deutschtum oder auch nur dem preussischen Staatsgedanken gegenüber zu erhoffen, wäre eitel Selbsttäuschung. Dafür nur zwei Beweisstücke: Die preussische Staatsregierung beweist dem Polentume das weitgehende Entgegenkommen, einen polnischen Erzbischof auf den erbischöflichen Stuhl von Posen in Gnesen gelangen zu lassen. Nicht ein Wort des Dankes an sie findet - soweit ich habe sehen können - die führende polnische Presse dafür an den König von Preussen oder die preus-

sische Staatsregierung, während sie sich namens der polnischen Volksgemeinschaft in überschwenglichen Dankbarkeitsbezeugungen gegenüber dem Papste ergötzt. Dann: Ein in Petrikau - einer in Russisch-Polen unter österreichischer Verwaltung stehenden Stadt - erscheinendes Blatt (:Chłopska Sprawa;) schliesst im April d.J. einen Aufsatz mit den Worten! „Wir werden ein freies Polen von Meer zu Meer erringen“. Trotz dieses Festhaltens an einer deutschfeindlichen Politik und trotzdem die leitenden polnischen Kreise nicht die geringste Berücksichtigung infolge ihrer zum mindesten zweideutigen Haltung während des Krieges verdienen, wird die Polenpolitik auf agrarischem Gebiete in bisheriger Weise kaum durchführbar bleiben. Denn der polnische Soldat hat sich ebenso tapfer wie sein deutscher Kamerad geschlagen. Ihm, wenn er vielleicht gar für das Vaterland geblutet hat, den Herzenswunsch des Erwerbs einer kleinen Landstelle zu versagen, dazu sind bei uns die Gründe der National und Staatswohlfahrt immer noch zu schwach. Empfindungsmomente zu ausschlaggebend.

Darnach sähe sich unsere innere Politik vor zwei Möglichkeiten gestellt: entweder man lässt der agrarischen Entwicklung ihren Lauf; damit wird das Land des Ostens allmählich von deutschen Menschen entblösst, der Grossgrundbesitz arbeitet in seiner Zwangslage mehr und mehr mit polnischen Leuten, zunächst Wanderarbeitern, dann Instleuten. Aus letzteren entwickelt sich wie in unseren Grenzprovinzen jetzt schon, ein polnischer Kleinbauernstand. Das deutsche Volk wird zu einem Stadtvolk, zu einer Industriebevölkerung mit ständig sinkender Geburtenzahl. Zunächst ein Herrenvolk, aber, wie alle blossen Herrenvölker mit der bestimmten Aussicht des Absterbens, da ihm die Wurzel abgegraben ist, ihm der Nachwuchs aus der rein ländlichen (bäuerlichen) Bevölkerung immer mehr fehlt. Oder aber: man sucht diese Entwicklung dadurch aufzuhalten, dass man auf dem heutigen Boden des Ostens eine dichte Siedelung kleinbäuerlicher Bevölkerung zu schaffen sucht. Will man dies aber auf dem Wege der inneren Kolonisation erreichen, so muss in ganz anderer Weise vorgegangen werden, als es bisher der Fall war. Die wiederum ist aber nur dann möglich, wenn der grösste Teil des Grossgrundbesi-

tzes geopfert wird. Freiwillig wird die herrschende Gesellschaftsklasse im Osten einen solchen Schritt nicht tun; er würde also nur im Wege einer politischen Entwicklung zu erreichen sein, die stark demokratische, wenn nicht sozialistische Anschauungen zur Herrschaft brächte. Diese würden dann eine Enteignung der Grossgrundbesitzer ohne Unterschied der Nationalität in grösstem Umfange durchzusetzen haben. Dass das muss nur mit schwersten inneren Erschütterungen zu erreichen sein würde, bedarf keines besonderen Beweises.

Die Aussichten des Krieges lassen aber - wenn die militärische Entwicklung auf dem östlichen Kriegsschauplatz wie bisher anhält und die Forderung der Diplomaten den Spuren des Krieges folgt - erhoffen, dass diese Gefahren in politischer, wie in wirtschaftlicher Beziehung gebannt werden. Erschöpfend auf das "Wie" einzugehen, ist hier noch nicht an der Zeit, nur so viel sei gesagt: Ein breiteter Streifen des Landes an unserer Ostgrenze, der eine dichte deutsche Bevölkerung erhielte, müsste und würde politisch die Folge haben die Polen des "preussischen Anteils" von der grossen Masse des Polentums - mag dessen Schicksal im übrigen sich politisch gestalten wie es will, dauernd zu trennen. Damit würde dann ganz von selbst der Traum des "freien Polens vom Meere zum Meere" zu Graben getreten werden müssen, und die Möglichkeit einer Verständigung mit den Polen in Preussen-Deutschland wäre gegeben. Im Sinne eines hochgesteckten Zieles erhoffen wir aber ausserdem als Erfolg dieses blutigen Krieges eine möglichst weitgehende Abtrennung der Ostgebiete von Russland. Wir können uns es nicht vorstellen, dass ein Krieg, in dem das deutsche Reich siegreich gegen eine Welt gestanden hat, den Erfolg haben sollte, dass uraltes deutsches Kulturland für immer dem Deutschen verloren gehen sollte. Wirtschaftlich wie bevölkerungspolitisch würden all die Gefahren, die wir im Vorstehenden geschildert haben, beseitigt oder doch sehr abgeschwächt werden, wenn uns auf diese Weise reichlich Land zu mässigen Preisen zur Ansiedlung deutscher Menschen gegeben wäre. Mit der Ermöglichung solchen Zieles wäre nicht für ein, sondern für eine ganze Zahl von wichtigsten Problemen die

Lösung angebahnt. Nur einige davon seien hier angeführt:

1) Der Quell, aus dem die Menge deutscher Menschen strömen muss, würde so verstärkt werden, dass er genügen würde, um die vergrösserten Aufgaben des Deutschen Reiches auf dem Gebiete von Handel und Gewerbe mit deutschen Menschen auszuführen und mit ihnen die neu gewonnene Weltmachtstellung Deutschlands dauernd zu sichern.

2) Der unerträgliche Druck, der auf dem ganzen Lande infolge Fehlens von Grund und Boden für das wachsende deutsche Volk herrscht und seinen Ausdruck in dem unbefriedigten Sehnen weiter Kreise nach Landbesitz wie in der Wohnungsnot der Städte und Industriezentren findet, wird aufgehoben oder stark gemindert. Damit werden:

3) die sozialen Reibungsflächen innerhalb des Reiches vermindert und die Uebertragung sozialistischer Tendenzen in die kleinbäuerliche Bevölkerung verhindert.

4) Die herrschende Grundbesitzverteilung innerhalb der jetzigen Grenzen des Reiches und besonders Preussens braucht in dem Falle des Vorhandenseins anderweiten Siedlungslandes keiner grundsätzlichen Veränderung unterzogen zu werden; die sonst unvermeidlichen politischen Erschütterungen, die der Kampf um solche Änderungen mit sich bringen müsste, werden vermieden. Und:

5) das gesamte deutsche Volk erhält eine Aufgabe, wie es sie seit Jahrhunderten nicht mehr gehabt hat, eine Aufgabe von einer idealen Grösse, die geeignet ist, in den Mittelpunkt des gesamten Denkens der Nation zu treten.

Die erstrebten Gebiete sind entweder solche, die neben ihrer bisherigen Bevölkerung eine so umfangreiche deutsche Kolonisation zulassen, dass ein starkes Ueberwiegen der deutschen Bevölkerung zu erreichen ist, oder solche, aus denen im Wege der Umsiedlung die bisherige Bevölkerung durch Deutsche ersetzt werden könnte.

Die für eine deutsche Besiedlung neben der einheimischen in Frage kommenden Länder wären zunächst Kurland und von Littauen die Gouvernements Kowno und Suwalki. Für

~~die Grössenvergleichung diese Gebiete~~ führe ich an, dass Kurland ungefähr zwei Drittel von Ostpreussen umfasst, während Kowno etwas grösser als Ostpreussen ist und Suwalki nicht ganz ein Drittel dieser Provinz in Flächenraum hat. An Bevölkerungsdichtigkeit stehen die drei russischen Gouvernements erheblich gegen Ostpreussen zurück. In runden Zahlen ist 1897, zur Zeit der letzten Volkszählung in Russland, auf dem Quadratkilometer eine Volkdichte vorhanden in Kurland von 25, in Kowno von 38, in Suwalki von 47, dagegen von Ostpreussen von 55 Köpfen. Die durchschnittliche Anbaufähigkeit und die klimatischen Verhältnisse dieser Gebiete stehen keineswegs hinter denjenigen Ostpreussens zurück. Ostpreussen ist aber, wirtschaftlich betrachtet, fähig, eine sehr viel dichtere Bevölkerung aufzunehmen, woraus geschlossen werden darf, dass die Nachbargouvernements mindestens dieselbe Bevölkerungsdichte zu ertragen vermöchten, wie Ostpreussen sie bisher hatte. Das allein würde bedeuten, dass sich die bisherige Einwohnerzahl erhöhen liesse:

in Kurland um	770.000	Einwohner
in Kowno um.....	488.000	"
in Suwalki um	25.000	"

Was nun die Nationalität der Bevölkerung in diesen Gebieten anbelangt, so wird Kurland ganz überwiegend von Letten bewohnt, die Deutschen bilden eine dünne Oberschicht von 7,57% der Bevölkerung. Betrachten wir dagegen die Grundbesitzverteilung, so ergibt sich, dass in Kurland

auf Privatgüter	rd. 40%
auf Krongüter(Domänen)..	rd. 22%
auf Bauerngüter	rd. 37%

der Fläche entfallen. Der Grossgrundbesitz befindet sich zu einem so überwiegenden Teile in deutscher, der Kleingrundbesitz in lettischer Hand, dass ohne weites Grossbesitz mit deutschem Besitz, Kleinbesitz mit nichtdeutschem Besitz gleichgestellt werden kann.

~~Für die Besiedlung durch deutsche Bauern~~ kommen zu

nächst einmal in Frage Krongüter, indem ihre Uebereignung auf die Kriegsentschädigung zu verrechnen wäre; sodann wird ein Teil des Grossgrundbesitzes dafür nutzbar zu machen sein. Es

ist triftiger Grund vorhanden, dass es bei Anschluss Kurlands an Deutschland ohne besondere Schwierigkeiten möglich sein wird, ein Drittel der Fläche des privaten Grossbesitzes zur Aufteilung verfügbar zu machen. Die dem Grossbesitz verbliebenden

zwei Drittel würden in Anbetracht der starken Wertsteigerung landwirtschaftlicher Producte und des Landes selbst durch die Aufnahme in den deutschen Zoll und Wirtschaftskörper denselben Wert darstellen wie zuvor die ganze Fläche und ihre Erträgnisse. Das würde ergeben, dass alsbald 852.000 Dessj. für die Aufteilung zur Verfügung ständen. Von der Gesamtfläche Kurlands sind 58% landwirtschaftlich produktiver Boden (:Acker, Wiese, Weide:) 31% Wald, 11% Unland. Diese Zahlen auf die zur Besiedlung verfügbaren Flächen angewandt, heisst, dass sogleich 425.000 Dessj. besiedlungsfähiger Fläche verfügbar sind.

15 Dessj. als Durchschnittsmaas an Acker und Wiesen für eine Ansiedlerstelle angenommen, so könnten sofort rd. 28.000 deutsche Familien allein in diesem Gouvernements sesshaft gemacht werden. (:Zum Vergleich: die Königliche Ansiedlungskommission hat bis Ende 1913 in Posen und Westpreussen 21.257 Familien angesetzt:)

In Kurland sind vorhanden 24.450 (lettische) Bauerstellen. Die Zahl der neu zu gründenden deutschen würde also die der lettischen an sich schon übersteigen. Dazu aber käme, dass aus Wald und Unland nicht unerhebliche Flächen sich noch zur Besiedlung eignen und auch ein Teil der lettischen Bauerngesinde, soweit es sich um Grossbauern handelt, nach dem obigen Beispiel des Grossgrundbesitzes Land als Entgelt für die Wertsteigerung ohne eigenen wirtschaftlichen Schaden abzugeben vermöchte. Mancher lettische Bauernhof dürfte ausserdem durch freihändigen Kauf in deutsche Hand übergehen. Das Bedenken, das aus der verschiedenen Nationalität der alt eingesessenen bäuerlichen Bevölkerung gegenüber den neu zuziehenden Deutschen sich

Schwierigkeiten ergeben würden, wird überschätzt. Die Feindschaft, die die Letten gegenüber den Deutschen im letzten Jahrzehnt zur Schau getragen haben, hat ihren Grund - soweit sie nicht auf russischer Aufhetzung beruht - in dem natürlichen Gegensatz einer zahlenmässig weit überlegenen sozial aufstrebenden Masse gegenüber der gesellschaftlich herrschenden Klasse anderer Nationalität. Wird in die unsere Schicht ein starkes deutsches Element eingeschoben, so ist anzunehmen, dass diese Gegnerschaft nicht verstärkt, sondern gemildert wird. Dies wird bestätigt durch die Erfahrungen bei den seit den Revolutionsjahren angesetzten deutschen Bauern (:20.000 Seelen:), die übrigens den Beweis erbringen, dass die Sesshaftmachung der Deutschen dort schnell und unschwer zuzuführen ist. Die Verträglichkeit und Assinilierung der Letten ist um so eher zu erwarten, als sie konfessionel fast ausnahmslos evangelisch sind, und, was von Kultur und Bildung bei ihnen vorhanden ist, ausschliesslich auf deutscher Grundlage beruht. Zudem handelt es sich um ein Volk, das zahlenmässig sehr geringen Umfang hat, nur in den Ostseeprovinzen beheimatet ist und in Gegensatz zu den preussischen Polen keinen nationalen Rückhalt an einem Millionenvolke ausserhalb der Grenzen hat. Bei starker Durchsetzung mit Deutschen und einer deutschen Oberschicht erscheint die Zukunft des Lettentums dem Zustande der Masuren in Ostpreussen und der Wenden in der Lausitz durchaus vergleichbar.

Ich habe für eine Provinz versucht, in groben Linien den Nachweis zu erbringen, dass eine Besiedlung und Durchdringung des Landes mit Deutschen politisch und wirtschaftlich wohl möglich ist. Ich will des Raumes wegen davon absehen, einen gleichen Nachweis für die übrigen nordöstlichen Gebiete zu führen. Es ist nicht zu verkennen, dass sich in Litauen die Verhältnisse schwieriger gestalten, da die deutsche Oberschicht meist fehlt und neben der überwiegenden Menge der Litauer ein starker polnischer Grossgrundbesitz und teilweise auch ein russischer Einschlag vorhanden ist. Aber auch hier ist Raum für viele Tausende von Deutschen, und zwar, da die Li-

~~tauen Katholiken sind, katholischen Familien~~ vorhanden, die ohne Entfernung der alteingesessenen litauischen Bevölkerung dem Lande einen deutschen Charakter geben können. Die Angliederung dieses Teiles bringt überdies den Vorteil, dass damit ein Gebiet gewonnen wird, aus dem zur Verdrängung der national gefährlichen Polen in beträchtlichem Umfange Saisonarbeiter gewonnen werden können.

Wesentlich anders dagegen liegen die Verhältnisse in dem zu gewinnenden Streifen besiedlungsfähigen Landes längs der heutigen deutschen und russisch-polnischen Grenze. Dieses Landgebiet muss einerseits so breit sein, dass es eine genügende Grundlage für eine deutsche Besiedlung auf Menschenalter hinaus schafft, andererseits aber auch nicht grösser als für diesen Zweck notwendig und nach Massgabe der Durchführungsmöglichkeit eines Ansiedlungsplanes gegeben ist. Die Grenze würde im Nordosten bei Grodno beginnend dem Bobr-Narewlaufe folgen, von der Südostküste des Gouvernements Plock da wo dieses die Weichsel unterhalb Nowo-Georgiewsk berührt, den westlichen Zipfel des Gouvernements Warschau einschliessend zur Nordstrecke des Gouvernements Kalisz überspringen, und dann südwärts unter Einschluss des ganzen Gouvernements Kalisz und der Kreise Czenwoschau und Bendzin bis an an die Grenzfähle Galiziens zu verlaufen. An Flächengrösse und Bevölkerungszahl umfassen diese Landteile zusammen: 33.945 qkm. mit 3.214.000 Einwohnern.

Was die Verteilung des Grund und Bodens anbetrifft, ist in diesen Landteilen der Kleinbesitz sehr stark vertreten. Für das ganze heutige Zartum Polen stellen sich die Verhältnisse so, dass 1.904:54, 6% des Bodens dem bäuerlichen Kleinbetriebe, 35.1 privatim, 5,9 staatlichem Grossbetriebe angehörten, der Rest entfällt auf den Besitz von Städten, Flecken, u.s.w. Wenn hiernach auch der Kleinbetrieb überwiegt, so ist es doch ein Irrtum, anzunehmen, dass Polen nun schon, wie es manchmal dargestellt wird, ein eigentliches Kleingrundbesitzland ist. Zum Vergleiche will ich anführen, dass es in ganz Preussen einschliesslich Ostelbiens 1907 nur 75 Kreise, d.h. unter 8 Kreisen

immer ~~nur einen gab, in dem es mehr Grossgrundbesitz gab, als in~~
in Zartum Polen.

Ein Blick nun auf die schwierige Frage der Freimachung dieses Landes für die deutschen Ansiedler. Hier muss mit entschlossener Tat zugegriffen werden; an den Gedanken einer "Umsiedlung" grosser Volksmengen heisst es sich rechtzeitig zu gewöhnen, um im Friedensschlusse mit entsprechenden Forderungen hervortreten zu können. Es gibt zur Zeit im Zartum Polen rund 1 Million Kleinbesitzstellen (Bauern, Schlachzizen und landbesitzende Fleckenbewohner); noch nicht 250.000 mit rund 1,7 Millionen Dessjatinen Eigentum sitzen davon in den oben unterschriebenen Streifen. Es würde zu weit gehen, sie alle sonder Ausgabe umsiedeln zu wollen. Gesetzt jedoch den Fall, selbst die höchstgesteckte Aufgabe sollte gelöst werden, wären die Vorbedingungen unter einigermaßen friedlichen Umständen dafür gegeben? Man kann die Frage mit gutem Gewissen bejahen. Im Jahre 1897 zählte man im russischen Reiche eine Bauernbevölkerung deutscher Abstammung von 1,3 Millionen Köpfen; sie dürfte bis heute auf nahezu 1,7 Millionen angewachsen sein. Doch selbst angenommen, dass sie sich seitdem nur auf 1,15 Millionen Seelen vermehrt habe und weiter angenommen, dass sechs Köpfe auf die Familie zu rechnen seien, so würde es sich auch hier um 250.000 deutsche Familien handeln, die gegen die obigen 250.000 einzutauschen wären. Auch ihr Besitz ist wieder kleiner noch weniger wertvoll übersteigt vielmehr in beiden Beziehungen den des polnischen Kleinbesitzes bei weitem. Er beläuft sich nach den ungünstigsten Angaben auf 3,182 Millionen Dessjatinen. Selbstverständlich ist jedoch, dass ein direkter Landtausch dieser deutschen mit den polnischen Bauern nicht im Wunsche der letzteren liegen kann, wenigstens soweit die Deutschen nicht in Zartum Polen (etwa 60-70.000 Familien) und im unmittelbaren Anschluss daran angesessen sind. Deshalb wäre Russland im Friedensvertrage darauf zu verpflichten, die aus Weiss- und Kleinrussen bestehende Bauernbevölkerung des Gouvernements Grodno für jene deutschen Bauern in Austausch zu übernehmen und so den polnischen Bauern

~~in unmittelbarem Anschluss an ihren Volkskörper~~ eine Fläche, nicht unbeträchtlich grösser als die von ihnen zu verlassende frei zu machen. Doch würde es kaum schaden, wenn ein Teil der kleineren polnischen Bauern von dieser Umsiedlung ausgenommen würde und unter den Deutschen im Lande bliebe, nicht unerwünscht auch als Reservoir für die in Deutschland unentbehrlichen Saisonarbeiter. Jedenfalls zeigen die wenigen oben genannten Zahlen, dass die Umsiedlung unter voller Entschädigung beider Teile durchaus in Bereiche der Möglichkeit liegt und bei näherem Zusehen sogar mit einer ganzen Reihe von Vorteilen, die im einzelnen hier auszuführen, zu weit gehen würde, für beide Teile verbunden ist. Es ist deshalb durchaus nicht utopisch, damit zu rechnen, dass eine gewisse Freiwilligkeit der umzusiedelnden Bevölkerung die ganze Aktion erheblich erleichtern wird. Seit je hat sich der natürliche Ausdehnungstrieb der Polen auf die östlich anschliessenden Gebiete von Grodno, Minsk, Witebsk usw. gerichtet, ein Trieb, der erst in den letzten Jahrzehnten infolge der Schwierigkeiten, die Russland den Polen dort bereitete, zu einem gewissen Stillstande gekommen ist. Auch ist zu berücksichtigen, dass die für die Abtretung an Deutschland in Frage kommenden Gebiete Polens sämtlich vom Kriege aufs Tiefste berührt worden sind, das Hin und Her der feindlichen Truppen hat sie zum Teil arg verwüstet und die Bevölkerung in ihren Sitzen gelockert.

Weit einfacher noch liegen die Verhältnisse betreffs des auszusiedelnden Grossgrundbesitzes, dessen Tendenz ganz besonders stark auf eine Ausdehnung in den östlichen klein- und weissrussisch sowie auch litauisch besetzten Gebiete gerichtet war. Für ihn kommt neben Grodno auch die Entschädigung in übrigen Russisch-Polen jenseits des einzudeutschenden Streifens in Betracht. Sämtliche Krons- und Donationsgüter (Majorate) zusammen rund 1 Million Dessjatinen, würden zu diesem Zwecke als Teil der Kriegsentschädigung von Russland an Deutschland zu übereignen sein. Ein gut Teil des Grossgrundbesitzes wird auf diese Weise innerhalb des polnischen Volksgebietes selbst entschädigt werden können, wenn auch die, welche Kronsgüter in Tausch nehmen müssten (immer mindestens im gleichen Werte wie ihr aufgegebener

Besitz) ~~bei grösstenteils den Wandel von Land - zum Forstwirt~~
 in Kauf nehmen müssten (der grösste Teil der Domänen in Russische
 Polen besteht aus Waldgütern). Der Fest der Besitzer wäre in
 Grodno unterzubringen oder auch durch Geld zu entschädigen. Die
 letztere Möglichkeit ist bei Grossgrundbesitzern im Gegensatz
 zu Bauernwirten ohne weiteres dann gegeben, wenn die Familie
 von dem Zinsgenuss des nicht zu knapp zu bemessenden Entgeltes
 für das Gut (Preis vor dem Kriege hätte hier wie überall bei
 diesen Austausch die Grundlage zu bilden) standesgemäss leben
 kann.

Die Aufgabe ist schwierig, aber keineswegs undurch-
 führbar. An Verwaltungspraxis fehlt es den Russen für die Un-
 terbringung ihrer aus Grodno zu übernehmenden Landleute nicht.
 Die russischen Agrarbehörden haben in den letzten Jahren jähr-
 lich 500-700.000 Menschen als Ansiedlersesshaft gemacht, da
 kann es ihnen nicht an den technischen Fähigkeiten fehlen, um
 der hier gezeigten Aufgabe gerecht zu werden. Dass man es dem
 deutschen Organisationssinn zutreuhen darf, die grosse Aufgabe
 zu seinem Teile zur sachgemässen Lösung zu bringen, braucht
 man nach den Erfahrungen dieses Krieges wohl kaum besonders
 hervorzuheben.

Waren die politischen Kämpfe in den letzten Jahren
 vor dem Kriege so ungemein unerfreulich und boten sie dem Aus-
 lande und auch manchem national gesinnten Mann im Innlande -
 Grund zur Befürchtung, dass die Stunde der Gefahr Deutschland
 nicht einig finden mächte, so lag die Ursache dafür vor allem
 darin, dass im politischen Leben immer materielle Gesichtspunk-
 te herrschten, und nur solche die Ziele politischen Strebens
 gaben; es fehlte an einer grossen idealen das gesamte Volk er-
 fassenden Aufgabe. Hier ist sie zu finden.

Mit der Kennzeichnung dieser Aufgabe komme ich zu den
 Bedenken, die hinsichtlich der Möglichkeit, nach dem Kriege
 eine stärkere Besiedlungsfähigkeit durchzuführen, geltend ge-
 macht werden. Gegen den Einwand, die deutsche Volkskraft würde
 zu grossen Leistungen unmittelbar nach dem Kriege nicht ausrei-
 chend sein, lasse ich einen Ausländer zu Worte kommen, den

schwedischen Reichstagsabgeordneten Hildebrand: (Ein starkes Volk 3-104) Man erhält das Gefühl, unter dem Drucke der gewaltigen Schwierigkeiten ist so viel Tatkraft im Volke freigeworden, dass nur ein Teil davon während des Krieges verbraucht werden kann, wie blutig er auch sein möge. Die grosse Anzahl Verfallener und Verwundeter bedeutet natürlich eine Verminderung der gesamten Arbeitskraft, ich stelle mir aber eine so gesteigerte Anstrengung der Arbeitsfähigen vor, dass der Mangel vollständig ersetzt und dass das Ergebnis des ganzen Volkes ein grösseres wird, als zuvor. Mit im grossen und ganzen unverbrauchter Schaffenskraft, einer Erfahrung und einer unendlichen Menge von Plänen dürfen die Deutschen in die Friedenszeit eintreten".

Trotzdem bin ich auf den Einwand gefasst, dass das nötige Menschenmaterial nicht zu haben sein würde, um ein grösseres Gebiet in der durch die Verhältnisse gebotenen Eile zu besiedeln. Es können mit die Schwierigkeiten entgegengehalten werden, denen die Ansiedlungskommission in Posen und Westpreussen zeitweilig bei Beschaffung der Ansiedler begegnete und das langsame Fortschreiten der Besiedlungstätigkeit in den übrigen Ostprovinzen. Dieser Vergleich wäre jedoch nicht zutreffend. Was Ansiedlungskommission betrifft, so hatte sie von Anfang an mit den grössten persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Als persönliche Schwierigkeit lag zunächst die vor, dass in mehr als einen halben Jahrhundert Preussen es verlernt hatte, koloniasatorisch tätig zu sein. Es fehlte ganz an Beamten, die irgend welche Kenntniss oder Erfahrung auf diesen Gebiete hatten. Die Organisation der Behörde war überaus schwerfällig, bis ins kleinste hinein war sie von den Ministerium oder den Ministerialreferenten, die, einem parlamentarischen Drucke folgend, sich oft mehr von allgemein politischen als eigentlichen Ansiedlungsgesichtspunkten leiten lassen mussten. An sachlichen Schwierigkeiten ist hervorzuheben, dass in den ersten Jahren der Tätigkeit der Kommission ihre Arbeit in Deutschland so gut unbekannt war. Dem Gedankenkreise der süd- und westdeutschen Landbevölkerung lag

Posen (Polen!) viel besser, als Amerika. Ein württembergischer Bauer enterbte seinen Sohn, weil er mit seinem Muttererbtteil nach Posen, statt Amerika zog. Als die Verhältnisse der Ansiedlungsprovinzen in Deutschland bekannter und der Zustrom lebhafter geworden war, trat die Landknappheit ein, die, mit der Zurückweisung Ansiedlungslustiger und hohen Landpreisen ungünstig auf dem Zuzug zurückwirkte. Dazu kam, dass man sich lans scheute, eine eigentliche Werbetätigkeit für die Ansiedlung zu üben, weil man meinte, dass dies mit der Stellung einer königlichen Behörde nicht recht vereinbar sei. Bei den provinziellen Siedlungsgesellschaften ist das Fehlen an Ansiedlern meist das geringste Hemmnis ihrer Entwicklung gewesen. Vielmehr stellten sich ihnen finanzielle und bürokratische Hindernisse in den Weg; dazu kommt, dass in ihren eigenen Aufsichtsämtern und bei den Staatsbehörden, mit denen sie zu arbeiten haben, trotz aller wohlwollenden Worte für die innere Kolonisation im allgemeinen, bei der Durchführung im einzelnen so viele Schwierigkeiten bereitet werden, dass ein freundiges Vorwärtsarbeiten nicht recht in Gang kam.

Alle diese Hemmungen müssten in Neupreussen fortfallen: Das Land wäre billig herzugeben, die gesamte Verwaltung des Landes wäre auf diese Aufgabe einzustellen, die Behörden werden aufs einfachste und mit weitgehenden Vollmachten auszugestalten; Beamte, die Erfahrungen auf den Gebiete haben und zugleich begeistert für die Aufgabe wären - an solchen Beamten ist auch einer bald 30-jährigen planmässigen Siedlungsarbeit im Osten kein Mangel - müssten an die Spitze gestellt werden. Eine rege Werbetätigkeit in allen bäuerlichen Gebieten zumal in den unter Parzellenwirtschaft leidenden Teilen Süddeutschlands wäre einzuleiten. Werden alle gemachten Erfahrungen ausgenutzt, so werden alle Ansiedlungspraktiker darin einig sein, dass ein starker Strom von Ansiedlern in die Gebiete einfliessen wird. Gerade die Zeit nach dem Kriege ist die geeignete für eine solche Siedlungstätigkeit.

Auch in den Kreisen der bauerlichen Bevölkerung erweckt der Krieg mit seiner Bestätigung im Auslande, seinen neuen Eindrücken das Vorwärtsstreben und den Wunsch nach Erweiterung der Lebensaufgaben. Solche Zeiten haben sich daher der Auswanderung seit je besonders geneigt gezeigt. Das allgemein beobachtete Anschwellen der Auswanderungszahlen beweist dies.

----000-xx-000----

Odette Halban

11 VII 1915

100 R

Mit aufrichtiger Freude komme ich der ehrenvollen Aufforderung nach, zu Ihren Diskussionen über die "Neuordnung nach dem Kriege" mein Scherflein beizutragen. Doch werde ich Ihnen weniger Neues bringen, als Sie vielleicht erwarten; einfach deshalb, weil ich in der glücklichen Lage bin, mein Thema von einem Ihnen und mir gemeinsamen Standpunkte aus behandeln zu können : vom Standpunkte der Interessen Zentraleuropas, insbesondere vom Standpunkte der Parallellinteressen Oesterreichs und Polens. #

Ich bin aber auch in der glücklichen Lage unseren Anteil an dem Schutze Zentraleuropas als altes Aktivum der polnischen Nation zu bezeichnen, ja in einer Hinsicht sogar den Vortritt für uns in Anspruch zu nehmen. #

Es ist ja bekannt, dass Polen und Litthauen, die gemeinsam gegen den deutschen Orden kämpften, schon seit Beginn des XVI. Jahrhunderts die alte Fehde beilegten und der Säkularisierung des Ordenslandes zustimmten, um nur die ganze Kraft den östlichen Aufgaben zu widmen. # Unter Batorys Führung kamen dann Polens Heere bis vor Pskow ; unter den Wasakönigen bis nach Moskau. # Es wirkt tragisch, dass nicht viel später ein schwedischer König seines polnischen Veters Politik durchkreuzte, da er während der sog. Kosakenkriege mittelbar für das Zarentum eingriff, ähnlich wie der Kurfürst von Brandenburg. #

Unzählbar sind die polnischen Versuche Europa über Russland aufzuklären. # Leider kam es zur Vernichtung Polens, um den Preis einer den Zentralmächten zugestandenen Abfindung ; Russland rückte erst dadurch zur Grossmacht vor und gelangte zu ungeahntem Einflusse auf die Schicksale Europas. #

Polen hat trotzdem, unter unerhörten Schwierigkeiten seine Stimme immer wieder laut werden lassen. #

Der europäische Kongress von 1815. warf aber Polen ver-
ständnislos dem Zaren zu Füßen. Unsere Erhebung im
Jahre 1830. fand ebenfalls keine Unterstützung; die
Münchengerätzer Zusammenkunft stimmte im Jahre 1833. dem
Zaren zu, der durch seine legitimistischen Allüren Sym-
pathien warb. Erfolglos blieben unsere im Jahre 1837. an
Oesterreich gerichteten Vorschläge, ebenso wie alle spä-
teren Bemühungen. Die Behandlung, die unserem Freiheits-
kampfe von 1863. und unseren Hoffnungen während des Bal-
kankrieges im Jahre 1878. und auch später zuteil wurde,
will ich lieber unerwähnt lassen.

Trotz jahrhundertelanger Erfahrungen blieb
Polen, nach wie vor, der einzige Warner gegen Russland,
das uns nicht zu beugen vermochte, obwohl europäischer-
seits alles geschah, um uns in wuchtigster Weise die
Ueberzeugung beizubringen, dass wir lästige Malkontenten
sind und dass es aus dem russischen Kerker kein Entwei-
chen gebe. Die Erfahrungen vom Jahre 1863. das Dreikai-
serbündniss, die Russifizierung der Ostseeprovinzen und
Finnlands, daneben aber der deutsche Rückversicherungs-
vertrag mit Russland, trotz der Russifizierung des Ost-
seegebietes - alles zwang uns zu glauben, dass Europa
vor Russland kapituliert. Dem russischen Drucke haben
wir uns nicht gefügt - aber mit diesem Verhalten Europas
müssten wir rechnen; müssten also trachten, uns wenigstens
vor Ausrottung zu schützen.

So kam es zuweilen zu sog. Ausgleichsversu-
chen, an denen dreierlei bemerkenswert ist : 1. dass
sie stets nur nach harten Enttäuschungen aufkamen, so
nach dem Wiener Kongresse, oder nach dem Krimkriege und
dem japanischen Kriege, 2. dass die Initiative von
Russland und nicht von uns ausging, 3. dass sie stets
am dem intuitiven Misstrauen Polens scheiterten und
zu einer oft unverdienten Verdächtigung jener führten,

die - wie z.B. Wielopolski - gutgläubig dafür eintraten.-

Ohne Hass, nur durch ein kulturelles Empfinden geleitet, hat also Polen seit dem XVI. Jahrhunderte an dem Gegensatze zwischen dem romanisch-germanischen Westen und dem byzantisch-russischen Osten festgehalten. # Es gibt keinen Staat der in seiner Geschichte nicht wenigstens zeitweise an Russland geglaubt hätte; nur Polen bildet die Ausnahme. # Deshalb konnten wir es nicht fassen, dass Deutschland trotz der Russifizierung der Ostseeprovinzen zu Russland hielt, dass Oesterreich die Gefahr des Panlawismus ertrug, der seine Machtstellung fraglich machte, dass England trotz der asiatischen Gegensätze, sich gerade seit dem japanischen Kriege Russland näherte, dass die französische Republik in das auffallende Bündnisse einging.; wir konnten es nicht begreifen, dass man oft kleinlichen Zwecken zuliebe, die wichtigsten Interessen Europas dieser Gefahr aussetzte.

Aber selbst zu Beginn, und im Verlaufe dieses Krieges hörten wir Stimmen, die auch jetzt noch für ein Zusammengehen mit Russland wegen der englischen Gefahr eintraten. # Ich brauche nicht zu sagen, wie uns das beunruhigte, zu einer Zeit wo wir die Invasion Galiziens zu erdulden hatten und in Russisch-Polen noch keine bleibenden Erfolge zu verzeichnen waren. # Erst die Rede des deutschen Reichskanzlers enthielt das Bekenntnis prinzipiellen Gegensatzes zu Russland. # Ob dies aber schon wirklich opinio communis aller Kreise Oesterreichs und Deutschlands ist, wissen wir nicht, denn noch immer fehlt es an einer klaren Aussprache mit uns. # Wir lassen uns dennoch nicht beirren, denn unsere historische Linie ist gegeben.-

Wundern Sie sich aber nicht meine Herren, dass solche Erfahrungen, vereint mit der Beobachtung

40
46

noch vor Kurzem schwankender Auffassungen, bei denjenigen, die im Falle des Verbleibens unter russischem Szepter das Ärgste zu fürchten hätten, eine sorgenvolle Reserve hervorrief. Diese Reserve fand man bei den deutschen Grossindustriellen in Łódź erklärlich, während man dieselbe Haltung bei Polen als russophil verdächtigte. Ich möchte feststellen, dass keine Nation dem Risiko so enormer Gefahren so fest getrotzt hat, wie die polnische. Gewiss fehlt es auch bei uns nicht an Meinungsunterschieden; darf man sich aber darüber wundern, wenn man erwägt, dass manche Orte elf mal den Herrn wechselten, was jedesmal mit neuen Repressalien verbunden war? Namentlich aber, wenn der Nation noch immer nicht gesagt wird, welche Absichten die Zentralmächte ihr gegenüber hegen. Vergleicht man übrigens diese Meinungsverschiedenheiten bei uns mit solchen, die z.B. auch innerhalb der deutschen Nation in napoleonischer Zeit nicht fehlten, - dann erscheinen unsere Differenzen minimal. Sie sind durchaus nicht prinzipieller, sondern nur taktischer Art.

II.

11.

Wie wir uns die Zukunft vorstellen?

Sie hängt von zwei Voraussetzungen ab:

Erstens vom Siege. Denn für den Fall neuerlicher Besetzung Galiziens oder Polens durch die Russen, haben wir keine Pläne einer Neuordnung zu schmieden. Die den Russen verschwebende Neuordnung Galiziens ist uns bekannt, sie wollten Ostgalizien abtrennen und offiziell, Westgalizien aber unoffiziell russifizieren. - Was sie für Russisch-Polen für den Fall der Wiederkehr planen, können wir uns auch leicht vorstellen. -

Die zweite Voraussetzung ist, dass die Zentralmächte einsehen, welche Bedeutung für die Zukunft ein kräftiges und entwicklungsfähiges Polen hat, dass man also nicht in den panslavistischen Fehler mechanischen Verschlingens verfallt, sondern den Weg der Eröffnung frei-

er Entwicklungsbahnen betrete.-

Die Geschichte gibt uns, die wir längst auf die östliche Gefahr aufmerksam machten, leider erst heute Recht. #Wir wissen, dass wir in Fortsetzung unserer historischen Aufgabe auch in Hinkunft die schwersten Opfer zu bringen haben werden, ebenso wie wir durch diesen Krieg das unglaublichste und unersägliche zu leiden haben. #Wir ertragen aber diese Leiden so wie sie noch niemand ertragen hat und werden auch die künftigen Schwierigkeiten ertragen. #

Nur möge man uns dies nicht erschweren durch verständnisloses Vorgehen, oder durch kränkendes Misstrauen, was nur auf oberflächlicher Beurteilung beruhen kann. Wenn man das leidet, was unser Land und alle Schichten der Bevölkerung fortwährend zu leiden haben, wenn man aller Grundlagen normalen Lebens zeitweise entbehren muss, wenn nicht nur Milliardenwerte und Kulturwerte zerstört sind, sondern überdies Millionen Menschen obdachlos und rechtlos herumirren, dann ist man jeder Kränkung ~~xxx~~ desto zugänglicher, namentlich aber falscher Beurteilung. # Wir haben wohl das Recht zu betonen, dass unsere Gebiete die vorgelagerten Bollwerke der Zentralstaaten sind, dass die Verwüstung, die Obdachlosigkeit und die Rechtlosigkeit sonst andere Gebiete und andere Nationen ruiniert hätte. # Vor Allem aber erwarten wir, dass man uns deshalb nicht unterschätze und unser Land nicht als freies Kolonisationsgebiet in Aussicht nehme, wie es manche Publizisten taten, freilich ohne Zustimmung massgebender Kreise. # Die gerechte Beurteilung unserer trotz allem ungebrochenen Kraft und des Wertes dieser Kraft, ist also neben dem Siege die zweite wichtige Voraussetzung der Zukunftspläne.-

Unter diesen Voraussetzungen streben wir eine staatsrechtliche Feststellung unserer Lage an.

Wir verleugnen nicht unser Selbstständigkeitsideal, auch wenn wir dessen Realisierung dem Rahmen des Habsburgerreiches anpassen. #Ebensowenig verleugnen wir ~~nicht~~ unsere Pflichten gegenüber Mitteleuropa, wenn wir eine Existenzform anstreben, die es uns ermöglicht die ganze Kraft Galiziens und Kongresspolens den gemeinsamen Aufgaben Zentraleuropas zur Verfügung zu stellen. #

Die Verwertung von Kräften erfolgt nicht durch Fesselung oder Zersplitterung, sondern nur durch freie Zusammenfassung derselben. #Dies sah sogar Alexander I. ein als er zur Zeit, wor er europäisch vorgehen wollte. Polen und ~~Finland~~ staatlich gestaltete und das Deutschtum der Ostseegebiete förderte. Er fühlte, dass er zur Festigung Russlands in Europa einer staatlichen Struktur der zwei exponirtesten Völker, der Polen und der Finnländer bedürfte. #Er fühlte aber auch, dass man Kräftezersplitterung meiden und eine Zusammenfassung anstreben müsse ; deshalb vereinigte er das schon russische Finnland mit dem neuerworbenen zu einem Ganzen und plante auch die Vereinigung Kongresspolens mit Litt/hauen, um die dort vorhandenen polnischen Kräfte mit denen Kongresspolens für die europäischen Ziele Russlands auszunützen. # Dieser Weitblick währte natürlich kurz, nach wenigen Jahren zeigte es sich, dass Polen nicht als Vorspann für Russland dienen könne und auch Finnland fiel nach und nach der Ausaugungslust zum Opfer. Aber gerade auf Grund russischer Erfahrungen gelangt man zur Einsicht, dass ein Volk nur dann einer höheren konstruierten ^{Kfi} Einheit Dienste leisten kann, wenn es weiss, dass es auch für sich tätig ist. # Wir hatten in Oesterreich stets das Bewusstsein, dass wir diesem Staate dienend, auch für uns arbeiten, während wir in Russland - wegen des prinzipiellen Gegensatzes - niemals zu diesem Bewusstsein gelangten. #Deshalb konnten wir hier, selbst zur

Zeit empfindlichsten Druckes, der Finsicht harren und uns sogar vor Gewährung irgend welcher Garantien dem Staate nähern und jeden Rückschlag ertragen.-

Ich musste dies betonen, weil neuerdings französische und englische Publizisten aus der Ablehnung der uns von Russland gebotenen Vereinigung sämtlicher polnischen Gebiete folgern, dass die Polen offenbar auf die Verwirklichung ihrer Selbstständigkeit verzich-
ten! Gewiss nicht; nur das russische Joch abzuwerfen wir ab,
ten! Gewiss und zwar nicht nur deshalb, weil wir an Russlands Sieg nicht glauben, sondern vor allem deshalb, weil wir prinzipiell der ganzen historischen Entwicklung untreu werden müssten und dies nicht vermögen.-

Wir können und wollen uns die Selbstständigkeit nur im Rahmen einer zentral-europäischen Neuordnung vorstellen, wie sie ja in der gegenwärtigen Literatur mehrmals besprochen wurde, so auch von Franz v. Liszt / Mitteleuropäischer Staatenverband / u. anderen. # Ich verweise da auch auf die Zustimmung, die bei uns die beiden Artikel des Grafen Andrassy fanden, sowie auf die freilich von der Zensur ungnädig behandelte Enunziation des reichsrätlichen Polenklubs und auf die Kundgebung des polnischen Nationalkomitês. #

Wir gehen ~~xxxx~~ dabei von der Idee staatsrechtlicher Selbstständigkeit aus, wollen aber zwischen einem staatlichen Ideal und den Anforderungen der Neuordnung Mitteleuropas die richtige Mittelstrasse finden. # Nämlich einen Zustand der trotz unvollständiger Realisierung staatsrechtlicher Ideale, doch eine genügende Entwicklungsfähigkeit gewährleisten würde. # Also eine Anpassung an die wirklichen Bedürfnisse allgemeiner Neugestaltung. #

Als Realpolitiker rechnen wir mit dem Bestehenden und wollen an das Bestehende anknüpfen, nämlich an unser Verhältnis ~~/~~ zu Oesterreich und zu dem erhabenen Herrscher, unter dessen Regierung wir in der

Ueberzeugung unserer Zugehörigkeit zu Mitteleuropa bestärkt wurden.- Die einzige Aeusserung selbstständiger polnischer Wehrkraft, die polnischen Legionen sind dem Kaiser vereidigt, wodurch wir schon im Verhinein unsere Zukunftspläne kundgaben.-

III.

Mit dem gegenwärtigen Galizien, an dessen voller Wiedergewinnung wir nicht zweifeln, hoffen wir Kongresspolen verbunden zu sehen.- Wenn wir schon nicht auf die gewaltsame Teilung Polens zurückgreifen, sondern realpolitisch uns damit begnügen sollen, an das Bestehende anzuknüpfen, müssen wir auch die beiden genannten Gebiete als feststehende Einheiten behandeln. Ich kann mich daher darauf beschränken, zu erwähnen, wie verdammenswert die russische Losreissung des Chełmer Landes von Kongresspolen allen erschien; ebenso wie die vom Grafen Bobrinskij geplante Abtrennung Ostgaliziens. Wir ersehnen und erwarten die ungeschmälerte Vereinigung zweier Hauptteile, aber nicht eine neue Teilung, also nicht eine Kopie russischer Pläne, gegen die wir uns sowohl vor dem Kriege, als auch während der Invasion in Galizien stets verwahrt haben.-

Realpolitisch erscheint es klar, dass nachdem Russland das österreichische Vorgehen gegen Serbien dazu benützte, um ohne österreichische Veranlassung den Krieg nach Polen zu tragen und Galizien zu besetzen, sodann aber Kongresspolen aufgeben musste, nunmehr der russisch-polnische Anteil an Oesterreich gelangen müsse. Von jenen beiden Vertragsmächten des Wiener Kongresses deren zwei Gebiete, Galizien und Kongresspolen Schauplatz und Objekt des Krieges geworden sind, hat nunmehr nach der Lage der Dinge Oesterreich-Ungarn schon deshalb Anspruch auf beide Anteile, weil es nach Russland den grössten Anteil an dem ehemaligen polnischen Reichsge-

bierte hat und sich ohnehin in dem Besitze der nächst Warschau bedeutendsten Zentren /Lemberg und Krakau / befindet. #

Angesichts dieser Tatsache braucht man nicht einmal auf die bis 1515. zurückreichenden Vertragsverhältnisse zurückgreifen. Wohl aber darf und soll man des innigen Zusammenhanges gedenken zwischen dem ehemaligen Kleinpolen /Krakau/ und Masovien /Warschau/, sowie dem Palatinate Beiz, das zwischen Lublin und Lemberg die Verbindung bildete. # Analog war auch der Konnex zwischen Kleinpolen und dem von Kasimir d. Gr. im Finvernehmen mit Ungarn angegliederten Gebieten, aus dem später gerade unter Berufung auf die -freilich juristisch veralteten- Rechtstitel Ungarns Galizien gebildet wurde. # Ueber Lemberg ging die Handelsstrasse von Warschau nach Ungarn, auch der Lauf des Bug, der in die Weichsel mündet, kennzeichnet den geographischen Zusammenhang. #

Ich möchte aber vor Allem daran erinnern, dass im Jahre 1814. Alexander I. auf den vielfachen Konnex zwischen Galizien und dem seit 1813. von den Russen besetzten Grossherzogtum Warschau pochend, bestrebt war, Galizien zu erwerben. # Er ging von der ~~Ab-~~ Ansicht aus, dass nachdem die damalige Neuregelung Europas ~~ein~~ ^{ein} Ergebnis des missglückten Napoleonischen Krieges gegen Russland war, Russland kraft der Bestzung Warschaus einen Anspruch auf Galizien habe und Oesterreich auf andere Weise zu entschädigen sei. # So sehr stand schon damals der Zusammenhang zwischen dem späteren Kongresspolen und Galizien fest. # Im Jahre 1838. hat Grossfürst Konstantin dieselbe Idee wieder angeregt. Ebenso hat aber auch die polnische Nationalregierung im Aufstande im Jahre 1830/31 diese Verbindung angestrebt, indem sie durch die Geheimmission des Grafen Zamoyski an den Fürsten Metternich dem Kaiser Kongress-Polen anbot. # Auch Napoleon III. plante im Jahre 1863.

dasselbe, freilich auf Kosten Oesterreichs. / Daraus geht hervor, dass man nicht nur polnischerseits, sondern auch in Russland und Frankreich die Zusammenfassung dieser zwei Teile Polens stets als begehrenswert betrachtete.-

Zu den durch die frühere Geschichte gelieferten und durch die erwähnten Pläne im XIX. Jahrhunderte so nachhaltig verstärkten Argumenten, tritt aber insbesondere noch ein allgemeiner Gesichtspunkt hinzu : die innere Gemeinsamkeit der östlichen Aufgaben des Donauraumes und Polens ; vormals in der Türkenfrage, später und heute gegen den Panславismus und die Orthodoxie. / Hebt man heute im Interesse der Neuregelung Zentraleuropas die Scheidung zwischen Kongresspolen und Galizien auf, dann liquidiert man eines der unhaltbaren Ergebnisse des Wiener Kongresses, gleichzeitig knüpft man aber an die Traditionen der weitblickenden Politik Kasimirs d.Gr. und seines ungarischen Zeitgenossen Robert von Anjou, sowie dessen Nachfolgers Ludwig an, die durch die Angliederung des späteren Ostgalizien an Polen die **Bildung** des polnischen Bollwerkes gegen den Osten vorbereiteten. / Auf einer anderen und weitaus kleineren Basis als vor der Teilung Polens, aber dafür im Zusammenhange mit Zentraleuropa, hätte Kongresspolen und Galizien vereint, die alte Aufgabe wiederaufzunehmen und als Bollwerk zu fungieren.-

Aus der Schaffung eines solchen Länderkomplexes würden sich zweierlei Konsequenzen ergeben :
1./ hinsichtlich der Beziehungen dieses Komplexes zu den übrigen Ländern der Habsburgischen Krone und
2./ hinsichtlich der inneren Verfassung.-

IV.

Es ist klar, dass ein so grosser Komplex nicht als gewöhnliches Kernland behandelt werden kann-

te. Von allem anderen absehend, verweise ich auf das Ihnen meine Herren nächstliegende, nämlich auf einen den deutschen politischen Kreisen unerwünschten Zuwachs polnischer Parlamentarier im Reichsrate. Da aber die Befreiung Kongresspolens unmöglich darin gipfeln kann, dass man die Polen, die selbst zur Duma zugelassen würden, politisch rechtlos mache, so ergibt sich die Notwendigkeit für Galizien und Kongresspolen eine Verfassungsform zu finden, die ihnen die Beteiligung an dem konstitutionellen Leben Gesamtösterreichs voll ersetzen würde. Ein gewöhnlicher Landtag könnte keinen Ersatz bieten. Unsere Ausschaltung aus dem Reichsrate könnte nur durch einen Landtag von analoger Bedeutung wie der Reichsrat ersetzt werden, also durch einen eigenen parlamentarischen Körper, dem die Regierung ebenso verantwortlich wäre, wie dem Reichsrate. Da aber die k.k. Regierung unmöglich zwei Parlamenten gegenüber verantwortlich sein kann, so ergibt sich die Notwendigkeit einer eigenen inneren Regierung. Ob an ihrer Spitze ein Vizekönig oder ein Ministerpräsident stehen, ob die neue parlamentarische Körperschaft Landtag oder anders heißen würde, ist Detailfrage. Das Prinzip, nämlich unsere Ausscheidung aus dem Wiener Reichsrate, erfordert aber ausser der Schaffung eines neuen parlamentarischen Körpers und einer neuen Regierung noch die Regelung der Beziehungen zwischen dem neuen staatsrechtlichen Komplex und allen anderen Ländern der Habsburgischen Krone, durch die Beteiligung an den Delegationen; sonst hätten wir an den wichtigsten Agenden, die sich aus der pragmatischen Sanktion für alle von der Dynastie beherrschten Länder ergeben, keinen Anteil.-

Eine solche Konstruktion würde dem Prinzip der Anknüpfung an das Bestehende, nämlich der Vereinigung zweier vom Wiener Kongresse geschaffenen Teile,

am besten entsprechen. - Das damals begründete Kongresspolen, war eben in dieser Weise mit Russland verbunden. Der Zar war König von Polen ; Polen hatte sein eigenes Parlament, seine eigene Regierung, seine Staatsbank, seine Münze, seine eigene Zollgrenze, auch sein eigenes Heer, das aus den napoleonischen Legionen hervorgegangen war, trotzdem dass dieselben bis 1815. gegen Russland gekämpft hatten, während unsere Legionen von Haus aus für den Kaiser von Oesterreich vereidigt wurden. # An der Spitze dieses Heeres stand dort der Bruder des Kaisers, der gleichzeitig die russischen Truppen befehligte. # Die Gemeinsamkeit war viel schwächer, als wir sie uns heute für die uns erwartende Zukunft denken, es fehlte ja sogar das Band einer gemeinsamen Delegation und einer gemeinsamen Regierung, ferner bestand gar kein Kennex wirtschaftlicher Art. #

Dass das Vorbild von 1815. in letzterer Hinsicht vom Standpunkte der Neuregelung Zentraleuropas heute als unpassend erscheint, entnehmen wir viele Stimmen. # Ich brauche die geehrten Herren vielleicht nicht erst zu versichern, dass wir die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich auf Grund der neuesten Erfahrungen für Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich ergeben, sehr genau studieren. # Wir sind uns daher über die Notwendigkeit weitgehender Veränderungen des zwischenstaatlichen Wirtschaftslebens klar ; selbstverständlich entgehen uns auch nicht die Verschiebungen, die sich daraus ergeben werden, dass die Zentralmächte in dem bisherigen Kongresspolen ein neues Absatzgebiet finden, dass die Zollgrenze zwischen Galizien und Polen fallen, dass aber Kongresspolen sein enormes russisches Absatzgebiet verlieren und sich ganz neuen Modalitäten wird anpassen müssen. # Es sind in unseren Kreisen hierüber sehr ernste Studien vorgenommen worden, über deren Ergebnisse ich natürlich im Rahmen dieses Refe-

rates nicht berichten kann. Ich erwähne dies nur, um festzustellen, dass wir sehr wohl wissen, welche Konsequenzen sich betreffs der Wiederaufnahme des Vorbildes von 1815. vom Standpunkte der österreichisch-ungarischen und der zentraleuropäischen wirtschaftlichen Gestaltung ergeben dürften; wir rechnen also mit den Pflichten, die uns die Zugehörigkeit zu Zentraleuropa auferlegt.-

Im Uebrigen aber glauben wir auf die Konstruktion Kongresspolens ex 1815. schon deshalb hinweisen zu sollen, weil dieselbe unter Zustimmung Oesterreichs und Preussens durch den Wiener Kongress festgestellt wurde. //Dazumal hatte Kongresspolen lange noch nicht jenen Reifegrad erreicht, dessen es sich heute rühmen kann und was der Zar, gegen den die Polen gekämpft hatten, den Polen als Gegnern zugestand, werden wohl heute die Zentralmächte den Polen aus freien Stücken einräumen. ⁹

V.

Auch in der inneren Struktur müsste ein zeitgemässer Ausbau erfolgen.-

Ich meine da nicht nur die verwaltungsrechtlichen Einrichtungen, die sich aus dem Umfange des Gebietes und aus den modernen Verwaltungsaufgaben ergeben, sondern vor allem die nationalpolitischen Probleme.

Es würde nämlich zu der polnisch-ruthenischen Frage Galiziens deren Lösung auf neuen Grundlagen durch die kurz vor dem Kriege beschlossene Reform der Landesordnung angebahnt wurde, die polnisch-ruthenische Frage einzelner Gebiete Kongresspolens hinzutreten, namentlich im Gebiete von Lublin und Podlagie.-Die dortigen Ruthenen waren in Russland die einzigen, die der Union mit der römisch-katholischen Kirche treu blieben; dies muss desto mehr gerühmt werden, als ja Russland die

Union nicht nur nicht unterstützte, wie dies in Galizien geschah, sondern grausam verfolgte; ^{Arese} Verfolgungen bilden den furchtbarsten Schandfleck der Geschichte aller Zeiten, insbesondere den grässlichsten Fleck der Geschichte des XIX. Jahrhunderts. Dennoch hat die gewaltsame Bekehrung zur Orthodoxie in Kongresspolen nicht gesiegt, obwohl die Union in allen anderen dem russischen Szepter unterstehenden ruthenischen Gebieten schon früher ohne Gewalt unterlegen ist. Diese märtyrerhafte Ausdauer hat die Ruthenen dieser Kreise den Polen näher gebracht als irgendwo sonst. Unvergleichlich ist das innige Verhältnis beider Teile dort, wo man Schulter an Schulter dem gemeinsamen Glaubensfeinde zu trotzen hatte.

Von diesem schönen Verhältnisse ausgehend und an den Grundlagen festhaltend, auf denen die neue galizische Landesordnung unter Zustimmung beider Völker zustande kam, könnte man zu einer modernen nationalen Verfassung gelangen. Dieselbe müsste sowohl denjenigen Landesteilen angepasst werden, in denen kompakte nationale Massen wohnen, wie auch gemischten Kreisen, schliesslich auch den Bedürfnissen kleiner Minoritäten; mit einem Worte, es müsste eine Kombination nationaler und territorialer Autonomie sein. Diese Kombination wäre durch eine entsprechende administrative Gebietseinteilung zu erleichtern, so dass innerhalb der territorialen Autonomie der betreffenden Kreise, die nationale Autonomie zur Geltung käme. Ich erinnere an das Projekt des Ministerrates vom 4. September 1859. wonach unter Beibehaltung der Einheit Galiziens drei Verwaltungsgebiete vorgeschlagen wurden. Da Kongresspolen in 10 Verwaltungsgebiete zerfällt, müsste auch Galizien in 3-4 Verwaltungskreise geteilt werden, in denen die Grundsätze der territorial-nationalen Autonomie zur Geltung kämen.

In politisch-nationaler Hinsicht, möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen Polen und Kleinrussen, sowie zwischen Polen und Weissrussen sowohl in Podolien, Wolhynien, und der Ukraine, als auch in Kongresspolen und Litthauen, das beste Einvernehmen besteht, dass sogar die ukrainische Bewegung durch die Polen wesentlich unterstützt wird, obwohl die Orthodoxie der Kleinrussen das Zusammengehen erschwert. Warum sich unsere Beziehungen in Galizien nicht so gestalten konnten, wie es jeder einsichtige polnische Politiker gewünscht hätte, muss ich hier unerörtert lassen. Das schliesst aber nicht aus, dass auf einem neuen politischen Schauplatze, unter hervorragender Mitwirkung von Kräften, die an den bisherigen Differenzen nicht beteiligt waren, eine vollkommen neue Situation entsteht, zu dauerndem Nutzen beider Teile, die sich zusammen ihren zentral-europäischen Aufgaben zu widmen haben werden.-

Ausser dieser Frage, ist es auch die sog. jüdische Frage, die im Hinblick auf die bevorstehende Neuordnung vielfach publizistisch behandelt wird.-

Zwischen den beiden erwähnten "Fragen" besteht natürlich ein prinzipieller Unterschied. Die polnisch-ruthenische Frage ist im vollen Sinne des Wortes ein Problem, das auf dem Gebiete der Schulverwaltung, der Justiz und überhaupt der Verwaltung im Allgemeinen sowie im Bereiche der politischen Vertretung nationaler Rechte von weitreichender Bedeutung ist ; es muss daher unserer Ansicht nach in dem eben erwähnten Sinne gelöst werden. #

Anders gestaltet sich aber die sog. jüdische Frage, die offiziell, d.h. verfassungsrechtlich nur als konfessionelle Frage betrachtet werden kann, daher nur in einer konfessionellen Verfassungskonstruktion eine weitergehende Berücksichtigung finden könnte. † Dies geschah z.B. für Bosnien. † Bei jeder anderen Verfassungskonstruktion können konfessionelle Unterschie-

de nur vom Gesichtspunkte der Gewährung oder der Verweigerung bürgerlicher und politischer Rechte in Betracht kommen. Für die Verquickung des Rassenmomentes mit dem konfessionellen fehlt jedwedes juristische Kriterium ; es fehlt also auch die Möglichkeit staatsrechtlicher Berücksichtigung. # Man kann Staatsbürger konfessionell klassifizieren, jedoch nur zu dem Zweck, um die dem konfessionellen Bedürfnisse entsprechenden Rechte zu bestimmen. # Man kann sie auch national klassifizieren, um die dem nationalen Bedürfnisse entsprechenden sprachlichen Rechte zu gewährleisten. # Man vermag aber praktisch unmöglich gewisse Gruppen als nationale Einheiten anzuerkennen, selbst wenn sie sich als eigene Rasse betrachten, sich aber den handgreiflichen nationalen Merkmalen nicht unterordnen. # Es ist auch unmöglich daraus praktische Konsequenzen abzuleiten, die staats- und verwaltungsrechtlich verwertbar wären, wenn man nicht etwa in einen konfessionellen Verfassungsaufbau zurückverfallen will. Ausser wenn man nach russischem Muster privilegia odiosa bildet. # In Russland hat man für ~~Kasch~~ Juden, zum Teile auch für ~~Katholiken~~ privilegia odiosa geschaffen ; so den Prozentsatz in den Schulen, den Ansiedlungsrayon, die Beschränkung im Erwerbe liegender Güter u. s. w. Das wäre das Ghettosystem, nur nach komplizierter und ungerechter als in vergangenen Zeiten. Ueberdies aber auch ganz undurchführbar, wenn man etwa gesetzliche Vorteile an schwer greifbare Momente knüpfen wollte. #

Die einzige Lösung bildet die Gleichberechtigung der Staatsbürger und die Gewährung von Korporationsrechten an die konfessionellen Organisationen in dem allgemein üblichen Ausmasse. #

Nun ist es ja klar, dass die sog. jüdische Frage damit nicht erschöpft ist, weil sie auch Imponderabilien umfasst, die das Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung sind. # Diese sozial-wirtschaftlichen und

kulturell-psychologischen Erscheinungen bewirken, dass staatsrechtliche Mittel in mancher Hinsicht versagen. Dennoch gibt es vom Standpunkte der Verfassungskonstruktion kein Mittel, um soziologische Probleme direkter Lösung zuzuführen. Die Wiederkehr zu einer Absonderung, mag dieselbe auch von einem Teile der Juden gewünscht werden, wäre gewiss verfehlt. Gegen dieselbe wendet sich aber auch die Intuition jener Juden, die durch Uebernahme voller Pflichten nicht nur volle Rechte sondern auch volle Wertschätzung anstreben.

Ich glaube, dass es nicht im Interesse der zentraleuropäischen Neuregelung liegen würde, eine Frage die vom Standpunkte des modernen Staatsrechtes im Sinne gleicher Rechte und Pflichten längst entschieden ist, in Polen absonderlichen Experimenten auszusetzen. Wir müssten uns dagegen aussprechen, da die polnische Verfassungstradition, sowohl die des Grossherzogtums Warschau und des nachmaligen Kongresspolen bis 1831. wie auch die der Freistadt Krakau, ebenso wie der Geist der Wielopolski'schen Reformen, dem entgegenstehen. Wir wären also nicht geneigt, die Bahn russischer Ausnahmsbehandlung zu betreten. Wohl aber sind wir uns der Schwierigkeiten bewusst, die unser auf diesem Gebiete harren. Gilt es doch gerade die bisherige russische Sonderbehandlung der Juden zu überwinden und die christliche Bevölkerung für den Wegfall der bisher die Juden beschränkenden Normen zu gewinnen. Dem stellen sich erschwerende Hindernisse entgegen. Vor allem die grosse Zahl der Juden, deren voller Eintritt in alle Gebiete des öffentlichen Lebens eine für die Bevölkerung Kongresspolens ungewohnte Erscheinung bilden wird. Sodann der Umstand, dass die russische Judenpolitik dem Lande seit Jahren stets neue landesfremde Judenscharen zuführte, die obwohl aus Russland vertrieben, dennoch als Pioniere des Russentums -vielleicht teilweise unbewusst- auftraten. Dadurch ist der Cha-

rakter eines Fremdkörpers, den so bedeutende Scharen ohnehin haben, gerade im letzten Jahrzehnt verstärkt worden, wodurch die Durchführung der in Aussicht genommenen Gleichberechtigung natürlich unliebsam beeinträchtigt werden kann. - Die Bewältigung dieser Schwierigkeiten darf also nicht den Polen allein aufgebürdet werden ; die Juden selbst müssen daran redlich mitarbeiten, und da wäre wieder die Idee irgend einer Sonderstellung das unrichtigste Mittel. - In diesem Sinne müsste auch die öffentliche Meinung Zentraleuropas mitwirken. -

Es ist mir leider unmöglich, die Aufmerksamkeit der geehrten Herren noch länger in Anspruch zu nehmen, wie es auch unmöglich ist, alle Fragen zu besprechen, die sich für die polnische Nation aus der Neuregelung Zentraleuropas ergeben können. # Ich konnte ja in diesem bescheidenen Rahmen eines Referates nicht einmal auf die Details der staatsrechtlichen Beziehungen zu der Gesamtheit der Länder der Habsburgischen Krone eingehen, wie sie uns vorschweben. # Das wichtige Kapitel der künftigen handelspolitischen Beziehungen zu Russland und Rumänien, habe ich überhaupt nicht streifen können, ebenso die Finanzfragen. -

Es müsste mir ja heute vor allem darum zu tun sein, Ihnen wahrheitsgetreu unsere Ideen über die künftige Stellung Polens unter dem Szepter des Kaisers von Oesterreich und im Rahmen des neugestalteten Zentraleuropas zu skizzieren und hiermit unsere prinzipiellen Ansichten zu entwickeln. # Ich glaube Ihnen aber auch deutlich und unzweideutig unser politisches Bekenntnis zu Oesterreich-Ungarn und zu seinem europäischen Programm gegeben zu haben. # Ich darf daher vielleicht vorläufig der Zuversicht Ausdruck geben, dass bei programmatischer Uebereinstimmung die Konstruktionsfragen keine Schwierigkeiten bereiten

werden.†

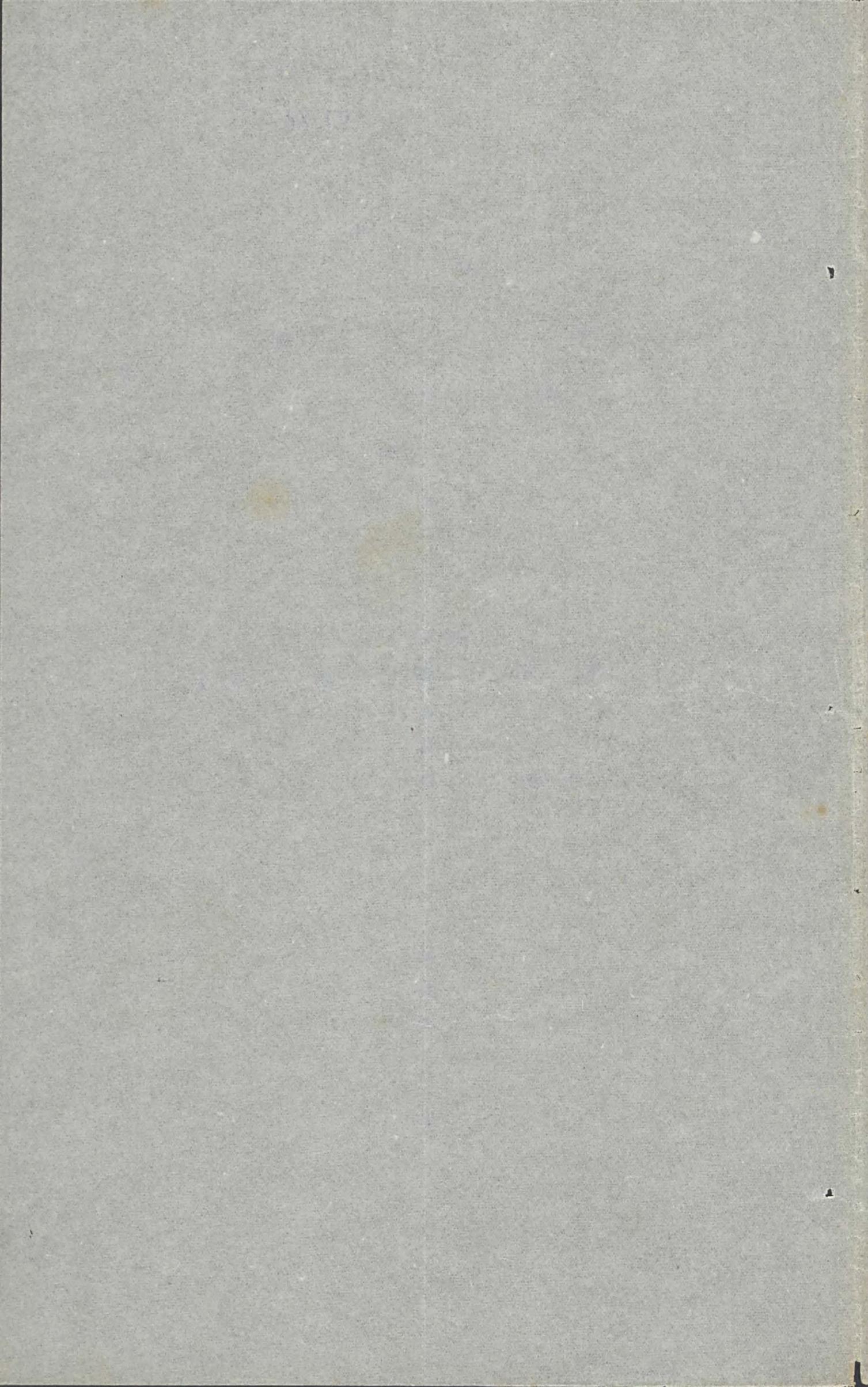
Wir dürfen von programmatischer Uebereinstimmung sprechen, da Sie meinen Ausführungen wohl entnommen haben, wie hoffnungsfreudig wir ein Erstarken des mitteleuropäischen Bewusstseins begrüßen. †Wir wissen ja, dass Polen seinerzeit seinen Aufgaben nicht nachkommen konnte, weil dieselben in Zentraleuropa keinem Verständnisse begegneten ; wir wissen also, dass wir für das umso viel kleinere Polen als das ehemalige desto mehr des Verständnisses bedürfen ; wir wissen dass wir an die schweren Aufgaben, denen wir uns nach wie vor unterziehen wollen, nicht anders als mit Zentraleuropa herantreten können. †

So beurteilen wir denn auch die Konstruktionsfragen nicht vom Standpunkte historischen Rechtes und auch nicht vom Standpunkte eines übrigens gewisse gerechtfertigten Ehrgeizes ; sondern nur realpolitisch vom Standpunkte der Möglichkeit, der Nützlichkeit und der Notwendigkeit, im Hinblick auf unsere Aufgaben. †Die entwickelte Konstruktion erscheint uns nicht nur begründet und möglich ohne jedwede Beeinträchtigung Zentraleuropas ; sie erscheint uns überdies vom österreichisch-ungarischen Standpunkte nützlich , ebenso wie sie für uns selbst notwendig ist.-

Es wäre naheliegend, Ihnen verehrte Herren die Nachteile anderer Lösungen darzustellen ; dies wäre sehr leicht, aber ich müsste da zum pessimistischen Griffel greifen, ich müsste Ihnen die eventuellen üblen Folgen anderer Lösungen darstellen, mich auch auf frühere europäische Verfehlungen und ihre Konsequenzen berufen-Das will ich vermeiden. Denn wir wollen der kommenden Zeit ohne Rekriminationen entgensehen, wir wollen nur positiv vorgehen, ohne uns auf den Luxus von Empfindungen einzulassen, die das Bild nur trüben könnten. Pessimistische Eventualitä-

ten aber sollen in einer Zeit, in der man des gesunden Optimismus bedarf, überhaupt nicht erwogen werden, weil sie den beiderseits notwendigen Glauben erschüttern und das unerlässliche gegenseitige Vertrauen schwächen.-

Wollen Sie daher geehrte Herren bei Beurteilung unseres Standpunktes uns ebenso vertrauensvoll begegnen, wie wir überzeugungsgetreu zu Oesterreich-Ungarn und dem künftigen Zentraleuropa halten ; zu Oesterreich-Ungarn unmittelbar, zu Zentraleuropa durch Oesterreich-Ungarns Vermittlung und unter dem Schirmschilde des erhabenen Monarchen, dem unsere Legionen Treue geschworen und Treue halten.-



Rede über die auswärtige Politik.

Meine Herren !

Wenn ich Ihnen über die auswärtige Politik referieren soll, muss ich von der militärischen Lage, und von dieser allein, meine Meinung sagen, denn die Diplomatie, deren Tätigkeit und Bedeutung ich ja gewiss nicht unterschätzen will, wird nur die Folgerung aus der ersten ziehen; dabei hoffentlich den Ertrag unserer Siege voll und ganz einheimsen.

Als Lemberg von den Russen besetzt und Przemyśl cerniert war, als die Truppen des Zaren an den Karpatenwall anstürmten, da war eine schöne Zeit für unsere Pessimisten. Alte Würdenträger im Ruhestande, zumeist freisinnige Centralisten, fossile Politiker begehrt den Friedensschluss mit Verzicht auf Galizien. Sie piffen ihr bekanntes Lied: "mein Vaterland muss kleiner sein", mit dem dem geistigen Vorbehalte, dass sie in demselben eine grössere Rolle zu spielen gedachten. Nach ihren Vorschlägen hätte Oesterreich sich mit der Stellung eines deutschen Mittelstaates begnügen, ein grösseres Bayern oder Sachsen werden sollen!

Jetzt, nach den glänzenden Erfolgen unserer unvergleichlichen Armee dürfen die Optimisten ihr Haupt erheben, und ich bekenne mich als solcher, der ich stets gewesen bin. Ich gebe mich keinen überschwenglichen Träumereien hin, ich besitze jedoch konstruktive Phantasie genug, um aus vollendeten Tatsachen mir das Bild unserer Zukunft aufzubauen.

Nach schweren Verlusten leidet Frankreich an Erschöpfung; mit unreifer Ersatzmannschaft vermag es die lange Linie seiner Schützengräbern von Canal la Manche bis zur Schweizer Grenze mit knapper Mühe und Not zu halten. England hat sein ehemals kleines aber vorzügliches Heer und dessen brillantes Offizierscorps in Flandern und an den Dardanellen aufgebraucht, und es bedürfte langer Jahre, bevor der Zwang der allgemeinen Wehrpflicht ihm ein modernes Millionenheer schüfe. Ueber Italien wollen wir kein Wort verlieren, Es wehrt sich energisch gegen die Zumutung der Entente, ihr in Saloniki oder in Albanien beizuspringen; es hat genug mit uns zu tun. Italia fora da se. Serbien und Montenegro sind besetzt, ihre Herrscher Monarchen in partibus infidelium.

Russland allerdings hat ein nahezu unerschöpfliches Reservoir von tapferen, willigen, aber unausgebildeten Manschaften, Relativ zur Bevölkerung ist jedoch die Klasse der Intelligenz in Russland noch weit weniger zahlreich als in Mitteleuropa; es kann daher seine riesigen Verluste an Offizieren und Unteroffizieren nicht ersetzen; seine Rekruten-Millionen entbehren der Führer und bedürfen derselben zur militärischen Ausbildung doch weit mehr wie unsere Mannschaft, weil sie Anaphabeten sind.

An unseren Schützengräben erleiden jetzt die jungen russischen Truppen ohne jeden Erfolg weit blutigere Verluste, als die älteren Jahrgänge in den Karpathen. Sie sind eine Horde ohne Organisation.

Das Ergebnis der 18 Monate des Weltkrieges ist kurz gesagt bisher folgendes:

Deutschland und Oesterreich haben den Sieg, die Mächte der Entente versprechen ihn den Völkern, welche sie frivol in den Kampf gehetzt haben.

In unserer Hand ist ein riesiger Landerwerb, mehr als zehntausend geographische Quadratmeilen und die Defensivkraft der modernen Heere an Artillerie, Maschinengewehren und Repetiergewehren, an Schützengräben-Reihen und Stacheldrähten ist eine solche, dass es zwar möglich aber höchst unwahrscheinlich ist, dass ein Durchbruch uns diese Eroberungen entreissen könnte.

Die Entente verzeichnet ein enormes Defizit an Land und Leuten, an Prestige und an Illusionen.

In öffentlichen Diskursen heuchelt sie eine Zuversicht, die dem Herzen fremd ist, Salandra ist der einzige, der die Niederlage aufrichtig einbekennt, und sich reif für den Eintritt ins Privatleben erklärt, die anderen führenden Staatsmänner fristen ihre erschütterte Stellung weiter durch grossprecherische Verheissungen.

Auf welcher Grundlage wird der Friede geschlossen werden. Wir leben im Zeitalter der nationalen Idee. Sie wird voraussichtlich die Bedingungen diktieren.

Die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs huldigen viel zu vernünftigen und gemässigten Gesinnungen, um Völker einzuverleiben, die zur Assimilation nicht taugen.

Ich meine der Friedensschluss in Westeuropa wird die Zustände

vor Kriegsbeginn wiederherstellen.

Belgien, das teils französische, teils vlämische Einwohner beherbergt, wird mehr minder die frühere Selbstständigkeit wiedererlangen.

Frankreich die jetzt von den Deutschen okkupierten Departements; England ist wegen der insularen Lage nicht niederzuzwingen, Deutschland auf dem Continete für die englische Flotte unverwundbar. Sie werden möglicherweise ihre koloniale Besitzr durch Teilung des belgischen Congo's gegenseitig compensieren.

Russland wird, davon bin ich fest überzeugt, der hauptsächlichste Verlust- und Leidträger werden. Sein Einfluss auf dem Balkan ist dahin, ebenso die Hoffnung auf den Besitz von Konstantinopel. Der Traum Peters des Grossen und der Kaiserin Katharina ist zerronnen. Aber auch das Gebiet, welches innerhalb der deutsch-österreichischen Schützengräben liegt, und von Riga und Dünaburg bis nach Bessarabien reicht, ist unwiederbringlich verloren. Deutschland wird Kurland, den Kreis von Suwalki und das Gouvernement von Kowno behalten. Oesterreich Congresspolen, Litauen, Wolhynien. Die geknechteten Völker dieses Gebietes, Deutsche, Letten, Lithauer, Polen und Ruthenen werden der Selbstbestimmung und der nationalen Freiheit wiedergegeben.

Unter dem Alpdruck russischer Uebermacht hat ganz Europa seit anderthalb Jahrhunderten gelebt. Im Bereiche der russischen Eroberungszüge hat die Kultur vorgeschrittener Völker geschmachtet, war dem Gutdünken der rohen Völker einer tiefer stehenden, haben und entlehnten Civilisation preisgegeben.

Durch ihre edlen Naturanlagen, durch ihre ruhmvolle Geschichte sind sie Genossen des hochentwickelten Abendlandes und seiner geistigen Gemeinschaft angehörig. Ihr ~~jedoch~~ Joch ist abgeschüttelt, ihre Ketten sind gebrochen.

Erlauben Sie mir, meine Herren, schon jetzt den Unkenrufen entgegenzutreten, welche ohne Zweifel bei der Annexion von Congresspolen und Wolhynien bezüglich der Wirkung auf die Reichsfinanzen sich erheben werden.

Man wird das Schlagwort von den passiven Ländern wiederholen, welches wir zum Ueberdruße oft schon vernommen haben. Verlassen Sie sich darauf, dass Oesterreich, welches an der Last des Krieges schon selbst genug zu tragen hat, für die Wiederinstandsetzung Polens, Lithauens und Wolhyniens schwerlich ~~zu~~ draufzahlen wird.

Congresspolens Industrie überragt bedeutend die unsere in einer Reihe von Artikeln, Lodz, Warschau, Sosnowice, Piotrków, Lublin sind Bergwerke oder Fabriksstädte ersten Ranges und wenn sie auch schwer gelitten haben, Russland kann für ~~lange~~ lange Zeit hinaus ihre Produkte nicht entbehren. Sie werden sich also erholen. Wolhynien hat genau wie Ostgalizien die fruchtbare berühmte Schwarzerde, die geradezu unerschöpflich ist, wenn Fleiss, Intelligenz und Kapital aufgewendet werden. Sie wird uns für Cisleithanien jenen ~~gewaltigen~~ Ueberschuss agrarischer Erzeugnisse, Schlachtvieh und Weizen liefern, deren wir gar sehr bedürftig und die uns während des Weltkrieges empfindlich fehlten.

Gewiss haben die Russen auf ihrem Rückzuge als ¹wilde Barbaren gehaust, Dörfer, Schlösser, Maierhöfe verbrannt, Saaten angezündet, Vieh erschlagen oder gestohlen, Maschinen der Fabriken und Gutschöfe per Bahn entführt. Hunderttausende friedlicher Menschen erbarmungs- und zwecklos weggeschlappt.

Aber um diese Länder wieder aufblühen zu lassen, steht unserer Verwaltung ein grossartiger Grundstock von Staats-, Kron- und Apanage - Gütern dort zu Gebote, eine hypothekarische Sicherheit ersten Ranges für alles Kapital, welches dem verwüstetem Gebiete den vollen Ertrag wieder schaffen kann.

In ihrem verblendeten Fremdenhasse ziehen die Russen ausserhalb unseres Okkupationsgebietes zu Tausende deutsche Besitzungen, grosse und kleine, ein. Unsere Verwaltung wird Vergeltung für diese unerhörte Brutalität nehmen müssen, und jene Hunderte russischer Majorate, welche nach den Teilungen Polens von den Zaren für Generalsfamilien gestiftet wurden, dem Staatsschatze zufügen. Es handelt sich da um Grundflächen von kolossaler Ausdehnung und riesigem Werte.

Die Kronwaldungen Congresspolens im Jahre 1911 waren 1,507,58 Joch gross. Ziehen wir hievon die im Kreise Suwalki gelegenen 398,901 Joch ab, weil dieses Gebiet voraussichtlich zu Preussen fallen wird, so erübrigen noch mehr als 1,100.000 Joch, Einhundert und zehn Quadratmeilen besten Staatswaldes, welche trotz der berüchtigten russischen Domänenverwaltung viele Millionen Rubel jährlich trug, als Staatseigentum des künftigen Königreiches Polen.

An Majoraten gibt es in Kongresspolen 652.000 Joch mit Abzug der im Kreise Suwalki gelegenen 349.000 Joch noch immer ~~kleiner~~ mehr als 300,000, also 30 Quadratmeilen; hievon wären blos die Fideicommissse polnischer einheimischer Familien abzuziehen, deren ich bloss 3 kenne: Wielopolski, Krasiński und Zamojski.

In dem Teile von Lithauen, welcher innerhalb unserer Schützengräben liegt, also in den Gouvernements von Wilna und Grodno befinden sich ebenfalls ungeheure Staatsdomänen:

im Gouvernement Wilna.....	386.000	Hektar
" " Grodno	397.000	"
zusammen	783.000	Hektar;

in Quadratmeilen ungerechnet wenigstens 140, also mehr als in Congresspolen. Wenn sie sich zum Teile in Sumpfland wachsen, stellen diese Waldungen doch ebenfalls einen riesigen Holzwert dar.

Auch in Wolhynien, sind sehr bedeutende Kron- und Apanagengüter vorhanden, deren Ausmass ich Ihnen nur darum nicht angeben kann, weil mir die statistische Details darüber nicht zu Gebote stehen, was innerhalb und was ausserhalb unseres Okkupationsgebietes liegt.

Sie sehen aus diesen Ziffern, meine Herren, dass die Erwartungen Oesterreichs im Norden und Nordosten möglicherweise schon im Beginne der Okkupation, jedenfalls aber für die Dauer keineswegs auf Subventionen unserer eigenen Steuerkraft angewiesen sein werden.

Welches Schicksal aber wird unserem vergrösserten und gemehrten Oesterreich nach einem glücklichen Friedensschlusse beschieden sein:

Es wird unentwegt und für alle Folgezeit dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche treu bleiben.

In der Anlehnung an das Deutsche Reich und mit Rückendeckung durch das deutsche Reich ist unser grosses Vaterland entstanden und gewachsen.

Der Ansturm der furchtbaren Türkennot ist es gewesen, welche die so verschiedenen Länder und Völker der Monarchie in ein starkes Gebilde zusammengeschmiedet hat. Das war die Mission des alten Oesterreich, welches ihm die Vorsehung bestimmt hatte, dem christlichen Europa als Schild zu dienen.

Dass es den Habsburgern gelungen ist, die Türken abzuwehren, und zurückzudrängen, verdanken sie zum grossen Teile jenen Contingentenⁿ, welche damals die Welfen, die Hohenzollern, die Wittelsbacher den kaiserlichen Heeren des Prinzen Eugen geliefert haben.

In unserer von der nationalen Idee erfüllten Geschichtsperiode, hat die österreichische Monarchie einen neuen gewaltigen Impuls des Wachstums und Gedeihens. Sie wird die Mission erfüllen, alle die kleinen Völker welche zwischen Deutschen und Gross-Russen wohnen, zu gegenseitigem Schutze zu verbinden. Es sind dies Völker, welche einzeln zu schwach sind, um ihre Freiheit gegen übermächtige Nachbarn zu verteidigen; sie sind zu stark um selbst geknechtet unterzugehen. Nur in einem aufrichtigen brüderlichen Bündnisse, das jedem ein vernünftiges und gebührendes Mass der Selbstständigkeit gewährt, vermögen sie ihre eigene Kultur ungestört zu entfalten, ihre Ehre, Würde und Unabhängigkeit vor der Tyrannei des Ostens zu behaupten.

Aber auch dies wird ihnen nur gelingen durch den Rückhalt und die Bundes-Genossenschaft des Deutschen Reiches. Die Wechselfälle und der schliessliche glänzende Erfolg im Weltkriege haben und dies hinlänglich bewiesen.

Wir österreichischen Deutschen sind die starke Bürgschaft, der unzerstörbare Cement des Bündnisses der beiden Reiche.

Bei uns Deutschen stand in alter Zeit die Wiege unseres Vaterlandes; wir sind und bleiben der Kern, der Kristallisationspunkt, um welchen es entstanden und gewachsen ist.

Das deutsche Bündnis ist eine von jeher gegebene natürliche und geschichtliche Notwendigkeit, umso herzinniger, weil es freie, ebenbürtige Schicksalsgenossen verbindet.

Und welche wird unsere, der Deutschen Oesterreichs Stellung während und nach Ablauf des Umwandlungsprozesses sein, den unser Vaterland jetzt antritt?

Wir können nur primis inter pares sein, die ersten unter Gleichberechtigten.

Darum dürfen die Verfassungsprobleme, denen Oesterreich entgegengeht, nur so gelöst werden, dass nationale Majorisierung ausgeschlossen ist. Völker können nicht überstimmt werden, das Deutsche weniger als alle anderen. Nationale Fragen sind nicht Gegenstand der Arithmetik, sondern

gütlichen freiwilligen Uebereinkommens; und was die Verkehrssprache in
diesem neuen, gar sehr ⁶polyglotten Reiche anbetrifft, wird sie wohl, nicht
uns zu liebe, sondern der Lebensbedingungen wegen, welche das Völker-
bündnis selber erzeugt in allen notwendigen Belangen die Deutsche sein.

-0000-0000000000-00-0000000-00000000-

Notatki bibliograficzne

Nr. 23.

Problem austriacki

"Zeitschrift für Politik" Tom 9. 1916.

- 1/ Dr. Robert Sieger: "Austriacka myśl państwowa a naród niemiecki".

Prof. Uniwersytetu w Grazu rozpatruje wszechstronnie problem: w jaki sposób należałoby ująć dzisiejsze i przyszłe stanowisko Niemców w Austrii, opierając się na ich stosunkach w Monarchii i ich stosunku do niemieckiego narodu w Rzeszy. Stwierdza, że ustrój Monarchii Austro-Węgierskiej nie jest czemś przypadkowym, czemś polegającym jedynie na dynastycznych względach, lecz owym jest ten ustrój naturalna i konieczna konsekwencją geograficznego położenia krajów i prowincyi habsburskiej Monarchii. Wojna wykazała siłę politycznej myśli austriackiej chociaż nie można zamykać oczu na wyjątki narodowościowe, które wytłumaczyć się dadzą separatyzmem ośrodkowym. Autor zastanawia się obszernie nad właściwą treścią politycznego celu istnienia Austro-Węgier i wypowiada zdanie, że wypadki wojenne zmusiły obie połowy dualistycznego państwa do obrony przed wspólnym nieprzyjacielem, przez to zaś przyczyniły się znakomicie do skryształizowania austriacko-węgierskiej myśli politycznej. Odrzuca on zapatrywanie przeceniające żywioł katolicki i słowiański w Austrii chociaż uznaje Monarchię naddunajską za najsilniejszy punkt oparcia dla Słowian zachodnich, oddzielonych od rosyjskiego wschodu, ortodoksji i pansławizmu, wspólną kulturą zachodnią i obrządkiem religijnym. Nie zgodza się także prof. Sieger ze zwolennikami internacjonalizacji państwa austriackiego, wierzy bowiem w misję kulturalną niemieckości w Eurolitawii. Za przewodnią ideę austriacką uważa: pośredniczenie w rozszerzaniu środkowo-europejskiej kultury na cały obszar krajów austriackich i obronę przed ideą Wschodu, przy czem element niemiecki obejmuje kierownictwo, bez uszczerbku jednak dla interesów innych ludów zamieszkujących państwa. Praktyczne wyniki pracy niemieckiego profesora przedstawiają się wcale pokąźnie. Streszczają się one w wysunięciu

na czoło sfer rządzących Niemców, co stać się może z łatwością po wyodrębnieniu autonomicznem Galicyi i Bukowiny; w postulatach zaprowadzenia jednego języka państwowego tj. niemieckiego w jaknajszerszych rozmiarach i uruchomienia parlamentu austriackiego. Stać się to może niestety - zdaniem profesora - przy pomocy najwyższych czynników w drodze krótkiego rozporządzenia; później, na stworzonej już wygodnej podstawie potoczą się ugody międzynarodowościowe gładko i bez przeszkody.

Zwracamy uwagę na szereg kwestyi omówionych przez prof. Siegera:

1/ Dynastia. "Niedowierzanie dynastji habsburskiej Niemcom zostało prawdopodobnie usunięte wobec wypadków wojennych tak samo, jak ufność pokładana przez nią w C z e c h a c h, których położenie geograficzne wprawdzie powstrzymało od irredentyzmu, lecz nie od panabawizmu i rusofilizmu. Spodziewamy się ścisłego związku obu oficjalnych czynników myśli politycznej austriackiej tj. Korony i armii, z narodem niemieckim, które wobec dynastji spełniał i spełnia najwierniejszą służbę". /Str.75/. "Niemcy austriacy spodziewają się odrodzenia Monarchii od wielu czynników, przedewszystkiem od przeświadczenia dynastji, że jej najwierniejsi sojusznicy nie są ci, którzy najgłośniej o tem rozpowiadali" /Str.97/.

2/ Galicya. Sieger zgodnie z programem tzw. "Linckim" stawia bez ogródek żądanie wyłączenia Galicyi ze ściślejszego związku z parlamentarną reprezentacją państwa, uważając ten krok za konieczny dla pomnożenia wpływów niemieckich w Cyslitawii. "Wysunięto już szereg bardzo ważnych względów przemawiających za wyodrębnieniem krajów zakarpackich. Raz jeszcze należy podnieść, że przez to stosunki wewnętrzne Cyslitawii doznałyby uproszczenia, a niemieckie sfery osiągnęłyby kierujące stanowisko. Proces ten wyodrębnienia dokonałby się łatwo jeżeliby granice Monarchii nie uległy pod wpływem wojny zasadniczym zmianom. Lecz problem galicyjski jest tylko częścią tak zawilej kwestyi polskiej i ukraińskiej, której rozwiązanie pozostawić należy polityce zagranicznej, zwłaszcza zaś sukcesom wojskowym..... Zupełne wyłączenie Galicyi z obrębu Monarchii jest trudnem z powodu bogactw mineralnych, szczególnie ropy, i z powodu warunków strategicznych;

stać by się to mogło chyba przy przeprowadzeniu dokładnej regulacji granic". /Str.53/.

3/ Bukowina. Trudnością przy wyodrębnieniu Galicyi będzie przyszły ustrój Bukowiny. Tutaj kulturalna czynność dawnego centralizmu austriackiego wystawiła sobie chlubny pomnik. Wierność mieszkańców Bukowiny okazała w czasie wojny dowodnie, że w kraju tym poczucie austriackiej idei państwowej jest bardzo silne. "Przynależność kulturalna i duchowa Bukowiny do Monarchii jest ściślejszą aniżeli jakiegokolwiek części Galicyi. Znaczenie Bukowiny jako ośrodka promieniowania niemieckiej kultury nie mogłoby być zachowane, w razie przyłączenia tego kraju do Galicyi, ewentualnie do Polski albo Ukrainy. Przyszłość małego kraju jest więc dla Niemców przedmiotem troski. Jednakże trudności rozwiązania tej kwestyi nie mogą odsuwać w dal myśli o koniecznym wyodrębnieniu Galicyi. Jest kwestyą sporną, czy rządy wojskowe byłyby - jak wielu twierdzi - właściwym usunięciem trudnego położenia". /Str.53/.

4/ Kwestya polska. "Wpływy wschodnie okazały się silniejszymi u Polaków, niż to można było przewidzieć przed wojną". /Str.34/. "Ponieważ Polacy wszystkich trzech zaborów, zachęcani obietnicami państw prowadzących wojnę, uważają za rzecz naturalną, a nie p o - d z i e l n o ś ć polskiego obszaru i mówią o państwowości polskiej nawet wtedy, gdy nie wzdrygają się przed związaniem swych losów z Austro-Węgrami, - przez to stanowisko zdają się rezygnować z wpływów na parlamentarne stosunki austriackie; Niemcy powinny z tego wysnuć odpowiednie konsekwencje, chociażby to Polakom było niewygodnem ze względu na finansową stronę problemu". /Str.53/. Autor dopatruje się roszczeń polskich do separatyzmu w uchwałach zjazdu piotrkowskiego z 3 czerwca 1915r., zjazdu Haczelnego Komitetu w Krakowie z 20 czerwca b.r. Jest też zdania, że w odpowiedzi austriacko-węgierskiego ministra spraw zagranicznych na memoriał N.K.N-u należy się domyślać dość niebezpiecznego ujmowania sprawy polskiej: "Buryam jako Węgier, obiecując Polakom rozwój narodowych aspiracyi, rozumiał ni wątpliwie pod słowem "narodowy" prawo do państwowej samodzielności". /Str.52/. - O rozmaitych sposobach rozwiązaniu sprawy polskiej wyrz

się prof. Sieger z wielką powściągliwością. Nie można jednak pominąć milczeniem następujących wynurzeń: "Geograf wie o tem, że jest naturalnem parcie Polski do ujścia Wisły: Wtem dążeniu widzi on niebezpieczeństwo s a m o d z i e l n e g o państwa polskiego. Sekundo - Genitura Habsburgów czy Hohenzolernów, tak samo jak zneutralizowanie żeglugi na wielkich rzekach, byłyby bezskuteczne wobec tego niebezpieczeństwa. Związek cłowy Polski ze środkową Europą, wspólne rządy państw centralnych w Polsce, wreszcie przyłączenie do Austrii /które w formie Unii personalnej z Monarchią wydaje mi się najmniej nieprzepodobnem /, - wszystko są to środki, które łatwo jest/ proponować lecz trudno w czyn wprowadzić. Także ustalenie granic Polski wobec Ukrainy i ukraińskiej części Galicyi przedstawia zawiły problem. Z tych powodów pozostawiamy te zagadnienia do rozstrzygnięcia praktycznym mężom stanu i nie chcemy ich jeszcze bardziej zawikłać przez wyznaczenie natury uczuciowo-politycznych jej". /Str.52/.

5/ Rusini. "Ukraińcy uprawiają politykę narodowościową, skierowaną na zewnątrz, przyczem liczą wprawdzie na pomoc Austrii, ale odwracają się od reszty Cyslitawii. " /Str.53/. "Polacy i Ukraińcy rozwijają nacyonalistyczną myśl polityczną, posługują się językiem niemieckim mniej od innych ludów Monarchii, stosownie do położenia geograficznego Galicyi przedstawiają czynniki odśrodkowe, stąd też ich kultura, będąca specyficzną odmianą kultury środkowo-europejskiej, zawiera odrębności, których nie spotykamy nawet u południowo-słowiańskich narodów". /Str.72/.

6/ Język niemiecki w Austrii. Ma on być, stosownie do wywodów niemieckiego polityka nietylko językiem urzędowym tj. językiem władz pomiędzy sobą, lecz także jedynym w Austrii językiem pośredniczącym między różnymi narodami. Jest rzeczą konieczną, aby język niemiecki rozszerzał się zwłaszcza w armii, w której ma być nie tylko językiem komendy, lecz także mową używaną przez żołnierzy między sobą. Zastrzega się jednak Sieger, że wysuwa postulat niemieckiego języka państwowego bynajmniej nie z przyczyn szowinizmu narodowego, lecz dla bardzo konkretnych praktycznych powodów. /Str.58 i n./

7/ z y d z i. "Rozszerzać znajomość języka niemieckiego nie oznaczałoby wcale rozszerzać narodowego znaczenia Niemców, gdyby równoległe z tem nie postępo się rozszerzanie niemieckiej kultury. Tak np. polskie miasto zamieszkałe przez żydów mówiących żargonem tj. dialektem niemieckim nie jest jeszcze bynajmniej ośrodkiem kultury niemieckiej". /Str.88/.

/Zapamiętania prof. Siegera wyłożone powyżej znajdują swój odpowiednik w artykule tegoż autora pt. "Państwa narodowe i międzynarodowe" w "Internationale Rundschau" /Zürich/ z 15/I. i 15/II. 1915r. - Co się tyczy poglądów na sprawę polską warto wskazać na uwagę prof. Siegera w "Österreichische Rundschau" z 15 marca 1915r.: "Sprawa polska nie byłaby skłonila sama przez się państw centralnych do wojny z Rosją bo jest przecież rzeczą co najmniej wątpliwą, czy samodzielna Polska z ujściem Wisły nie byłaby mniej niebezpieczna dla nich niż sąsiedztwo Rosji". /Str.255/.



II. O t t o c a r W e b e r /prof.niem.Uniw. w Pradze/: "Niemcy a Austro-Węgry". Po ~~historycznym~~ rzucie oka na rozwój historyczny stosunków obu państw do siebie, autor stawia pytania, czy warto zachować sojusz Austro-Węgierski, czy należy go pogłębić i w jakich warunkach stać się to może. Odrazu zaznacza, że wzmocnienie sojuszu mocarstw centralnych nie uszczupli wprawdzie samodzielności obu państw, ale ograniczy ich prawo stanowienia o sobie /Selbstbestimmung - Selbstständigkeit, a z drugiej strony spowoduje przewrót na polu przemysłowym.

Jest zdania, że związek niemiecko-austriacki musi być zachowany i rozszerzony. Zastanawia się jednak poważnie nad jego wartością i nad możliwościami zatargów między obu cesarstwami". "Sojusz austriacko-niemiecki udowodnił swą trwałość podczas wojny: okazał się silniejszym od Czwórporozumienia. W poczuciu wspólnie odniesionych zwycięstw i świadomości wspólnie usuniętych niebezpieczeństw leży rękojmia powojennej przyjaźni. Atoli zapytać się trzeba, czy sojusz ten może i ma trwać wiecznie. Nikt nie powinien zamykać oczu na ewentalności ~~xxx~~ oziębienia się stosunków austriacko-niemieckich. Znaczna część ludów austriackich podziwia wprawdzie czyny wojenne armii niemieckiej lecz niemniej i nadal spe-

spogląda z nieufnością i z niechęcią na niemieckiego sojusznika. Stanowisko słowiańskich ludów w Austrii będzie zawsze stanowić poważne niebezpieczeństwo dla wzmacniania się przyjaźni austro-niemieckiej

"Dotychczas nie jest jasnym przysię stanowisko **P o l a k ó w**: czytelnicy już polski **m a n i f e s t**, w którym postawione jest sądanie wskrzeszenia **p a Ń s t w a** polskiego, a przynajmniej połączenia Królestwa Polskiego z Galicyą. Bzisiaj nie można jeszcze przewidzieć, w jakim stopniu te postulaty zostaną urzeczywistnione, gdyż zależać to będzie od wyniku rokowań pokojowych; z tego jednak powodu nie można też przewidzieć, jakie stanowisko wobec Niemiec i Austrii przybierze ten **w s z e c h p ó l s k i** kierunek. Trzeba się jednak liczyć z możliwością, że rosyjskie intrygi mogą wykorzystać wszelką formę niezadowolenia Polaków z rezultatu wojny. Prawdopodobnie także Słowianie południowi będą dotknięci wynikami wojny i szukać będą sposobności naprawienia swego bytu". /Str.119/.

Otóż jest faktem, że poważna ilość austriackich Słowian także po wojnie, nawet może wzmocnionym stopniem, przeciwstawiać się będzie sojuszowi Austro-niemieckiemu. Z drugiej strony państwa Czteroporoзумienia usiłować będą wpływać na pozyskanie sobie Austrii. Mocarstwowa siła Monarchii wzmogła się przez wojnę. Strategiczne względy wzmocniły jej potęgę w Europie: "Austriacy obronili własnymi ^I rękami nie tylko Kraków, lecz także Wrocław".

"Czyż można sobie wyobrazić w bliskiej przyszłości przymierze Niemiec z Anglią, Francją albo Rosją? nie jest to łatwym. Czyż jednak jest wykluczona przynajmniej traktatowa neutralność pomiędzy Monarchią Habsburską a jej dzisiejszymi wrogami? ~~Wskazaliśmy~~ z pewnością już **Ś w e t** II. był zdania, że polityka austriacka na Wschodzie da się przeprowadzić tylko w porozumieniu z Rosją". /Str.121/.

Co się tyczy okoliczności i warunków, wśród których możliwym jest wzmocnienie przyjaźni austro-węgiersko-niemieckiej, to przede wszystkim należy stanąć na stanowisku, że niezbędnym tu będzie wzmocnienie się mocarstwowej potęgi naddunajskiego państwa. To ostatnie zaś jest zawisłe od ułożenia się stosunków narodowościowych w Cysli-tawii i zacieśnienia węzłów austriacko-węgierskich. Autor jest zdania

że uprzedkowanie wewnętrznego ustroju Austrii dokonać się może tylko przez wysunięcie elementu niemieckiego jako panującego. Język niemiecki stać się winien językiem urzędowym całej Austrii; nie będzie to zewnętrznym symbolem bezprawnej wszechwładzy Niemców, lecz tylko zrozumiałą konsekwencją nieubłaganych konieczności państwowych. Historyczny podział na prowincje jest całkiem niepraktycznym i zmusza do współżycia narody, które nie o sobie wiedzieć nie chcą. Wprowadzić więc trzeba nowy podział na jednostki możliwie j e d n o j ę z y c z n e, podział na "kantony", "departamenty" czy "okręgi", zresztą wszystko jedno, jaką nazwę się znajdzie na oznaczenie racjonalnego podziału. Tam, gdzie stosunki językowe są szczególnie powikłane, a obszar jest wybitnie mieszany, wskazany jest przeprowadzenie narodowego katastru. Raz na zawsze ustać musi nienawiść do Niemców, która dotychczas wybiła się na powierzchnię politycznego życia niektórych austriackich ludów zwłaszcza w Czechach. "Sprawa Polska musi być uważana jako otwarta. Nie wiemy jeszcze, w jaki sposób Polacy zastosują się do nowych stosunków, czy dadzą się pociągnąć do serdeczniejszej dla Niemców przyjaźni, czy też zapłoną namietniejszą od dotychczasowej nienawiścią do Niemców". /Str.131/.

Wszystkie te reformy dadzą się na razie przeprowadzić tylko w sposób nieparlamentarny. Być może że dłuższy czas zapanują w Cysli-tawii stosunki nieprzewidziane konstytucyjną, być może, że Izba panów będzie powołana do odgrzywania roli doradcy wykonawczego rządu.

Co się tyczy stosunków do Węgier, domagać się należy sprawiedliwszego rozdziału rocznej kwoty podatkowej i jednolitego języka armii.

Wzmocnione Austro-Węgry nie będą się bynajmniej lękać sprecyzowania i wzmocnienia sojuszu z Niemcami, sojuszu, który zdaniem prof-Webera uchronić może za konieczność dziejową.

III. Z innych artykułów zeszytu omawianego "Zeitschrift für Politik" zasługują jeszcze na wzmiankę dwa następujące: Członek Izby panów, prof. Eugeniusz P h i l i p p o w i c h zastanawia się nad "Związkiem słowym między Austrią a Węgrami". Powtarza przytem właści-

we sobie poglądy, nieprzejazne Węgom. Poprzedza wszystko krótki zarys historyczny przyezem zaznacza się, że "cesarz Franciszek Józef, rozpoczynając swe rządy, musiał z początku władać absolutystycznie, co wydało bardzo dobre wyniki." Uгода z roku 1867. rozbiła jedność Monarchii Węgry ani na chwilę nie zrezygnowali ze swoich pretensyi separatystycznych; owszem, domagali się zawsze jak najszerszych praw, usiłując ograniczyć swe obowiązki do minimum /por. kwotę podatk./ . Wojna wykazała przynajmniej jednolitość obu części Monarchii w sprawach polityki zagranicznej i armii. Pozostaje do załatwienia porozumienie gospodarcze. "Plany węgierskich nacjonalistów, którzy dążą do wyodrębnienia się od Austrii także w dziedzinie gospodarczego rozwoju, muszą zająć się wobec przewodnych sił ekonomicznych dzisiejszych czasów".

Ciekawem jest studyum Oskara K e n d e g o o " geograficznych i historycznych podstawach problemu Tyrolskiego". Rezultatem badań jest wykazanie nie uzasadnienia pretensyi włoskich i pozytywne postulaty dotyczący warunków przyszłego pokoju. Autor domaga się rozszerzenia granic Austrii na południu, przez włączenie do Tyrolu pewnych obszarów włoskich. -

-----ooOoo-----



ВЪВЪВ
АТТТТТ



BRIEFE AN UNSERE NACHBARN.
1. März 1919

An unsere russischen Freunde.

Das Manifest des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und, nahezu ein Jahr später, die in den russischen parlamentarischen Körperschaften gefallenen Erklärungen haben unstrittig eine gewisse Wendung in den Gefühlen unserer Nation der unseren gegenüber angekündigt; sie rechtfertigen also teilweise die Ueberschrift meines Briefes, den ich zwar an "Freunde" sehr jungen Datums schreibe, aber doch immerhin an "Freunde". An Euch richte ich meine ersten Worte, wiewohl von dem Wunsche beseelt, dass der Lauf der Ereignisse diese ersten Worte zugleich zu letzten Abschiedsworten machen möge.

Im Augenblick der Trennung sei es mir gestattet, einen Blick auf den hundertjährigen Weg zurückzuwerfen, den wir gemeinsam gewandert sind - jenen Weg, der uns Schritt für Schritt mit hochfliegenden Hoffnungen lockte, nur um uns die bittersten Enttäuschungen zu bescheren.

Der Verlust der Unabhängigkeit, obgleich ein schwerer Schlag für die Nation, schien uns doch kein unwiederbringlicher Verlust. Die engere Angliederung an Russland im Jahre 1815, welche unter dem russischen Szepter mit dem Landgewinn Russlands aus den drei ersten Theilen Polens nunmehr noch ein viertes polnisches Gebiet als Geschenk ~~Europas~~ Händeln Europas vereinigte, erschien, unter dem Gesichtspunkt der polnischen Staatsraison gesehen, insofern als vorteilhaft, als sie einerseits zu einer noch innigeren Verschmelzung Polens mit Litauen und den ruthenischen Landen zu einem politischen Ganzen führen sollte, während uns andererseits verheissen war, dass dieses Ländergefüge, wenn auch unter dem Szepter der russischen Dynastie, doch

alle Merkmale eines selbständigen Staates besitzen werde: es sollte einen König von Polen, einen polnischen Reichstag und eine polnische Armee geben. Mehr als das ; es war Anlass geboten, im Schlaf und im Wachen von weiteren gemeinsamen Unternehmungen zu träumen, davon zu träumen, dass die neuen Könige von Polen die Gesamtheit der historischen Traditionen unserer früheren Könige wiederaufnehmen, dass sie sich unsere nationalen Ansprüche zu eigen machen und jenen Rest der polnischen Lande der zunächst noch in fremden Händen geblieben war, befreien würden.

Die Zurücknahme ~~der~~ alter polnischer Provinzen auf Grund der Rechte, die dem Zaren als Träger der polnischen Krone zukam, wäre viel leichter zu rechtfertigen, ^{gewesen} als das begehrlche Verlangen nach Unterwerfung anderer slavischer Völker im Namen der Nebelhaften slavischen Idee, wiewohl selbst auf dieser Grundlage die Betätigung brüderlicher Eintracht zwischen den zwei zahlreichsten slavischen Nationen nicht ohne Einfluss auf die politische Orientirung der übrigen Glieder der slavischen Familie geblieben wäre. All dies waren freilich nur polnische Träume ; aber selbst unter den Träumen unterscheidet eine auf Erfahrung gegründete Politik jene, die nichts weiter sind als haltlose Ausgeburten der Phantasie, von jenen, welche sich auf die tragfeste Grundlage der Wirklichkeit stützen und von dorthin ihren realen Wert schöpfen. Und zu dieser zweiten Art von Träumen gehört auch unsere Ideologie, die nichts anderes war als eine Projektion unserer wirklichen historischen Vergangenheit in die Zukunft. Die polnische Nation konnte ihre nationalen Traditionen weder vergessen noch verleugnen. Wer immer sich der polnischen Lande bemächtigt hatte, musste sie cum

beneficio inventarii übernehmen ; es war keine Verfehlung der polnischen Nation, sondern eine ihr innewohnende historische Notwendigkeit, dass sie ihr Selbst bewahren wollte und nicht aufhörte, auf die Ungeschehenmachung des Teilungswerkes zu sinnen. Als ein Fehler und unheilvoller Irrtum erwies sich dagegen in dieser Rechnung der Glaube an den Partner, welcher dieser Rolle durchaus nicht gewachsen war, oder sich ihr nicht anzupassen vermochte.

Heute darf man es zuversichtlich aussprechen: im Verlaufe eines Jahrhunderts hat es nicht einen solchen Augenblick gegeben, da Euro-Regierung im Ernst, ehrlich und entschieden unser volles nationales Lebensrecht anerkannt hätte. Wenn sie fünfzehn Jahre lang die Existenz des Königreichs Polen duldeten, so geschah dies deshalb, weil es eine Schöpfung Alexanders I. war, so dass es nicht angienge, dieses Werk eines Zaren ohne weiters brutal in Stücke zu schlagen. Aber schon in dieser Epoche lebte der Geist jener russischen Ratgeber, welche den Polenprojekten Alexanders feindlich gesinnt waren und weder jemals die Hoffnung aufgaben, dass das heute Geduldete morgen der Vernichtung preisgegeben werde, noch müde wurden, das Pulver in den von langer Hand vorbereiteten Minen trocken zu halten. Dies war die Denkweise, welche in Petersburg herrschte ; und da die russischen Agenten in Kongresspolen ihr treulich dienten, so konnte die Gelegenheit zur Verwirklichung der Zerstörungspläne nicht lange ausbleiben. Wäre sie nicht beizeiten von selbst gekommen, so hätte man sie eben geschaffen.

Von einer Solidarisierung der polnischen und russischen Aspirationen war also keine Rede mehr. Warschau blieb Petersburg fremd. In Petersburg aber blickte man auf Kongresspolen misgünstigen Auges, ohne lebhafteres Interesse, eher mit ungeduldigem Aerger darüber, dass un-

ter den Pittigen des russischen Adlers solch ein fremdartiges Neugebilde wachse. Und dieses Gefühl ist fast bis auf den heutigen Tag wachgeblieben. Vorüber gieng der Krieg von 1830 - 1831 und die grauenhaften Vergeltungstaten nach diesem Kriege ; vorüber glitt die Aera Wielopolskis, der in Warschau ebenso vereinsamt war wie der Zar in Petersburg; vorüber zogen äne schleppendem Tempo die vielen, langen, hoffnungslosen Jahre, da das Schicksal des Landes in den Händen der Generalgouverneure lag ; aber Eure grundsätzliche Auffassung der Polenfrage blieb unverändert. Ihr habt es nie gelernt, uns anders zu betrachten, denn als ein "widerspenstiges" Element ; immer neue Entnationalisirungs- und Russifizierungsmittel erfindend, riefte Ihr selbst einen stets erneuten Widerstand in unseren Seelen wach ; jede neue Verfolgung frischte die Erinnerung an die Verfolgungen von gestern und vorgestern auf; der Schatz unserer grollenden Ansprüche verringerte sich nicht, sondern vergrösserte sich mit jedem Jahr. Es schwand nicht, sondern es wuchs das Bewusstsein des Unrechts, welches Ihr an einer Nation von so lebensvoller Vergangenheit verübt habt.

Aus der Petersburger Perspektive gesehen, erschien die Polenfrage als ein winziges Fleckchen, keiner gründlichen Aufmerksamkeit wert. Der muffige Schimmel der bürokratischen Routine Eurer Kanzleien überwuchs und verdeckte dieses Fleckchen. Unverändert blieb der Ton der Berichte und Meldungen, der Vertreter der russischen Staatsmacht, jener zugleich gereizte und aufreizende Ton. Nicht achtsam genug verhehlt, kroch aus Eures Häzrens Tiefen der Neid gegen uns, die Unterjochten, hervor, der Neid auf jeder unserer Lebensbesserungen, die sei es eine reichere, sei es eine redlichere oder fruchtbarere Kultur verrieten als die russische. Während

der hundert Jahre, die nun zu Ende sind, hat Russland zur Genüge gezeigt, dass es uns zu Boden zu drücken und zu Würgen vermag, aber nicht im Stande ist, uns ohne Bajonette, Gendarmerie und politische Geheimpolizei zu regieren. Dieses Jahrhundert polnisch-russischen Nebeneinanderlebens hat einen endgiltigen Bankerott des politischen Denkens in Russland gezeitigt, sowohl bei der Dynastie, als auch bei der Regierung, bei der Bureaukratie und bei der russischen Nation selbst. Sie alle giengen Hand in Hand, so oft es sich nicht um ein flüchtiges, sondern um ein dauerndes polnisches Interesse handelte. Die Vernichtung oder der Raub unseres kulturellen Besitzstandes, die Beseitigung unserer alten oder neuen öffentlichen Institutionen traf weder auf ein ernstliches Hindernis noch auf einen ernsthaften Tadel, konnte vielmehr des Beifalls sicher sein. Kann sich der russische Staatsgedanke rühmen, irgend etwas aufgebaut zu haben, was ein Unterpfand oder eine Ankündigung eines besseren Verhältnisses Eurer Nation zu unserer wäre? Und da der Gedanke unfruchtbar war, konnte auch kein anderer Wille vorhanden sein, als jener dessen Betätigung in unserem Lande nur allzu sichtbar war. Jene Polen, welche einen Weg zur Verständigung suchten, trafen auf dreifache Schwierigkeiten. Vor allem der Mangel verantwortlicher Faktoren, bei welchen die Bedürfnisse der Nation Verständnis hätten finden können. Erst suchte man solche Faktoren in den Regierungskreisen; dann hoffte man vergeblich, sie bei den Parlamentariern zu finden; schliesslich kehrte man zu dem Gedanken zurück, mit der Bureaukratie zu paktieren, da diese noch verhältnismässig am besten, d.h. am wenigsten schlecht zu derartigen politischen Konversationen befähigt sein. Eine zweite Schwierigkeit bildete die Stellunglung des Problems, die jedesmal mit der vorbereitenden Verderung anfieng, es sei polnischerseits auf alle Aspirationen Verzicht zu leisten, welche über das sogenannte "ethnographische"

phische Polen" hinausgingen ; dies bedeutete einen vollständigen Verzicht auf ganz Litauen, alle ruthenischen Lande ferner auf die Provinzen Suwałki und Chełm, auf Podlachien usw., woraus sich gemeinhin die Unmöglichkeit der Fortführung der Diskussion ergab, wie dies von russischer Seite auch beabsichtigt war. Umgekehrt aber wurde jede nationale oder religiöse Forderung, deren Erfüllung ipso facto den Gebrauch der Staatssprache oder die Zahl der von Russen besetzten Aemter einschränken musste, oder der Ausbreitung der russischen Staatsreligion Grenzen setzen konnte, nicht als offenbare, natürliche Konsequenz des einmal angenommenen Grundsatzes, sondern als eine Beleidigung der herrschenden Nation oder Religion aufgefasst. Der angeblich erwünschte Pakt zwischen jenen, die sich als Herren betrachteten, und jenen, die man auch weiterhin als Sklaven behandeln wollte, kam nie zu Stande. Die dritte Schwierigkeit endlich war dass aus dem Bewusstsein der Polen nicht auszurottende Misstrauen und die Ueberzeugung, dass selbst die kleinsten erhaltenen Zugeständnisse in der Praxis unabwendbarerweise verstümmelnden und einengenden Interpretationen unterliegen würden, sofern sie nicht geradezu widerrufen würden in dem Augenblick, wo die Regierung, um sich des Ansturms ihrer eigenen Konnationalen zu erwehren, die "Fremdvölker" ihrer Gier preisgeben werde.

Unter diesen Umständen war nicht nur eine integrale, mit einem Schlage zu vollziehende Lösung der polnischen Frage unmöglich, sondern auch eine vorsichtiger, weniger effektvolle schrittweise und teilweise Erledigung ; denn auch ein solches Vorgehen erforderte doch eine Vorausbestimmung der stufenweise zu gewährenden Zugeständnisse und die folgerichtige Ausführung eines im vorhinein gefassten Plans. In Wirk

lichkeit aber folgte auf den ersten Schritt nach Vorwärts durchaus nicht der zweite, sondern irgend ein Rückschritt, der schon vorhandene Errungenschaften zunichte machte. So war es mit der religiösen Toleranz ; ähnlich mit dem Schulwesen . Während auf polnischer Seite die in die Wege zu leitende Evolution so verstanden wurde, dass wenigstens ihr Endziel die Befriedigung der wesentlichsten politisch-nationalen Aspirationen bilden sollte, gieng die zarische Regierung darauf aus, den Polen ein für allemal alle weiteren Ausblicke zu verspärren ; sie liess eine Evolution nur in einer Richtung zu, nämlich in der Richtung einer vollständigen Verschmelzung Polens mit dem russischen Einheitsstaat. Kaum ist ein tieferes Misverständnissdenkbar, als dieses, welches volle hundert Jahre gedauert hat.....

Kein Zweifel freilich, das Eingangs erwähnte grossfürliche Manifest rief in polnischen Kreisen eine Art Erregung hervor. Es war nicht die Verheissung eines "in Bezug auf seinen Glauben, seine Sprache und seine Selbstverwaltung freien Polens", welche diese Erregung bewirkte; denn dieser Verheissung widersprach eine hundertjährige Vergangenheit ebensosehr, wie ihr alsbald überall, wohin die zarische Gewalt nur immer reichte, und solange sie irgendwohin noch reichte, auch die Gegenwart widersprachen sollte. Aber in der Tat gieng ein Erschauern durch unsere Nation, als der Generalissimus aus der Schatzkammer der polnischen Ideologie eines ihrer kostbarsten Juwelen hervorholte : das Lösungswort der Einigung der polnischen Lande. Herrlich erglänzte das Kleinod vor den Augen der "in Stücke gerissenen Nation" und blendete einen Teil der Nation einen Moment lang. Die Frage der Daseinsform der Polen wurde in den Hintergrund gedrängt durch die Frage der Ausdehnung der Grenzen Polens nach Norden, Süden und Westen hin. Nur

dass in dieser Hinsicht der dräuende Fuß des Generalissimus : "Mögen die Grenzen verschwinden, welche die polnische Nation in Stücke gerissen haben !" noch lange nicht ausreichte. Dieser Fuß bedurfte der Bekräftigung durch entscheidende Siege ; statt ihrer aber bescherte das Kriegsglück der Russen, nach kurzlebigen Erfolgen, eine ununterbrochene Kette von Niederlagen. Und siehe da, die Teilungsgrenzen verschwanden ; aber mit ihnen fielen auch die russischen Festungen an der Weichsel, dem Bug, der Waraw und dem Njemen ; mit ihnen verschwanden auch die russischen Armeen, die ein strategischer Rückzug nach dem inneren Litauens und der ruthenischen Lande führte.

So erlosch das bengalische Feuer, bei dessen Licht man versucht hatte, eilends einen polnisch-russischen Ausgleich zusammenzuleimen. Das Fundament für einen solchen Ausgleich war nicht in den papierernen Petersburger Konferenzprotokollen zu suchen, sondern in unseren Herzen - dort aber leuchteten in Flammenschrift zwei Jahreszahlen : 1831 - 1916 ; und diese zwei Jahreszahlen begrenzten die in ihrer einförmigen Hoffnungslosigkeit so furchtbare Epoche Eurer Herrschaft. Da sie nun zu Ende ist, und der Augenblick der endgültigen Trennung herannaht, werdet ihr vielleicht leichter verstehen, dass wir von Euch ohne Leid noch Trauer Abschied nehmen, wenngleich auch ohne Hass. Wer aber kann den unersättlichen Hass ermessen, der Eure ganze systematische Zerstörungsarbeit beseelt hat ? Wenn es geschah, dass wir Euch mit ähnlicher Münze heimzahlten, so übten wir nur Vergeltung für den uns von Euch zugefügten Verlust geliebter Dinge. Nun aber werden die neuen Grenzpfähle Euren schädlichen Tun ein Ziel setzen, und damit wird auch der Quell des Hasses versiegen. Und wer kann es wissen, ob wir nicht

künftig einmal noch ziemlich gute Nachbarschaft halten werden ?

Aber auch das werdet Ihr leicht begreifen, mit welcher Freude und mit welchem Gefühl der Erleichterung wir nach so vielen, vielen Jahren der Unterdrückung von Eurer Gegenwart ausruhen werden ; mit welcher Schaffenslust wir an die Befriedigung unserer von Eurer Regierung so zielbewusst vernachlässigten Bedürfnisse, an die Heilung der durch den Krieg uns geschlagenen Wunden und an das Ausjäten des Unkrauts herangehen werden, dass seit hundert Jahren auf unserem Acker wuchert. Mag sein, dass wir auf entfernten und weitläufigen Absatzmärkten dies und jenes einbüßen werden; aber wir werden die Seele der Nation, die in vieljähriger Gefangenschaft dumpf hinsiechte, endlich gesund pflegen dürfen. Und, einmal den Rahmen eines polnischen Staates gegeben, werden unsere staatsbildenden und staatserhaltenden Instinkte von neuem erwachen. Wir werden uns wieder als freie Staatsbürger fühlen, und unser Pariaschicksal aus der Zeit der russischen Herrschaft wird uns wie ein ferner Traum erscheinen, wiewohl es noch eben erst schmerzliche Wirklichkeit gewesen ist.

II.

An unsere österreichischen und ungarischen Freunde.

Unter den Faktoren, welche auf unser gegenseitiges Verhältnis während des jetzigen Krieges Einfluss genommen haben, nimmt eine wichtige, auch der historischen Bedeutung nicht entbehrende Stellung das im Augenblick der Ueberschreitung der Grenze Russisch-Polens erlassene Manifest des österreichisch-ungarischen Armee-Oberkommandos ein.

Von der gewöhnlichen Art zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Gehorsam gegen die siegreiche Armee auffordernender Proklamationen unterschied sich dieses Manifest durch einen freimütig ausgesprochenen politischen Gedanken, welcher darauf hinauslief, jenen offiziellen Grabstein beiseitezuräumen, welcher seit hundert Jahren auf unserer Nation lastete, und die Polenfrage wiederum auf den Schauplatz der internationalen Politik hervorzuholen.

Das Manifest wandte sich an die "polnische Nation" und betonte den Befreiungscharakter des an Russland erklärten Krieges ; es kündigte den Polen ihre Befreiung vom russischen Joche an. Die Befreiung Polens bedeutete zunächst soviel wie die Lostrennung Russisch-Polens von Russland und eine beträchtliche Zurückdrängung der russischen Grenze nach Osten hin. Weniger deutlich und entschieden war, nach dieser Präzisierung des negativen Kriegsziels, das positive Ziel bezeichnet. Was soll mit diesem befreiten Polen geschehen ? Auf diese Frage bot das Manifest keine weitere Antwort, als nur den ziemlich allgemein gehaltenen, für polnische Kreise aber ein wenig beunruhigenden "Wunsch, die Scheidewände zu beseitigen, welche den Polen eine innigere Solidarität mit dem Leben des Westens ^{erschwerten}, den

Wunsch, den Polen alle geistigen und wirtschaftlichen Schätze des Westens zugänglich zu machen." Diese Aufgabe nannte das Manifest "gross" und brachte sie mit dem weiteren, für diesmal nicht ausgesprochenen Kriegsziel in Verbindung. Theoretisch genommen, konnte dieses Ziel ebensogut dem Grenzfall eines neuen unabhängigen Polens in jenen Maximalgrenzen gleichgesetzt werden, welche die Zentralmächte, seit langem ^{sich der Besitzer polnischer Provinzen} ~~in der Besitze~~ polnischer Provinzen ~~erwerben~~ ^{erfreuen}, dem neuen Staat zu verleihen im Stande waren, - wie auch, als dem zweiten Grenzfall, dem monströsen Gedanken einer unbedingten Annexion des zu befreienden Landes in diesen oder jenen Grenzen.

Trotz seines Schweigens nach dieser positiven Richtung hin aber, welches die blosser Erwähnung einer den Polen versprochenen "Gerechtigkeit" nicht wettmachen konnte, verlangte das Manifest von ihnen bestimmte Gefühle, wie: Vertrauen, willigen Glauben an den Schutz der Zentralmächte und die Gerechtigkeit und Grossherzigkeit ihrer Monarchen; es forderte auch zu bestimmten Taten auf; die Einwohner Kongresspolens sollten die Armee und deren Bemühungen unterstützen, ihre Schuldigkeit tun und die Pflicht der Erhaltung der Heimat /?/ erfüllen.

Das Manifest, welches so die Merkmale einer Offerte seitens der Zentralmächte annahm, besass denn auch seine innere Logik, welche freilich dem Sprichwort von dem "Fell des Bären" entlehnt war: "Erst wollen wir Russland besiegen und ihm Polen abnehmen. Später wollen wir beschliessen oder sagen, was wir mit Polen tun wollen."

Der Standpunkt der Gegenseite, nämlich unserer Nation, war nicht ganz derselbe. Mit ihrem Boden und ihren Menschenmassen halb in dem Machtbereich der einen, halb in jenen der anderen kriegführenden Staatengruppe festgebannt, konnte sich die Nation nicht ohneweiters im Sinne

einer Akzeptierung der Offerte im Namen aller aussprechen. Eine Summierung einer Reihe gleichgerichteter, wenn auch in den verschiedenen Teilen Polens einzeln erfolgreicher Willensakte war im Hinblick auf den von dieser oder jener Seite drohenden Vorwurf des Hochverrats ebenso schwierig durchzuführen. Höchstens also konnte eine eventuelle Zustimmung, wenn auch im Interesse der ganzen Nation, durch die Gefühle und Taten lediglich jenes Bruchteils der Nation zum Ausdruck kommen, welchem seine staatsrechtliche Lage dies ermöglichte. Weitere Schwierigkeiten schuf die neue, mit jener der Zentralmächte rivalisierende, russische Offerte, gleichfalls an die polnische Nation gerichtet, gleichfalls mit dem Schlagwort der Befreiung operierend, dabei aber insofern präziser in ihren Versprechungen, als sie von vornherein auf der Idee der russischen Staatshoheit aufgebaut war, in deren Rahmen die übrigens nur nebelhaft angedeutete Selbstverwaltung Platz finden sollte. Wenn wir schliesslich hinzufügen, dass neben diesen zwei politischen Offerten unvermeidlicherweise im Schoosse der bedrängten Nation noch zwei andere apolitische Programme entstehen mussten: die selbstmörderische Losung der Passivität, welche zum Ausdruck bringen sollte, dass man nicht wusste, wo das nationale Interesse lag und was es verlangte - und jene andere, inmitten von Titanenkämpfen nicht minder verhängnisvolle Losung des Kampfes mit drei Fronten: so wird es leicht zu verstehen sein, wie diese einander gegenseitig lähmenden und um die Anhängerschaft der Herzen und der Geister ringenden Programme /neben und inmitten der wechselnden Kriegsgeschicke/ nicht nur in räumlicher, sondern auch in zeitlicher Hinsicht grosse Divergenzen der Stimmungen und Entschlü-

se hervorrufen mussten.

Und dennoch erstand in diesem Chaos, wuchs trotz der grössten Hindernisse, nahm immer greifbarere Gestalt an und behauptete schliesslich allein das Feld das einzige öffentliche und legale politische Programm in Polen, das Programm der Anlehnung des künftigen Polens an die habsburgische Monarchie.

Dieses Programm war keineswegs nur ein getraues Echo des vorerwähnten Manifestes, auch keine vorbehaltlose Akzeptierung der ~~den~~ Polen gemachten Offerte. Denn mit der Logik dieser letzteren konnte sich die polnische Nation nicht zufriedengeben. Wenn die Nation aktiv an der Seite der Zentralmächte und gegen Russland sich betätigen sollte, so konnte sie sich mit dem negativen Lösungswort: "Haut die Russen!" nicht begnügen, sondern sie musste sich zugleich und vor allem ein klares eigenes Endziel schaffen, das, ob übereinstimmend oder differierend, ein Seitenstück jener Endziele der Zentralmächte darstellen musste, welche diese Mächte vor der Welt verbargen, sofern sie überhaupt damals schon solche Endziele in scharf umrissener Form besassen.

Es galt also nicht zuerst mit dem Bären fertig zu werden und dann erst über die Bestimmung seines Felles zu entscheiden, sondern gerade umgekehrt: zuerst galt es klarzustellen, ob ein politisch mögliches und dabei für die Nation erspriessliches Programm der Lösung der Polenfrage in Verbindung mit den Zentralmächten geschaffen werden konnte? Später erst, im Falle eines günstigen Ergebnisses dieser Untersuchung, galt es, möglichst energische Taten zu vollbringen, welche als Mittel zu diesem Zweck aufzufassen waren.

In dieser Hinsicht wird man gut tun, sich nicht von

äußeren Symptomen täuschen zu lassen. Scheinbar war der am 16. August 1914 gefasste Beschluss der beiden Polenklubs, jenes der Reichstags- und jenes der Landtagsabgeordneten, eine restlos vollzogene Tatsache ; dagegen bezeichnete erst dass ein Jahr später veröffentlichte Manifest des Obmanns des Obersten Polnischen Nationalkomitees vom 8. August 1915 "als Ziel aller Bestrebungen und aller Mühen den polnischen Staat " und konstatierte, dass "die Vereinigung des unteilbaren Kongresspolens mit dem ungeteilten Galizien die Grundlage der Bestrebungen der Polen bildet".

In Wirklichkeit aber war dieses Programm schon im Keim, wenn auch noch nicht so energisch ausgedrückt, in jenem Beschluss von 1914 enthalten, welcher die Legionen ins Leben rief.

Denn die Legionäre zogen nicht etwa nur dazu aus, um, gegen die Russen kämpfend und fallend, die alte Knechtschaft durch eine neue Knechtschaft zu ersetzen ; sie kämpften und fielen für das künftige Polen, für den künftigen polnischen Staat, dessen räumliche Gestaltung vorherzusehen damals allerdings noch unmöglich war. Die von der österreichisch-ungarischen Armee ausgehende Offerte beantwortete also jener Bruchteil der Nation, welcher die Hände frei hatte, unverzüglich mit dem aktiven bewaffneten Kampf an der Seite dieser Armee, nicht ohne sich dessen Bewusst zu sein, dass dieses Zusammenwirken zur Kriegszeit auch das Band zwischen der befreiten polnischen Nation und der habsburgischen Monarchie enger knüpfen und gleichsam ein erstes Unterpfand eines künftigen Vertrages sein werde, von welchem Vertrag zu erwarten sei, dass er das polnische Interesse mit den Interessen der Völker dieser Monarchie in ausführbarer Weise in Einklang brin-

ge. Dieses schrittweise entwickelte politische Programm, obwohl es die polnische Nation auf ein bestimmtes Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn hinwies, war doch kein österreichisches von der Regierung nahestehenden Faktoren souffiertes oder inspiriertes, sondern ein in seinem innersten Wesen polnisches Programm, welches einen integralen Bestandteil der polnischen Ideentradiation sowohl in Galizien, als auch in Kongresspolen bildete. /Vergleiche Nr. 5 der Zeitschrift "Wyzwolenie", März 1916, Artikel: "Eine zeitgemässe Erinnerung."/ Davon, dass dieses Programm unabhängig von der Regierung entstanden ist, zeugt am besten die auf den ersten Blick sonderbare, wenn nicht geradezu feindselige, so doch mindestens reservierte Haltung, auf welche in verschiedenen massgebenden Kreisen zu manchen Stunden gerade der Legionsgedanke stiess; für diese Erscheinung liesse sich freilich aus der Geschichte des Wiener Kabinetts mehr als ein Präzedenzfall anführen. Wenn die polnische Nation auf das Manifest der verbündeten Armeen reagiert hat, so tat sie es auf ihre eigene Art, anders, als man dies vorausgesetzt hatte, und in gewissem Sinne stärker, als man dies wünschte und erwartete.

Hier sind auch die Gründe dafür zu suchen, warum nicht sofort das ganze Programm in fertiger Form erschien, sondern dieses Programm sich erst schrittweise entwickelte, in dem Masse als der kriegerische und diplomatische Horizont sich klärte. Der ganze politische Wert dieses Programms sowohl für die polnische Nation als auch für die Centralmächte, ja selbst auch für aussenstehende Staaten, beruht gerade darauf, dass es spontan aus der Nation heraus entstanden und von einer planmässig durchdachten und wohlwollenen Auffassung der polnischen Staatsraison diktiert ist.

In geographischer Hinsicht bedeutet dieses Pro-

gramm, dass mit dem ungeteilten Galizien das gleichfalls ungeteilte Kongresspolen nebst jenen litauisch-ruthenischen Grenzgouvernements vereinigt werden soll, deren Losreissung von Russland sei es auf kriegerischem, sei es auf diplomatischem Wege gelingen wird. Somit stand dieses Programm halbenwegs zwischen jenem beträchtlich grossartigeren Maximalprogramm, das in der Reihe der "zu befreienden" Länder auch Oberschlesien, Posen, Westpreussen und Westgalizien aufzählte - und dem Minimalprogramm eines aus Kongresspolen allein zu bildenden Pufferstaates, welches Minimalprogramm das Gebiet des einstigen Polenreichs in nicht weniger als vier getrennte Fragmente zerlegen würde: ein österreichisches, ein preussisches, ein russisches und ein angeblich unabhängiges. In dieser Hinsicht aber rechnete unser Programm, obwohl bescheidener als das erste, doch in höherem Grade als das zweite der mit ihm rivalisirenden Programme mit der wichtigen Stelle, welche in unserer nationalen Ideologie die Idee der Einigung der polnischen Lande einnimmt.

In politischer Hinsicht sicherte unser Programm, indem es innerhalb des Rahmens der habsburgischen Monarchie ein eigenes Staatswesen mit eigener Regierung, eigenem Parlament, eigener Justiz und Verwaltung forderte, einer Bevölkerung von über zwanzig Millionen Seelen die Möglichkeit, ihre vom öffentlichen Interesse diktierten Wünsche auszusprechen und zu befriedigen. Man war sich mit voller Klarheit dessen bewusst, dass die Zugehörigkeit zur Monarchie, und damit auch zu dem künftigen mitteleuropäischen Verband, das neue Königreich Polen in ein ganzes Netz von Verträgen militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Inhalts miteinbeziehen werde; aber zum mindesten würde unsere Nation bei diesen Verträgen und Institutionen und deren praktischer Betätigung über ihre eigenen Organe verfügen, welche darum besorgt

wären, zwischen den aus einer solchen Verbindung sich ergebenden Vorteilen und Nachteilen ein billiges Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Es wurde also nicht die "Verlängerung" Kongresspolens nach dem Muster des bisherigen Galiziens zum Programmpunkt erhoben, sondern die Erhebung Galiziens und Kongresspolens zusammen zur Würde eines gemeinsamen vollwichtigen Staatsorganismus. In dieser Hinsicht gieng unser Programm weiter, als alle russischen Selbstverwaltungs- und Autonomieversprechungen, und näherte sich, wiederum in den Grenzen der Möglichkeit, dem Lösungswort der staatlichen Unabhängigkeit, welches das zweite prinzipielle Postulat unserer nationalen Ideologie darstellt.

Es ist nicht meine Sache nachzuweisen, wie grosse moralische, politische, militärische und wirtschaftliche Vorteile das obige Programm, von der polnischen Staatsraison diktiert und auf die Schaffung und Erhaltung eines polnischen Staates unter Abwehr der Revanchegelüste des östlichen Nachbarn abzielend, auch der österreichisch-ungarischen Monarchie bietet. Sowohl die österreichischen als auch die ungarischen Staatsmänner haben diese Vorteile selbst herausgefunden und richtig eingeschätzt.

Dagegen liegt mir noch ob, auf eine andere Eigenschaft unseres Programms aufmerksam zu machen, nämlich auf seine politische Ausführbarkeit.

1./ Ausführbar ist unser Programm vor allem mit Rücksicht auf den mächtigen deutschen Verbündeten; denn keines seiner grundlegenden Interessen wird durch unser Programm beeinträchtigt, vielmehr wäre für diesen Verbündeten ebensosehr wie für uns, wenn auch aus anderen Gründen, sowohl die Angliederung ganz Kongresspolens an das Deutsche Reich, als auch eine neue Teilung Polens von Nachteil.

2./ Politisch ausführbar ist dieses Programm ferner auch im Hinblick auf die bisherige Verfassung Oesterreich-Ungarns. Es setzt voraus, dass, nach der Vereinigung Kongress-

polens und Galiziens zu einem Staatsgebilde, Galizien aus der Zahl der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder ausscheidet - eine Operation, welche die grössten Aussichten voller Schmerzlosigkeit für beide Teile für sich hat. Es ist kein Geheimnis für uns, wie die österreichischen und ungarischen Kreise über diese Möglichkeit denken, die Polen aus dem Wiener Parlament und den Wiener Ministerien loszuwerden. Ebensowenig ist es nötig, zu versichern, welches freudige Gefühl wir bei dem Gedanken empfinden, dass das Zentrum unseres politischen Lebens von Wien nach Warschau verlegt werden soll; dieses Gefühl aber entspringt einer tieferen Erfassung des Wesens der Beziehungen zwischen Galizien und Oesterreich, wobei es genügt, nur die konstitutionelle Epoche in Betracht zu ziehen. Während das Verhältnis der galizischen Polen zum Monarchen über das Mass gewöhnlicher Loyalität hinausgieng und zweifellos die Merkmale einer exzeptionellen, aufrichtigen Anhänglichkeit trug, hat das Verhältnis ebendieser Polen zu den politischen und bureaukratischen Faktoren Oesterreichs, obwohl stets beiderseits korrekt, doch nicht zur Anbahnung einer näheren, innigeren und herzlicheren Gemeinsamkeit des sozialen Lebens der Nationen geführt. Die Polen Galiziens blieben nach wie vor ein Teil der polnischen Gesamtnation, und als solcher bewahrten sie unter den Völkern Cisleithaniens eine gewisse Sonderstellung, die weder mit der Stellung der Deutschen, noch mit jener der Tschechen oder der Slovenen vergleichbar war. Der solidarische Polenklub in Wien war mehr als nur eine Gruppe von Abgeordneten aus Galizien. Er war in der That eine Art polnischer Delegation, deren Rolle oft genug auch über die Grenzen der Monarchie hinausreichte. Wenn die Sonderstellung Galiziens im Sinne der Resolution von 1868 nicht zur völli- zogenen Tatsachen wurde, so war es gewiss kein Gefühl all- zunaher Verwandtschaft und innerlichen Einheit mit den ü-

brigen Völkern Cisleithaniens, was sie daran hinderte. Dieser Unterschied zwischen dem Verhältnis der galizischen Polen zum Monarchen und ihrem Verhältnis zu der übrigen Bevölkerung der Monarchie, obwohl in keiner staatsrechtlichen Vorschrift ausdrücklich formuliert, blieb doch ein halbes Jahrhundert lang ein unerschütterliches politisches Dogma. Statt zahlreicher Beispiele will ich nur ein einziges, in hohem Grade charakteristisches anführen. Bekanntlich ist eine ganze Reihe von Fragen, welche die freie, ungehemmte Entwicklung unserer Nationalität, unserer Sprache, Kultur und Wissenschaft ~~betreffen~~ ^{betreffen}, ~~durcheinander~~ ^{durch} kaiserliche Patente geregelt worden, welche in der Hierarchie der Rechtsnormen eine niedrigere Stufe einnehmen, als die durch denselben Monarchen mit Zustimmung des Reichsrats erlassenen Reichsgesetze; und doch wurde in polnischen Kreisen diesen Patenten nicht nur in materieller, sondern auch in formaler Hinsicht ein höheres Gewicht beigelegt, indem man gerade in ihnen einen unantastbaren Akt des grossmütigen und von den edelsten Gefühlen für die polnische Nation beseelten Monarchen erblickte. Und darum ist die Trennung Galiziens von den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern leicht durchzuführen, denn sie lässt jene einzig wesentlichen und realen Bande unberührt, welche den Monarchen mit der Nation verknüpfen; sie lockert dagegen nur jene engere politische Verbindung zwischen den Polen und den übrigen Nationen, welcher in Wirklichkeit und Leben nichts Tieferes entsprach.

3./ Wohl wissen wir, dass gegen die Los-trennung ganz Galiziens sich ruthenische Stimmen erhoben haben, welche auch vorübergehend in gewissen Wiener Kreisen Gehör fanden; man schlug hiebei vor, aus Cisleithanien lediglich Westgalizien auszuschalten, dagegen Ostgalizien, als selbständiges Kronland oder mit der Bukowina vereinigt, in der Reihe der im

Reichsrat vertretenen Länder zu belassen. Trotz dieser oppositionellen Stimmen wagen wir zu behaupten, dass unser Postulat eines unteilbaren Galiziens, das als solches dem künftigen Königreich Polen einverleibt werden soll, nicht nur politisch möglich, sondern das einzige politisch mögliche ist. Es leitet uns dabei nicht die mündeste Animosität gegen die ruthenische Nation, welche im Rahmen der Verfassung Polens die volle Möglichkeit nationaler Entfaltung finden würde. Aber die ganze Tradition sowohl des Alten Polenreichs, als auch Galiziens als Bestandteils der österreichisch-ungarischen Monarchie spricht gegen eine Zerrei-
 ssung dieses Landes in politisch getrennte Stücke. Galizien hat die höchst kritische Aera Bach überdauert. Das Oktoberdiplom hat Galizien als eine jener historisch-politischen Individualitäten anerkannt, welchen von Rechtswegen schul-
 dige Achtung gebührt. Galizien hat ohne Teilung noch Sonderstellung das System der schablonenhaften Landesstatuten überdauert, doch wohl nicht zu dem Zweck, damit in dem Augenblick, wo die "Gerechtigkeit" bei der Lösung der Polenfrage voranleuchten soll, die Vereinigung Galiziens mit Kongresspolen dazu ausgenützt werde, um die maralischen Vorteile dieser Errungenschaft grossenteils zu vernichten, indem anderthalb Millionen in ihren jetzigen Wohnsitzen seit Jahrhunderten sesshafter Polen von dem polnischen Staat getrennt würden. Zur Beschwichtigung der ruthenischen Befürchtungen gibt es doch wohl auch weniger drastische und weniger revolutionäre Mittel. Dass die ruthenischen Politiker sich die staatsmännischen Ideen der Russen aus der Zeit ihrer kurzlebigen Herrschaft in Galizien zu eigen machen, wundert uns weniger, als dass derartige Kombinationen in manchen Wiener Kreisen Zuflucht gefunden haben.

Vielleicht ist dies noch eine letzte Äusserung jener Fremdheit und Verständnislosigkeit der Seele und den Traditionen unserer Nation gegenüber, von welcher ich vorhin sprach. Denn ich kann nicht einen Augenblick lang zugeben, dass die Perspektive der Uebernahme Galiziens in deutsche Zivil- und Militärverwaltung, wenn auch unter Zustimmung der Ruthenen, als Äquivalent des nationalen Unrechts gelten könnte, welches wider Geschichte und Recht den Polen zugefügt würde, oder jener äusseren Gefahr, welche aus der Zerreißung der einheitlichen galizischen Front für die Monarchie entspringen müsste.

4./ Politisch ausführbar ist unser Programm ferner auch im Hinblick auf die Form der Union, wenn auch diese Form in der öffentlichen Meinung heute noch nicht genügend feststeht. Die pragmatische Sanktion, mit ihrer einzigen allgemeinen Erbfolgeordnung, mit ihrem Prinzip der Unabtrennbarkeit und Unteilbarkeit, mit der Verpflichtung, äusseren oder inneren Feinden mit vereinten Kräften entgegenzutreten, müsste natürlich auch für das künftige Königreich Polen den allgemeinsten Rahmen bilden. Die weitere Gliederung und gegenseitige Verknüpfung der Bestandteile der auf solche Weise vergrösserten habsburgischen Monarchie steht bis jetzt noch zur Diskussion.

Hierher gehört der Vorschlag einer Coexistenz dreier gleichberechtigter staatlicher Komplexe : Oesterreichs, Ungarns und Polens - ein Vorschlag, welcher in Ungarn aus politisch begründlichen Gründen unfreundlich aufgenommen wurde, in sachlicher Hinsicht aber auch den Nachteil bietet, dass in diesem Falle die gemeinsamen Ministerien, die Delegationen, die Quotendeputationen eine gründliche Reorganisation im trialistischen Sinne

erfahren müssten, dass ferner eine förmliche Neuregelung des wirtschaftlichen Ausgleiches, eine parallele Gesetzgebung in den mehr oder minder gemeinsamen Angelegenheiten usw. unvermeidlich wäre.

Hierher gehören weiters verschiedenerelei Projekte der Einzwängung Kongresspolens in den Rahmen des Dualismus, wobei also das bestehende Verhältnis der beiden Reichshälften zueinander unangetastet bliebe; dafür aber sehen diese Projekte mannigfaltige Varianten einer Reorganisation des künftigen Cisleithaniens vor und mühen sich mit jener Quadratur des Kreises ab, die darin besteht, dass die Polen und Ruthenen zugleich ^{ausgeschaltet} ~~ausgeschaltet~~ und doch wieder in der ihnen gebührenden Weise zur Einflussnahme auf die allgemeine Politik und den Verlauf der Gesetzgebung zugelassen werden sollen. Das gemeinsame Gebrechen dieser ganzen Kategorie von Projekten ist vor allem dies, dass die zu ungeheurer verwickelten Einrichtungen führen, welche den praktischen Nutzen ihrer Verwirklichung zweifelhaft erscheinen lassen. Die Komplizirtheit ist zwar an sich kein unbedingtes Hindernis für die Zusammenfassung einer Mehrheit von Staaten zu ausgedehnteren Verbänden, aber unter der Bedingung, dass diese Komplizirtheit jenes Mass nicht überschreite, welches die Harmonie des Ganzen und die Schlagfertigkeit nach innen und aussen erfordert. Es besteht aber die Befürchtung, dass bei den in Rede stehenden Projekten dieses Mass überschritten würde.

Hierher gehört endlich der Vorschlag, Polen eine Stellung ausserhalb des dualistischen Komplexes anzuweisen, so dass das dualistische Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn prizipiell unverändert bliebe; dies ist also im Hinblick auf den bestehenden Verfassungszustand das rela-

tiv konservativste Vorschlag von allen.

Auch dieser Vorschlag rechnet mit den allgemeinen Grossmachtnotwendigkeiten, für deren Berücksichtigung sowohl besondere Vorschriften, der Verfassung Polens, als auch eventuelle ewige oder langfristige Bundesverträge, militärischer oder wirtschaftlicher Natur Sorge tragen würden. Er geht jedoch nicht über jene Linie hinaus, welche ihm durch die Maxime vorgezeichnet wird, dass die Stärkung der Gesamtmonarchie bei weitgehendster Verringerung der inneren Reibungswiderstände der zu vollbringenden Organisationsarbeit als Ziel vorschweben soll. Das Interesse der Centralmächte an der dauernden Zugehörigkeit Polens zu Mitteleuropa wäre voll gewährleistet, ohne dass den Polen in unnötiger Weise ihnen fremde und höchst verwickelte Einrichtungen aufgedrängt würden, welche Einrichtungen bis zu einem gewissen Grade auch von Oesterreich und Ungarn als Hemmnis in ihrer inneren, wie auch in ihrer gemeinsamen Politik empfunden werden müssten. Die für die Projekte dieses dritten Typus massgebenden ~~Denkmethode~~^{Denkmethode} würde darin bestehen, die wirklich wichtigen und grundlegenden Militärischen und wirtschaftlichen Fragen herauszufinden und dauernd zu erledigen, ohne nach abstrakten Formeln wie Trialismus, Bidualismus usw. zu suchen, welche in ihren Konsequenzen über die Grenzen des politisch Notwendigen und der soziologischen Eigenschaften der angestrebten Verbindung hinausgehen würden.

5./Endlich gewinnt unser Programm noch an politischer Ausführbarkeit, indem es auch in polnischen Kreisen eine immer ausgedehntere Anhängerschaft gewinnt. Wie seine ursprüngliche Entstehung eine etwas beschwerliche war, ne urs

so konnte auch seine Ausbreitung nur schrittweise erfolgen. In dem Kampf ums Dasein, welche unser Programm mit den rivalisierenden politischen und apolitischen Programmen ausfechten musste, waren ihm folgende Umstände hinderlich: die weitgehende Abstinenz der Centralmächte im Bezug auf die Enthüllung der Kriegsziele und die Veröffentlichung ihrer konkreten Absichten in der Polenfrage; die grosse Ungleichwertigkeit des Beamtensmaterials, welches mit der Aufgabe betraut war, sich die Sympathie und das Vertrauen der Bevölkerung des Okkupationsgebiets zu erwerben; die anfangs nicht hinreichend ausdrückliche und energische Betonung des polnischen Charakters des verwalteten Landes; endlich der Umstand, dass sowohl dem Vorurteil gegen die galizischen Einrichtungen, als auch der Furcht vor der "Verkronländerung" Kongresspolens, welche beide sich unter der dortigen Einwohnerschaft auf Grund einer tendenziösen Agitation eingenistet hatten, nicht genügend entgegengewirkt wurde.

In dem Masse jedoch, als diese verschiedenen Zweifel sich zerstreuten; als die militärische und diplomatische Position der beiden Centralmächte sich festigte; in dem Masse, als man bei uns begonnen hat, weniger auf einzelne Zwischenfälle als auf die grossen Richtlinien der ^{Weltpolitik} ~~Weltpolitik~~ zu achten, erobert sich auch unser Programm immer entschiedener Zustimmung; möge nur das Morgenrot der künftigen Wiedergeburt Polens recht bald am Horizont sichtbar werden!

An unsere reichsdeutschen Freunde.

Bei Euch und bei uns ist eine wahre Sintflut von Artikeln, Büchern und Broschüren zu Tage getreten, welche eine Verständigung zwischen Polen und Deutschen zum Gegenstand haben; auf unserer Seite wurden hiebei zahlreiche, nicht immer notwendige noch glücklich gewählte Argumente dafür ins Treffen geführt, dass und inwiefern Polen, das wiederhergestellte Polen, für das Deutsche Reich bequem und nützlich sein könne. Diese Frage betrachte ich als erledigt, umso mehr, als die Einschätzung seines eigenen Interesses am besten dem Interessentem überlassen bleibt. Weniger erschöpfend, ja vielleicht allzu diskret werden in jener Literatur die Regungen unserer Kollektivseele behandelt, Vor einigen Monaten beklagte sich Dr. Friedrich Naumann über die "Unklarheiten der Polen!" Wir wollen diese Unklarheiten wenigstens teilweise aufhellen, in der Erwägung, dass es ein schwerer methodischer Fehler wäre, Pläne zur Sicherung der Ostgrenze zu zimmern, eine Schutzherrschaft über die kleineren Nationen etabliren und sie mit den Wohltaten der deutschen Kultur beglücken zu wollen, bei alledem aber die genaue Erforschung des Bodens, welchem diese Saat anvertraut werden soll, zu verabsäumen.

Es besteht zwar eine ausgedehnte "Polenliteratur", in welcher allerhand Sachverständige im Polenfache sich die Sporen verdient haben. Aber aus dieser Literatur kann man im allgemeinen nur erfahren, wie sich die Deutschen gerne die Polen vorstellen möchten, um diese und jene Entnationalisierungs- oder Verfolgungsmassregeln gegen sie anwenden zu dürfen. Dagegen geht es unmöglich an, diese Literatur als den geistigen Spiegel der polnischen Nation, oder gar der ganzen polnischen Nation gelten zu lassen.

Die tendenziöse Art der Darstellung, welche das selbstlose Verlangen nach Wahrheit in den Hintergrund drän-

gte, bewirkte, dass in den so gemalten Porträts die Polen niemals sich selbst zu erkennen vermochten. Und doch begannen die Deutschen, nur mit einer so unzureichenden Kenntnis ihrer polnischen Nachbarn ausgerüstet, denn Krieg im Osten; sie waren sich wohl zunächst nicht genügend dessen bewusst, dass sie diesen Krieg ausschliesslich auf dem Boden des alten Polenreichs führen und wahrscheinlich auch zu Ende führen würden. Wir aber schreiben dem gegenwärtigen Moment ein ungewöhnliche historische Tragweite zu. Die Weltgeschichte stellt heute die Zentralmächte vor eine ähnliche Aufgabe, wie sie vor hundert Jahren dem Zaren Alexander I. gestellt und seither ein Jahrhundert lang drohend über den Häuptern seiner Nachfolger schwebte: die Aufgabe einer gedeihlichen Regelung der Polenfrage. Russland hat trotz günstiger territorialer Bedingungen / es nannte 82 3/4% der Fläche des alten Polenreichs sein eigen / diese Aufgabe weder in Bezug auf die in seinen Grenzen wohnenden Polen zu lösen, noch sie im Sinne der ihm eigentümlichen traditionellen Expansionspolitik gegen Deutschland und Oesterreich auszunützen vermocht, wiewohl es hiezu in zwölfter Stunde an gutem Willen nicht fehlte. Die äussere und innere russische Staatsmaison erwies sich dem polnischen Problem nicht gewachsen.

Heute, am Abschluss dieser historischen Epoche, deren Ergebnis der politische Bankrott Russlands ist, drängt sich uns alsbald die Frage auf: werden in diesem kritischen Moment die Zentralmächte sich weitblickend genug zeigen, um jene Aufgabe wiederaufzunehmen, und werden sie fähig sein, sie im Einklang mit unseren Interessen zu lösen? Einige deutsche Publizisten sprachen in ihren Erörterungen von einem Examen, welches die polnische Nation angeblich in Bezug auf ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit, ihre Fähigkeit

zur Selbstregierung, ihrer Duldsamkeit gegen andere Nationalitäten usw. zu bestehen habe. Wird im Angesicht der Weltgeschichte nicht jenes Examen ungleich wichtiger und interessanter sein, welches in Sachen der Polenfrage Deutschland und Oesterreich erwartet?

Aus diesem Gesichtswinkel heraus /und nicht etwa unter dem Gesichtspunkt der Sympathie für Russland, oder für Deutschland und Oesterreich/ sind auch die beiden wohlbekannten, einander widersprechenden Richtungen der auf polnischer Seite betriebenen Politik zu beurteilen: die östliche und die mitteleuropäische Richtung. Denn wollten wir diese Frage lediglich vom Gefühlsstandpunkt aus behandeln, so wäre es hierüber niemals zu einer Meinungsverschiedenheit innerhalb unserer Nation gekommen. Der so langdauernden, geradezu rührenden Eintracht, welche zwischen der preussischen und der russischen Polenpolitik bestand, entsprach auch im Schosse unserer Nation die vollkommenste Einmütigkeit in der schärfsten Verurteilung beider.

Fruchtlos und ein bisschen naiv sind in unseren Augen die seitens jedes dieser beiden kriegsführenden Staaten unternommenen Versuche, die während der letzten hundert Jahre von der Gegenseite verübten Polenverfolgungen zu seinen Gunsten auszuspielen. Die Brust der Polen ist breit genug, um für gleich lebhaft gefühlte beider Verfolger gegenüber Raum zu haben, wie auch das Hirn des Polen Raum hat für ein gleich treuer Gedächtnis des ihm von beiden Seiten zugefügten Unrechts.

Wenn angesichts des Auftauchens dieser beiden Richtungen nicht ohne Ironie das "Wunder" dieser Erscheinung betont und den einen Polen vorgeworfen wurde, sie hätten sich mit staunenswertem Eifer, aller alten Kränkungen uneingedenk, Russland in die Arme geworfen, den anderen Polen aber sie hätten das Gleiche ^{den Zentralmächten} ~~Russland~~ gegenüber getan, so wird die-

ses " Wunder " dem Verständnis beträchtlich näher gerückt durch den Umstand, dass beide Richtungen auf Grund zweier neuer Hypothesen über die künftige territoriale Gestaltung des Landes erwachsen sind.

Die eine Hypothese war die, dass die Centralmächte ihre polnischen Besitzungen verlieren würden ; jene Polen aber, welche an diese Eventualität glaubten, gerieten schon auf Grund dieser gemeinsamen neuen Voraussetzung unetrennlich in Streit, da die einen eine grundsätzliche Aenderung der Politik Russlands erhofften, die anderen aber, in dieser Hinsicht einen gründlichen Unglauben an den Tag legten.

Die zweite Hypothese besagte, dass die Centralmächte den Russen Kongresspolen samt den "westlichen Gouvernements" abnehmen würden ; diejenigen Polen aber, welche dies voraussetzten, teilten sich nicht minder schroff in zwei Lager, je nachdem sie an eine verständige und mit den Interessen der polnischen Nation vereinbare Lösung der Polenfrage durch die Sieger glaubten oder nicht.

Die erste dieser beiden Hypothesen ist dank den Kriegsoperationen so ziemlich gegenstandslos geworden ; die zweite blieb, und mit ihr blieb die aus ihr entspringende Scheidung der Polen in Gläubige und Skeptiker, in Optimisten und Pessimisten. Trotzdem aber hörte unsere Nation keinen Augenblick auf, eine einzige Nation zu sein, welche am innigsten und vor allem ihre eigene Kultur liebt, einen eigenen Staat zu errichten begehrt und die Abschaffung der unnatürlichen Grenzen von 1815 herbeisehnt.

Aber auch die zweite Hypothese, wie aktuell sie auch sei, ist fürs erste nur eine Hypothese. Wir wissen nicht, und es dürfte wohl niemand im Stande sein mit apo-

diktischer Gewissheit vorauszusagen, ob und inwieweit die Zentralmächte in der Lage sein werden, über das Los unserer Nation zu entscheiden ; aber diese Eventualität ist wahrscheinlich, und sie bildet die logische Voraussetzung dieses Briefes und aller in ihm enthaltenen Argumentationen.

Worauf stützte sich unser Glaube daran, dass Ihr willens und fähig sein werdet, diesen historischen Augenblick zur Befriedigung unserer nationalen Forderungen auszunützen? Ohne falsche Bescheidenheit müssen wir bekennen, dass die Grundlagen dieses Glaubens vielmehr in uns selbst zu suchen waren, als in real greifbaren Versprechungen Eurerseits.

Im ersten Anfang des Krieges waren in dieser Hinsicht fast ausschliesslich aprioristische Faktoren wirksam : eine Art Instinkt oder Ahnung, dass wir hier, auf Seiten der Zentralmächte, ein gründlicheres Verständnis der eigenen Interessen und zugleich auch mehr Wohlwollen und Verständnis für unsere nationalen Forderungen finden würden, ebenso wie ein grösseres Mass von keiner Routine gefesselten Erfindungsgeistes, wie endlich auch eine grössere Entschlussfähigkeit und Tatkraft - alles Faktoren, mit welchen bis zu einem gewissen Grade das in dem Manifest der verbündeten Armeen verkündigte Losungswort des Befreiungskrieges, wie auch die ungewöhnlich ernste und zweifellos aufrichtig wohlwollende, wenn auch sehr vorsichtige Erklärung des deutschen Reichskanzlers in Einklang zu stehen schien.

Aber im weiteren Verlauf des Krieges, so glänzend dieser Verlauf in rein militärischer Hinsicht auch war, und in der gegenwärtig noch andauernden Okkupationszeit wurde jener Glaube auf die allerhärtesten Proben gestellt, während den Skeptikern und Pessimisten unter den Polen ein ungemein dankbares Betätigungsfeld geboten wurde.

1./ Die versprochene Revision des Verhältnisses der deutschen und preussischen Behörden zu den Polen im dortigen Staatsgebiet, welcher Revision für die politische Denkweise unserer gesamten Nation eine gewaltige Bedeutung zukäme, ist nicht erfolgt; den Aufschub versuchte man bald mit dem "Burgfrieden", bald mit der Furcht zu motivieren, dass jedes Zugeständnis als Beweis der Schwäche aufgefasst werden könnte. Die so sehr gemässigten Anträge der Polen, welche der Regierung Gelegenheit gaben, auf den Weg der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit und des einem Rechtsstaat geziemenden Verhaltens einzulenken, wurden nicht in gebührender Weise anerkannt und unterstützt. Der öffentliche-rechtliche Zustand der polnischen Landesteile in Preussen, wo doch eine ungehemmte legislative oder administrative Aktion neuen Stiles am leichtesten möglich wäre, ist auch fernerhin für die übrigen Polen ein abschreckendes Memento geblieben.

2./ Die Verwaltung der durch Deutschland neuokkupierten polnischen Lande, welche ein zweites Versuchsterrain hätten werden können, zeigt zwar eine lebhaftere, aber durchaus nicht einheitliche politische Färbung. Unsere öffentliche Meinung ist geneigt, die administrative Gewandtheit der Deutschen hochzuschätzen, vielleicht sogar zu überschätzen und jeder Verfügung der Okkupationsbehörden "symptomatischen" Wert zuzuschreiben; kein Wunder also, dass der Verlauf der Okkupationsverwaltung nicht nur den Prozess der Vereinheitlichung der politischen Denkweise der Polen nicht erleichtert, sondern ihn zu Zeiten sogar arg kompliziert hat. Neben seltenen, wenn auch unzweifelhaften Symptomen des Wohlwollens für die lokale Bevölkerung ereigneten sich weitaus zahlreichere Fälle von böser Behandlung;

es traten also zwei einander widersprechende Leitgedanken zu Tage und riefen den besorgten Zweifel wach, welches wohl das eigentliche Leitmotiv, und welches nur ein untergeordnetes und zufälliger Motiv sei ?

Was aber die allgemeine Politik betrifft, so wies nicht nur nichts darauf hin, dass man, wenn auch auf eine langsame und diskrete Art, dem Legionsgedanken den Weg zu bahnen beabsichtige, sondern umgekehrt, wir bekamen Aeusserungen angeblich gutinformierter Persönlichkeiten zu hören, welche, sei es mit dem Willen, sei es mit der Duldung der deutschen Regierung unseren, noch nicht genügend widerstandsfähigen Gesellschaftskreisen andere, mit dem Legionsgedanken rivalisierende und angeblich für uns bessere und vorteilhaftere Kombinationen einzukämpfen suchte, welche Kombinationen mehrfach durch Drohungen einer neuen Teilung Polens, oder sogar der Rückgabe Kongresspolens an Russland unterstützt wurden. Grosse Erfolg haben diese Programme in partibus infidelium an sich nicht gehabt ; aber ihre beträchtliche Zahl und ihre Divergenz untereinander weckten den Verdacht, ob es nicht etwa ihr bewusstes Ziel sei, die öffentliche Meinung Polens so lange als möglich uneinig zu erhalten und den Prozess ihrer schrittweisen Konsolidierung zu hemmen.

Nicht geschickter, nicht glücklicher und nicht fruchtbarer erwies sich das Eingreifen der Okkupationsbehörden in unsere innerpolitischen Fragen : in die Judenfrage, die Organisation der Justiz, der Selbstverwaltung, des Schulwesens - ein Eingreifen, das weder durch die durchaus provisorische Mission des okkupierenden Staates gerechtfertigt, noch mit der Aufgabe und dem Lösungswort der Befreiung vereinbar war.

3./ Das dritte Versuchsterrain war für uns die reichsdeutsche Publizistik und die von ihr geführte Diskussion über die neuen Ausblicke in der Polenfrage. Zum erstenmal unternahm die deutsche Nation die Mission des Befreiers und sollte nun vor der teils feindlichen, teils neutralen Aussenwelt dafür Zeugnis ablegen, auf welche Art die Siege der deutschen Waffen mit der Achtung vor den Kollektivpersönlichkeiten der nichtdeutschen Nationen vereinbar seien. Von vornherein rechneten wir mit dem Umstand, dass diese in die Geheimnisse der Diplomatie keineswegs eingeweihte Publizistik die so sorgsam verborgen gehaltenen Absichten der Regierung weder übereinstimmend noch treu wiederspiegeln könne; nichtsdestoweniger war es für uns von Interesse zu beobachten, innerhalb welcher Grenzen die Diskussion oszilliren werde. Die Wirklichkeit übertraf insofern unsere Erwartungen, als die Skala der vorgebrachten Ansichten und Vorschläge sich als eine ungemein ausgedehnte erwies, wenn auch durchaus nicht alle diese Ansichten und Vorschläge demselben ethischen und individuellen Niveau angehörten. Neben ungemein würdigen und Aeusserungen von Schriftstellern, die wir schon vor dem Kriege gekannt hatten, und die auch jetzt einen höchst wohlwollenden Standpunkt uns gegenüber einnahmen, fehlten natürlich auch jene allzeit schreibseligen Makatisten nicht, welche sowohl in der Frage der Behandlung des bisherigen Preussisch ~~Sich~~ Polens, als auch der neu zu erwerbenden Provinzen ihre uns nur allzugut bekannten Gefühle und Absichten unter uppiger Phantasieentfaltung betätigten. Die Geschichte wird einst als Kuriosum jene Stimmen verzeichnen, welche die Umänderung der Grenzen Deutschlands mit einem grossen Polenfriedhof, den Auskauf der Polen oder ihre Austreibung aus der Heimat, den Verzicht der Polen auf Posen und Westpreussen, die Verewigung der provisorischen Teilung Kongresspo-

lens und des provisorischen Okkupationsregimes unter dem Namen eines Condominiums verlangten, und auch jene in ihrer Grossmut so typische Stimme, welche den Polen erlaubte, " nur als Privatleute Polen zu sein ". Nicht verschwunden, vielmehr gerade jetzt in besonders plastischer Form zu beobachten ist auch jene alte Antinomie : einerseits der grosszügige Tatendrang eines kraftvollen Reiches, das um seine Stärke weiss und sich bewusst ist, den gewaltigsten Grossmächtern der Erde gegenüber unbesiegbar dazustehen - und andererseits jener weinerliche Bettlerton, in welchem Schutzmittel für das bedrängte und unterdrückte Deutschland verlangt werden. Auffallend ist endlich, wie gerne man mit dem Argument der Dankbarkeit operirt, welche die Polen angeblich schon jetzt den Deutschen schulden. Dankbarkeit ist eine seltene Blume und verlangt zartsinnige Pflege. Sie erscheint als Antwort auf selbstlose Taten ; sie hat nur dann sittlichen Wert, wenn sie freiwillig ist. Für die blosser Tatsache des siegreichen Vormarsches gegen Russland Dankbarkeit heischen, heisst dieses Gefühl zur unrichtigen Zeit und am unrichtigen Orte suchen. Für diese Wohlthat aber eine Schmälerung der wesentlichsten nationalen Rechte als Bezahlung zu verlangen, sieht einem Wucher schlimmster Sorte ähnlich. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob etwas mehr Hoheit und etwas weniger Verschmitztheit, etwas mehr von jener staatsmännischen Weisheit, die mit dem Nutzen langfristiger politischer Investitionen zu rechnen weiss, und etwas weniger Gier nach hastiger Bereicherung nicht recht viel zur Erzielung des erwünschten Einvernehmens beitragen würden, besonders wenn man in Betracht zieht, dass auf der einen Seite die herrschende Nation eines mächtigen Reiches steht, nach einer für sich mehr oder weniger bequemen Kombination Ausschau haltend, auf der anderen

Seite aber eine Nation, die eben jetzt erst ihren Staat zu schaffen bestrebt ist und um die unentbehrlichsten Grundlagen seiner Existenz kämpft.

Trotz alledem aber, trotz des passiven Widerstands der preussischen Regierung in Posen; trotz der peinlichen Mängel der Okkupationsverwaltung; trotz der oft aufreizenden Exzesse der deutschen Publizistik; trotz der düsteren Horoskope, welche auf solcher Grundlage die Pessimisten unter unseren eigenen Landsleuten uns stellen; trotz der Warnungen des Herrn Sasanow vor der deutschen "Mausefalle" endlich ist unser ursprünglicher Glaube bisher unerschüttert geblieben. Wir bringen den Umstand mit in Anrechnung, dass bei einer so hohen Anspannung aller Kräfte, wie sie der gegenwärtige Krieg erfordert, nicht allen politischen Fragen gleichzeitig derselbe Grad wachsamer Aufmerksamkeit gewidmet werden kann. Weder für die Fehler und Ungehörigkeiten ausführender Organe, noch für die Taktlosigkeiten der Presse wollen wir den leitenden Regierungsbehörden oder gar der deutschen Nation die Schuld zuschieben. So wie unser politisches Programm, das einzig reale und das einzig polnische, dank diesen seinen Eigenschaften sich unter den schwierigsten Bedingungen eine immer ausgebreitetere Anhängerschaft erobert, so geben wir auch den Glauben nicht auf, dass Deutschland in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse, wenn die Stunde der Entscheidung naht, mit diesem unserem Programm sich solidarisch erklären wird, unter Verzicht auf den Gedanken, unsere Nation unter Ausserachtlassung ihrer zweifellosen Interessen und gegen ihre Wünsche beglücken zu wollen.

~~Die oesterreichische ungarische Monarchie wird ohne Polen in Abhängigkeit von Deutschland geraten. ^{Aus} Im Bunde mit Polen kann sich unsere Monarchie die Parität eventuell auch die Entschlaffungswahrung wahren.~~

Der jetzige Krieg hat erwiesen dass sich unsere Monarchie vertrauensvoll auf Tschechen, Ruthenen, Serben, Italiener~~x~~ und Rumänen nicht stützen kann. Die Macht, die nur an den oesterreichischen Deutschen, an den Ungaren und Kroaten eine Stütze findet, reicht nicht aus, um unsere Monarchie im Gleichgewicht~~em~~ ^{Land} Deutschen gegenüber zu erhalten. Nur die Polen sind im Stande eine aufrichtige und ehrliche Kräftigung unserer Monarchie~~x~~ angedeihen zu lassen.

Die Kräftigung wird deshalb aufrichtig und ehrlich sein, weil ein Bündnis mit Oesterreich für die Polen ein ebensolches Lebensinteresse, wie für Oesterreich ein Bündnis mit Polen darstellt.

Die Gründe hierfür sind folgende :

- 1./ Oesterreich - Ungarn ist ein Vielvölkerstaat, bietet also grössere Chancen für ~~seinen~~ ^{Polen} Einfluss, als wie wenn dieses im Bunde mit dem national einheitlichen Deutschen Reiche verbliebe.
- 2./ Oesterreich - Ungarn ist ein katholischer Staat, Deutschland aber nicht.
- 3./ Die allerhöchste Habsburger ~~MONARCHIE~~ Dynastie besitzt die Liebe und das Zutrauen des polnischen Volkes.
- 4./ ^{Ein} Bündnis Polens mit Oesterreich ist wenn keine vollkommene, so doch die unter~~en~~ den gegebenen Verhältnissen einzig reale Lösung der polnischen Frage. Eine vollkommene Lösung der polnischen Problems liegt in der Vereinigung aller Polen. Ein Bündnis Polens mit Oesterreich brächte die Vereinigung ~~mit~~ ^{des} Polen~~x~~ des russischen Anteils mit den unter oesterreichischem Szepter lebenden Polen, wäre also

- II -

nur eine teilweise, ^{hiesige} jedoch nach Massgabe der ^{einer vollkommenen} gegebenen ^(am nächsten) Verhältnisse die einzig mögliche Lösung der Polenfrage.

Gestützt auf die Identität der polnischen und oesterreichisch - ungarischen Staatsraison, brauchten die Polen keine speziellen Zusicherungen und Garantien, um sich in diesem Kriege auf Oesterreichs Seite zu stellen. Sie schufen die Legionen und trotz der Schwankungen-zwar nicht der Leitung der ausseren Politik, aber des A.O.K., was bis zum Frühling 1916. in einer für die Polen erkennbarem Weise die Oesterr.-ungarische Diplomatie behinderte, verharren die Polen auf ihrem Standpunkte.

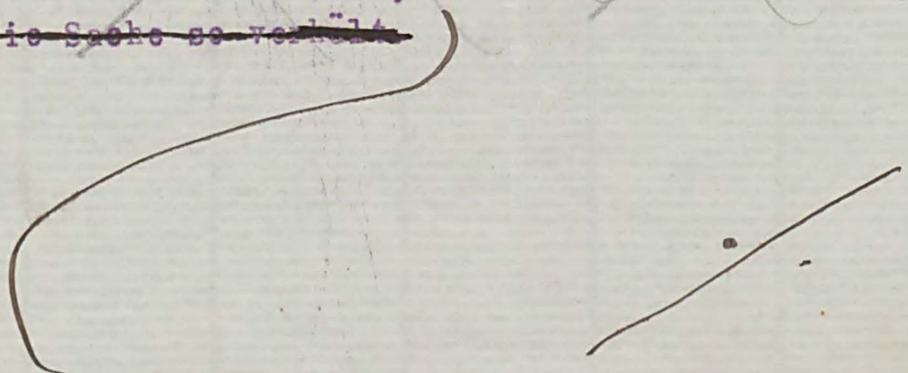
Das Programm der Angliederung des Königreichs Polen an die oest.-ungarische Monarchie stellt ein so offenkundiges Interesse der Monarchie dar, dass ^{unser Diplomatie bis jetzt} ~~schon im Jahre 1875, als~~ ~~von Bismarck~~, in dessen Verwirklichung das Hauptziel des gegenwärtigen Krieges erblicket. Als infolge der Niederlage von Luck dieses Programm als derzeit unrealisierbar sich erwies, erheischt es das Interesse der Monarchie aus Kongress Polen einen faktisch unabhängigen Staat, nicht aber eine deutsche Provinz zu bilden; ~~in welcher Richtung sich auch die Politik des~~ ~~von Bismarck~~ Kongress-Polen ^{zu einem Vorkriegszustand oder gar} nur nominell zu einem unabhängigen Staate in Wirklichkeit aber ^(Deutschland) zu einer Provinz geschaffen, bildet in demselben Masse eine Kräftigung Deutschlands, in welchem es für Oesterreich eine Schwächung bedeutet.

Der Verlust der Anwendungsmöglichkeit eines einzig sicheren die Monarchie kräftigenden aus einem Bündnis mit Polen hervorgehenden Mittels, ~~verurteilt unsere Monarchie zur~~ ~~Abhängigkeit~~ von Deutschland, wenn noch überhaupt die deutsche Staatsraison für ~~der~~ ^{hand} ~~in~~ unserer Monarchie einen Bundesgenossen suchen heisst. Um wieviel unerquicklicher wäre unsere Lage, wenn sich die Deutschen irgendwoanders nach Bundesgenossen umsehen wollten. Die ~~denk~~ deutschen Staatsmänner machen daraus kein Hehl, dass es ihre Pflicht sei, diese Eventualität ins Auge zu fassen, und die Dinge der Art einzurichten, damit

man auch darauf vorbereitet sei. Betrachtet man von diesem Standpunkte der Ereignisse Lauf, so wird es verständlich, warum die Deutschen unsere Monarchie von Kongress-Polen herauszu-^{drängen} ~~wünschen~~ wünschen. Es liegt im Interesse der Deutschen, dass Oesterreich schwach sei, sowohl, wenn es zu Deutschland im Bundesverhältnis Bundesverhältnisse stünde, denn dann wäre es von Deutschland abhängig, aber noch mehr für den Fall ~~...~~, wenn Oesterreich-Ungarn in das Lager der Feinde Deutschlands treten sollte. Dies ^{en} ~~ist doch ein~~ fundamentaler Leitsatz der Diplomatie ^{behalten} und die Deutschen ~~behalten ihn~~ wohl im Auge..

~~Wenn also nicht die Angliederung Kongress-Polens an Oesterreich, so ist doch ein wahrhaft unabhängiges Polen ^{ist auch} ~~so~~ wohl für die Ungarn ^(und Serben für die) ~~als auch~~ Bulgaren und Türken, von ~~einem~~ ^{größtem} tief empfundenem Interesse. Sie alle fürchten die Hegemonie der Deutschen und erblicken in Polen das einzige Mittel zur Erhaltung des Gleichgewichtes. Möglicherweise gebietet die momentane Lage manchen ungarischen Politikern ~~in Allem~~ ^{in Allem} den Deutschen willfahren, aber diese Politik hat kurze Beine. Weitblickende ungarische Politiker machen daraus kein Hehl dass jene Entwicklung der Dinge, die den Deutschen das Königreich-Polen zur ausschliesslichen Domäne überliesse, für Ungarn fatal wäre. Dasselbe fühlen und sprechen Bulgarische und türkische Staatsmänner.~~

Wollte unsere Monarchie auf die polnische Sache verzichten, sie würde ihre Stelle als erstrangige ~~Macht~~ Macht einbussen, würde in Abhängigkeit von Deutschland geraten und man könnte gar nicht den Grad dieser Abhängigkeit voraussehen. ~~In England rechnet man nach dem jetzigen Kriege mit einem Waffengang gegen Russland. Die Friedensunterhandlungen werden zweifellos den Beweis erbringen, ob sich die Sache so verhält.~~



Side

~~Sollte dies eintreten, so drängt von selbst eine Verständigung Deutschlands mit Russland gegen England auf. Welcher Art wäre in diesem Falle die Rolle unserer Monarchie? Ein voraussehender Politiker muss mit der Eventualität rechnen, dass die Kosten der deutsch-russischen gegen England gerichteten Verständigung Oesterreich zahlen könnte. Mit dieser möglichen Wendung rechnet jedenfalls England und deshalb machen die englischen Politiker daraus kein Hehl, dass in erster Reihe ein faktisch unabhängiges Polen in zweiter die oesterreichisch-polnische Konzeption ~~nur~~ unter keinen Umständen aber ~~durch~~ eine deutsch-polnische im Interesse Englands liege.~~

~~aus all diesen Gründen hat unsere Monarchie ein Lebensinteresse in der Art der Lösung der polnischen Frage. Bis vor kurzem war das Verständnis für dieses Interesse in den ^mmassgebenden Kreisen allgemein. In jüngster Zeit ~~aber treten manche Ursache erregende Symptome~~~~

dafür

V

~~Denkungen~~ ~~in die~~ ~~das~~ ~~die~~

~~Die polnische Frage~~ ~~mit~~ ~~Verfahren~~ ~~und~~ ~~das~~

diesen Karren hinauszuziehen ~~erscheint~~ jetzt nicht mehr möglich." ~~Dieser~~ ~~Äußerung~~ ~~habe~~ ~~ich~~ ~~letzter~~

~~Tage~~ ~~in~~ ~~Wien~~ ~~und~~ ~~Pest~~ ~~wiederholt~~ ~~begegnet~~ ~~und~~ ~~zugleich~~ ~~verhandelt~~ ~~es~~ ~~aber~~ ~~erfahren~~, dass ~~mir~~ an einer sehr massgebenden Stelle

in Budapest ~~aus~~ ~~der~~ ~~oberrühnten~~ ^{die} Auffassung ~~der~~ ~~Schluss~~ ~~gezo-~~ ~~gen~~ ~~wird~~, dass in ~~Anbetracht~~ ~~der~~ ~~obwaltenden~~ ~~Um-~~ ~~stände~~ ~~die~~ Monarchie kein anderer Weg mehr übrig

bleibe, ~~als~~ die bisherige Politik aufzugeben, auf die ~~mir~~ in Betracht kommenden Ziele bezüglich Kongresspolen ganz zu verzichten und es Deutschland ~~zu~~ überlassen ^{folgte} die polnische Frage einer Lösung zuzuführen ^{ist}

Der anscheinlich sehr schlaue und machiavellistische, in Wirklichkeit aber ^{nur} ~~auf~~ ~~aus~~ der bei uns immer wieder zu Tage tretenden ^{der} Unkenntnis der polnischen Verhältnisse entsprungene Gedanke, welcher der obangeführten ^{Ansicht} ~~Konklusion~~ zu Grunde liegt, kann kein anderer sein, als der folgende :

Die austro-polnische Politik, welche zu der Angliederung ganz Kongresspolens an die Monarchie führen sollte, habe bis jetzt keinen Erfolg gezeitigt ; Deutschland sei mit seinem Programm durchgedungen und es wäre vergebens und für die Beziehungen der Monarchie zu Detschland schädlich, der vollständigen ~~der~~ Verwirklichung des deutschen Planes entgegenarbeiten zu wollen, wogegen wenn Oesterreich-Ungarn sich aus dem Spiele zurückziehe und Deutschland in Kongresspolen freie Hand ^{ihm} überlassen werde, gefährde es nicht sein Verhältnis zu Deutschland und könne ausserdem darauf rechnen, dass es nicht ^{mit} nur den Polen in Galizien, - welchen es im Vergleich mit jenen , die in Kongresspolen unter der deutschen Fuchtel stehen und sich unglücklich fühlen, werden, sehr gut gehen wird, - leicht auskommen werde, sondern ^{es} würden ausserdem bei den Polen in

~~II~~ VI

Kongresspolen die Sympathien für Oesterreich-Ungarn immer grösser werden; die Irredenta, welche in Galizien zu befürchten ^{stünde} ~~gewesen wäre~~, wenn ein wirklich unabhängiges Polen aus dem Kongresspolen entstehen würde, wäre ausgeschlossen, dafür aber würde es oder gar müsste es zu einer Irredenta, der in Kongresspolen an Deutschland ausgelieferten Polen, ~~kommen~~ welche Oesterreich-Ungarn ~~zu~~ zu Gute käme, kommen.

Das Wesentliche an diesem Kalkul ist selbstredend die Erwartung, dass es den Polen ausserhalb Galiziens schlecht gehen wird. Diejenigen, die das Kalkul akzeptieren, rechnen darauf und müssen dies wünschen, denn, wenn nur die Polen ausserhalb Galiziens mit ihrem Los halbwegs zufrieden sein würden, würde ~~die~~ die Rechnung nicht mehr stimmen. Aussicht auf Erfolg wäre ^{immer} nur nach Massgabe der je grösseren Bedrückung der Polen ausserhalb der Monarchie gegeben.

Die ^{Aufklärung} obbesprochene ~~Konklusion~~ ~~beruht~~ und das ^{hier} zu Grunde liegende Kalkul beruht auf einer Täuschung. Erstens erscheint es absolut ausgeschlossen, dass die Monarchie ~~irgendwie~~ durch eine derart zynische Politik, über welche ~~sich~~ niemand hinweg getäuscht werden könnte, sich die Sympathie der Polen dadurch, dass sie in Galizien gut behandelt sein werden, sichern könnte. ^{währ end} Vor dem Krieg, ~~waren~~ das Gros der Polen unter Russland und ein Teil unter Preussen schmachtete, erblickten die Polen ihren einzigen Freund und Wohltäter in Oesterreich ^{nur} ~~und~~ wegen der ihnen in Galizien geschaffenen Situation. Der Krieg hat aber die Lage verändert. Die polnische Frage ist aufs Tapet gekommen. Die Polen erwarten die Lösung derselben und bauen diesbezüglich auf Oesterreich. Wenn ihre Aspirationen durch Oestreich-Ungarn geopfert werden

sollten , wenn das Prinzip der Parallelität der Oesterreichischen und polnischen Interessen sich in-Folge der Haltung der Monarchie als falsch erweisen sollte, so wird eine gute Behandlung der Polen in Galizien, nichts daran zu ändern vermögen, ^{dass} es , nachdem Oesterreich-Ungarn mit seiner Traditionellen aufrichtigen Politik den Polen gegenüber gebrochen haben wird ~~und~~ es auch zu einem Bruch zwischen den Polen und der Monarchie ² ³ ¹ kommen müssen wird, - Eine Politik, wie die welche in Rede steht , müsste seitens der Polen, wie auch anders nicht möglich, als eine Perfidie empfunden werden ^{und nicht sollte} ~~würde~~ (auch Deutschland die Polen in Kongresspolen nicht glücklich machen, so wäre doch nicht nur ^{die} ~~ihre~~ Gratifikation ^{deshalb} (zu Oestreich ausgeschlossen, sondern ^{es} ~~würde~~ ^{über Monarchie} ~~Oestreich~~, welches seitens der Polen für die ihnen zugefügte Enttäuschung verantwortlich gemacht würde, nicht einmal auf die Sympathien der Polen in Galizien rechnen können.

Das Hinneigen

§ Uebrigens welche Sicherheit haben denn die Anhänger der in Rede stehenden Auffassung dafür, dass Deutschland konsequent eine ungeschickte Politik den Polen gegenüber befolgen wird. Abgesehen davon, dass die neue Situation die den Polen von Deutschland geschaffen würde, auch im allerschlimmsten Falle noch immer unvergleichlich günstiger wäre, als ihr Los vor dem Krieg, erscheint es doch naheliegend , dass Deutschland, ^{mehr als} da es anders mit ^{zehn Millionen} Polen überhaupt nicht fertig werden könnte, die Polen zufrieden zu stellen trachten und sogar eine Politik befolgen wird, durch welche es uns in Galizien Verlegenheiten ⁱⁿ bereiten wird. Die Deutschen sagen ja ganz offen, dass , nachdem ^{die} ~~das~~ Selbständige Polen ^(haben werden) errichtet, dann auf die Lostrennung Galiziens von der

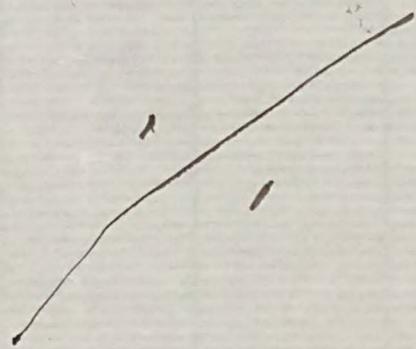
VIII

Monarchie wird hingearbeitet werden müssen. Es ist auch nicht zu vergessen, dass die stärkste Tendenz der Polen die ist, möglichst vereint zu sein, wenn auch unter einem wenig günstigen Regime.

Uebersaus lehrreich sollten die bereits in diesem Kriege gemachten Wahrnehmungen sein. Die Deutschen kannten die polnische Frage überhaupt nicht, oder sie kannten sie falsch. Sie schämen sich nicht offen zu bekennen, dass sie die polnische Frage jetzt lernen resp. dass sie sie umlernen. Sie schämen sich nicht Verordnungen rückgängig zu machen und abzuändern, wenn sie sich von ihrer Fehlerhaftigkeit überzeugen. Unzählige Beispiele liessen sich hiefür aus der Zeit seit dem August 1916 anführen. Mit der grössten Wahrscheinlichkeit darf man auch behaupten, dass die Deutschen in Polen "das Regieren erlernen werden", dass sie einsehen werden, es sei ein Ding der Unmöglichkeit der Provinz Posen analoge Verhältnisse in Polen einzuführen, dass eine sich ergebene politische Mehrheit herausbilden werden, dass somit das Rechnen auf die Wirkung des "deutschen Prügelsstockes" als trügerisch somit, als Fehler jener ~~öst ungarischen Politiker~~ ^{hier} ~~sich erweisen werden, die das of ihre wahren Pläne taten.~~ ^{hier heilig gelte.}

h.

h.



~~5~~ IX

Aus all'dem geht hervor , dass der
Gedanke die polnische Frage Deutschland zu überlassen,
ein Fehler ist, ^{und das ist im utrigsten}
~~Wie immer die Frage~~ ^{liegt (eine)} ~~ist~~,
~~liegt es im~~ Interesse der Monarchie ^{abzuwehren} auf ~~die~~ für die
Polen ^{günstige} Lösung hinzuarbeiten und die Rolle
ihres aufrichtigen Beschützers nicht aufzugeben.

~~Reinblick auf den Krieges und bis zu dem~~
~~dem~~
~~Monent, wo der Plan an der Wäherland Deutschlands~~
~~entstand, sich in der Richtung des~~
~~das polnische, und kein anderer Gedanke, der dass~~
~~Polen, durch Monarchie angeordnet werden sollte.-~~

~~IX~~ X

auf dem Grunde mit (ursprünglich angebotene austro-polnische)
~~Deswegen~~, da die Lösung gegenwärtig
 nicht mehr möglich erscheint, ~~sollte~~ ^{darf} ~~man~~ ^{um so weniger} die
 Flinte ~~nicht~~ ins Korn geworfen werden, ~~sondern~~ ^{als}
~~sollte~~ ~~eine~~ ~~andere~~, ~~welche~~ ~~nicht~~ ~~so~~ ~~absolut~~
~~günstig~~, ~~welche~~ ~~unter~~ ~~den~~ ~~gegebenen~~ ~~Verhältnissen~~
~~wissen~~ ~~die~~ ~~beste~~, ~~an~~ ~~und~~ ~~für~~ ~~sich~~ ~~in~~ ~~den~~
 den Interessen der Monarchie ^{ebenfalls} ~~in~~ ~~hohem~~
 Maasse entsprechend Lösung ~~erzielt~~
~~den~~ ~~als~~ ~~gewisse~~ ~~Eventualitäten~~
~~denkbar~~ ~~erscheinen~~) ~~in~~ ~~welchen~~ ~~das~~ ~~ursprüngliche~~
~~aus~~ ~~tropische~~ ~~Programme~~ (vielleicht mit Hilfe der
 Ententestaaten) wieder aufliegen könnte. ~~und~~ ~~jetzt~~

im Wege der Gründung
 eines unabhängigen
 Polens erreichbar
 ist, fordern auch
 deswegen als

Es wäre eine verfrühte Kapitulation jetzt
 schon auf die ~~voraus~~ ^{voraus} ~~gesehenen~~ Chancen zu verzichten,
 und ein Grund zu diesem Verzicht existiert
 nicht. - Die Lage ist zwar mit Rücksicht auf die
 Militär^{ische} ~~Preponderanz~~ der Deutschen, auf die ~~zu~~
 Ungeschicklichkeit ~~in~~ ⁱⁿ ~~der~~ Politik den Polen gegenüber
 und die Misstimmung und das Misstrauen der Polen
 keine einfache, unlösbar ist, aber die Aufgabe,
 welche unsere Diplomatie zu erfüllen hat, nicht.-
 Deutschland will uns von der polnischen Frage
 ausschalten; es strebt ein nominell unabhängiges
 Polen an, welches in Wirklichkeit wirtschaftlich
 und ~~Militarische~~ ^{Militarische} in deutscher Abhängigkeit stünde
 und wo unser Einfluss ausgeschlossen wäre.-
 Hierbei soll es Deutschland wenigstens bis jetzt
 nicht ausschliessen, dass dem ¹ ~~dem~~ ¹ ~~Tron~~ von Polen ein
 Mitglied des ~~aller~~ ^{aller} ~~höchsten~~ Kaiserhauses besteigt.
 In Anbetracht dessen sollten wir uns ~~zwei~~ ^{zwei} Ziele
 vor ~~den~~ ^{den} ~~Augen~~ halten und zwar erstens ~~das~~ ^{das}, ~~damit~~
 die Unabhängigkeit Polens nicht ~~formell~~, ^{sondern}
~~bestätigt~~ ~~werde~~, so dass Deutschland dort ^{so weit nur} ~~mög-~~
 licher keinen grösseren Einfluss haben könnte,
 als wir. Zweitens ^{dieses Ziel} ~~das~~, dass niemand anderer als

gegen die Preussen

(prinzipiell)

rect

~~779~~

XI

118
129

ein Erzherzog auf den polnischen Thron kommt, wodurch eine Garantie gegen deutsche Anmassungen für und ~~ih~~ ein intimeres Verhältnis des Polenstaates zu der Monarchie geboten würde. Dass die letztere Lösung, falls es zu der ursprünglichen austro^{polnischen} nicht mehr kommen sollte, eine unvergleichlich bessere für die Monarchie sein würde, als ein an Deutschland angegliedertes Polen, oder ein~~er~~ mit einem deutschen Fürsten als König, bedarf keines ^{weiteren} Nachweises. Das einzige Beden^{nken}~~ken~~, welches man dagegen in Wien hatte, ist, dass in Galizien irredentische Störungen entstehen könnten. — Für einen guten Kenner der polnischen Verhältnisse existiert dieses Bedenken nicht, selbstredend, unter der Voraussetzung, dass in Oesterreich resp. in Galizien, nicht gegen die Polen regiert wird. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die Zustände in dem neugeschaffenen, selbständigen Polen längere Zeit hindurch viel zu wünschen übrig lassen und wenig verlockendes ansich haben werden, im Vergleich mit den geordneten Verhältnissen in Galizien, wo ausserdem die österreichische Regierung politisch und wirtschaftlich verschiedene Mittel und Wege haben wird, die Bevölkerung noch zufriedener zu machen. Ausserdem ist ja klar, dass ein unabhängiges Polen unter einem König aus dem Allerhöchsten Kaiserhause nicht anders, als nur konsequent in der Richtung eines immer näheren und intimeren Verhältnisses zu der Monarchie, (wo es zahlreiche glücklich lebende Polen geben wird), evolvieren könnte, wogegen Wenn Polen Deutschland angegliedert ^(oder ~~und~~) dort der König ein Deutscher wäre, wie bereits gesagt

Versuche gemacht werden würden in Galizien
~~ex~~ *centristische* Tendenzen zu fördern.

~~84~~
XII

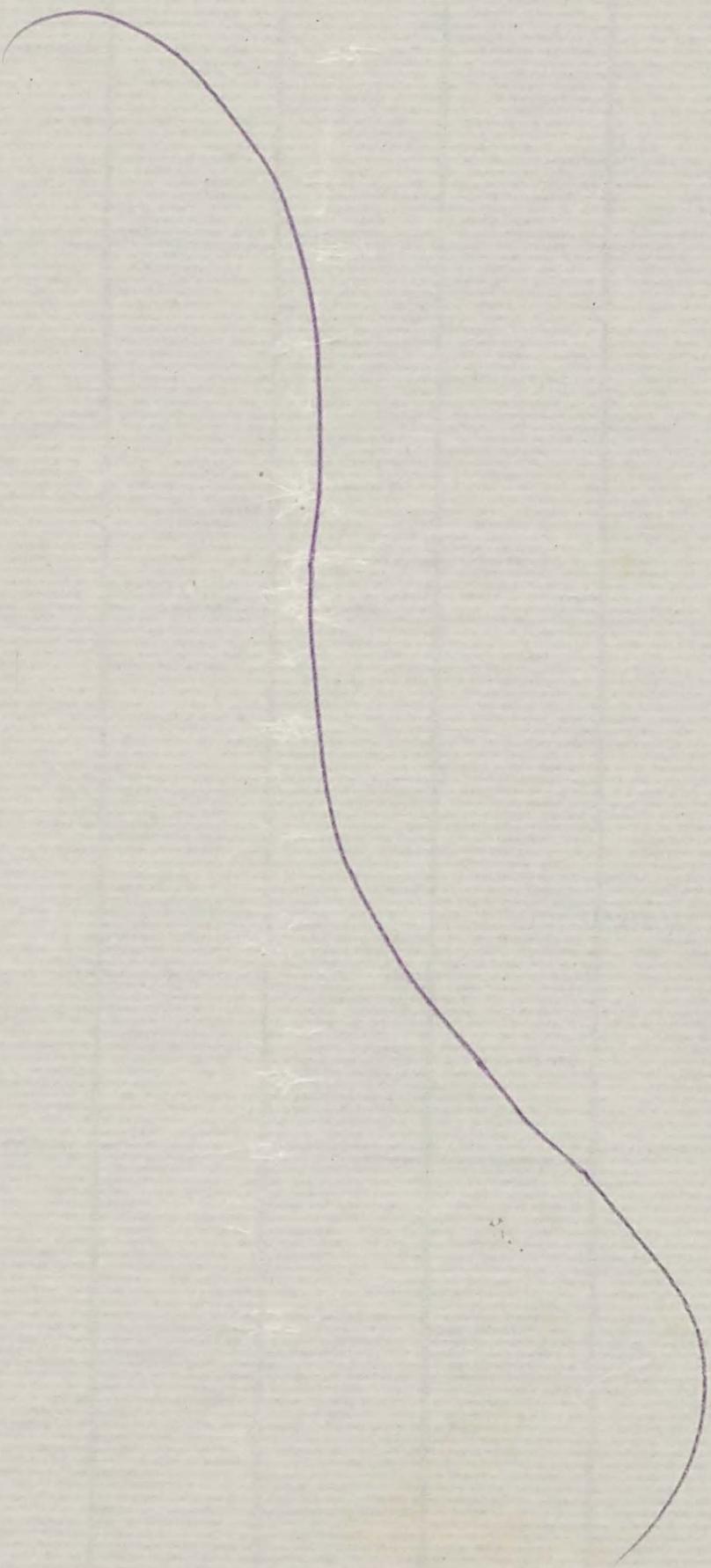
Es wird gesagt, dass es für die Monarchie fast unüberwindliche Schwierigkeiten gibt, sich während des Krieges weiterhin an der Regelung der polnischen Angelegenheit neben Deutschland zu beteiligen. Unsere Diplomatie, wenn sie ein klares Ziel vor den Augen haben ^{und} das Prinzip der Milde ~~und~~ ^{der} in Form ~~und Mittel~~ befolgen wird, wird die in Frage kommenden Schwierigkeiten gewiss überwinden können. - Diese Schwierigkeiten werden übrigens um so kleiner, je peinlicher man dafür Sorge tragen wird, dass bei den Deutschen die Hoffnung uns hinausdrängen, ~~schalten~~ zu können, nicht aufkomme*. Tatsächlich ist die Lage eine solche, dass Deutschland ohne uns so gut, ^{und} wie nichts unternehmen kann, zu allem, was es anstrebt, oder durchführen will und was für ganz ^{Monarchen} Polen Geltung haben soll, die Zustimmung des zweiten Okkupanten braucht. Nun ist es aber Deutschland, ^{welches} da es Warschau in seiner Okkupation ^{hat}, die führende Rolle ⁱⁿ insbesondere militärischen Fragen übernommen hat. Deutschland ist auch viel ungeduldiger, ~~wie~~ als wir, den polnischen Soldaten zu bekommen. Wollte Deutschland den Fehler begehen, in Polen die ~~zu~~ ^{n/s} zwangweise Rekrutierung in die deutsche Armee zu ~~schreiten~~ ^{versuchen}, was übrigens keine gewünschten Resultate ergeben könnte, so sollten wir uns zur Aufgabe machen ihm davon abzuraten, keinesfalls aber ~~das~~ ^{ein solches} Beist ^{viel} ~~zu~~ befolgen. Was immer noch für Illusionen Deutschland haben mag, wird es ohne Mitwirkung der Polen keine Armee aus den Polen aufstellen, um sich aber die pol-

- ~~119~~ XIII

sche* Mitwirkung zu sichern, müsste es ernst und ehrlich mit der faktischen Errichtung des polnischen Staates ~~sein~~ Anfang machen/u.z. Staatsrat, Regent, polnische Regierung etc.,/ Daran kann Deutschland nur einvernehmlich mit uns ~~arbeiten~~ ^{Schritten}

Nach allen misslungenen Versuchen Beselers wird ~~uns~~ Deutschland / und ^{nicht} wir ihm / mit neuen Vorschlägen kommen ^{und} ~~uns~~ mitteilen müssen, wie es die Polen dafür zu gewinnen gedenkt, dass sie bei der freiwilligen Werbung, oder bei der Rekrutierung helfen.- Dadurch wird uns die Gelegenheit geboten, mit-zureden, auf die Behandlung der Frage Einfluss zu nehmen und insofern wir ~~Wünsche~~ ^{haben} haben, sie durchzusetzen. Ein Wunsch, auf dessen Verwirklichung wir unbedingt bestehen sollten, betrifft die Regenten-~~Frage~~ ^{Frage}, da wenn dieselbe im deutschen Sinn gelöst werden sollte, dadurch auch schon der Königsfrage prejudiziert werden würde. Selbstredend kann die Ernennung eines Regenten erst dann ~~aktuell~~ ^{aktuell} werden, wenn der zu errichtende Staatsrat sich bereits lebensfähig gezeigt, und Autorität im Lande erworben haben wird, was nur dann möglich sein wird, wenn die Deutschen gewisse Konzessionen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung etc., an die Polen ^{machen} ~~haben~~ ^{haben} werden, wodurch der Boden für die Ernennung des Regenten gewissermassen vorbereitet wird, wonach selbstverständlich ein Wirkungskreis für den Regenten auf diese Weise formell wird ~~bestimmt~~ ^{bestimmt} werden müssen, dass gewisse ~~Macht~~ ^{Macht} ~~befugnisse~~ ^{befugnisse} des Generalgouverners auf ihn übergehen werden. Wir könnten ~~es~~ Deutschland erklären, dass wir bereit* seien, den Wirkungskreis unseres Generalgouverners in Lublin zu Gunsten des Regenten entsprechen ⁵ einzuschänken und dass wir dasselbe

bezüglich des Generalgouverners⁴⁾ in Warschau von
Deutschland erwarten. Unter dieser Bedingung
könnten wir der ~~Ernennung~~^{Ernennung} des Regenten in der
Person eines Erzherzogs zu ~~spielen~~^{stimmen}.-



~~11-12~~

XV

122 232
Reibungen mit
den

Meine Ausführung zusammenfassend, hebe ich nachdrücklichst hervor, dass es ein Lebensinteresse unserer Monarchie ist eine derartige Politik in der polnischen Frage zu verfolgen, die die Sympathien der Polen zu gewinnen vermöchte. Selbstverständlich darf sie ~~sich~~ nicht ^{zu Reibungen mit} die Deutschen ~~verfeinden~~ ^{feindlich}, aber gerade darauf beruht die diplomatische Kunst dass sie bei der Wahrung eines guten Verhältnisses zu den Deutschen, den Polen in der Monarchie ihren Freund und Beschützer ihrer tatsächlichen Unabhängigkeit zu sehen ermögli-
che.

Eines der ersten Symptome des seitens Oesterreich-Ungarns den Polen gegenüber gehegten Wohlwollens, wird darin seinen Ausdruck finden, dass unsere Monarchie die Frage der Bestimmung der Grenzen des polnischen Staates auf die Tagesordnung bringt. Die Feststellung dieser Grenzen wird ^{daher} bei der Bevölkerung Gefühle der Beruhigung auslösen und Folgen von ebensogrosser Tragweite ^F wie die vom mir oben erwähnten den Staatsrat, die Regierung und den Regenten betreffenden Fragen, zeitigen.

Das sowohl in Galizien als auch in den Angelegenheiten des Königreichs zu Tage tretende Wohlwollen Oesterreich-Ungarns gegenüber den Polen, ^(-lieber nicht erwähnt-) ~~wird~~ von Galizien die Gefahr einer Irredenta abwenden, der Monarchie im Königreich Polen Sympathien werben und dadurch unsere Monarchie stärken, da nur ein wirklich unabhängiges Polen Entschlussfreiheit besitzen, und von dieser Freiheit dadurch Gebrauch machen kann, dass es seine Kraft in die Wagschale zu Gunsten Oesterreichs wirft. Ein den Polen gegenüber unaufrichtiges Oesterreich-Ungarn wird sich die Polen abspenstig machen, sie naturnotwendig in das feindliche Lager drängen. ^{wird} und sich dadurch um ~~da~~ das einzige sichere Mittel, sich auf der Höhe einer erstrangigen Macht zu erhalten, bringen.

F. Federle
 Generalsekretär
 des Reichs
 (Königreich)
 für die
 polnischen
 Angelegenheiten
 in Wien
 am 12. März 1879

W trudnym znalazł się położeniu. Nigdy tyle nam nie było potrzeba, co w dzisiejszej chwili ostrożności i rozwagi.

Przez dwa lata usłiśmy za polityką zbudowania państwa polskiego w ramach monarchii habsburskiej. Za myślą tę oswindoczyło się Koło Polskie i Naczelny Komitet Narodowy. Pod berłem tym poszły w zwycięski bój Legiony, a po pokonaniu rękawych wątpliwości i zbrodni pod hasłem tam skupiły się wszystkie stronnictwa polskie w Galicji, na pamiętnym zjeździe w Krakowie w dniu 29. kwietnia b.r. ^{znalazło} Nasze to ~~znalazło~~ oddziały w Królestwie, nie tylko u żywiołów radykalnych, które deklamowały hasła zastępnego Legionom, lecz także w stronnictwie szlachy i inteligencji, a skupionem w tak zwanej "Lidze państwowości polskiej". Nie znalazło niestety we wszystkich. Nie mówiąc już o chłopie polskim, który pod panowaniem rosyjskiem, utrzymawszy w ciemności i niedoświadczony w idei narodowej polskiej, bierną przedstawia masę, kilka wpływowych stronnictw zajęło stanowisko najniebezpieczniej biernie. Mózga tego podawano przesylny, konieczną ostrożność wobec niepewnych zawsze losów wojny i możność powrotu rządów rosyjskich brak jakiegokolwiek zobowiązania się, czy oświadczenia rządu centralnych w sprawie przyszłości Polski, konieczność zaspokojenia reaktek dobytka narodowego, a przede wszystkim ludzkiego materiału, wreszcie obawa przed żywiołami radykalnymi, które w Legionach odgrywały rolę, a które depuszczono na Naczelny Komitet Narodowy w Krakowie, a następnie do Koła Polskiego w Wiedniu. Nie chcemy tych wszystkich względów oceniać i krytykować, zapisujemy fakt, że niektóre stronnictwa w Królestwie oświadczyły się przeciw Legionom i przeciw Naczelnemu Komitetowi Narodowemu w Krakowie, niechętnie były związaniu stosunków z Komitetem, a nawet z Kołem Polskiem w Wiedniu, a zastrzeżęły się przeciw temu, ażeby Koło Polskie wiedeńskie, odgrywając się w sprawie polskiej mogło być uważane za wyraz opinii i dążeń wszystkich Polaków. Muzk ubolewając nadtem stanowiskiem biernym znacznej, jeżeli nie przeważnej części rodaków naszych

124

- 2 -

w Królestwie, braliśmy je jednak tylko za ostrość, smutnymi doświadczeniami przeszłości podyktowaną, która ustąpi wobec faktu dokonanego i rozproszenia się obuw. Niesbiło nas z tropu, gdy wszystkie stronnictwa w Warszawie, w roku bieżącym, przy powołaniu do życia Rady miasta oświadczyły się za niepodległość i deklarowały taką na pierwszym posiedzeniu rady miejskiej złożyły, bo słowo "niepodległość" w ostatnich czasach używane było w różnym znaczeniu, brana nieraz w znaczeniu "państwo" bez przesądzenia, czy ono będzie stać samo przez się, czy też zostawać z kimś i w jakimś, mniej lub więcej ograniczonym związku. Niepodległość ta nie przesądzała więc związku Polski z monarchią habsburską. Nieraziliśmy zaś w urzeczywistnienie tej naszej myśli, nie tylko dlatego, że uważaliśmy ją za jedyną, w danych warunkach najlepsze rozwiązanie sprawy polskiej, lecz także dlatego, że ono odpowiadało żywotnemu interesowi Austro-Węgier, a zarazem dobrze zrozumianemu interesowi Niemiec. Przekonania tego i dziś się nie wyrzekamy.

Myśl ta się jednak zachwiała, a - o ile wiemy, dwa miesiące temu - na platformie rokowań dyplomatycznych stał się projekt niemiecki utworzenia państwa polskiego bez Galicyi, związanego z Niemcami. Jak i dlaczego, projekt ten ujawnił się na widowni, nie chcemy tu rozstrząsać. Nie chcemy chyba oceniać, o ile śródlinia jego są wewnętrzne stosunki i prądy aneksyjne nurtujące w Niemczech, oraz wypadki na widowni wojny. Tem mniej możemy stawiać pytanie, czy natychmiastowe, stanowcze i powszechne oświadczenie się Królestwa za połączeniem z Galicyą i monarchią habsburską nie byłoby przeszkodziło powstaniu niemieckiego projektu. Jeżeli związek tego państwa polskiego "niepodległego" z Niemcami nie będzie zbyt ścisły, jeżeli się nie zamieni w zależność, to będziemy to mieli zaważenie z pewnością tylko wpływowi Austro-Węgier. O ile jednak wiedzieć możemy, pomysł ten znajduje się dopiero w stadium rokowań, a nie wiadomo nawet, czy Niemcy będą za nim stale obstawać.

Jakże jednak wobec pojawienia się tego projektu zachowała się społeczność polska?

Spółeczeństwo to w Galicyi znalazło się w położeniu człowieka, który się z rozkoszanej snu nagle przebudził i ujrzawszy rzeczywistość. Pierwsze wrażenie objawiło się w dążeniu, ażeby na każdą każdą cenę szukać winnego i winę zachwiania się, czy upadku najlepszego sposobu rozwijania sprawy polskiej zrzucić na czyjeś barki. Jeżeli jednak emancypacya Kola Polskiego dobrze rozumiany, to nie odstępujemy od swojego programu - bo do tego nie miała pewnych danych - wstrzymało się od oświadczenia się, na projekt niemiecki dlatego, że projekt ten w pierwszym rzędzie dotyka Królestwa i rodnoy nasi z Królestwa mają wobec niego pierwszy głos do zabrania.

Żywieli radykalne w Galicyi i Królestwie poszły dalej. Czynniki partyjny wzięli u nich górę nad ogólną narodową myślą. Już jakiś czas przedtem, zawiadzione w swoich nadziejach zupełnego opanowania Legionów, Komitetu Narodowego i społeczeństwa w Królestwie, występowały przeciw dalszemu werbankowi do Legionów, łącząc się w ten z dążeniem stronnictw konserwatywnych Królestwa ; teraz poszły wprost na rozbięcie Legionów, w których i one tyle krwi przelały. Zjawilo się nadto w Królestwie hasło niepodległości bez armii, której Legiony mogą być szańcem, zjawila się karykaturalna teoria utworzenia państwa polskiego, które jednak w czasie obecnej wojny ma być ogłoszone jako państwo neutralne aż do końca tej wojny, teoria, która chyba w niebezpiecznym dawnym hasle " Polska niarzędem stoi " ma swoje źródło.

Najśmielsza jednakże nasza rzecz pośród tych, którzy niechcieli się w Królestwie odczwać za połączeniem z Galicyą, dopóki projekt ten stał na widowni ; teraz kiedy się zachwiał, czy upadł, znajduje się wielu, którzyz podejmują myśl, aby za nim głośno się oświadczyć, nie zdając sobie sprawy z tego, że przez takie oświadczenia spóźalone, nie wzkrzeszą tego projektu, a zaszkodzić mogą temu projektowi, który dziś jest podstawą rokowań. Inni idą dalej, bo godząc się na nowy projekt pohaję do wystąpienia przeciw pozostawieniu Galicyi poza Kró-

lustrum, iusynnując Austrii, aby po wyczerpaniu ofiarach obecnej wojny, odniósłszy w niej zwycięstwo, osłabiła się odstępami Galicyi i myśl ta, wentylowana w Królestwie dochodzi do Galicyi, gdzie mógłby osiągnąć tylko jeden skutek, popchnąć trudem pięćdziesięciu lat zdobyte warunki narodowego rozwoju. Tu jednak, rozumiejąc niebezpieczeństwo nie pójdziemy za jej ponętą dla usmoia głosem. Jaki jednak mógłby być jej skutek dla Królestwa i dla syrawy narodu? Projekt podniesiony przez Niemcy jest niewątpliwie gorazdem rozwiązaniem sprawy polskiej, niż utworzenie wielkiego państwa polskiego, pod berłem habsburskim i nicęci w sobie sarażek tarć między imacielami polskimi, a moćo także między Austro-Węgrami i Niemcami, czego szerszej nie potrzebujemy tu rozwiąć. Ale w porównaniu ze stanem rzeczy przed wojną jest wielkim postępem, jest wyzwoleniem milionów Polaków z pod rosyjskiego ucisku i stworzeniem z Królestwa Kongresowego i części Litwy ogniska narodowego życia i rozwoju, obok tego, którym jest i byłoby nadal w wyższym stopniu niż dotychczas, Galicya. Nie jest też rzeczą Polaków przyczyniać się w ożakowian do tego, żeby także i ten projekt się rozchwiał i brać tego na swoje sumienie, jeżeli nie mają pewności, że projekt poprzedni, lepszy, na widownię rokowań powróci, a tej nie mają, jeżeli muszą się obawiać, żeby po upadku obu projektów, gorazde, lub stanowiące się rozwiązanie sprawy polskiej nie przyniosło do skutku. Jeżeli zaś rozwiązanie tej sprawy leży w rękach Niemiec i Austrii, to Polacy powinni pamiętać przedewszystkiem, aby tych dwóch czynników sobie nie zrazić. Podniesienie postulatu połączenia Galicyi z Królestwem na tle projektu nielaskiwego, byłoby wrażeniem sobie Austrii, a kto wie, czy nie byłoby także przekonaniem Niemców, że Polacy z danymi warunkami nie umieją się liczyć. Nasze państwo bez armii nie przekonałoby także Niemców o naszej siłowności ^{do} rządów własnych, a rekrucie Legionów dowiodłoby im tylko że nasz zapal patrioetyczny jest ogniem słoniowym, który dłużej nie wytrzymać próby.

Do odparcia tych błędnych dążeń i hasł, do liczenia się z warunkami polityki realnej, do wykazania się zdolnością rządzenia, powołane są w Królestwie przede wszystkim żywiły konserwatywnie. Nikt nam nie może wziąć za złe, że jako konserwatyści, do nich się w pierwszym rzędzie ^{o ton} zwracamy, w ciągu dwóch lat ostatnich, dochodził nas od nich głos: "ostrożnie!", teraz my musimy się do nich odezwać: "ze zwalczaniem projektu, który dziś jest podstawą rokowań, ostrożnie!".-

...---ooo000ooo---...

Wir befinden uns in einer schwierigen Lage. Noch nie ist uns Klugheit und Bedachtsamkeit mehr von Noten gewesen, als jetzt oben:

Zwei Jahre lang verfolgten, wie im Politik der Wiederherstellung des polnischen Staates im Rahmen der habsburgischen Monarchie. Diese Idee wurde sowohl von reichsrätlichen Polenklub wie vom Obersten Polnischen Nationalkomitee gebilligt. Ihr folgten unsere Legionen in ihrem siegreichen Ringen mit dem Feinde, sie vereinigte auch nach Ueberwindung mannigfacher Zweifel und Entgleisungen sämtliche polnische Parteien in Galizien, während der dank denkwürdigen Zusammenkunft in Krakau am 29. April 1. J. Sie fand aber auch Anklang im Königreiche Polen und zwar nicht nur bei den radikalen Elementen, die ein zahlreiches Kontingent von Freiwilligen den Legionen geliefert haben, sondern auch in einer Partei, aus den Kreisen der Intelligenz, die um die sogenannte "Liga der polnischen Staatlichkeit" geschaart ist.

Diese Richtung wurde jedoch leider nicht von allen Parteien des Königreiches ^{gebilligt.} ~~gestützt.~~ Abgesehen vom polnischen Bauer, der von der russischen Regierung in ^{Kulturträgheit} ~~Kulturlosigkeit~~ und Feindschaft gegen die polnische Nationalidee erzogen, im innerten Masse bleibt nahmen einige einflussreiche Parteien eine vollkommene ~~passive~~ Stellung ein. Als Entschuldigung schützte man Verschiedenes vor, so unter anderen die im gegebenen Verhältnissen unentbehrliche Vorsicht angesichts der immerhin noch unsicheren Kriegslage, sowie die mögliche Rückkehr der Russenherrschaft; dann auch das Ausbleiben jeglicher Garantie, oder auch nur Aeusserung seitens der Centralmächte betreffend Polenzukunft die Notwendigkeit den Rest des Nationalbestandes vorallem an Menschenmaterial zu schonen; schliesslich die Angst vor radikalen Elementen, die in den Legionen ihre Rolle spielen und ^{zum} ~~im~~ Obersten Nationalkomitee wie auch später zum reichsrätlichen Polenklub zugelassen worden sind.

Wir wollen alle diese Vorwände keiner näheren Kritik unterwerfen.

Wir beschränken uns darauf, die Tatsache zu verzeichnen, dass ^{einige} sich Parteien im Königreiche gegen die Legionen und das Oberste Nationalkomitee ausgesprochen haben, dass sie abgeneigt waren Beziehungen, sowohl mit dem Komitee, als auch mit dem Poleklub anzuknüpfen, und sich dagegen verwarten, dass die Aeusserungen des Wiener Poleklubs und der Polenfrage, als der Gesamtausdruck der Meinungen und Bestrebungen aller Polen angesehen werden.

Wir bedauerten zwar, diese passive Stellungnahme eines jedenfalls bedeutenden, denn nicht überwiegenen Teiles unseres Landsleute im Königreiche, hielten sie jedoch nur für eine durch traurige Erfahrungen der Vergangenheit gezeitigte Vorsicht, die den Tatsachen weichen beizukommenden Gefühl der Sicherheit allmählich verschwinden werde. Die im laufenden Jahre seitens aller Parteien in Warschau anlässlich der der Konstituierung des Staatrates erfolgte Proklamation in Sinne der Unabhängigkeit Polens verwirrte uns nicht, da das Wort "Unabhängigkeit" in der letzten Zeit in verschiedenem Sinne angewendet wurde, als Ausdruck für einen "Staat" ohne dass mit dieser Bezeichnung dessen völlige Unabhängigkeit, oder dessen Verbleiben in irgendeinem mehr oder minder organischen Verhältniss mit irgendwem präjudiziert worden wäre. Durch diesen Begriff der Unabhängigkeit war also das Verhältniss Polens zu Habsburgischen Monarchie gar nicht gestört. Wir glaubten aber an die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Idee nicht, nur als einer nach unserer Auffassung besten Lösung der Polenfrage, sondern auch deshalb, weil sie einerseits im Lebensinteresse Oesterreich-Ungarns und zugleich dem wohlverstandenen Interesse Deutschlands entsprach. An dieser Auffassung halten wir noch heute fest. Dieser Gedanke wurde jedoch ins Wanken gebracht und so viel uns bekannt, tauchte in den diplomatischen Verhandlungen vor zwei Monaten deutscherseits das Projekt einer Wiedererschaffung des polnischen Staates, ohne Galizien, der an Deutschland gebunden wäre. Wir wollen von einer Auseinandersetzung, absehen, wie und weshalb dieses Projekt erschienen ist. Wir stellen es dahin, inwiefern es seinen Ursprung den inneren Stimmungen in Deutschland insbesondere den dortigen Annexionsbe-

trachtungen, so wie den Kriegsereignissen verdankt. Umsoweniger können wir die Frage berühren, ob eine spontane entschiedene und allgemeine Erklärung seitens der Bevölkerung des Königreiches für einen Zusammenschluss mit Galizien innerhalb der habsburgischen Monarchie die Entstehung dieses deutschen Vorschlages nicht unterbunden hätte. Falls das Bündniss dieses "unabhängigen Staates" mit Deutschland mit einzuengese wird, falls es nicht einfach in ein Abhängigkeitsverhältniss übergeht, das werden wir gewiss einzig und allein dem Einflusse ^{Oesterreich-Ungarns} ~~Oesterreich-Ungarns~~ zu verdanken haben. Dieses Projekt hat aber soweit uns bekannt, das Stadium der Verhandlungen noch nicht überschritten; es ist auch fraglich, ob ^{auf} Deutschland ~~xx~~ seiner Verwirklichung dauernd bestehen wird.

Wie stellt sich aber das polnische Volk zu diesem Projekte?

In Galizien sah ^{man} sich mit einem Male in der Lage eines Menschen, der plötzlich aus einem herrlichen Traumgebilde in die Wirklichkeit versetzt wird. Der erste Eindruck zeugte das Bestreben um jeden Preiss einen Schuldigen zu finden und ihn die Schuld für das Scheitern der besten Lösung der Polenfrage auf den Hals zu legen. Wenn wir aber die Erklärung des Wiener Polenklubs richtig verstehen, so enthielt es sich ohne sein Programm aufzugeben, zumal keine Tatsachen dagegen sprechen, einer jeden Aeusserung zum deutschen Vorschlage deshalb, weil dieses in erster Linie die Interessen des Königreiches tangiert, daher auch unseren Landsleuten im Königreich das erste Wort in dieser Angelegenheit gebührt.

Die radikalen Elemente Galiziens und des Königreiches giengen weiter. Das Parteiprinzip gewann bei ihnen die Oberhand über die allgemeine nationale Idee. Bereits seit einiger Zeit nach dem sie sich in ihren Hoffnungen, die Legionen, das Oberste Nationalkomitee, wie auch die ~~empfind~~ öffentliche Meinung im Königreiche vollständig zu beherrschen ~~entzick~~ enttäuscht sahen, begannen sie gegen eine weitere Anwerbung zu den Legionen aufzutreten, worin sie sich den Bestrebungen der konservativen Parteien des Königreiches anschlossen. Jetzt machten sie sich

direkt die Auflösung der Legionen zur Aufgabe, diesen Legionen, denen auch sie so viel Blut geopfert haben, Gleichzeitig hiesste man im Königreich das Prinzip einer Unabhängigkeit ohne Armee, deren Kern ja die Legionen werden konnten. Es erschien die lächerliche Idee eines polnischen Staates, der noch während des Krieges als ein neutraler Staat geschaffen, ein solcher bis zum Kriegsende bleiben soll, eine Idee, die allenfalls nur in den ehemaligen Berückichtigten Grundsatz " Polen besteht durch seine Anarchie " ihren gegenteiligen ihresgleichen findet.

Der merkwürdigste Umschwung erfolgte jedoch bei denen in Königreiche die sich geweigert haben für eine Vereinigung mit Galizien anzutreten, so lange davon die Rede war. Jetzt, nachdem dieses Projekt zu wanken begann, oder ganz aufgegeben wurde findet sich viele von ihnen, die es wieder aufnehmen möchten, obwohl sie durch dieses verspätete Auftreten dieses Projekt nicht wieder erwecken, dagegen demjenigen Schaden können, das heute die Grundlage der Verhandlungen bildet. Andere gehen weiter, indem sie das neue Projekt bilden, zugleich aber gegen eine Trennung Galiziens vom Königreich auftreten, daher von Oesterreich verlangen, dass es sich nach alle Opfern dieses Krieges und nach errungenen Siege, durch den Verzicht auf Galizien noch schwäche.

Dieser Gedanke sickert vom Königreich nach Galizien durch, wo wer im Stande wäre die in fünfzig 50-jähriger Arbeit mit Mühe erkämpften Bedingungen der nationalen Wicklung zu vernichten. Im vollen Verständniss der Gefahren, die er für uns bürgt, werden wir dessen für die Gefühle verletzenden Versuchung nicht folgen. Was für Folgen hätte er aber für das Königreich selbst, und für die Sache unserer Nation ? Der von Deutschland gemachte Vorschlag, bringt zweifellos eine weniger gute Lösung der polnischen Frage, als die Begründung eines grossen polnischen Staates unter dem Szepter der Habsburger, und bürgt in sich den Keim von künftigen Reibungen, sowohl zwischen den einzelnen Gebietsteilen Polens, die wahrscheinlich auch zwischen Oesterreich Ungarn und Deutschland, worüber wir uns hier weiter

26
1894

auszulassen nicht brauchen. Wenn wir aber diesen Vorschlag mit den Zuständen vor dem Kriege vergleichen, müssen wir in ihm einen grossen Fortschritt anerkennen nämlich die Befreiung von Millionen der polnischen Bevölkerung von russischen Joch um die Erschaffung aus dem Kongress-Polen und einem Teile Litauens einer Pflegestätte des nationalen kulturellen Lebens und weiter Entwicklung neben dieser, welche jetzt Galizien bildet und auch künftig hin in noch höherer Masse bilden würde. Es wäre daher der Nationalensache schlecht gedient, wollten die Polen zu Scheitern auch dieses Projektes beitragen, und dieses Vorgehen auf ihr Gewissen nehmen so lange sie nicht die Sicherheit haben, dass das frühere bessere Projekt nicht wieder zur Verhandlung gelangen wird, und diese Sicherheit haben sie nicht, so lange sie befürchten müssen, dass nachdem Scheitern der beiden Vorschläge eine noch weniger günstige, oder ^{gar} vollens schlechte Lösung der Polenfrage zur Erledigung gelangen könnte. Da diese Erledigung in Oesterreichs und Deutschlands Händen ruht, sollten die Polen vorallem nicht gergessen, dass sie sich mit diesen Beiden Faktoren nicht verfeinden dürfen. Angesichts des deutschen Vorschlages auf eine Vereinigung Galiziens mit Kongress-Polen zu bestehen, könnte uns mit Oesterreich verfeinden, und wer weiss, ob es auch die Deutschen nicht in der Vermutung bestärken würde, die Polen verstünden nicht den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Das Prinzip eines Staates ohne Armee, müsste ebenfalls bei den Deutschen kein Vertrauen in unsere Regierungsfähigkeit erwecken und eine Auflösung der Legionen wäre ihnen ein klarer Beweis, dass unsere patriotische Begeisterung nichts mehr als ein Strohfleisch ist nicht im Stande eine längere Probe zu bestehen.

Die konservativen Kreise im Königreich sind vor allem andern dazu berufen, diese irrigen Ideen zu bekämpfen, mit den realen Verhältnissen zu rechnen und die eigene Regierungsfähig-

keit zu beweisen. Das wir uns als Konservative in erster Linie an sie wenden, das kann uns niemand übel nehmen. Zwei Jahre lang hörten wir ihrerseits die Mahnung: "vorsichtig!" jetzt ist an uns die Reihe ihnen zuzurufen: "Vorsicht, bei Bekämpfung eines Projektes, das heute die Grundlage der Verhandlungen bildet!"

Wiedeń 16/II 1917

Wasza Exzellenco!

Przemasz sobie przedstawić
 tekst powyższy, który wra-
 zaj - z tenoaniami - wydo-
 staniem w Hist. Polity. Gesellsch.

Exzellenco wazy z tego
 tekstu powiadają, iż nie przed-
 stawiam więcej ewolucyjnie,
 lecz wyznawaczem tyłko i to
 w sprawie w własnym imieniu
 marłowski, jeżeli się wydo-
 nie umiemy z naszego
 ustąpienia z Rady Państwa,

ty. z tego, czego Niemcy
pragną.

Eventualność odwołania
politycznej ty. przesunięcia
na sferę tych kompetencji,
którebyśmy utracili przez
wyjście z Rady P., nie
wystata znawcy tego wra-
żenia; natomiast w atakach
na jakąkolwiek odwołanie
finansową mowy nie pre-
sowali, a pos. Radcy nie
wahał się zaprzecić mi wie-
kierunek w obec Austrii.
Wielka dyskusja odwołania

185
135
въ настѣ престо. Ожартен.

Савагъ Excellentissima прорыпа
вырары напѣтебрыго вращула,
& пацімъ порастае раубре
времѣ авданымъ шуга

Александръ Карбан

Die unbedingte Notwendigkeit einer Lösung der polnischen Frage ist seitens der Zentralmächte anerkannt worden. Es handelt sich also jetzt nicht mehr darum, ob diese Frage, der man bisher so ängstlich auswich, gestellt werden darf, sondern nur darum, wie sie zu beantworten sei. #

Dornenvoll war der Weg, den unsere Nation zurückzulegen hatte. Peinliche Erfahrungen legen uns die Pflicht auf, angesichts der bevorstehenden Neuordnung vor ~~jenen~~ Fehlern zu warnen, wie sie leider auf diesem Gebiete mehrfach begangen wurden. Wir glauben hiezu berechtigt zu sein; denn wir haben uns nicht nur durch die Kraft historischer Tradition, sondern auch durch die felsenfeste Ueberzeugung erhalten, dass wir als kulturell-politischer Vorposten Europas zum Ausharren verpflichtet sind. In dieser Ueberzeugung liessen wir uns nicht beirren, selbst dadurch nicht, dass man unsere Vorpostenstellung geringschätzend verkannte, obwohl uns dies mehr schmerzte, als die blutige Bekämpfung durch jenen Feind, gegen den wir für Europa auf der Wacht standen. Unserer Leiden gedenkend, ziehen wir gleichzeitig auch jene Nachteile in Betracht, die den Gesamtinteressen Europas zugefügt wurden. Das verhängnisvolle Unrecht, das an Polen begangen wurde, hat dem Abendlande keinen Segen gebracht. Fest überzeugt, dass der Tag klarer Erkenntnis kommen müsse, haben wir alle Verfolgungen ertragen; wir sind aber begreiflicherweise in höchstem ~~sz~~ Grade daran interessiert, dass unsere Lage tunlichst fehlerfrei beurteilt und gestaltet werde, Dazu bedarf es der Erkenntnis früherer Irrtümer.

Als man sich über die Teilung Polens einigte, wurde übersehen, dass die Kräftigung Russlands, die daraus zum Nachteile des Westens hervorging, unendlich mehr in die Wagschale fiel, als der Vorteil der

beiden anderen Teilungsmächte. Die Vorläufer der heutigen Zentralmächte begingen damals denselben Fehler, in welchen gegenwärtig Frankreich und England an Russlands Seite verfallen; sie handelten gegen die kulturell-politischen Interessen Europas, also auch gegen ihr eigenes Wohl.

Fortwirkend hat diese böse Tat unsere Zugehörigkeit zum Westen auf arge Proben gestellt. Der Wiener Kongress gab abermals dem Zarentum das grosse Wort in der polnischen Frage. Die polnische National-Regierung des Aufstandes 1830/31, die an Oesterreich herantrat, fand kein Gehör und Polen fiel wieder russischer Führung anheim. Ebenso liess man den Krimkrieg verstreichen, ohne die polnische Frage auszunützen. Es kam aber noch ärger. Als sich Polen 1863/ wieder erhob, fand Russland in der Militärkonvention mit Preussen seine Rückendeckung. Fortan wurde jeder Schritt, den Russland nach Niederwerfung des Aufstandes gegen das Polentum unternahm, von analogen Massregeln Preussens begleitet. Der kirchlichen Verfolgung in Russland entsprach der Kulturkampf in Preussen; der russischen Agrarpolitik, dem Verbotte der Gütererwerbung durch Polen in den nordwestlichen und südwestlichen Gouvernements, folgte die Bismarck'sche Ansiedlungspolitik; Tolstoi's und Apuchtin's Russifizierung des polnischen Schulwesens fand in Preussen Nachahmung, ebenso der Ausschluss der Polen von öffentlichen Anstellungen. Russland schnitt aus dem Gebiete Kongress-Polens das Chełmer Land heraus; Preussen schuf sein Enteignungsgesetz, um auf diese Weise ganze Landstriche dem Polentum entziehen zu können. Russland sah in uns mit Recht eine unbequeme Expositur des Westens und konnte unsere Gegnerschaft gegen den Panslavismus nicht verzeihen. Preussen wollte in uns nur den slavischen Vorposten erblicken, ohne die Rolle zu würdigen, die gerade eine dem Abendlande mit jeder Faser angehörende slavische Nation zu spielen berufen ist. In Form einer uns verletzenden Kolonisation/ sollten auf Kosten des Polentums dem östlichen Deutschland Vorteile gesichert werden; diese geringen Vorteile wurden aber durch das Misstrauen erkaufte,

das man in der polnischen Nation gegen das Deutschtum als ~~zu~~ solches schuf. Es wurde der Anschein erweckt, als ob der Schutz des Deutschtums identischer Mittel bedürfte, wie der Schutz des Russentums. Eine Gemeinsamkeit deutscher und russischer Zwecke wurde trotzdem nicht erreicht, weil sie nicht herzustellen ist und weil negative Mittel niemals ein~~er~~ mangelndes Positivum zu ersetzen vermögen. //

Mit Ausnahme Galiziens lebte Polen zwischen zwei Feuern; es blieb dennoch seiner Vergangenheit, seiner tiefverankerten Zugehörigkeit zum Westen treu, als ob es geahnt hätte, dass weder das Dreikaiserbündnis, noch die innige Freundschaft gewisser Schichten Preussens zu Russland, noch die Nachgiebigkeit der Zentralmächte, ja selbst nicht einmal der deutsche Einfluss in Russland ausreichen werden, um den historisch gebotenen Zusammenstoss zwischen Osten und Westen auf die Dauer auszu~~e~~schliessen. Für diesen Fall unsere Lebensfähigkeit zu bewahren, war uns Pflicht. Eine Pflicht gegenüber uns selbst aber auch gegenüber dem Westen, in dem wir religiös und kulturell wurzeln und aus dem wir nicht entwurzelt werden können.

Wir sind stolz auf den Zusammenhang unserer Existenz mit den Interessen Europas und wollen nicht~~e~~ anderes, als ^{das} man die polnische Frage endlich konsequent vom Standpunkte Europa's beurteile und löse. Wir bleiben dadurch dem Vermächtnisse Kasimir des Grossen und der Jagiellonenidee treu, die von Stephan Batory und den Wasakönigen bis auf Kościuszko hochgehalten, den polnischen Staat bewog, für die abendländische Kirche und für die westliche Kultur gegen den Osten Front zu machen. —

Aus dem Zusammenhange zwischen der Vergangenheit Polens und der gegenwärtigen Lage Europas ergeben sich die Grundlinien gedeihlicher Lösung.

Sie müsste so beschaffen sein, dass sie -im Rahmen der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten -

zweierlei gewährleiste:

a./ den Ausschluss jedweder Erschütterung des bei den Polen vorherrschenden Bewusstseins ihrer Zugehörigkeit zum Westen und eine praktisch greifbare Verstärkung dieses Bewusstseins;

b./ die innere Kraft der politischen Neuschöpfung, eine Kraft die dem Polentum die Erfüllung seiner Lebensaufgaben sowohl im eigenen Interesse, als auch im Interesse Zentraleuropa's ermöglichen soll.

Da ich die Lösung in den Rahmen der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten zwänge, schliesse ich den Verdacht eines einseitigen Programmes aus, welches die Interessen Zentraleuropa's irgendwie tangieren könnte. Aber in diesem Rahmen sollte wirklich alles geschehen, was möglich, für uns notwendig und auch den Zentralstaaten nützlich ist. Eine mangelhafte, hinter den vorhandenen Möglichkeiten zurückbleibende Lösung würde das Bewusstsein unserer Pflichten gegenüber Zentraleuropa überflüssigerweise einer neuen noch härteren Probe aussetzen, als bisher. Frühere Fehler kann man wenigstens ex post - damit zu erklären versuchen, dass Zentraleuropa die russische Gefahr, also auch unsere Vorpostenstellung unterschätzte. Jetzt haben aber die verbündeten Staaten die russische Gefahr empfunden und wissen, dass weder die englische Einkreisungspolitik, noch die französische Revanchelust den Weltkrieg entfesselt hätten, wenn ihnen nicht Rußland zur Verfügung gestanden wäre. Jetzt wäre also eine fehlerhafte Lösung doppelt empfindlich, da sie beweisen würde, dass Zentraleuropa auf diesem Gebiete an unheilbaren Unklarheiten leidet; sie würde auch bei uns, namentlich bei unseren Konnationalen im Königreiche und in Litthauen bedauerliche - aber begreifliche - Trübungen grundsätzlicher Ideen hervorrufen, die für uns ein Unglück, für die Zentralstaaten aber den Verlust des wichtigen Kriegserfolges bedeu-

ten müssten. Ideell geschwächt hätte überdies eine hinter den Möglichkeiten zurückbleibende Neuschöpfung auch praktisch nicht jene Kraft, deren sie zur Erfüllung ihrer Vorpostenaufgaben bedarf.

Die Bedürfnisse der beabsichtigten mitteleuropäischen Konstruktion legen uns die Pflicht auf, unsere Aspirationen sehr streng im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu halten. Derartige Einschränkungen vermag aber die Psyche einer Nation nur dann gerechtfertigt zu finden, wenn sie im gemeinsamen Interesse Mitteleuropas, also in einem Interesse, an dem auch das Polentum günstig beteiligt wäre, erfolgen. Einseitige Opfer würden zwecklos verbittern.

Die Folgen der durch den Wiener Kongress gewählten Lösung berechtigen zu solcher Warnung. Die Missgriffe des Wiener Kongresses waren dreifacher Art :

Erstens hat der Kongress den Polen Oesterreichs und Preussens nichts gewährt, vielmehr eine polenfeindliche Politik angebahnt, die in Oesterreich in den traurigen Vorgängen des Jahres 1846; ihren unseligen Höhepunkt fand und erst durch die hochsinnige und herzgewinnende Auffassung des verewigten Kaisers, sowie mancher anderen Mitglieder der Dynastie jene Wendung erfuhr, die wir stets mit innigem Danke verzeichnen werden. In Preussen kam es ~~bisher~~ zum Kriege leider zu keiner Aenderung, vielmehr zu Tatsachen, die wir stets als eine Erschwerung jeder Lösung der Polenfrage empfinden mussten, was ja auch heute noch verstimmend nachwirkt, weil eben das Zutrauen zu der gemeinsamen Aktion der Zentralstaaten durch die preussischen Ausnahmsgesetze unmöglich gefestigt werden kann.

Zweitens aber hat der Kongress, der die Teilung Polens aufrechterhielt, die grössten Gebiete des ehemaligen polnischen Reiches des Russen überlassen und somit dem Polentum die Zugehörigkeit zum Osten aufzudrängen versucht, was natürlich im Zusammenhange mit der dazumal anscheinend hoffnungslosen polenfeindlichen Politik der Zentralstaaten von besonderer Bedeutung war.

81

Drittens hat der Kongress einer verschiedenartigen Rechtstel-
lung der unter russischem Szepter verbleibenden polnischen
Gebiete ^{zu} gestimmt. Kongress-Polen, das auf Grundlage des von
Napoleon geschaffenen Grossherzogtums Warschau gebildet wur-
de, blieb von den übrigen polnisch-litthauischen Ländern ge-
trennt. So hat der Kongress jene Länder, die durch Polens
Vermittlung dem Katholizismus, beziehungsweise der Union, so-
wie der westlichen Kultur zugeführt worden waren, vorbehalt-
los dem russischen Reiche einverleibt; der Entwicklung vor-
greifend, hat man gewisse offene Fragen im Vorhinein zu Gun-
sten Russlands gelöst und den historisch begründeten Inte-
ressenkreis des Polentums künstlich geschmälert.

Kongress-Polen geriet dadurch in eine Lage, deren Kon-
sequenzen vielleicht nicht einmal Russland im Vorhinein
übersehen konnte, die sich aber binnen wenigen Jahren äus-
serten. Geographisch unnatürlich beschränkt, wirtschaftlich zu
stets steigender Abhängigkeit von Russland verurteilt, konn-
te dieser kleine Staat kaum seiner Konnationalen in den dem
Kaisertum einverleibten Gebieten gedenken, geschweige denn
sein herkömmliches Wirken in diesen Ländern fortsetzen. Für
jede Regung Kongress-Polens, konnte das Polentum in Wilno
oder Krzemieniec, wo es nicht einmal jenen schwachen Schutz
genoss, den es zeitweise in Kongress-Polen fand, gestraft
werden; der Aufstand von 1830/31 gab Anlass zur Russifizir-
ung des polnischen Schulwesens in Litthauen und Wolhynien,
das bis dahin in der Universität von Wilno und in dem be-
rühmten Lyzäum von Krzemieniec weitvolle Zentren europäi-
schen Geistes hatte, sodann auch zur Aufhebung der Union;
der Aufstand von 1863. gab Gelegenheit zu Ausnahmsgesetzen
gegen den polnisch-katholischen Grundbesitz ausserhalb Kon-
gress-Polens und zu grausamer Unterdrückung der Reste
kirchlicher Union und westlichen Sinnes in Podlasie. Die
Russen hatten die Möglichkeit das Polentum immer an mehreren
Stellen zu treffen, da sie jene Massregeln, die sie sich
scheuten in Kongress-Polen zu ergreifen, ausserhalb des Kö-

nigreiches anwendeten. Durch diese Einschüchterung arbeiteten sie darauf hin, die Polen gefügig zu machen, gleichzeitig aber alle Ergebnisse polnisch-katholischer Kulturarbeit zu beseitigen und dem russisch-schiematischen Einflusse die Bahn zu ebnen. Mitgearbeitet hat jedoch auch Europa, da die Zustände in Preussen und Oesterreich zunächst aussichtslos schienen, während die von Frankreich und England ausgehenden Impulse sich trügerisch erwiesen.

Die Entmutigung nach 1863. hätte heillose ideelle Konsequenzen gehabt, wenn nicht die gerechte Wendung in Oesterreich eingetreten wäre, die dem Polentum endlich Ausichten auf die Anlehnung an eine europäische Grossmacht eröffnete. Durch seine segensreiche Politik, die gerade in diesem Zeitpunkte einsetzte, hat Kaiser Franz Joseph verhindert, dass die polnische Massenpsychologie dem historischen Vermächtnisse untreu werde. Wir fanden die Möglichkeit in der uns geschichtlich zugewiesenen Vorpostenstellung hoffend zu verharren; unsere Zuversicht stieg, als wir wahrnahmen, wie standhaft der Monarch seine Polenpolitik gegen feindliche Einflüsterungen verteidigte, welch tiefes Verständnis er für die - von uns schon 1830 geahnte - Mission Oesterreichs empfand, für eine Mission, der wir die herzlichsten Sympathien entgegenbrachten, weil wir sie voll erfassten.

So hat der Monarch eine Beseitigung der verhängnisvollen Fehler des Wiener Kongresses angebahnt und ohne jedwede Unterstützung anderer Mächte das gegenwärtige Werk der verbündeten Zentralstaaten vorbereitet. Das Vertrauen zum Kaiser ermöglichte es uns trotz der preussischen Polenpolitik stets für das Bündnis mit dem Deutschen Reiche zu stimmen, weil wir wussten, dass dieses den allgemeinen Bedürfnissen der Monarchie entsprechende Bündnis den Kaiser nicht hindern werde, an der Mission Oesterreichs festzuhalten.

Auch das Deutsche Reich sah ein, dass man der polnischen Frage nicht ausweichen könne; das Trugbild einer deutsch-russischen Freundschaft hat sich trotz aller Bemü-

hungen unhaltbar erwiesen ; die Zentralmächte mussten auf den von Kaiser Franz-Joseph geschaffenen Grundlagen fortbauend, zur Lösung der polnischen Frage schreiten.

Der Weltbrand hat uns Recht gegeben. Nun gilt es bei der Neuschöpfung die vom verewigten Kaiser eingeleitete Sanierung der Fehler des Wiener Kongresses fortzusetzen. Man mag die Macht haben, über unsere Vorschläge zur Tagesordnung zu übergehen; es mag sich jemand finden, der unser Recht mitzusprechen anzweifelt. Das ändert jedoch nicht, an unserer Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen zu Gunsten einer Neuordnung zu wirken, für die wir mit dem Blute unserer Legionen eingetreten sind, sowie vor Fehlern zu warnen, die namentlich den Interessen Oesterreich-Ungarns ebenso abträglich wären, wie den unsrigen.

II.

Den vom Polenklub und vom National-Komit  entworfenen Plan darf sich als bekannt voraussetzen. Ich hatte Gelegenheit diese unsere Auffassung in einem Diskutirabende der deutschen Hochschullehrer-Vereinigung am 11. Dezember 1915. zu vertreten. Wir verlangten, dass man uns erm ge, die ganze Kraft Galiziens, und der aus Russland ausscheidenden Gebiete den gemeinsamen Aufgaben Zentraleuropa's im Gefuge des Habsburgerreiches zu widmen. In meinen damaligen Ausführungen habe ich darauf verwiesen, dass die Verwertung unserer Kraft weder durch neuartige Fesselung, noch durch fortgesetzte Zersplitterung, sondern nur durch die bestmögliche Zusammenfassung erreichbar ist. Wir bauten den Plan auf unseren Beziehungen zum Habsburgerreiche auf, dessen Herrscher uns durch seine Gerechtigkeit in der Ueberzeugung der Zugehörigkeit Polens zu Mitteleuropa bestärkt hat und empfanden unsere Konstruktion als die natürlichste Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Lage. Ich darf sagen, dass der Polenklub sich kaum je so solidarisch fühlte, wie im Augenblicke dieses Beschlusses, der förmlich ex inspiratione hervorging, da wir alle den Eindruck hatten, dass

wir lediglich einem alten Wunsche Ausdruck geben. Die politische Beschlussform war nur deshalb geboten, damit die innere Empfindung realpolitische Finkleidung erhalte, ohne welche eine Verwirklichung nicht angebahnt werden kann. Wir haben diese Auffassung mehrmals ausgesprochen, in der Ueberzeugung, dass sie die beste Lösung biete. Denn sie entsprach -im Rahmen der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten- jenen beiden grundsätzlichen Anforderungen, die ich vorher auseinandersetzte. Sie gewährleistete durch die Vereinigung der zwei grössten Bruchteile des ehemaligen Polens einerseits das Quantum von innerer Kraft, dessen das Polentum zur Erfüllung seiner altherkömmlichen Aufgaben bedarf, andererseits eine praktische Verstärkung des Bewusstseins der Zugehörigkeit Polens zum Westen. Ebenso erschien uns diese Konstruktion vom Standpunkte der Monarchie natürlich und vorteilhaft. Wir gaben der Ueberzeugung Ausdruck, es möge die Dynastie, die durch ihre gerechte Polenpolitik die Sanirung der Fehler des Wiener Kongresses eingeleitet hatte, das Werk fortsetzen und gestützt auf unsere alte Gegnerschaft gegen Panславismus und Schisma, in verstärktem Grade die Mission aufnehmen, die uns mit Oesterreich gemeinsam ist. —

Aus Gründen, die ich hier nicht zu besprechen habe, trat die am 5. November 1916. feierlich proklamirte Wendung ein.

Bevor ich den Unterschied zwischen beiden Lösungen würdige, muss ich darauf hinweisen, dass die polnische Nation naturgemäss zweierleik herbeisehnen musste: die tunlichste Wiedervereinigung der zerrissenen Glieder und die Gewinnung politischer Selbstständigkeit.

Der Zusammenhang beider Postulate ist so innig, dass man selbst um den Preis einer Wiedervereinigung aller Glieder auf die politische Selbstständigkeit nicht verzichten könnte; ebenso wenig vermag man dem Ideal staatlicher Selbstständigkeit den kulturellen Zusammenhang der auf einander angewiesenen Gebiete zu opfern. In ersterem Falle wären wir

nach wie vor zu einem staatenlosen Dasein verurteilt, im anderen wäre das staatliche Dasein national und kulturell geschädigt, vor allem aber die Erfüllung der Aufgabe, die uns im Interesse Europa's obliegt, wesentlich erschwert.

Die Entente lieferte einen eklatanten Beweis falscher Auffassung, als sie meinte, es sei uns mit einer "Autonomie" unter russischem Szepter gedient. Selbst wenn Russland in der Lage wäre, militärisch die österreichischen und preussischen Teile Polens zu vereinigen, wäre darin kein Gegengewicht für den Mangel politischer Selbständigkeit gelegen, ganz abgesehen davon, dass wir nach unseren und Finnlands Erfahrungen derartigen Zusagen nicht trauen könnten. Im übrigen würde die von der Entente in Aussicht genommene Konstruktion ebenso wie das Werk des Wiener Kongresses unsere Verbindung mit dem Westen beeinträchtigen. Sie hätte auch noch eine andere Ähnlichkeit mit dem Kongresswerke, die Schädigung des polnisch-katholischen Interessenkreises in jenen Gebieten, die uns Russland zum Schutze seiner "nationalen Expansion vorenthalten würde. Die Lostrennung des Chełmer Gebietes von Kongresspolen durch die dritte Duma, sowie das vom Grafen Bobrinskij während der Invasion entwickelte Programm betreffs Ostgaliziens haben unzweideutig bewiesen, was zu erwarten war. Die Unzulänglichkeit des Autonomieplanes der Entente hat ja auch Präsident Wilson anerkannt, indem er das Postulat staatlicher Gestaltung Polens als ein selbstverständliches hinstellte. Da Präsident Wilson doch gewiss kein Feind der Entente ist, muss er wohl aus sehr wichtigen Gründen zur Einsicht gelangt sein, dass nur eine staatliche Konstruktion, niemals aber die von der Entente ins Auge gefasste Autonomie, entsprechend sei. Hätte er nicht wahrgenommen, wie wirkungslos die russischen Angebote von uns abprallten, so hätte er gewiss diesen der Entente unangenehmen Ausspruch vermieden. Er hat wohl erkannt, dass selbst jene wenig zahlreichen in Russland tätigen polnischen Politiker die sich in eine Debatte über die Autonomie Polens unter russischem Szepter überhaupt einliessen, eine solche proviso-

rische Lösung nur für den Fall eines russischen Sieges, also nur für den Fall einer weiteren Belassung Polens unter Russland, in Betracht zogen, aber gewiss nicht als befriedigendes Definitivum.

Wir können uns nur freuen, dass die Zentralstaaten früher als Präsident Wilson die Existenzberechtigung eines polnischen Staates anerkannt haben. Es wäre jedoch ein Fehler wenn man bei der Raumbestimmung hinter der durch die Sachlage gebotenen Möglichkeit zurückbleiben und den kulturell-religiösen Interessenkreis nicht berücksichtigen würde.

Der Polenklub hat in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung weitester Kreise die politische Selbständigkeit durch eine staatsrechtliche Vereinigung der befreiten Gebiete mit Galizien unter dem Habsburgischen Szepter angestrebt. Auf diese Weise sollten sowohl der Wunsch tunlichster - wenn auch nur teilweiser - Wiedervereinigung, als auch die Sehnsucht nach politischer Selbständigkeit, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten verwirklicht werden. Gleichzeitig sollte die Mission des Habsburgerreiches durch seine Rolle in der Polenfrage, woran sich die führende Rolle in der West- und Südslavenfrage knüpfen würde, in kräftigster Erscheinung treten. Dem gegenüber muss die am 5. November 1916. kundgegebene Lösung, die in ihrer Totalität natürlich denselben Endzwecken dienen soll, mit Rücksicht auf den Doppelweg, den sie einschlägt, separat vom polnischen und separat vom österreichischen Standpunkte gewürdigt werden.

Vom polnischen Standpunkte sehen wir, dass die Nation, anstatt der Galizien und Polen gleicherweise umfassenden Neuschöpfung zweierlei erhält : die selbständige Staatlichkeit der bisher russischen Gebiete, ohne staatsrechtliche Anlehnung an einen anderen Staatskomplex und die weitestgehende Autonomie für Galizien. Dem Freiheitsdrange einer Nation, die ein grosses Reich gehabt und für seine Ideale so namenlos zu leiden fähig war, bringt die volle Staatlichkeit - wenn auch nur eines Teiles - eine herzerhebende Befriedigung. Diesem stolzen

Plus, diesem höchsten Reifezeugnis seitens der verbündeten Monarchen, tritt in unserem Falle allerdings im Vergleiche zum früheren Plane, ~~andererseits~~ ein Minus entgegen: der Ausschluss Galiziens. Die ersehnte Schaffung eines grösseren, daher auch innerlich ~~kräftigeren~~ Komplexes unterbleibt. Galizien an und für sich soll ja für dieses Minus durch den edlen Entschluss des verewigten Monarchen entschädigt werden; Galizien soll nach möglichster Ausdehnung seiner Autonomie keinen Grund haben, sich über irgend eine Beschränkung seiner allseitigen Entwicklung zu beklagen. Für die Polenfrage in ihrer Gesamtheit aber ist die Aufrechterhaltung der an die Teilungen Polens erinnernden Scheidung dieser beiden Gebiete, die wir unter Habsburgischem Szepter staatlich vereint zu sehen hofften, von einer Bedeutung, auf die man nicht erst einzugehen braucht, auch wenn man daraus keine praktisch störenden Folgerungen ableitet. Der weitere Verlauf auf den durch die Proklamation vom 5. November 1916. gelegten zwei Geleisen wird wesentlich von der Grösse des neuen polnischen Staates abhängen, also von der Feststellung seiner Grenzen im Osten, sowie im Nord- und Südosten, weil sich daran seine nationale, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Kraft knüpft, aber auch davon, ob die Entwicklung Galiziens den befriedigenden Umfang annimmt, den wir zuversichtlich erhoffen. Dieser Zuversicht nach beiden Seiten hin, nämlich sowohl hinsichtlich der glücklichen Entfaltung staatlichen Lebens im polnischen Königreiche, als auch hinsichtlich der Zukunft Galiziens, gab der Polenklub Ausdruck in einer Weise, die die Zustimmung aller Kreise fand und jedem Teilnehmer unvergesslich bleibt.

Unsererseits wird gewiss alles geschehen, um jene Früchte, die wir dem mitteleuropäischen Verbands und insbesondere dem Habsburgerreiche durch unsere Konstruktion sichern wollten, auch auf dem Boden der neuen Doppelschöpfung ausreifen zu lassen. Doch müssen wir gerade mit Rücksicht auf den komplizierten Aufbau ~~#~~ mehr als je allseitiges Verständnis beanspruchen.

Vom österreichischen Standpunkte diese Doppelschöp-

fung zu beurteilen, kommt mir vielleicht weniger zu; mein persönliches Urteil geht übrigens aus den früheren Erörterungen einigermaßen hervor. Eines aber darf ich nicht unerwähnt lassen: den Widerhall den das Vertrauen des Monarchen in allen polnischen Herzen gefunden. Wir empfanden diese hochpolitische kaiserliche Willenskundgebung, unsere Autonomie so weit als möglich auszudehnen, gleichzeitig als einen ^{ein} Gemütsakt. Einfache Leute, denen politische Beweggründe ferne liegen, sagten sich etwa folgendes: Der Kaiser verzichtet darauf, uns mit unseren Konnationalen in Warschau, Wilno, Lublin, u. s. w. zu vereinigen, er sieht davon ab, neue Gebiete, die förmlich prädestiniert schienen, mit Galizien zusammen einen diesem Kaiserhause unterstehenden Staat zu bilden, zu erwerben; uns aber gewährt er ohne Einschränkung dasjenige, was er in seinem Herrscherbereiche - ungehindert durch andere Rücksichten - zu gewähren vermag. Diese Auffassung bedeutet ein gewichtiges österreichisches Activum für Gegenwart und Zukunft.

Die Nation erkannte diesen Akt innerer Politik, als einen Beweis verständnisvoller Würdigung polnischer Bestrebungen an, als eine Bekräftigung unserer Empfindung, dass die ^{se} Dynastie berufen ist, den Polen gegenüber den richtigsten Standpunkt einzunehmen. Von der fehlerfreien Durchführung der Idee, die diesem kaiserlichen Vermächtnisse zu Grunde liegt, wird nicht nur der Grad des nachbarlichen Einflusses Oesterreichs auf den neuen politischen Staat abhängen, sondern auch die Festigung der Sympathien, die man ausserhalb Galiziens, dem katholischen Habsburgerhause entgegenbringt.

Dass sich daraus, wenn auch auf anderem Wege, jene führende Rolle in der West- und Südslavenfrage ergebe, auf die ich vorher im Zusammenhange mit unserer Konstruktion anspielte, ist wohl im Interesse der Monarchie und Mitteleuropas gelegen.

Die polnische Nation will und kann daran mitarbeiten. Nur darf der natürliche Parallelismus der Aufgaben Oesterreich-Ungarns und Polens, dem wir stets Rechnung tragen, durch nichts beeinträchtigt werden. Die Monarchie braucht ein kräftiges Polen;

ob es, wie wir wollten, engsten Anschluss an die Dynastie fände, oder als selbständiger Nachbar, zu dem das autonome Galizien die Brücke bildet, sich neben Oesterreich-Ungarn entwickle, ist für die Hauptfragen gewiss bedeutsam, aber nicht entscheidend, in welcher Form immer, zusammenarbeiten müssen Oesterreich-Ungarn und Polen, wenn sie ihren beiderseitigen Aufgaben entsprechen sollen.

Vom Standpunkte der Gemeinsamkeit der Aufgaben, müssen daher sowohl die Ausgestaltung des polnischen Staates, als auch die Erweiterung der galizischen Autonomie beurteilt werden.

III.

Für die Ausgestaltung des polnischen Staates kommt von dem hier besprochenen Standpunkte zweierlei in Betracht : seine territoriale Grenzbestimmung und seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit.

A.

Der Umstand, dass die Ostgrenze bisher unbestimmt blieb, lässt uns hoffen, dass man nicht mehr in den vorher besprochenen Fehler des Wiener Kongresses verfallen wird, näml. in die Eindämmung abendländischer Kulturentfaltung, die am Osten noch lange Zeit hindurch der polnischen Vermittlung nicht entzogen werden kann.

Der Wiener Kongress hat ~~hier~~ ,wie erwähnt/ leichtfertig gehandelt, indem er Gebiete in denen Polen direkt und indirekt abendländische Interessen vertrat, rückhaltlos dem russischen Reiche einverleibte, anstatt auf einen Zusammenhang derselben mit dem Königreiche Polen zu dringen. Aus eigener Kraft vermochten weder Weissruthenen, noch Kleinrussen, ebensowenig wie die Litthauer, die durch Polens Vermittlung angebahnte Entwicklung in abendländischem Sinne fortzusetzen. Die Unterbindung des

Zusammenhanges mit Polen erschwerte das Ausreifen der durch Polen ausgestreuten abendländischen Kulturkeime, die nur theilweise selbständig widerstandsfähig waren. Wie konsequent Russland bemüht war, den polnische-katholischen Einfluss zu entwurzeln, beweist die successive Abschaffung der Union und die immer strengere Behandlung des Polentums namentlich da wo es mit dem litthauischen, weisseruthenischen oder kleinrussischen Elemente vermischt lebt. Hat sich doch Russland schliesslich nicht einmal gescheut, den letzten Schein der Achtung vor dem Kongresswerke fallen zu lassen, in-dem es aus Kongress-Polen das Gebiet von Chelm herausriss, weil die schismatische Prapaganda unter den dortigen Weisseruthenen durch den polnischen Einfluss behindert wurde.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, durch die nachgewiesen werden könnte, dass jede abendländische Regung in der litthauischen und reussischen Welt auf polnischem Einfluss beruhte, darf ich mich auf die Feststellung der Thatsache beschränken, dass hier jede Aussperrung des polnisch-katholischen Einflusses nur dem Russentum Nutzen brachte. Niemals haben die bodenständigen Elemente Kleinrusslands, Weissrusslands, oder Litthauens für sich Vortheile gewonnen, wenn sie dem Polentum freiwillig oder unter russischem Drucke den Rücken kehrten. Immer verfielen sie dem Russentum. Selbst Chmielnickis Macht reichte nur zur Anfeindung des Polentums aus, aber nicht zur Entfaltung eigener Selbständigkeit.

Diese Fragen werden für die Bestimmung des polnischen Staatsgebietes aktuell, weil es sich um die Einbeziehung ehemals polnischer, dem bisherigen Kongresspolen aber entzogenen Länder handelt, die 1815 ausschliesslich in russischem Interesse dem Zarenstaate

einverleibt wurden. Wohl sind hier die Polen ethnographisch in der Minorität, aber wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch von wesentlicher Bedeutung. Diese wesentliche Bedeutung muss den separatistischen Selbständigkeitsstendenzen der ethnographischen Majorität gegenüber erwogen und abgewogen werden. Mit der vom Präsidenten Wilson in seiner "Friedensbotschaft" an den Senat vom 18. Jänner aufgestellten Theorie nationaler Atomisierung kommt man weder da noch anderwärts aus, wobei nur nebenher zu sagen ist, dass diese Theorie kaum aufrichtig gemeint war, da sie doch bedeutsame Lücken offen liess. Wir wissen, dass die staatsbürgerliche Gemeinschaft weder identisch ist, noch identisch sein kann, dass daher nicht jede Gemeinschaft einen souveränen Nationalstaat zu bilden vermag. Dagegen kann man einer anderen Wilsonschen These beipflichten, näml. dem Satze, dass das Recht auf die gemeinsame Stärke, nicht auf die individuelle Stärke der Nationen sich gründen muss; daraus geht die Konsequenz hervor, dass der Staat seine Kraft aus der gemeinsamen Kraft der Nationen schöpfen muss, während für die Individualisierung nationaler Kräfte im Rahmen des Staates Platz geschaffen werden soll.

Jede Nation vertritt gemeinsame Lebensinteressen höheren Grades und ist desto höher bewerten, je reifer der Grad dieser gemeinsamen Lebensinteressen gediehen ist. Nach diesem Reifegrade ist die Fähigkeit der Nationen für die Gemeinsamkeit jener Aufgaben zu bemessen, die den Staaten und den Staatenverbänden zufallen. Betrachten wir das Nationalitätenproblem von dieser höheren Warte aus, so wäre es gewiss ein Glück, wenn alle Nationen, die auf ein Zusammenleben angewiesen sind, gleichwertige Verbände bilden würden; dies wäre der Fall, wenn jede Nation gemeinsame Lebensinteressen eines gleicherweise hohen Grades und mit gleicher

organisatorischer Reife umfassen würde - was leider kaum möglich ist; einer solchen Anforderung nähern sich höchstens die drei Nationen der Schweiz--

Die allgemeine Schwierigkeit der Nationalitätenfrage besteht : 1). darin, dass in den allerseitigsten Fällen, Nationen räumlich so getrennt sind, dass man deren Leben ohne gegenseitige Behinderung einrichten könnte, - 2). darin, dass die staatliche Regelung Nationen zu umfassen hat, die verschiedene Lebensinteressen ungleichen Grades und mit verschiedener organisatorischer Reife vertreten. Sie alle auf den gemeinsamen staatlichen Nenner zu bringen, um sie nicht nur den Aufgaben des Einzelstaates, sondern Überdies den hohen Zielen grosser Staatengemeinschaft dienstbar zu machen, das ist die grosse politische Schwierigkeit. Man hat dabei neben politischen Meinungsverschiedenheiten noch das Misstrauen der einzelnen Nationen zu überwinden, die in der staatsrechtlichen Gemeinsamkeit eine Kette erblicken und glauben selbständig besser gedeihen zu können. Dennoch muss man, namentlich wenn Nationen räumlich nicht ganz trennbar sind, oder wenn das staatliche Zusammenleben aus höheren Gründen nötig erscheint, eine Form finden, um ohne Behinderung der nationalen Einzelentwicklung, die Gemeinsamkeit höheren Zwecken, dienstbar zu machen.

Dieser Ausgleich zwischen den Aufgaben des künftigen mitteleuropäischen Verbandes und den Ansprüchen einzelner Nationen, schwebt heute alle Politikern vor. Eine Atomisierung muss wohl abgelehnt und durch eine rationelle Zusammenfassung ersetzt werden, damit die einzelnen Staates Zentraleuropas nicht geschwächt vor die neuen Aufgaben treten, denen sie

in schwacher Rüstung nicht gewachsen wären.

Bedenken wir zunächst, dass nebst Polen ein bedeutender Teil des litthauischen Gebietes erobert wurde, der aber ethnographisch durchaus nicht einheitlich ist, da er sowohl von Litt-^{Weiss/}hauern, Polen und/Ruthenen, wie auch von Russen und Kleinruthenen bewohnt wird, überdies von russifizirten Juden. Das litthauische Volk ist in der Vorzeit knapp vor der friedlich erfolgten Vereinigung mit Polen dem Einfluss des kleinrussischen Elements undtheilweise auch der Orthodoxie erlegen; erst die Verbindung mit Polen fügte dieses Land dem westlichen Kulturkreise ein. Diese Thatsache wurde zunächst sogar durch Russland anerkannt und führte zur Gründung der polnischen Univeristät in Wilno, deren Wirken bis 1832 zu den schönsten Erinnerungen der polnischen Geschichte, aber auch zu den segenreichsten Erscheinungen in der Kulturgeschichte Litthauens und Weissrusslands gehört. Die Verbindung mit Polen stählte die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen Russland und das Schisma, so dass die russische Regierung - namentlich seit dem polnischen Freiheitskriege 1830/31 - alles aufbot, um die Verbindung der in Litthauen ansässigen Polen mit Kongresspolen zu stören und die katholische Kirche des Landes in der Anlehnung an den ~~Ep~~ Episkopat Kongresspolens zu behindern. Dennoch blieb das polnische Element in den Gouvernemets Kowno, Wilno und Grodno nicht nur ungebrochen, sondern auch sozial und intellektuell bedeutend und bildet bisher den staatlich verwendbarsten Bestandtheil der Bevölkerung, was auch jetzt von den deutschen Behörden schon eingesehen wird. Das litthauische Volk, das hauptsächlich aus Kleinbauern besteht,

hat nur eine dünne Intelligenzschichte, die sich theilweise an die polnische theilweise an die russische Kultur anlehnt. Die seit etwa 30 Jahren angebahnten Selbständigkeitsbestrebungen der Litwonen haben sich vor Allem in einer Abkehr vom Polentum geäußert, daneben aber leider in einer auffallenden Zuneigung zu Russland, die namentlich seit 1905 zunahm, weil man von der russischen Verfassungsbewegung zu viel erhoffte. Wie oft in ähnlichen Fällen hat auch die litthauische Bewegung den kräftigeren Faktor, nämlic die russische Staatsgewalt zum Freunde nehmen wollen, um sich von dem politisch schwächeren mit Unrecht als Gegner betrachteten Faktor, nämlic vom Polentum zu emanzipiren. Der innere Gehalt der auf so innige Bahnen gerathenen litthauischen Bewegung ist daher mindestens fraglich; sie entbehrt eigener kulturellen Traditionen, sie verfügt nicht über genügend differenzirte Schichten, sie kann sich aber nicht einmal auf ein numerisches Übergewicht stützen, da die Litthauen nur in Gouvernement Wilno nur 17.5% zählen und im Gouvernement Grodno eine kaum nennenswerte Minorität bilden; in einzelner Kreisen weicht das litthauische Element nicht nur vor dem polnischen sondern auch vor dem weißruthenischen zurück.

Die Weißruthenen sind dermalen noch als eine national wenig selbstbewusste ethnographische Masse zu betrachten, die theilweise der Orthodoxie angehört, theilweise aber dem polnisch-katholischen; der letztere Theil zeichnet sich durch märtyrerhafte Widerstandskraft gegen die russischen Einflüsse aus, bildet also

ein wertvolles Material, das zwar zu selbständiger Verwertung noch nicht geeignet erscheint, in Verbindung mit dem Polentum jedoch dem Abendlande eingegliedert werden kann.

So müssen denn diese Gebiete nicht nur im polnischen Interesse, sondern im Interesse Mitteleuropas, im polnischen Einflussreiche belassen werden. Sie eignen sich weder zu politischer Selbstständigkeit, noch zur Angliederung an einen anderen Einflussbereich, da ihre Entwicklung auf die Anlehnung an das Polentum förmlich angewiesen ist. Nur in dieser Verbindung können sie vor russischen Einflüssen behütet und nur durch polnische Vermittlung dem Westen dauerhaft näher gebracht werden. Polen aber müsste einen Verzicht auf diese Gebiete, die ihm seit Jahrhunderten angehörten, schmerzlichst empfinden; es ist kaum denkbar, dass sich der polnische Staat und die polnische Nation je mit einer Fremdherrschaft in Wilno oder Grodno aussöhnen würden, ebenso wie mit der Preisgebung des an Kultur, Besitz, Steuerkraft, sozialer Differenzierung und politischer Reife überlegenen polnischen Elementes, selbst wo es ethnographisch in der Minorität ist.

Die Frage des Chehmerlandes brauche ich nicht speziell zu behandeln, da dieses Gebiet das sogar der Wiener Kongress als zu Polen gehörig rechnete, erst durch die dritte Duma ausgesprochenemassen zu Russifizierungszwecken von Kongresspolen getrennt wurde, damit es unter besonderen Ausnahmegesetzen der Russifizierung ausgesetzt werde. Wohl nie ist dem Polentum ein wertvolleres Zeugnis seiner abendländischen Ex-

pansionskraft ausgestellt worden, als in diesem Falle wo das mächtige Russland zugestehen musste, dass alle seine Mittel unzureichend waren, um den kräftigenden Einfluss des Polentums und des Katholizismus unter den Weissruthenen in Cheam zu bekämpfen. Die volle Trennung von Polen hielt Russland für das einzige Mittel, um dieses Gebiet wirklich dem Bannkreise der Orthodoxie und der Russifizierung einzugliedern.

Selbständige Regungen dieses Gebietes zog Russland nicht in Rechnung,; es fürchtete nur dessen Zusammenhang mit Polen. Die österreichische Occupation hat die Trennung aufgehoben, das Cheamerland ist wieder mit Polen verbunden. Die weissruthenische Bevölkerung dieses Gebietes gravitirt gar nicht zum Ukrainismus und auch nicht zum galizischen Ruthenentum, weil es in seinem schweren Kampfe mit dem Russentum und der Orthodoxie von diesen Faktoren niemals unterstützt wurde, sondern nur von den Polen.

Wolhynien, dessen grösster Theil ebenfalls von den verbündeten Truppen dem russischen Reiche entrissen wurde, hatte im Anschluss an Rothenreussen seit jeher eine sehr namhafte polnische Kolonisation, ebenso wie die westliche Hälfte Podoliens. Zur Zeit des Wiener Kongresses war das polnisch-katholische Element hier so kräftig, dass es trotz der Angliederung Wolhyniens an Russland, dem Lande kulturell seltene Marke aufprägte. Das berühmte Lyzeum in Krzemieniec, das wolhynische Athen, wie man es nannte, bestand ebenso wie die polnische Universität in Wilno bis nach dem Aufstande von 1830/31. Wenn auch seither die Russifizierung Wolhyniens mit allen jenen Mitteln be-

trieben wurde, die man in Russland stets in den Dienst der Orthodoxie und des Panrussizismus stellte, so ist dennoch bis heute nahezu die Hälfte des Grundbesitzes in polnischen Händen, und in den Städten neben dem jüdischen Elemente doch auch das polnische wahrnehmbar; es spielt überdies in allen freien Berufen eine wichtige Rolle, wie sie sonst nur selten einer ethnographischen Minorität eigen ist, die überdies von der Staatsgewalt so stark bekämpft wurde. Die Eindämmung des polnischen Einflusses in Wolhynien hat zur Russifizierung natürlich beigetragen, aber keine Verstärkung des kleinrussischen Elementes zur Folge gehabt; es ist keine Steigerung eines nationalen Selbständigkeitsgefühles eingetreten, auch keine Stärkung der Widerstandskraft gegen Russland eher eine Desorganisation. Die aufstrebenden kleinrussischen Elemente scharen sich theilweise verfallen sie dem Russentum; der zur Selbständigkeit nötige Halt fehlt ihnen noch.

Das Interesse des polnischen Staates an der Erhaltung eines Einflussbereiches, der diesen natürlich, dass es auch bei unparteiischen Deutschen /:z.B. Paquet, Gothein, Rohrbach:/ Anerkennung fand. Man sieht ein, dass es sehr riskant wäre schwache und weder national noch sozial hinreichend organisierte Elemente eigenem Schicksal zu überlassen. Der polnische Staat könnte sich in allzu engem Rahmen nur mühsam entwickeln; es wäre ungerecht ihm den Einflusskreis zu benehmen, den die polnische Kultur, trotz aller russischen Bedrängung zu vertheidigen verstand; es wäre auch

158
98

für die mitteleuropäischen Ziele gefährlich, diese polnische Peripherie neuen Experimenten anzusetzen. Die bisherigen guten Beziehungen zwischen den Polen und den Weissrussen, schliessen die Befürchtung aus, dass der polnische Staat die folgerichtige Entwicklung der Weissrussen, wenn auch nicht nach dem modernen Rezepte des "Ukrainismus" hindern sollte, Das Gegentheil ist mit Bestimmtheit anzunehmen.

B/.

Die Frage der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des polnischen Staates kann hier nur gestreift und soll überhaupt nur in ihrer politischen Bedeutung erwähnt werden.

Die Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung des bisherigen Kongresspolens ist genügend bekannt. Der Betätigungsdrang der polnischen Nation fand als es schwer wurde auf politischen Gebiete zu wirken, auf wirtschaftlichem Gebiete einen seiner Intensität entsprechenden neuen Wirkungskreis. Die polnische Tradition schien hierfür keine Vorbedingungen zu bieten; desto höher sind diese fast improvisirten Erfolge zu veranschlagen, die eine sogar uns selbst überraschende Vielseitigkeit unserer Volksseele dargethan haben. Die wirtschaftliche Tätigkeit Kongresspolens hat bewiesen, dass wir selbst unter so schwerem Drucke nicht geneigt sind klangend zu rasten, sondern alle Hindernisse überwinden, um wenigstens dasjenige zu leisten, was möglich ist. Begreiflicherweise möchten wir aber da keinen Rück-

gang erleben. Dem polnischen Staate und seinen Bürgern könnte die politische Veränderung unermässlichen Schaden bringen, wenn man den neuen Staat bloss als Absatzgebiet als Kolonie, betrachten wollte, während Polen bisher eine blühende Industrie und einen allen Ansprüchen entsprechendem Handels- und Gewerbestand hat.

Dazu darf es nicht kommen, damit eine wirtschaftliche Missstimmung nicht eine sozialpolitische Verstimmung hervorrufe, deren Tragweite ich nicht erst zu besprechen brauche. Aber abgesehen davon, liegt es wohl im Interesse des künftigen mitteleuropäischen Zusammenwirkens, dass alle Theilnahmen sich harmonisch also auch wirtschaftlich entsprechend entwickeln.

Es ist erfreulich, dass das hierzu Nötige schon jetzt nicht nur in polnischen Kreisen, sondern auch in den Kreisen von deutschen Fachleuten erwogen wird.

IV.

Und nun die galizische Autonomie .

Sie wurde und wird von zwei Seiten angestrebt, so dass man annehmen muss, dass sie zweierlei Zwecke zu erfüllen hat. Es ist ja bekannt, dass sie auch schon vor dem gegenwärtigen Stadium einerseits von polnischen Politikern, andererseits aber auch von deutschen verlangt wurde; von den Polen zuerst auf Grund alten Staatsbewusstseins, sodann im Zusammenhange mit föderalistischen Ideen, von den deutschen Politikern ebenfalls zu verschiedenen Zeiten, naml. zunächst von einer vereinzelt deutschen Parteigruppe aus den von dieser Gruppe speziell vertretenen Beweggründen, seit Kriegsbeginn aber auch von solchen deutschen Kreisen, die sich vorher ablehnend verhielten. So gehört diese Frage zu den Problemen mit vielfacher Wurzel, was theoretisch sehr interessant ist, politisch aber die Gefahr grösster Vieldeutigkeit bringt.

Sie erwarten Hochverehrte Herren von mir gewiss nicht die Beurtheilung der deutschen Wurzeln dieses Problems und auch nicht die Erörterung der Gedanken, die für verschiedene deutsche Parteien ausschlaggebend waren oder sind; ebensowenig meine Meinung darüber, welche Vortheile die galizische Autonomie der deutschen Politik in Oesterreich bringen soll. Sie werden es begreiflich finden, wenn ich mich an mein Them halte und die Frage vom polnischen, sowie vom polnische-österreichischen Standpunkt bespreche, um wenigstens von dieser Seite die politische Vieldeutigkeit abzuschwächen.

Als zum ersten Male im Leopoldinischen Zeit die galizische Frage revidirt wurde, stand das polnische Reich noch vor der letzten Theilung und der edle Herrscher Oesterreichs, dem Galizien bei der ersten Theilung unter Maria Theresia zugefallen ist, war bestrebt, die endgiltige Auflösung Polens hintanzuhalten; im Zusammenhange damit dachte er daran, Galizien aus dem zentralistischen Staatsverbände, wie er unter Maria Theresia und Joseph II. im Entstehen begriffen war, abzuschneiden; die Absichten die er in der äußeren Politik im Gegensatze zu den anderen Theilmächten vertrat, sollten dem Vorgehen gegen den schon seinem Szepter unterworfenen Theil Polens in Einklang gebracht werden.

In Polen bereitete sich dazumal die bedeutende Verfassungsänderung vor, die im Reichstagsbeschlusse vom 3. Mai 1791 ihren glänzenden Ausdruck fand. Mit dieser Neuorganisation Polens hätte eine Neuorganisation Galiziens Hand in Hand gehen sollen; eine Magna Charta Leopoldina, deren verschiedene Entwürfe in den Archiven schlummern, wurde unter der Betheiligung einer polnischen Stände-Deputation ausgearbeitet. Gegenstand der Beratung bildete eine der ungarischen analoge Verfassung, aber unter spezieller Berücksichtigung der Stellung der Städte, was den galizischen Bestrebungen einen fortschrittlichen Charakter verlieh. Die Aenderung der politischen Gesamtlage und der jähe Tod Leopolds II. haben das Werk vereitelt; wäre es gelungen, dann wäre gleichzeitig mit dem Wiederaufbau der ungarischen Selbständigkeit im J.

1791, auch das Ausscheiden Galiziens, aus dem Bereiche " der nicht-ungarischen Länder" erfolgt, der weitere innere Ausbau des Habsburgischen Staatenkomplexes hätte darauf auch in Hinkunft Rücksicht nehmen zu müssen.

Es kam nicht dazu; der im Entstehen begriffene Dualismus wirkte auf den weiteren Verlauf bestimmend, aber die Idee der galizischen Authonomie ist trotzdem nicht verschwunden nur fand sie lange Zeit hindurch keinen Boden in den sie hätte Wurzeln schlagen können. Die föderalistisch-authonomische Bewegung zu Beginn der Verfassungsära hat diesen Boden geschaffen, freilich anders als in Leopoldinischer Zeit. Die polnischen Bestrebungen sollten nicht mehr einer direkten Uebereinstimmungen der inneren Politik mit der auswärtigen Behandlung der polnischen Frage dienen, wie unter Leopold II, wo es noch einen polnischen Staat gab; die Polen folgten in ihren Bemühungen in bescheidenen Ausmaasse den viel höher hinausgehenden ungarischen Beispielen und böhmischen Anforderungen. Aber der - wenn auch nur indirekte- Zusammenhang mit der auswärtigen Politik fehlte doch nicht ganz, denn die Erörterungen setzten besonders in der Zeit nach dem letzten polnischen Aufstande ein und fanden ihren Abschluss nach der Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland, in dem galizischen Resolutionsbeschlusse vom 24. September 1868; schon vorher, am 10. Dezember 1866 hat der Landtag in seiner Adresse die Weltmission Oesterreichs als des Vorpostens abendländischer Kultur verständnisvoll betont,

XXXXXXXX

und erklärt, dass wir ohne zu befürchten unserer Nationalität-idee untreu zu werden, von dem Glauben an Oesterreichs Mission durchdrungen, aus innerster Herzenüberzeugung geloben, dass wir zum Kaiser halten und halten wollen. Damit war die indirekte Verbindung zwischen den polnischen Bestrebungen und der auswärtigen Politik angedeutet; was sie auch nur indirekt und nur andeutungsweise berührt, so ist sie doch in ihrem Wesen vielleicht bedeutungsvoller als manche direkt und klar ausgesprochen. Es war als ob die grossen künftigen Ereignisse ihre Schatten vorausgeworfen hätten. Unsere Vorgänger haben schon dazumal den Gegensatz zwischen Abendland und Osten betont, obwohl die österreichischen Politiker jener Zeit unter dem unmittelbaren Eindrucke des Krieges von 1866, eher gegen Preussen als gegen Russland eingenommen waren.

Die galizische Resolution gieng von Grundsätzen aus, die im Rahmen des schon anerkannten Dualismus verwirklicht werden konnten. Sie verlangte keine Königskrönung und hielt an der Zugehörigkeit Galiziens zu Oesterröich fest. Sie forderte aber eine dem Landtage verantwortliche Verwaltung für Inneres und Polizeipflege, für Landeskultur und für Justiz. Sie beanspruchte für den Landtag ein erweitertes Gesetzgebungsrecht, das ohne die Staatsgrundgesetze anzutasten, eine selbständige Erlassung der in den Staatsgrundgesetzen verheissenden und noch ausstehenden Gesetze zu umfassen hätte; ferner das Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete des Straf- Zivil - und Bergrechtes, sowie in einer Reihe anderer Materien; sodann die Möglichkeit die Grundsätze der Behördenorganisation und

des Unterrichtswesens festzustellen. Hinsichtlich der Domänen wurde die Einbeziehung derselben in den Landesfond, hinsichtlich der Salzwesen bloss die Zustimmung des Landtages zu Verfügung über dieselben beansprucht.

Finanziell war keine Selbständigkeit geplant, die Einkünfte hätten dem Staatsschatze verbleiben sollen, gegen die Verpflichtung der Bestreitung der zu pauschalirenden Verwaltungskosten. In judiziellen Dingen war volle Selbständigkeit geplant, die in einem eigenen Kassationshofe ihren Ausdruck gefunden hätte. Im österreichischen Reichsrate, für den es bekanntlich damals dazumal nach keine direkten Wahlen gab, hätten die Delegirten Galiziens nur an den Beratungen über die diesem Lande mit allen andern Kronländer gemeinsamen Angelegenheiten theilzunehmen. Auch wurde ein eigener Minister verlangt.

Die galizische Resolution blieb bekanntlich unerledigt; sie wurde am 28. März 1870 im Ausschusse des Abgeordneten-Hauses als unzeitgemäss bezeichnet, eine Ausdehnung der Länderautonomie sei - so hiess es - nur unter gleichzeitiger Kräftigung der Zentralgewalt möglich, wofür die Einführung direkter Wahlen in den Reichsrat notwendig sei. Die Allerh. Entschl. vom 4. August 1869 über die polnische innere Amtssprache, die Allerh. Entschl. vom 30. April 1870 über die polnische Sprache der Jagellonischen Universität, eine Reihe weiterer Verhandlungen über die galizische Autonomie unter der Regierung Potocki und Hohenwart, sodann die am 11. April 1871 erfolgte

Berufung Grocholskis als Landsmanminister ins Kabinet, bildeten die Begleiterscheinungen der Verweigerung der Resolution. Am 25. April 1871 wurde zwar ein neuer Entwurf eingebracht, aber auch diesmal erfolglos. Erst anlässlich der Vorbereitung des allgemeinen Wahlrechtes hat der Polenklub die Frage der Ausdehnung der Länderautonomie neuerdings angeregt, was praktisch in der Abänderung des §. 12 des Staatsgrundges. vom J. 1867 über die Reichsvertretung Ausdruck fand, sowie in der durch den Wahlreformausschuss angenommenen Interpretation des Begriffes der Landeskultur. Das inzwischen seitens der sog. Volkspartei sowie der Nationaldemokraten, in Galizien und durch das sog. Pfingstprogramm deutscher Politiker in neuer Form aufgenommen Problem einer Sonderstellung Galiziens hatte zunächst keine unmittelbare Bedeutung.

Abseits von der grundsätzlichen Lösung der galizischen Frage, haben sich dennoch wichtige Sondereinrichtungen entwickelt. So vor allem die weiter als anderwärts gehende Kompetenz des Landesschulrates, der galizische Senat im Obersten Gerichtshofe, die weiter als anderwärts reichende Berücksichtigung der Landessprachen und ganz besonders das Institut des Ministers für Galizien, das von der Einrichtung anderer Landsmann - Minister grundsätzlich verschieden ist. Ebenso bedeutsam sind aber mehrere usuelle, durch keine gesetzliche Norm geschaffene Einrichtungen, die sich so eingelebt haben,

dass sie förmlich zum ungeschriebenen Verfassungsrechte des Landes gehören. So der Zusammenhang zwischen Landtags- und Reichsratsmitgliedern, die Anschauung, dass der reichsrätliche Polenklub als Emanation des Landtages fungirt; ferner das usuelle Einvernehmen zwischen dem Statthalter und dem Minister für Galizien einerseits und dem Polenklub andererseits, was erst während des Krieges eine theilweise Erschütterung erfahren hat; schliesslich die faktische Gepflogenheit der Besetzung der Aemter durch Landeskindern. Dies alles im Vereine mit der Ausdehnung des Landes seiner ethnographischen Lage und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, hat dem Lande eine Art Sonderstellung gegeben, so dass eine juristische Regelung erwünscht scheinen konnte.

Hiezu kommt der Umstand, dass bekanntlich seit Jahren, die Frage einer Reform der Autonomie überhaupt ventilirt wird, theils mit Rücksicht auf die Grundfehler der Gesamtorganisation der österreichischen Verwaltung, näml. ihr Doppelgeleise und die Nichtberücksichtigung der Grösseunterschiede der Länder-theils mit Rücksicht auf das Verhältnis zwischen Staat und Ländern. Es war im Vorhinein klar, dass bei einer eventuellen allgemeinen Reform der Autonomie, Galizien schwerlich einer Gleichmacherei zum Opfer fallen könne. Auch mag nicht verhehlt werden, dass manche der bei verschiedenen Enqueten und Rundfragen, über die künftige Gestaltung der Autonomie geäusserten Ansichten uns befremdeten; wir konnten uns der Befürchtung nicht erwehren, dass die erwünschte Entwicklung unseres Landes durch die

eventuelle Realisierung solcher Ideen gefährdet werden könnte. - - - - -

Man wäre über alle Schwierigkeiten hinweggekommen, wenn man für Galizien und die dem russischen Reiche entzogenen Gebiete eine gemeinsame staatsrechtliche Form gefunden hätte, wie seinerzeit davon die Rede war. Die Eventualität einer Erweiterung Galiziens, denn so wurde dies in deutschen Kreisen genannt - liess aber speziell bei den deutschen Politikern das alte Pfingstprogramm aufleben; man perhorreszierte eine so bedeutende Vermehrung der Anzahl polnischer Abgeordneten und fasste lieber das Ausscheiden der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrath ins Auge, wobei man auch uns an die galizische Resolution erinnerte. Die Frage, wer die Initiative im entscheidenden Augenblicke ergriffen hat, möge derzeit unerörtert bleiben. Wir haben es heute mit der gegebenen Thatsache des denkwürdigen Kais. Handschreibens an Dr. von Körber zu thun, dessen Bedeutung sowohl vom polnischen, als auch von österreichischen Standpunkt im Rahmen des gegenwärtigen Gesamtbildes der polnischen Frage schon gewürdigt wurde.

Durch das Handschreiben, welches man natürlich auf Grund der Gesamtlage, also im Zusammenhange mit der ganzen Polefrage, wie sie sich heute für Oesterreich und Polen darstellt, beurtheilen muss, sind Zweck und Grenzen abgesteckt. Wir wissen, dass wir das Handschreiben realpolitisch, nämlic im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten aufzufassen haben; wenn auch die ~~23~~ durch den Dualismus und auch durch die Zugehörigkeit Galiziens zum österreichischen Staate gegebenen Grenzen eine extensive Auslegung aus-

schliessen, so ist doch innerhalb dieser rechtlichen Grenzen alles erreichbar, was unter den Begriff der selbständigen Regelung aller Landesangelegenheiten fällt. Das Handschreiben enthält in dieser Beziehung nur die selbstverständliche Beschränkung, nämli. die Rücksicht auf das Gedeihen der Gesamtheit, d. i. des Staates; diese Beschränkung hat zwar keinen rechtlichen, sondern nur politischen Charakter, unterliegt somit keiner juristischen Interpretation, wohl aber politischer Beurtheilung - was zwar verschieden, aber gleicherweise wichtig ist.

Dadurch erhalten Verfassungsjuristen und Politiker die Richtlinien, die vor extensiver, ebenso aber vor einengender Auslegung der Möglichkeiten schützen. Die Erwähnung der frontalen Bedeutung Galiziens und derd daraus sich ergebenden Opfer, des Zusammenhanges seiner Autonomie mit der Bildung des polnischen Staates, an den es grenzt, ergänzen die zweckbestimmung der geplanten Veränderung. Durch dieselbe soll ein politischer Ersatz für die unterbleibende Verbindung mit Polen ermöglicht werden, - mit Einschränkungen, die sich aus der weiteren Zugehörigkeit zur Monarchie ergeben; doch soll dieser Ersatz gleichzeitig das Zugehörigkeitsgefühl Galiziens politisch festigen. Die Erwähnung der frontalen Lage des Landes und der daraus hervorgegangenen Opfer wäre wohl mit Recht als Absicht zu deuten, nicht nur die Kriegsschäden zu ersetzen, sondern auch die wirtschaftliche Kraft Galiziens zu heben, um dem Lande eine Entwicklung zu sichern, die seine Opferkraft vermehren soll. Ist es so, dann kann es sich nicht ausschliesslich um eine poli-

tische Erweiterung der Autonomie handeln, sondern ebenso um eine Ausdehnung wirtschaftlichen Freiheit, damit unsere Bevölkerung nicht etwa das Gefühl empfinde, dass wir nur für den Kriegsfall die Front, im Frieden aber Hinterlandskolonie bilden.

Das Handschreiben hat dies, wenn auch nur andeutungsweise - viel zutreffender betont, als man es in gewissen ~~weg~~österreichischen Kreisen zu würdigen scheint. Manche Politiker stellen sich die Sache vom Standpunkt ihrer subjektiven Postulate zu einfach vor, indem sie vornehmlich unser Ausscheiden aus dem österreichischen Reichtrate wünschen, die Konsequenz aber ausser Acht lassen, dass insoweit wir ausscheiden, im selben Maasse auch die Kompetenzen verschoben werden müssen. Wenn man uns etwa jene politischen Rechte einräumen wollte, die z.B. Kroatiens Vertreter im ungarischen Reichstage haben, so ist gerade die Unzulänglichkeit der kroatischen Konstitution sehr lehrreich und wir gehören nicht zu denjenigen, die nichts gelernt hätten, im Gegentheil : wir lernen gerne. Wir wären ja sonst des Vertrauens unwürdig, das uns durch das kais. Handschreiben in so herzugewinnender Weise erwiesen wurde.

Seit der Gal.Resolution, die mit der Ordnung der Dingen in Kroattien zeitlich zusammenfiel, hat die politische Begriffswelt eine enorme Erweiterung erfahren; man hat heute wesentliche andere Begriffe über den Zusammenhang wirtschaftlicher und sozialer Dinge mit den streng politischen; ebenso andere Begriffe über

den Zusammenhang zwischen Gesetzgebung und Exekutive u.s.w. Daraus ergibt sich die Aktualität mancher Fragen, die vor 40 Jahren ungenügend erfasst wurden. Insbesondere soll betont werden, dass die Erkenntnis der Totalität einzelner Rechtsgebiete und der Umfang der Landesangelegenheiten eben infolge der Erweiterung der politischen Begriffswelt heute ein anderer ist; das kais.Handschreiben hat gewiss zweckbewusst von dem "vollen Maasse" gesprochen, als dessen Begrenzung nur die Zugehörigkeit zum Staate erscheint. Der offiziöse Kommentar "der Wiener Zeitung" vom 5. November 1916 ist in dieser Hinsicht klar, er verweist auch auf den politischen Zusammenhang zwischen der Entstehung des polnischen Staates und der Notwendigkeit der Anpassung Galiziens daran. Dadurch wird die innerpolitische Farge gleichzeitig zu einer Frage der auswärtigen Politik; sie erfährt dadurch eine inhaltliche Vertiefung.

Somit hätte sich die Präzisierung die der Regierung obliegt, vom Standpunkte der kaiserl. Verordnung in zwei Richtungen zu bewegen :

1). nach Aussen müsste die Anpassung in der Erleichterung des Verkehrs zwischen Galizien d.h. Oesterreich und Polen Ausdruck finden, wodurch politisch der gewiss durch das österreichische Interesse gebotene innige Kontakt Polens mit der Monarchie zu sichern wäre. Es ist zu bedenken, dass Polen in einem wirtschaftlichen politischen neuen Lebensabschnitte treten soll, dass bisherige - wenn auch politisch odiose - Verbindungen zu lösen und neue anzuknüpfen sind. Wenn daher die Monarchie an ihrer Rolle in der Westslavenfrage festhalten soll - und das

soll sie - so muss sie darauf Gewicht legen, dass zwischen ihr und Polen die allerinnigsten Beziehungen bestehen, weit mehr, als sie durch die übliche internationale Bindung gewährleistet werden könnten. Galizien kann für Polen, ebenso wie Polen für Galizien und Oesterreich nicht als gewöhnliches Ausland gelten. Wenn voraussichtlich Deutschland dem polnischen Wirtschaftsleben Handelsfreiheit und Zugang zu seinen Ostseehäfen einräumen wird, so muss auch Oesterreich für den Verkehr Polens über Galizien analog günstige Formen finden; ja sogar bessere, weil der wirtschafts politische Zusammenhang Galiziens und Polens seit jeher enger war, als die Beziehungen Polens zu Preussisch-Polen und weil Oesterreich an der Gesamtentwicklung der Polenfrage intensiver beteiligt bleibt und bleiben soll, als Deutschland.

2). nach Innen sollte die Verwirklichung des kais. Handschreibens eine so geartete Entwicklungsfreiheit sichern, dass auch die öffentliche Meinung im polnischen Staate in der Lösung der galizischen Frage einen neuerlichen Beweis des unveränderten Interesses der Habsburgischen Monarchie für die Polenfrage erblicke und einen Beweis, wie günstig die Tätigkeit Oesterreichs auf diesem Gebiete zu sein vermag.

Positiv kommen hier : A). staatsrechtliche und wirtschaftliche Probleme in Betracht, ausserdem B). neue Aufgaben.

a). Was das staatsrechtliche Problem betrifft, ist es klar, dass wenn die galizische Vertretung aus dem österreichischen Reichsrate ausscheiden soll, ihre Rechte und Pflichten anderwärts ausgeübt werden müssen. Der Bevölkerung kann die Summe

ihrer politischen Rechte unmöglich verkürzt werden; diese Summe¹ muss ihr in anderer Weise gesthert werden.

Daraus ergibt sich die Frage nach der Auftheilung der Kompetenzen zwischen Landes -und reichsvertretung, sowie die weitere Frage, wie diese Kompetenzen auszuüben wären.

Für die Auftheilung der Kompetenzen giebt die¹ ehemalige galizische Resolution insbesondere aber auch der im Reichsrath am 13. Juni 1872 eingebrachte Regierungsentwurf, Anhaltspunkte, die gegenwärtig durch das im kais. Handschreiben verheissene "volle Maass" eine zeitgemässe Ergänzung erfahren. Es ist bemerkenswert, dass sogar die angeführte Regierungsvorlage, die aber nur Zugeständnisse umfasse, die man eigentlich allen Kronländern eventuell einräumen konnte, dennoch wichtige legislative Stoffe der Landesgesetzgebung überlassen wollte. So die Gesetzgebung über die Handelskammern, über Banken, Kredit- und Versicherungsanstalten, Sparkassen und Aktiengesellschaften, natürlich mit Ausschluss der Notenemission; ferner die Schulgesetzgebung mit Einschluss der Hochschulgesetzgebung; die Gesetzgebung über das Schubwesen und über polizeistrafrechtliche Folgen der Landesgesetze; im Bereiche des Zivilrechtes die Gesetzgebung über Vormundschaften und Kuratelen, über Grundbücher, über Friedengerichte und Bagatellgerichte, einschliesslich Verfahren und Gebührenfrage; überdies aber die Gesetzgebung über die Grundsätze der Behördenorganisation I. und II. Instanz.

Die moderne Entwicklung könnte darin objektiv kein "volles Maass" der für das Land erwünschten und mit der Staatszugehörigkeit verträglichen Kompetenz finden. Die einzelnen Rechte und Lebens-

gebiete greifen heute so sehr ineinander, dass es unmöglich scheint, eine neu ins Leben zu rufende gesetzgebende Körperschaft auf lose Kapitel zu beschränken. Es müsste vielmehr der Reichsvertretung prinzipiell nur dasjenige vorbehalten bleiben, was direkt und indirekt mit dem Staatsinteresse zusammenhängt; alles übrige, naml. alles worüber der österreichische Reichsrat bisher ohne Rücksicht auf Ungarn und ohne Rücksicht auf internationale Verträge legisferieren konnte, wäre prinzipiell mit den durch das Staatsinteresse gebotenen Ausnahmen dem galizischen Vertretungskörper zu überweisen.

Eine klare Kompetenzscheidung müsste den Austritt der galizischen Vertreter aus dem Reichsrat begleiten, insoweit dieser Austritt erfolgt. Es geht nicht, dass wir z.B. über eine lose zivilrechtliche Frage im Landtage beraten, während eine andere damit eventuell zusammenhängende dem Reichsrat vorbehalten bleibt, oder dass wir im Landtage über Versicherungssachen beschliessen, während z.B. die Arbeitsversicherung dem Reichsrat angehört; oder dass unser Landtag für das Polizeistrafrecht kompetent wird, aber die Regelung der Sanitätspolizei dem Reichsrat überlassen bleibe; oder dass das Stassenwesen dem Landtage, andere Verkehrsfragen aber dem Reichsrat bleiben, wenn wir ausscheiden.

Ebenso müsste die innere Einrichtung der Behörden, die alle diese Landesgesetze zu handhaben hätten, dem Landtage und der vor ihm verantwortlichen Landesregierung zufallen. Wenn naml. unserer Vertreter nur noch in gewissen Dingen an der Staatsvertretung vor der die Staatsregierung verantwortlich ist, beteiligt wären, so könnten

sie für alles Übrige der Staatsregierung gegenüber nicht autoritativ auftreten. Daher die Notwendigkeit einer vor dem Landtage verantwortlichen Landesregierung. Aber die Landesregierung könnte doch nur dann ihre volle Verantwortung tragen, wenn sie auf den betreffenden Gebieten von der Staatsregierung vollkommen geschieden wäre.

An die Kompetenzscheidung schliesst sich die Frage der Ausübung der geschiedenen Kompetenzen an. Für die dem Lande zufallenden Rechtskreise ist die Frage leicht zu lösen. Schwerer gestaltet sich die Ausübung der dem gemeinsamen für ganz Oesterreich bestimmten Vertretungskörper, an dessen Zusammensetzung und Autorität Galizien ebenso ineteressiert wäre wie heute. Ohne eine Form vorzuschlagen, bemerke ich, dass man diese Frage entweder nach dem Vorbilde des engeren und weiteren Reichsrates, oder nach kroatischem Muster, oder endlich durch Schaffung eines neuen österreichischgalizischen Reichstages mit gerechtem Anteile Galiziens lösen könnte; am wenigsten schiene mir die gegenwärtige österreichische ~~§§~~ Delegation geeignet, die zu wenig zahlreich ist und sich kaum zu einem gesetzgebenden Körper entfalten könnte.

Damit wäre aber der politische Theil des Problems noch nicht erschöpft. Die Scheidung der legislativen Kompetenzen ist nur dann praktisch, wenn auch die ausübende Gewalt einer analogen Scheidung unterzogen wird, was ja ohnehin, mit der Verantwortlichkeit der Regierung zusammenfällt. Mit dem Wegfall der legislativen Kompetenz des Reichsrates müsste in allen einschlägigen Dingen ebenfalls die ausübende Kompetenz der Zentralbehörden wegfallen. Schwieriger würde sich aber auch in der Exkeutive die Behandlung derjenigen Agenden gestalten, die nach wie vor für Galizien und Oesterreich gemeinsam

bleiben würden. Diese Frage könnte entweder durch direkte Ingerenz der Zentralbehörden, denen für diese Agenden die Landesbehörde unterstellt wären, oder durch Schaffung eines übertragenen Wirkungskreises der Landesbehörden gelöst werden. Ich glaube, dass zweite Lösung passender wäre; sie würde der Staatshoheit gerecht werden, ohne die Behörden des Landes in eine zwitterhafte Lage zu bringen und ohne die Verantwortlichkeit der Staats- und Landesregierung zu komplizieren, so dass entweder keine oder beide verantwortlich wären. Dieser Frage wäre größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Dieser Ueberblick zeigt, dass es sich vom Standpunkte des politischen Problems wesentlich um die Entscheidung folgender Fragen handelt :

a) Ausscheidung der legislativen Kompetenz der Landesvertretung, b) Bestimmung des Vertretungskörpers für die auch nachher dem ganzen Reiche gemeinsamen Angelegenheiten, c) Regelung der eigenen Landesexekutive, d) Regelung der Exekutive für die auch nachher dem ganzen Reiche gemeinsamen Agenden und Verbindung beider.

B). Die wirtschaftlichen Probleme sind viel komplizirter, da hier forwährend neue und veränderliche Erscheinungen auftauchen, sonach auch neue und veränderliche Bedürfnisse. Ueberdis ist zu bemerken, dass wohl nichts so ungerecht beurtheilt worden ist, wie die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit Galiziens. Die Sage von unserer Passivität erhielt sich so hartnäckig, dass sogar wir selbst daran glaubten. Noch heute fällt es schwer zu unterscheiden, inwieweit sich Wahrheit und Dichtugn auf diesem Gebiete kombi-

nieren und wen die Schuld trifft, wenn die glänzenden wirtschaftlichen Vorbedingungen Galiziens dem Lande und dem Staate nicht den erwünschten Nutzen brachten.

Ich will nicht anklagen, obwohl wir auf Grund eingehender wirtschaftlichen Forschungen in der Lage wären, ein Überraschendes Urtheil auszusprechen. Wir wollen nicht nach Rückwärts sondern nach Vorwärts blicken. Ich glaube erklären zu dürfen, dass wir wirtschaftlich befähigt sind, in alle Konsequenzen der Betätigungsfreiheit einzutreten und jedes Risiko auf uns zu nehmen, wenn wir die wirtschaftliche Autonomie auf ~~klein~~ allen Gebieten erhalten, sowohl in Legislative, als auch in Exekutive.

Im Vergleiche mit der Zeit, wo man in der Gal. Resolution vom Staate einen Beitrag zu unseren Verwaltungskosten verlangte, wäre nach Eintritt voller normaler Verhältnisse zu erwägen, ob Galizien dem Staate nicht eine Quote anzubieten hätte, als Beitrag zu den gemeinsamen österreichisch-ungarischen und ebenso zu den gemeinsamen österreichisch-galizischen Auslagen.

Natürlich nehme ich da die Verhältnisse der letzten Jahre vor dem Kriege zur Grundlage, näml. die thatsächlichen Einnahmen und die thatsächlich für das Land gemachten Aufwendungen sowie die damals vorhandene Entwicklungsfähigkeit der Einnahmsquellen während die praktische Lösung mit der derzeitigen Lage des Landes wir rechnen müssen.

Als Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Selbständigkeit würde ich die volle Finanzautonomie anführen. Hiebei wären verschiedene Lösungen denkbar; entweder das Recht freier Steuergesetzgebung oder das Recht wenigstens neben den im ganzen

Staate geltenden Steuern separate Steuern und Gebühren zu beschliessen; in beiden Fällen natürlich mit Selbstständigkeit der Steuer und Gebührenverwaltung.

Ich glaube, dass beide Lösungen mit der Zugehörigkeit zum Staate verträglich wären, vorausgesetzt, dass eine Parität der Steuerbehandlung der galizischen Parteien Waren u.s.w. mit den übrigen österreichischen nicht nur auf galizischem, sondern im ganzen Gebiete obwaltet. Für die bestehenden Monopole müsste die autonome Finanzverwaltung die allgemeinen Grundsätze befolgen, es könnte jedoch prinzipiell das Recht neue Monopole einzuführen, der Landesvertretung kaum verweigert werden.

Die Hauptsache würde auf diesem Gebiete eine den Verhältnissen angepasste Ausnützung der Einnahmsquellen bilden. Ich nehme an, dass man bei rationeller Wirtschaft die Einnahmen der Domänen, Bergwerke, Salzwerke, u.s.w. wandern gestalten könnte, namentlich wenn man eine zweckbewusste Investitionspolitik einleiten würde, die bei erweiterter Autonomie dem Lande obliegen müsste.

Desgleichen könnte durch eine andere Meliorations-Gewerbe-und Industriepolitik und durch eine unvoreingenommene Verkehrs- und Tarifpolitik die Leistungsfähigkeit des Landes um ein vielfaches gesteigert werden, zum Wohle der Gesamtheit, d.h. des Reiches.

Ich muss es mir versagen die Missgriffe zu erwähnen, die auf den meisten dieser Gebiete zum Nachtheile der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes begangen wurden,

oft nur zu scheinbarem Vortheile der westlichen Länder. Unser Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Kraft ist dadurch nicht vernichtet worden und ich glaube nicht, dass wir irgendwie die Staatsinteressen durch unsere Wirtschaftspolitik beeinträchtigen würden. Im Gegentheil. Wenn als das kais. Handschreiben als eine der Grenzen der Autonomie die Rücksicht auf das Gedeihen des Ganzen bestimmt, so müssen wir eben aus diesem Grunde eine volle wirtschaftliche Autonomie mit dem dazu gehörigen Gesetzgebungs- und Durchführungsrecht fordern.

C). Das kais. Handschreiben stellt uns aber auch noch vor neue Aufgaben, die sich mittelbar aus der Erweiterung der Autonomie ergeben. Die Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung und auf das Gedeihen des Ganzen, erfordern : 1) die Lösung national-politischer und 2). verwaltungrechtlicher Probleme. Die Verbindung beider ist jedem klar, der sich zu der Wahrheit bekennt, dass eine gute Verwaltung die beste Politik ist. ad 1). Nachdem die Einheit des Landes gegen alle Theilungsabsichten, deren Vorgesmack uns Graf Bobrinskij gab, sichergestellt erscheint, kann das Zusammenleben von Polen und Ruthenen eine neue Basis erhalten. Einen Anhaltspunkt bietet die Wahlreform, die wir im Landtage 1914 beschlossen haben. Es wäre daher die Schaffung einer nationalen Kurie im Landtage, sowie ein nationaler Kataster der direkten Steuer in Erwägung zu ziehen, weil

dies die Grundlage für eine nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Verwaltungsgebiete und für gewisse Spezialzwecke bilden würde. Wir hätten, wenn unzweckmässige Einmischungen ausbleiben, so dass Ruthenen und Polen sich als gleichberechtigte und an dem Lande gleicherweise interessierte Staatsbürger fühlen, dies nicht zu ^u fürchten, da wir niemals zu einer Geringschätzung der Ruthenen neigten, sondern nur die Ueberschätzung abwehrten. Namentlich jene Ueberschätzung, die sich auf die Annahme gründete, als ob es möglich wäre, von Oesterreich aus, die bisher noch leider ganz unkomme- lidirte "Ukraine" zu magnetisiren.

Dem Zwecke dieses Referates gemäss, muss ich es mir versagen, auf die Ruthenenfrage speziell einzugehen; vielleicht gibt die Debatte ~~dazu~~ Gelegenheit, ad 2). die verwaltungsrechtlichen Probleme würden die ~~Neuordnung~~ ^u oder Abstellung des Dualismus in der Verwaltung, die Schaffung zahlreicher Verwaltungsgebiete, territorialer und ~~Asachlicher~~ ^u Art, u.s.w. betreffen - alles Dinge, die nach Aussen hin weniger auffallend aber für die Entwicklung wichtig wären.-----

Ich konnte natürlich nur skizzenhaft vorgehen, weil ja nichts feststeht und der Regierungsentwurf fehlt. Sie werden begreifen, dass ich von meinem Standpunkte bestrebt sein musste, Ihnen vor Allem die inneren Zusammenhänge darzulegen, aus denen sich die einzelnen Richtlinien ergeben und auf die sich eine Gesamtauffassung stützen kann. Dies schien mir wichtiger, als das Eingehen auf details -

die - wie ich mehrfach bemerkte - praktisch verschiedenartig ausgestaltet werden können. Ich möchte nicht der Hoffnung hingeben, dass Sie der Gesamtauffassung, die ich persönlich vertrat, das Zeugnis nicht verweigern werden, dass meine Auffassung die polnischen Interessen nicht einseitig behandelt, sondern in engster Verbindung mit der Zugehörigkeit zur Monarchie und durch diese Lebe zu Mitteleuropa.

Sie werden aber auch wahrgenommen haben, dass ich nichts parteiisch zugeschnitten habe, weil sich die Interessengemeinschaft ohnehin aus der historischen Logik so schaff ergibt, dass man nach meiner Meinung kaum zu einer anderen Gesamtauffassung gelangen kann, - höchstens auf gewundenen Umwegen und mit unnatürlichen Argumenten. -

Da ich hier nicht namens eines von Ihnen gewählten Ausschusses referire, konnte ich Ihnen nur meine Erwägungen, aber keine Anträge vorlegen. Wollen Sie nunmehr eventuell durch eine Debatte zu einer Präzisierung gelangen, so wäre es ~~mir~~ ^{bestenfalls} eine Genugtuung vielleicht hierzu in bescheidenem Maasse beigetragen zu haben,-

(17. 2. 1977)

64
187

Als Manuskript gedruckt.

(Nachdruck verboten.)

Referat

über die Polenfrage

vorgetragen in der „Oesterreichischen Politischen Gesellschaft“ in Wien

am 15. Februar 1917

durch den Reichsratsabgeordneten Prof. Dr. Alfred von Halban.

Inhalt:

- I. Notwendigkeit einer befriedigenden Lösung der Polenfrage im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. (S. 3—7).
- II. Die vom Polenklub gewünschte Lösung; die Wendung vom 5. November 1916; Beurteilung derselben vom polnischen und vom österreichischen Standpunkte. (S. 7—10).
- III. Der neue polnische Staat: A) in territorialer und B) in wirtschaftlicher Beziehung. (S. 10—14).
- IV. Die galizische Autonomie als Teil der Gesamtlösung. Vorgeschichte. Das Kals. Handschreiben. Interpretation desselben hinsichtlich 1) der Beziehungen zu Polen, 2) der Beziehungen Galiziens zum Staate. (S. 14—23).

Anmerkung.

Die mit kleineren Lettern gedruckten Stellen sind im mündlichen Vortrage nicht zur Verlesung gelangt, werden daher der wahrheitsgetreuen Wiedergabe wegen speziell ersichtlich gemacht.

Im Selbstverlage.

Pago-Buchdruckerei, Wien, I. Tiefer Graben 21.

8124

I.

Die unbedingte Notwendigkeit einer **Lösung der polnischen Frage** ist seitens der Zentralmächte anerkannt worden. Es handelt sich also jetzt nicht mehr darum, ob diese Frage, der man bisher so ängstlich auswich, gestellt werden darf, sondern nur darum, wie sie zu beantworten sei.

Dornenvoll war der Weg, den unsere Nation zurückzulegen hatte. Peinliche Erfahrungen legen uns die Pflicht auf, angesichts der bevorstehenden Neuordnung vor Fehlern zu warnen, wie sie leider auf diesem Gebiete mehrfach begangen wurden. Wir glauben hiezu berechtigt zu sein; denn wir haben uns nicht nur durch die Kraft historischer Tradition, sondern auch durch die felsenfeste Überzeugung erhalten, daß wir als kulturell-politischer Vorposten Europas zum Ausharren verpflichtet sind. In dieser Überzeugung ließen wir uns nicht beirren, selbst dadurch nicht, daß man unsere Vorpostenstellung geringschätzend verkannte, obwohl uns dies mehr schmerzte, als die blutige Bekämpfung durch jenen Feind, gegen den wir für Europa auf der Wacht standen. Unserer Leiden gedenkend, ziehen wir gleichzeitig auch jene Nachteile in Betracht, die den Gesamtinteressen Europas zugefügt wurden. Das verhängnisvolle Unrecht, das an Polen begangen wurde, hat dem Abendlande keinen Segen gebracht. Fest überzeugt, daß der Tag klarer Erkenntnis kommen muß, haben wir alle Verfolgungen ertragen; wir sind aber begreiflicherweise in höchstem Grade daran interessiert, daß unsere Lage tunlichst fehlerfrei beurteilt und gestaltet werde. Dazu bedarf es der Erkenntnis früherer Irrtümer, die nicht wir verschuldet haben.

Als man sich über die Teilung Polens einigte, wurde übersehen, daß die Kräftigung Rußlands, die daraus zum Nachteile des Westens hervorging, unendlich mehr in die Wagschale fiel, als der Vorteil der beiden anderen Teilungsmächte. Die Vorläufer der heutigen Zentralmächte begingen damals denselben Fehler, in welchen gegenwärtig Frankreich und England an Rußlands Seite verfallen, sie handelten gegen die kulturell-politischen Interessen Europas, also auch gegen ihr eigenes Wohl.

Fortwirkend hat diese böse Tat unsere Zugehörigkeit zum Westen auf arge Proben gestellt. Der Wiener Kongreß gab abermals dem Zarentum das große Wort in der polnischen Frage. Die polnische National-Regierung des Aufstandes 1830/31, trat an Österreich heran, um die polnische Krone mit der Habsburgischen zu vereinen, wie es schon Kościuszko gewünscht hat; sie fand kein Gehör und Polen fiel wieder russischer Führung anheim. Ebenso liess man den Krimkrieg verstreichen, ohne die polnische Frage zu beachten. Es kam aber noch ärger. Als sich Polen 1863 wieder erhob, fand Rußland in der Militärkonvention mit Preußen seine Rückendeckung. Fortan wurde jeder Schritt, den Rußland nach Niederwerfung des Aufstandes gegen das Polentum unternahm, zu unserer Überraschung von analogen Maßregeln Preußens begleitet. Der kirchlichen Verfolgung in Rußland entsprachen die Wirkungen des Kulturkampfes in Preußisch-Polen, der russischen Agrarpolitik, dem Verbote der Gütererwerbung durch Polen in den nordwestlichen und südwestlichen Gouvernements, folgte die von vielen deutschen Patrioten mißbilligte Ansiedlungspolitik; Tolstoi's und Apuchtin's Russifizierung des polnischen Schulwesens fand in Preußen zweckwidrige Nachahmung, ebenso der Ausschluß der Polen von öffentlichen Anstellungen. Rußland schnitt aus dem Gebiete

Kongreß-Polens das Chełmer Land heraus; Preußen schuf sein Enteignungsgesetz, um auf diese Weise ganze Landstriche dem Polentum entziehen zu können. Rußland sah in uns mit Recht eine gefährliche Expositur des Westens und konnte unsere Gegnerschaft gegen den Panславismus nicht verzeihen. Preußen wollte in uns mißverständlicher Weise nur den slavischen Vorposten erblicken, ohne die Rolle zu würdigen, die gerade eine dem Abendlande mit jeder Faser angehörende slavische Nation zu spielen berufen ist. In Form einer uns unverdienterweise verletzenden Kolonisation sollten auf Kosten des Polentums dem östlichen Deutschtum Vorteile gesichert werden; diese für das Deutschtum nebensächlichen Vorteile wurden aber durch das Mißtrauen erkaufte, das man in der polnischen Volksseele gegen das Deutschtum als solches schuf. Es wurde der irrige Anschein erweckt, als ob die deutsche Nation zu ihrem Schutze identischer Mittel bedürfte, wie das Russentum. Eine Gemeinsamkeit deutscher und russischer Zwecke wurde trotzdem nicht erreicht, weil sie nicht herzustellen ist und weil negative Mittel niemals ein mangelndes Positivum zu ersetzen vermögen.

Mit Ausnahme Galiziens lebte Polen zwischen zwei Feuern; es blieb dennoch seiner Vergangenheit, seiner tiefverankerten Zugehörigkeit zum Westen treu, als ob es gehnt hätte, daß weder das Dreikaiserbündnis, noch die innige Freundschaft gewisser Schichten Preußens zu Rußland, noch die Nachgiebigkeit der Zentralmächte, ja selbst nicht einmal der deutsche Einfluß in Rußland ausreichen werden, um den historisch gebotenen Zusammenstoß zwischen Osten und Westen auf die Dauer auszuschließen. Für diesen Fall unsere Lebensfähigkeit zu bewahren, war uns Pflicht. Eine Pflicht gegenüber uns selbst, aber auch gegenüber dem Westen, in dem wir religiös und kulturell wurzeln und aus dem wir nicht entwurzelt werden können.

Wir sind stolz auf den Zusammenhang unserer Existenz mit den Interessen Europas und wollen nichts anderes, als daß man die polnische Frage endlich konsequent vom Standpunkte Europas beurteile und löse. Wir bleiben dadurch dem Vermächtnisse Kasimir des Großen und der Jagellonenidee treu, die von Stephan Bathory und den Wasakönigen bis auf Kościuszko hochgehalten, den polnischen Staat bewog, für die abendländische Kirche und für die westliche Kultur gegen den Osten Front zu machen.

Aus dem Zusammenhange zwischen der Vergangenheit Polens und der gegenwärtigen Lage Europas ergeben sich die **Grundlinien gedeihlicher Lösung**.

Sie müßte so beschaffen sein, daß sie — im Rahmen der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten — zweierlei gewährleiste:

- a) die Verstärkung des bei den Polen vorherrschenden Bewußtseins ihrer Zugehörigkeit zum Westen;
- b) die innere Kraft der politischen Neuschöpfung, damit dem Polentum die Erfüllung seiner Lebensaufgaben sowohl im eigenen Interesse, als auch im Interesse Zentraleuropas ermöglicht werde.

Da ich die Lösung in den Rahmen der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten zwänge, schließe ich den Verdacht eines einseitigen Programmes aus, welches die Interessen Zentraleuropas irgendwie tangieren könnte. Aber in diesem Rahmen sollte wirklich alles geschehen, was möglich, für uns notwendig und auch den Zentralstaaten nützlich ist. Eine mangelhafte, hinter den vorhandenen Möglichkeiten zurückbleibende Lösung würde das Bewußtsein unserer Pflichten gegenüber Zentraleuropa überflüssigerweise einer neuen noch härteren Probe aussetzen, als bisher. Frühere Fehler kann man — wenigstens ex post — damit zu erklären versuchen, daß Zentraleuropa die russische Gefahr, also auch unsere Vorpostenstellung unterschätzte. Jetzt haben aber die verbündeten Staaten die russische Gefahr empfunden und wissen, daß weder die englische Einkreisungspolitik, noch die

französische Revanchelust den Weltkrieg entfesselt hätten, wenn ihnen nicht Rußland zur Verfügung gestanden wäre. Jetzt wäre also eine fehlerhafte Lösung doppelt empfindlich, da sie beweisen würde, daß Zentraleuropa auf diesem Gebiete an unheilbaren Unklarheiten leidet; sie würde auch bei uns, namentlich bei unseren Konnationalen im Königreiche und in Litthauen bedauerliche — aber begreifliche — Trübungen grundsätzlicher Ideen hervorrufen, die für uns ein Unglück, für die Zentralstaaten aber den Verlust des wichtigen Kriegserfolges bedeuten müßten. Ideell geschwächt hätte überdies eine hinter den Möglichkeiten zurückbleibende Neuschöpfung auch praktisch nicht jene Kraft, deren sie zur Erfüllung ihrer Vorpostenaufgaben bedarf.

Die Bedürfnisse der beabsichtigten mitteleuropäischen Konstruktion legen uns die Pflicht auf, unsere Aspirationen sehr streng im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu halten. Einschränkungen vermag aber unsere nationale Psyche nur dann gerechtfertigt zu finden, wenn sie im gemeinsamen Interesse Mitteleuropas, also in einem Interesse, an dem auch das Polentum beteiligt ist, erfolgen. Jede andere Einschränkung, die uns Opfer auferlegen, dem künftigen europäischen Staatenbunde aber keinen Vorteil bringen würde, wäre ein verbitterndes weil einseitiges und zweckloses Opfer.

Die Folgen der durch den Wiener Kongreß gewählten Lösung berechtigen zu solcher Warnung. **Die Mißgriffe des Wiener Kongresses** waren dreifacher Art:

Erstens hat der Kongreß den Polen Oesterreichs und Preußens nichts gewährt, vielmehr eine polenfeindliche Politik ermöglicht, die in Oesterreich in den traurigen Vorgängen des Jahres 1846 ihren unseligen Höhepunkt fand und erst durch die hochsinnige und herzugewinnende Auffassung des verewigten Kaisers, sowie mancher anderen Mitglieder der Dynastie jene Wendung erfuhr, die wir stets mit innigem Danke verzeichnen werden. In Preußen kam es bis zum Kriege leider zu keiner Aenderung, vielmehr zu Tatsachen, die wir stets als eine Erschwerung jeder Lösung der Polenfrage bedauern mußten, weil eben das Zutrauen zu der künftigen gemeinsamen Aktion der Zentralstaaten durch die preußischen Ausnahmsgesetze und die ihnen zu Grunde liegende unrichtige Auffassung unserer Stellung, litt.

Zweitens aber hat der Kongreß, der die Teilung Polens aufrechterhielt, die größten Gebiete des ehemaligen polnischen Reiches den Russen überlassen und dadurch mittelbar dem Polentum die Zugehörigkeit zum Osten aufzudrängen versucht.

Drittens hat der Kongreß einer verschiedenartigen Rechtstellung der unter russischem Szepter verbleibenden polnischen Gebiete zugestimmt. Kongreß-Polen, das auf Grundlage des von Napoleon geschaffenen Großherzogtums Warschau gebildet wurde, blieb von den übrigen polnisch-litthauischen Ländern getrennt. So hat der Kongreß jene Länder, die durch Polens Vermittlung dem Katholizismus, beziehungsweise der Union, sowie der westlichen Kultur zugeführt worden waren, vorbehaltlos dem russischen Reiche einverleibt; der Entwicklung vorgreifend, hat man gewisse offene Fragen im vorhinein zu Gunsten Rußlands gelöst und den historisch begründeten Interessenkreis des Polentums zu Ungunsten des Westens künstlich geschmälert.

Kongreß-Polen geriet dadurch in eine Lage, deren Konsequenzen vielleicht nicht einmal Rußland voll übersehen konnte, die sich aber binnen wenigen Jahren äußerten. Geographisch unnatürlich beschränkt, wirtschaftlich zu stets steigender Abhängigkeit von Rußland verurteilt, konnte dieser kleine Staat kaum seiner Konnationalen in den dem Kaisertum einverlebten Gebieten gedenken, geschweige denn sein herkömmliches

Wirken in diesen Ländern zu Gunsten des Katholizismus und abendländischer Ideen fortsetzen. Für jede Regung Kongreß-Polens konnte das Polentum in Wilno oder Krzemieniec, wo es nicht einmal jenen schwachen Schutz genoß, den es zeitweise in Kongreß-Polen fand, gestraft werden; der Aufstand von 1830/31 gab Anlaß zur Russifizierung des polnischen Schulwesens in Litthauen und Wolhynien, das bis dahin in der Universität von Wilno und in dem berühmten Lyzäum von Krzemieniec wertvolle Zentren europäischen Geistes hatte, sodann auch zur Aufhebung der Union; der Aufstand von 1863 gab Gelegenheit zu Ausnahmsgesetzen gegen den polnisch-katholischen Grundbesitz außerhalb Kongreß-Polens und zu grausamer Unterdrückung der Reste kirchlicher Union und westlichen Sinnes in Podlasie. Die Russen hatten die Möglichkeit das Polentum immer an mehreren Stellen zu treffen, da sie jene Maßregeln, die sie sich scheuten in Kongreß-Polen zu ergreifen, außerhalb des Königreiches anwendeten. Durch diese Einschüchterung arbeiteten sie darauf hin, die Polen gefügig zu machen, gleichzeitig aber alle Ergebnisse polnisch-katholischer Kulturarbeit zu beseitigen und dem russisch-schismatischen Einflusse die Bahn zu ebnen.

Die Entmutigung Polens nach 1863 hätte heillose ideelle Konsequenzen gehabt, wenn nicht die gerechte Wendung in Oesterreich eingetreten wäre, die dem Polentum endlich Aussichten auf die Anlehnung an eine europäische Großmacht eröffnete. Durch seine segensreiche Politik, die gerade in diesem Zeitpunkte einsetzte, hat Kaiser **Franz Joseph** verhindert, daß die polnische Massenpsychologie dem historischen Vermächtnisse untreu werde. Wir fanden die Möglichkeit in der uns geschichtlich zugewiesenen Vorpostenstellung hoffend zu verharren; unsere Zuversicht stieg, als wir wahrnahmen, wie standhaft der Monarch seine Polenpolitik gegen feindliche Einflüsterungen verteidigte, welch tiefes Verständnis er für die — von uns schon 1830 und auch früher geahnte — Mission Oesterreichs empfand, für eine Mission, der wir die herzlichsten Sympathien entgegenbrachten, weil wir sie voll erfaßten.

So hat die Monarchie eine Beseitigung der verhängnisvollen Fehler des Wiener Kongresses angebahnt und ohne jedwede Unterstützung anderer Mächte das gegenwärtige Werk der verbündeten Zentralstaaten vorbereitet. Das unerschütterliche Vertrauen zu Oesterreich ermöglichte es jedem polnischen Politiker trotz der empfindlichen preußischen Polenpolitik sich stets für das Bündnis mit dem Deutschen Reiche auszusprechen. Wir wußten, daß dieses den allgemeinen Bedürfnissen der Monarchie entsprechende Bündnis den Kaiser niemals hindern werde, an der Mission Oesterreichs festzuhalten und hofften mit Zuversicht, daß auch das Deutsche Reich der polnischen Frage nähertreten werde. Wir wußten, daß das Trugbild einer deutsch-russischen Freundschaft sich trotz aller Bemühungen unhaltbar erweisen müsse.

Der Weltbrand hat uns Recht gegeben; die Zentralmächte sahen sich veranlaßt, auf den von Kaiser Franz Joseph geschaffenen Grundlagen fortbauend, zur Lösung der polnischen Frage zu schreiten. Nun gilt es, bei der Neuschöpfung die vom verewigten Kaiser eingeleitete Sanierung der Fehler des Wiener Kongresses fortzusetzen. Man mag die Macht haben, über unsere Vorschläge zur Tagesordnung zu übergehen; es mag sich jemand finden, der unser Recht mitzusprechen anzweifelt. Das ändert jedoch nichts an unserer Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen zu Gunsten einer Neu-

67
189

ordnung zu wirken, für die wir mit dem Blute unserer Legionen eingetreten sind, sowie vor Fehlern zu warnen, die namentlich den Interessen Oesterreich-Ungarns ebenso abträglich wären, wie den unsrigen.

II.

Diesen Standpunkt haben Polenklub und Nationalkomité eingenommen. Ich hatte Gelegenheit unsere Auffassung in einem Diskutierabende der deutschen Hochschullehrer-Vereinigung am 11. Dezember 1915 zu vertreten. Wir verlangten, daß man uns ermögliche, die ganze Kraft Galiziens und der aus Rußland ausscheidenden Gebiete den gemeinsamen Aufgaben Zentraleuropas im Gefüge des Habsburgerreiches zu widmen. In meinen damaligen Ausführungen habe ich darauf verwiesen, daß diese beiden Teile des ehemaligen polnischen Reiches zu einander gehören; ich habe weiters betont, daß die Verwertung unserer Kraft weder durch neuartige annexionistische Fesselung, noch durch fortgesetzte Zersplitterung, sondern nur durch die bestmögliche Zusammenfassung erreichbar ist. Wir bauten den Plan auf unseren Beziehungen zum Habsburgerreiche auf, dessen Herrscher uns durch seine Gerechtigkeit in der Ueberzeugung der Zugehörigkeit Polens zu Mitteleuropa bestärkt hat und empfanden unsere Konstruktion als die natürlichste Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Lage. Ich darf aber auch wahrheitsgetreu sagen, daß der Polenklub sich kaum je so solidarisch fühlte, wie im Augenblick dieses Beschlusses, der förmlich ex inspiratione hervorging, da wir alle den Eindruck hatten, daß wir lediglich einem alten Wunsche Ausdruck geben. Die politische Beschlußform war nur deshalb geboten, damit die innere Empfindung realpolitische Einkleidung erhalte, ohne welche eine Verwirklichung nicht angebahnt werden kann. Wir haben diese Auffassung mehrmals ausgesprochen, in der Ueberzeugung, daß sie die beste Lösung biete. Denn sie entsprach — im Rahmen der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten — jenen beiden grundsätzlichen Anforderungen, die ich vorher auseinandersetzte. Sie gewährleistete durch die Vereinigung der zwei größten Bruchteile des ehemaligen Polens einerseits das Quantum von innerer Kraft, dessen das Polentum zur Erfüllung seiner altherkömmlichen Aufgaben bedarf, andererseits eine praktische Verstärkung des Bewußtseins der Zugehörigkeit Polens zum Westen. Ebenso erschien uns diese Konstruktion vom Standpunkte der Monarchie natürlich und vorteilhaft. Wir gaben der Ueberzeugung Ausdruck, es möge die Dynastie, die durch ihre Polenpolitik die Sanierung der Fehler des Wiener Kongresses eingeleitet hatte, das Werk fortsetzen und gestützt auf unsere alte Gegnerschaft gegen Panslavismus und Schisma, in verstärktem Grade die Mission aufnehmen, die uns mit Oesterreich gemeinsam ist.

Auch habe ich dazumal Gelegenheit gehabt, den politischen Anspruch Oesterreichs auf die Vereinigung Polens mit Galizien zu begründen. Ich erlaubte mir zu bemerken, daß nachdem Rußland das österreichische Vorgehen gegen Serbien dazu benützte, um ohne österreichische Veranlassung Galizien zu besetzen und ohne Provokation durch Oesterreich den serbischen Krieg derart auszudehnen, daß die polnische Frage aufgerollt wurde, nunmehr Oesterreich auf die polnischen Gebiete, die Rußland räumen mußte, berechtigten Anspruch habe. Dies erschien mir als einzig richtige realpolitische Konsequenz des russischen Versuches Galizien zu erobern. Nachdem Rußland — den Kongreßbestimmungen entgegen — dem Kaiser Galizien streitig machen wollte, hat es sein Recht auf die ihm durch denselben Kongreß zugesprochenen polnischen Länder verwirkt, und zwar zu Gunsten der Monarchie, die ohnehin den nächstgroßen Anteil an dem ehemaligen polnischen Reichsgebiete mit den nächst Warschau und Wilno bedeutend-

sten Zentren (Lemberg und Krakau) besitzt. Ich darf vielleicht noch hinzufügen, daß die durch Rußland verursachte Verbindung des serbischen Krieges mit der polnischen Frage eine noch weiterreichende Bedeutung hat. Es ist nämlich dadurch der bisher unbeachtete, welthistorisch für die Zukunft wichtige Konnex zwischen der West- und Südslavenfrage in Erscheinung getreten; für den Panslavismus bestand diese innere Verbindung seit jeher; für die von Oesterreich vertretenen und seiner Mission entsprechenden Interessen aber kam sie erst jetzt zum Vorschein. Man wird in Hinkunft der inneren Verwandtschaft der West- und Südslavenfrage und der Verwandtschaft der sich hieraus ergebenden Aufgaben näher treten müssen.

Aus Gründen, die ich hier nicht zu besprechen habe, trat die am 5. November 1916 feierlich proklamierte Wendung ein.

Bevor ich den Unterschied zwischen beiden Lösungen würdige, muß ich darauf hinweisen, daß die polnische Nation naturgemäß zweierlei herbeisehnen mußte: die tunlichste Wiedervereinigung der zerrissenen Glieder und die Gewinnung politischer Selbständigkeit.

Der Zusammenhang beider Postulate ist so innig, daß Polen selbst um den Preis einer Wiedervereinigung aller Glieder auf die politische Selbständigkeit nicht verzichten könnte; ebenso wenig vermag man dem Ideal staatlicher Selbständigkeit den kulturellen Zusammenhang der auf einander angewiesenen Gebiete und deren mögliche Vereinigung zu opfern. Im ersterem Falle wären wir nach wie vor zu einem staatenlosen Dasein verurteilt, im anderen wäre wohl ein staatliches Dasein vorhanden, aber es wäre national und kulturell geschädigt, so daß die Erfüllung der Aufgabe, die uns im Interesse Europas obliegt, wesentlich erschwert erschiene.

Die Entente lieferte einen eklatanten Beweis falscher Auffassung, als sie meinte, es sei uns mit einer „Autonomie“ unter russischem Szepter gedient. Selbst wenn Rußland in der Lage wäre, militärisch alle Teile Polens zu vereinigen, wäre darin kein Gegengewicht für den Mangel politischer Selbständigkeit gelegen, ganz abgesehen davon, daß wir nach unseren und Finnlands Erfahrungen derartigen Zusagen nicht trauen könnten. Im Uebrigen würde die von der Entente in Aussicht genommene Konstruktion, ebenso wie dies durch den Wiener Kongreß geschah, unsere Verbindung mit dem Westen beeinträchtigen. Sie hätte auch noch eine andere Ähnlichkeit mit dem Kongreßwerke, die Schädigung des polnisch-katholischen Interessenskreises in jenen Gebieten, die uns Rußland zum Schutze seiner „nationalen“ Expansion vorenthalten würde. Die Lostrennung des Chełmer Gebietes von Kongreßpolen durch die dritte Duma, sowie das vom Grafen Bobrinskij während der Invasion entwickelte Programm betreffs Ostgaliziens haben unzweideutig bewiesen, was zu erwarten war. Die Unzulänglichkeit des Autonomieplanes der Entente hat ja auch Präsident Wilson anerkannt, indem er das Postulat staatlicher Gestaltung Polens als ein selbstverständliches hinstellte. Da Präsident Wilson doch gewiß nicht als Feind der Entente sprach, muß er wohl aus sehr wichtigen Gründen zur Einsicht gelangt sein, daß nur eine staatliche Konstruktion, niemals aber die von der Entente ins Auge gefaßte Autonomie, entsprechend sei. Hätte er nicht wahrgenommen, wie wirkungslos die russischen Angebote von uns abprallten, so hätte er gewiß diesen der Entente unangenehmen Ausspruch vermieden. Er hat wohl erkannt, daß selbst jene wenig zahlreichen in Rußland tätigen polnischen Politiker, die sich in eine Debatte über die Autonomie Polens unter russischem Szepter überhaupt einließen, eine solche provisorische Lösung nur für den Fall einer weiteren Belassung Polens unter Rußland in Betracht zogen, aber gewiß nicht als befriedigendes Definitivum.

Wir können uns nur freuen, daß die Zentralstaaten früher als Präsident Wilson die Existenzberechtigung eines polnischen Staates anerkannt haben. Es wäre jedoch

68
125

ein Fehler, wenn man hinter der durch die Sachlage gebotenen Möglichkeit zurückbleiben und den kulturell-religiösen Interessenkreis nicht berücksichtigen würde. Der Polenklub hat daher in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung weitester Kreise die politische Selbständigkeit durch eine staatsrechtliche Vereinigung der befreiten Gebiete mit Galizien unter dem Habsburgischem Szepter angestrebt. Auf diese Weise sollten sowohl der Wunsch tunlichster — wenn auch nur teilweiser — Wiedervereinigung, als auch die Sehnsucht nach politischer Selbstständigkeit, **im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten** verwirklicht werden. Gleichzeitig sollte die Mission des Habsburgerreiches durch seine Rolle in der Polenfrage, woran sich die führende Rolle in der West- und Südslavenfrage knüpfen würde, in kräftigste Erscheinung treten. Dieser einheitlichen Lösung gegenüber muß die am 5. November 1916 kundgegebene, die in ihrer Totalität natürlich denselben Endzwecken dienen soll, mit Rücksicht auf den Doppelweg den sie einschlägt, sowohl vom polnischen als auch vom österreichischen Standpunkte gewürdigt werden.

Vom polnischen Standpunkte sehen wir, daß die Nation, anstatt der Galizien und Polen gleicherweise umfassenden Neuschöpfung zweierlei erhält: die selbständige Staatlichkeit der bisher russischen Gebiete, ohne staatsrechtliche Anlehnung an einen anderen Staatskomplex und die weitestgehende Autonomie für Galizien.

Dem Freiheitsdrange einer Nation, die ein großes Reich gehabt, und für seine Ideale so namenlos zu leiden fähig war, bringt die volle Staatlichkeit — wenn auch nur eines Teiles — eine herzerhebende Befriedigung. Diesem stolzen Plus, diesem höchsten Reifezeugnis seitens der verbündeten Monarchen, tritt im Vergleiche zum früheren Plane, der Ausschluß Galiziens entgegen. Die Schaffung eines größeren, daher auch innerlich kräftigeren Komplexes unterbleibt. Galizien an und für sich soll ja durch den edlen Entschluß des verewigten Monarchen entschädigt werden; Galizien soll nach möglichster Ausdehnung seiner Autonomie keinen Grund haben, sich über irgend eine Beschränkung seiner allseitigen Entwicklung zu beklagen. Für die Polenfrage in ihrer Gesamtheit aber, namentlich auch vom Standpunkte künftiger Aufgaben, ist die Aufrechterhaltung der an die Teilungen Polens erinnernden Scheidung dieser beiden Gebiete, die wir unter Habsburgischem Szepter staatlich vereint und gekräftigt zu sehen hofften, von einer Bedeutung, auf die man nicht erst einzugehen braucht, auch wenn man daraus keine praktisch störenden Folgerungen ableitet. Der weitere Verlauf auf den durch die Proklamation vom 5. November 1916 gelegten zwei Geleisen wird wesentlich von der Größe des neuen polnischen Staates abhängen, also von der Feststellung seiner Grenzen im Osten, sowie im Nord- und Südosten, weil sich daran seine nationale, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Kraft knüpft, aber auch davon, ob die Entwicklung Galiziens den befriedigenden Umfang annimmt, den wir zuversichtlich erhoffen. Dieser Zuversicht nach beiden Seiten hin, nämlich sowohl hinsichtlich der glücklichen Entfaltung staatlichen Lebens im polnischen Königreiche, als auch hinsichtlich der Zukunft Galiziens, gab der Polenklub Ausdruck in einer Weise, die die Zustimmung aller Kreise fand und jedem Teilnehmer unvergeßlich bleibt. Es wird unsererseits gewiß alles geschehen, um jene Früchte, die wir dem mitteleuropäischen Verbände und insbesondere dem Habsburgerreiche durch unsere Konstruktion sichern wollten, auch auf dem Boden der neuen Doppelschöpfung ausreifen zu lassen. Doch müssen wir gerade mit Rücksicht auf den komplizierten Aufbau mehr als je allseitiges Verständnis beanspruchen.

Vom österreichischen Standpunkte diese Doppelschöpfung zu beurteilen, kommt mir vielleicht deshalb weniger zu, weil meine persönliche Ansicht aus den früheren Erörterungen hervorgeht. Eines aber darf ich nicht unerwähnt lassen: den Widerhall den das Vertrauen des Monarchen in allen polnischen Herzen gefunden. Wir empfanden die hochpolitische kaiserliche Willenskundgebung, unsere Autonomie so weit als möglich auszudehnen, gleichzeitig als einen Gemütsakt. Einfache Leute, denen politische Beweggründe ferne liegen, sagten sich etwa folgendes: Der Kaiser verzichtet darauf, uns mit unseren Konnationalen in Warschau, Wilno, Lublin u. s. w. unter seinem Szepter zu vereinigen; er sieht davon ab, neue Gebiete, die förmlich prädestiniert schienen, mit Galizien zusammen einen diesem Kaiserhause unterstehenden Staat zu bilden, zu erwerben; uns aber gewährt er vertrauensvoll ohne Einschränkung dasjenige, was er in seinem Herrscherbereiche — ungehindert durch andere Rücksichten — zu gewähren vermag. Diese Auffassung bedeutet ein wichtiges österreichisches Activum für Gegenwart und Zukunft.

Die Nation erkannte diesen Akt innerer Politik, als einen Beweis verständnisvoller Würdigung polnischer Bestrebungen an, als eine Bekräftigung unserer Empfindung, daß diese Dynastie berufen ist, den Polen gegenüber den richtigsten Standpunkt einzunehmen. Von der fehlerfreien Durchführung der Idee, die diesem kaiserlichen Vermächtnisse zu Grunde liegt, wird nicht nur der Grad des erwünschten nachbarlichen Einflusses Oesterreichs auf den neuen polnischen Staat abhängen, sondern auch die Festigung der Sympathien, die man außerhalb Galiziens dem katholischen Habsburgerhause entgegenbringt. Daß sich hieraus, wenn auch auf anderem Wege, jene führende Rolle in der West- und Südslavenfrage ergebe, auf die ich vorher im Zusammenhange mit unserer Konstruktion anspielte, ist wohl im Interesse der Monarchie und Mitteleuropas gelegen und geboten.

Die polnische Nation will und kann daran mitarbeiten. Nur darf der natürliche Parallelismus der Aufgaben Oesterreich-Ungarns und Polens, dem wir stets Rechnung tragen, durch nichts beeinträchtigt werden. Die Monarchie braucht ein kräftiges Polen; ob es, wie wir wollten, engsten Anschluß an die Dynastie finde, oder als selbständiger Nachbar, zu dem das autonome Galizien die Brücke bildet, sich neben Oesterreich-Ungarn entwickle, ist für die Hauptfragen gewiß bedeutsam, aber nicht entscheidend; in welcher Form immer, zusammenarbeiten müssen Oesterreich-Ungarn und Polen, wenn sie ihren beiderseitigen Aufgaben entsprechen sollen.

Vom Standpunkte der Gemeinsamkeit der Aufgaben, müssen daher beide Teile der Lösung, wie sie am 5. November 1916 proklamiert wurde, beurteilt werden, nämlich sowohl die Ausgestaltung des polnischen Staates, als auch die Erweiterung der galizischen Autonomie.

III.

Für die Ausgestaltung des polnischen Staates kommt von dem hier besprochenen Standpunkte zweierlei in Betracht: seine territoriale Grenzbestimmung und seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit.

A.

Der Umstand, daß die Ostgrenze bisher unbestimmt blieb, läßt hoffen, daß man nicht mehr in den Fehler des Wiener Kongresses verfallen wird, nämlich in die

Eindämmung abendländischer Kulturentfaltung, die im Osten noch lange Zeit hindurch der polnischen Vermittlung nicht entraten kann. Der Wiener Kongreß hat, wie erwähnt wurde, Gebiete in denen Polen direkt und indirekt abendländische Interessen vertrat, dem russischen Reiche einverleibt, anstatt auf einen Zusammenhang derselben mit dem Königreiche Polen zu dringen. Aus eigener Kraft vermochten weder Weißruthen noch Kleinrussen, ebenso wenig wie die Litthauer, ihre durch Polen angebahnte Entwicklung in abendländischem Sinne fortzusetzen. Die Unterbindung des Zusammenhanges mit Polen erschwerte das Ausreifen der durch Polen ausgestreuten abendländischen Kulturkeime. Wie konsequent Rußland bemüht war, den polnisch-katholischen Einfluß zu entwurzeln, beweist die succesive Abschaffung der Union und die immer strengere Behandlung des Polentums namentlich da, wo es mit dem litthauischen, weißruthenischen oder kleinrussischen Elemente vermischt lebt. Hat sich doch Rußland schließlich nicht einmal geschaut, den letzten Schein der Achtung vor dem Kongresse fallen zu lassen, indem es aus Kongreßpolen das Gebiet von Chełm herausriß, weil die schismatische Propaganda unter den dortigen Weißruthen durch den polnischen Einfluß behindert wurde.

Ohne im einzelnen nachzuweisen, daß jede abendländische Regung in der litthauischen und reussischen Welt auf polnischem Einfluß beruhte, darf ich mich auf die Feststellung der Tatsache beschränken, daß hier jede Aussperrung des polnisch-katholischen Einflusses nur dem Russentum Nutzen brachte. Niemals haben die bodenständigen Elemente Kleinrußlands, Weißrußlands oder Litthauens für sich Vorteile gewonnen, wenn sie dem Polentum freiwillig oder unter russischem Drucke den Rücken kehrten. Immer verfielen sie dem Russentum. Selbst Chmielnicki's Kosakenkriege reichten nur zur Schädigung des Polentums aus, aber nicht zur Entfaltung eigener Selbstständigkeit.

Diese Fragen werden für die Bestimmung des polnischen Staatsgebietes aktuell, weil es sich um ehemals polnische Länder handelt, die 1815 ausschließlich in russischem Interesse dem Zarenstaate einverleibt wurden. Wohl sind hier die Polen ethnographisch in der Minorität, aber wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch von wesentlicher Bedeutung. Diese wesentliche Bedeutung muß den separatistischen Selbstständigkeitstendenzen der ethnographischen Majoritäten gegenüber erwogen und abgewogen werden.

Mit der vom Präsidenten Wilson in seiner „Friedensbotschaft“ an den Senat vom 18. Jänner 1917 aufgestellten Theorie nationaler Atomisierung kommt man weder da, noch anderwärts aus. Wir wissen, daß die staatsbürgerliche Gemeinschaft mit der nationalen weder identisch ist, noch identisch sein kann, daß daher nicht jede Gemeinschaft einen souveränen Nationalstaat zu bilden vermag. Dagegen kann man einer anderen Wilsonschen These beipflichten, nämlich dem Satze, daß sich das Recht auf die gemeinsame Stärke, nicht auf die individuelle Stärke der Nationen gründen muß; daraus geht die Konsequenz hervor, die speziell vom österreichischen Standpunkt wichtig ist, daß der Staat seine Kraft aus der gemeinsamen Kraft der Nationen schöpfen soll, während für die Individualisierung nationaler Kräfte im Rahmen des Staates Platz geschaffen werden muß.

Jede Nation vertritt gemeinsame Lebensinteressen höheren Grades und ist desto höher zu bewerten, je reifer der Grad dieser gemeinsamen Lebensinteressen gediehen ist. Nach diesem Reifegrade ist die Fähigkeit der Nationen für die Gemeinsamkeit jener Aufgaben zu bemessen, die den Staaten und den Staatenverbänden zufallen. Betrachten wir das Nationalitätenproblem von dieser höheren Warte aus, so wäre es gewiß ein Glück, wenn alle Nationen, die auf ein Zusammenleben angewiesen sind, gleichwertige Verbände bilden würden; dies wäre der Fall, wenn jede Nation gemeinsame Lebensinteressen eines gleicherweise hohen Grades und mit gleicher organisatorischer Reife umfassen würde — was leider kaum möglich ist; einer solchen Anforderung nähern sich höchstens die drei Nationen der Schweiz.

Die allgemeine Schwierigkeit der Nationalitätenfrage besteht:

1. Darin, daß in den allerseltensten Fällen, Nationen räumlich so getrennt sind, daß man deren Leben ohne gegenseitige Behinderung einrichten könnte;

2. darin, daß die staatliche Regelung Nationen zu umfassen hat, die verschiedene Lebensinteressen ungleichen Grades und mit verschiedener organisatorischer Reife vertreten. Sie alle auf den gemeinsamen staatlichen Nenner zu bringen, um sie nicht nur den Aufgaben des Einzelstaates, sondern überdies den hohen Zielen großer Staatengemeinschaft dienstbar zu machen, das ist die große politische Schwierigkeit. Man hat dabei neben politischen Meinungsverschiedenheiten noch das Mißtrauen der einzelnen Nationen zu überwinden, die in der staatsrechtlichen Gemeinsamkeit eine Kette erblicken und etwa glauben selbständig besser gedeihen zu können. Dennoch muß man, namentlich wenn Nationen räumlich nicht ganz trennbar sind, oder wenn das staatliche Zusammenleben aus höheren Gründen nötig erscheint, eine Form finden, um ohne Behinderung der nationalen Einzelentwicklung, die Gemeinsamkeit den höheren Zwecken, dienstbar zu machen. Ein gerechter Ausgleich zwischen den Aufgaben des künftigen mitteleuropäischen Verbandes und den Ansprüchen einzelner Nationen schwebt heute allen Politikern vor. Eine Atomisierung nach rein ethnographischen Gesichtspunkten muß wohl abgelehnt und durch eine rationelle Zusammenfassung ersetzt werden, damit die einzelnen Staaten Zentraleuropas nicht geschwächt vor die neuen Aufgaben treten, zu denen sie stärkerer Rüstung bedürfen als bisher. Daran muß man denken, wenn man einen neuen Staat schafft; ihm seinen bisherigen Interessenkreis benehmen, wäre nur dann ratsam, wenn es möglich erschiene, diesen seinen Interessenkreis anders zu organisieren oder auf andere Weise den mitteleuropäischen Zwecken dienstbar zu machen. Es ist fraglich, ob dies in unserem Falle möglich wäre.

Bedenken wir zunächst, daß nebst Polen ein bedeutender Teil des litthauischen Gebietes erobert wurde, der aber ethnographisch durchaus nicht einheitlich ist, da er sowohl von Litthauern, Polen und Weißruthenen, wie auch von Russen und Kleinruthenen bewohnt wird, überdies von russifizierten Juden. Das litthauische Volk ist in der Vorzeit knapp vor der friedlich erfolgten Vereinigung mit Polen dem Einflusse des kleinrussischen Elementes und teilweise auch der Orthodoxie erlegen; erst die Verbindung mit Polen fügte dieses Land dem westlichen Kulturkreise ein. Diese Tatsache wurde zunächst sogar durch Rußland anerkannt und führte zur Gründung der polnischen Universität in Wilno, deren Wirken bis 1832 zu den schönsten Erinnerungen der polnischen Geschichte, aber auch zu den segensreichen Erscheinungen in der Kulturgeschichte Litthauens und Weißrußlands gehört. Die Verbindung mit Polen stählte die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen Rußland und das Schisma, so daß die russische Regierung — namentlich seit dem polnischen Freiheitskriege 1830/31 — alles aufbot, um die Verbindung der in Litthauen ansässigen Polen mit Kongreßpolen zu stören und die katholische Kirche des Landes in der Anlehnung an den Episkopat Kongreßpolens zu behindern. Dennoch blieb das polnische Element in den Gouvernements Kowno, Wilno und Grodno nicht nur ungebrochen, sondern auch sozial und intellektuell bedeutend und bildet bisher den staatlich verwendbarsten Bestandteil der Bevölkerung, was auch jetzt von den deutschen Behörden schon eingesehen wird. Das litthauische Volk, das hauptsächlich aus Kleinbauern besteht, hat nur eine dünne Intelligenzschicht, die sich teilweise an die polnische, teilweise an die russische Kultur anlehnt. Die seit etwa 30 Jahren angebahnten Selbständigkeitsbestrebungen der Litwonen haben sich vor allem in einer Abkehr vom Polentum geäußert, daneben aber leider in einer auffallenden Zuneigung zu Rußland, die namentlich seit 1905 zunahm, weil man von der russischen Verfassungsbewegung zu viel erhoffte. Wie oft in ähnlichen Fällen hat auch die litthauische Bewegung den kräftigeren Faktor, nämlich die russische Staatsgewalt zum Freunde nehmen wollen, um sich von dem politisch schwächeren mit Unrecht als Gegner betrachteten Faktor, nämlich vom Polentum zu emanzipieren. Der innere Gehalt der auf so irrige Bahnen geratenen litthauischen Bewegung ist daher mindestens fraglich; sie entbehrt eigener kultureller Traditionen, sie verfügt nicht über genügend differenzierte Schichten, sie kann sich aber nicht einmal auf ein numerisches Uebergewicht stützen, da die Litthauer nur im Gouvernement Wilno stark sind und im Gouvernement Grodno eine kaum nennenswerte Minorität bilden; in einzelnen Kreisen weicht das litthauische Element nicht nur vor dem polnischen, sondern auch vor dem weißruthenischen zurück.

Die Weißruthenen sind dormalen noch als eine national wenig selbstbewußte, ethnographische Masse zu betrachten, die teilweise der Orthodoxie angehört, teilweise aber dem polnisch-katholischen Glauben; der letztere Teil zeichnet sich durch märtyrerhafte Widerstandskraft gegen die russischen Einflüsse aus, bildet also ein wertvolles Material, das zwar zu selbständiger Verwertung

20
187

noch nicht geeignet erscheint, in Verbindung mit dem Polentum jedoch dem Abendlande eingegliedert werden kann.

So müssen denn diese Gebiete nicht nur im polnischen Interesse, sondern **im Interesse Mitteleuropa's** im polnischen Einflußbereiche belassen werden. Sie eignen sich weder zu politischer Selbstständigkeit, noch zur Angliederung an einen anderen Einflußbereich, da ihre Entwicklung auf die Anlehnung an das Polentum förmlich angewiesen ist. Nur in dieser Verbindung können sie vor russischen Einflüssen behütet und nur durch polnische Vermittlung dem Westen dauerhaft näher gebracht werden. Polen müßte aber einen Verzicht auf diese Gebiete, die ihm seit Jahrhunderten angehörten, schmerzlichst empfinden; es ist kaum denkbar, daß sich die polnische Nation mit dem Verluste von Wilno oder Grodno einverstanden erklären würde, ebenso wie mit der Preisgebung des an Kultur, Besitz, Steuerkraft, sozialer Differenzierung und politischer Reife überlegenen polnischen Elementes, welches selbst da, wo es ethnographisch in der Minorität ist, für abendländische Ideen lebt und leidet.

Die Frage des **C h e l m e r l a n d e s** brauche ich nicht speziell zu behandeln, da dieses Gebiet, das sogar der Wiener Kongreß bei Polen ließ, erst durch die dritte Duma von Kongreßpolen getrennt wurde, damit es unter besonderen Ausnahmsgesetzen der Russifizierung ausgesetzt werde. Wohl nie ist dem Polentum ein wertvolleres Zeugnis seiner abendländischen Expansionskraft ausgestellt worden, als in diesem Falle, wo das mächtige Rußland zugestehen mußte, daß alle seine Mittel unzureichend waren, um den kräftigenden Einfluß des Polentums und des Katholizismus unter den Ruthenen in Chelm zu bekämpfen. Die volle Trennung von Polen hielt Rußland für das einzige Mittel, um dieses Gebiet wirklich dem Bannkreise der Orthodoxie und der Russifizierung einzugliedern. Selbstständige Regungen dieses Gebietes zog Rußland nicht in Rechnung; es fürchtete nur dessen **Z u s a m m e n h a n g** mit Polen. Die österreichische Okkupation hat die Trennung aufgehoben, das Chelmerland ist wieder mit Polen verbunden. Die ruthenische Bevölkerung dieses Gebietes gravitiert gar nicht zum Ukrainismus und auch nicht zum galizischen Ruthenentum, weil es in seinem schweren Kampfe mit dem Russentum und der Orthodoxie von diesen Faktoren niemals unterstützt wurde, sondern nur von den Polen.

W o l h y n i e n, dessen westlicher Teil ebenfalls durch die verbündeten Truppen dem russischen Reiche entrissen wurde, hatte im Anschluß an Rothreußen seit jeher eine sehr namhafte polnische Kolonisation, ebenso wie die westliche Hälfte Podoliens. Zur Zeit des Wiener Kongresses war das polnisch-katholische Element hier so kräftig, daß es trotz der Angliederung Wolhyniens an Rußland, dem Lande kulturell seine Marke aufprägte. Das berühmte Lyzäum in Krzemieniec, das wolhynische Athen, wie man es nannte, bestand ebenso wie die polnische Universität in Wilno bis nach dem Aufstand 1830/31. Wenn auch seither die Russifizierung Wolhyniens mit allen jenen Mitteln betrieben wurde, die man in Rußland stets in den Dienst der Orthodoxie und des Panrussizismus stellte, so ist dennoch bis heute nahezu die Hälfte des Grundbesitzes in polnischen Händen, und in den Städten neben dem jüdischen Elemente doch auch das polnische wichtig; es spielt überdies in allen freien Berufen eine Rolle, wie sie sonst nur selten einer ethnographischen Minorität eigen ist, die überdies von der Staatsgewalt so stark bekämpft wurde. Die Eindämmung des polnischen Einflusses in Wolhynien hat zur Russifizierung natürlich beigetragen, aber keine Erstarkung des kleinrussischen Elementes zur Folge gehabt; es ist keine Steigerung eines nationalen Selbstständigkeitsgefühles eingetreten, auch keine Stählung der Widerstandskraft gegen Rußland; eher eine Desorganisation. Die aufstrebenden kleinrussischen Elemente scharen sich teilweise um die Polen, teilweise verfallen sie dem Russentum; der zur Selbständigkeit nötige Halt fehlt ihnen noch.

Das Interesse des polnischen Staates an der Erhaltung seines Einflußbereiches fand auch bei unparteiischen Deutschen (z. B. Paquet, Gothein, Rohrbach) vom allgemeinen Standpunkte Anerkennung. Für Mitteleuropa wäre es sehr riskant, schwache und weder national noch sozial hinreichend organisierte Elemente eigenem Schicksal zu überlassen. Der polnische Staat könnte sich in allzu engem Rahmen nur mühsam entwickeln; es wäre ungerecht ihm den Einflußkreis zu benehmen, den die polnische Kultur, trotz aller russischen Bedrängung zu verteidigen verstand; es wäre auch für die mitteleuropäischen Ziele gefährlich, diese polnische Peripherie neuen Experimenten auszusetzen, deren Gelingen auch von den größten Optimisten nicht verbürgt werden kann, weil man es bei günstigster Beurteilung, höchstens mit

Zukunftshypothesen zu tun hat. Die bisherigen guten Beziehungen zwischen den Polen und den Weißrussen, sowie mit verwandten Gruppen, schließen die Befürchtung aus, daß der polnische Staat die folgerichtige Entwicklung, wenn auch nicht nach dem modernen Recepte des „Ukrainismus“ hindern sollte. Rußland hat stets das Gegenteil mit Bestimmtheit angenommen, daher auch den polnischen Interessenkreis vehement bekämpft.

B.

Die Frage der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des polnischen Staates kann hier nur gestreift und soll überhaupt nur in ihrer politischen Bedeutung erwähnt werden.

Die Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung des bisherigen Kongreßpolens ist genügend bekannt. Der Betätigungsdrang der polnischen Nation fand, als es schwer wurde auf politischem Gebiete zu wirken, auf wirtschaftlichem Gebiete einen seiner Intensität entsprechenden neuen Wirkungskreis. Die polnische Tradition schien hiefür keine Vorbedingungen zu bieten; desto höher sind diese fast improvisierten Erfolge zu veranschlagen, die eine sogar uns selbst überraschende Vielseitigkeit unserer Volksseele dargetan haben. Die wirtschaftliche Tätigkeit Kongreßpolens hat bewiesen, daß wir selbst unter so schwerem Drucke nicht geneigt sind klagend zu rasten, sondern alle Hindernisse überwinden, um wenigstens dasjenige zu leisten, was möglich ist. Begreiflicherweise möchten wir aber da keinen Rückgang erleben. Wenn man den neuen Staat bloß als Absatzgebiet, als Kolonie, betrachten wollte, während Polen bisher eine blühende Industrie und einen allen Ansprüchen entsprechenden Handels- und Gewerbestand hat, so würde dies nicht nur eine wirtschaftliche Mißstimmung, sondern auch eine sozialpolitische Verstimmung hervorrufen, deren Tragweite ich nicht erst zu besprechen brauche. Aber abgesehen davon, liegt es wohl im Interesse des künftigen mitteleuropäischen Zusammenwirkens, daß alle Teilnehmer sich harmonisch, also auch wirtschaftlich entsprechend entwickeln.

Es ist erfreulich, daß das hiezu Nötige schon jetzt nicht nur in polnischen Kreisen, sondern auch in den Kreisen von deutschen Fachleuten erwogen wird. Es erscheint dringend geboten, dieser Frage insbesondere vom Standpunkte der Monarchie näherzutreten, damit zwischen den wirtschaftlichen Zielen Oesterreich-Ungarns und denen Polens eine gedeihliche Ueberstimmung hergestellt werde. Polnische Kaufleute haben sich in sehr überraschender Weise als Pionniere im Osten bewährt.

IV.

Und nun die galizische Autonomie, deren Erweiterung einen Bestandteil der am 5. November 1916 proklamierten Lösung der polnischen Frage bildet. Der Ausbau unserer Autonomie wurde und wird von zwei Seiten angestrebt; es ist ja bekannt, daß er auch schon vor dem gegenwärtigen Stadium einerseits von polnischen Politikern, andererseits aber auch von deutschen verlangt wurde; von den Polen zuerst auf Grund alten Staatsbewußtseins, und zwar vor der definitiven Bildung des österreichischen Staates, später aber im Zusammenhange mit föderalistischen Ideen; von den deutschen Politikern ebenfalls zu verschiedenen Zeiten, nämlich zunächst von einer vereinzelt deutschen Parteigruppe aus den von dieser Gruppe speziell vertretenen Beweggründen, seit Kriegsbeginn aber auch von solchen deutschen Kreisen, die sich vorher ablehnend verhielten. So gehört diese Frage zu den Problemen

71
188

mit vielfacher Wurzel, was theoretisch sehr interessant ist, politisch aber die Gefahr größter Vieldeutigkeit bringt.

Sie erwarten hochverehrte Herren von mir gewiß nicht die Beurteilung der deutschen Wurzeln dieses Problems und auch nicht die Erörterung der Gedanken, die für verschiedene deutsche Parteien ausschlagend waren oder sind; ebensowenig meine Meinung darüber, welche Vorteile die galizische Autonomie der deutschen Politik in Oesterreich bringen soll. Sie werden es begreiflich finden, wenn ich mich an mein Thema halte und die Frage vom polnischen, sowie vom polnisch-österreichischen Standpunkte bespreche, um wenigstens von dieser Seite und im Zusammenhange mit der gesamten Polenfrage die politische Vieldeutigkeit abzuschwächen.

Als zum ersten Male in Leopoldinischer Zeit die galizische Frage revidiert wurde, stand das polnische Reich noch vor der letzten Teilung und der edle Herrscher Oesterreichs, dem Galizien bei der ersten Teilung unter Maria Theresia zugefallen ist, war bestrebt, die endgiltige Auflösung Polens hintanzuhalten; im Zusammenhange damit wollte er Galizien aus dem Staatsverbände, wie er unter Maria Theresia und Joseph II. im Entstehen begriffen war, ausscheiden; die Absichten, die er in der äußeren Politik im Gegensatze zu den anderen Teilungsmächten vertrat, sollten mit dem Vorgehen gegen den schon seinem Szepter unterworfenen Teil Polens in Einklang gebracht werden. Es bereitete sich dazumal die bedeutsame polnische Verfassungsänderung vor, die im Reichstagsbeschlusse vom 3. Mai 1791 ihren glorreichen Ausdruck fand. Mit dieser Neuorganisation Polens hätte eine Neuorganisation Galiziens Hand in Hand gehen sollen; eine Charta Leopoldina wurde unter Beteiligung der polnischen Stände-Deputationen ausgearbeitet. Gegenstand der Beratung bildete eine der ungarischen analoge Verfassung, aber unter spezieller Berücksichtigung der Stellung der Städte, was den galizischen Bestrebungen einen fortschrittlicheren Charakter verlieh. Die Aenderung der politischen Gesamtlage und der jähe Tod Leopolds II. haben das Werk vereitelt; wäre es gelungen, dann wäre gleichzeitig mit dem Wiederaufbau der ungarischen Selbständigkeit im Jahre 1791 auch das Ausscheiden Galiziens aus dem Bereiche der nicht-ungarischen Länder erfolgt, der weitere innere Ausbau des Habsburgischen Staatenkomplexes hätte darauf auch in Hinkunft Rücksicht nehmen müssen.

Es kam nicht dazu; der im Entstehen begriffene Dualismus wirkte auf den weiteren Verlauf bestimmend und die Idee der galizischen Autonomie fand lange Zeit hindurch keinen Boden. Geschaffen hat ihn neuerdings die föderalistisch-autonomistische Bewegung zu Beginn der Verfassungsära, freilich anders in Leopoldinischer Zeit. Die polnischen Bestrebungen sollten nicht mehr einer direkten Uebereinstimmung der inneren Politik mit der auswärtigen Behandlung der polnischen Frage dienen, wie unter Leopold II., wo es noch einen polnischen Staat gab; aber ein — wenn auch nur indirekter — Zusammenhang mit der auswärtigen Politik fehlte doch nicht ganz, denn die Erörterungen setzten besonders in der Zeit nach dem letzten polnischen Aufstande ein und fanden ihren Abschluß nach der Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland, in dem galizischen Resolutionsbeschlusse vom 24. September 1868; schon vorher, am 10. Dezember 1866, hat der Landtag in seiner Adresse die Weltmission Oesterreichs als des Vorpostens abendländischer Kultur verständnisvoll betont und erklärt, daß wir ohne zu befürchten, unserer Nationalidee untreu zu werden, von dem Glauben an Oesterreichs Mission durchdrungen, aus innerster Herzenüberzeugung geloben, daß wir zum Kaiser halten und halten wollen. Damit war die Verbindung zwischen den polnischen Bestrebungen und

der auswärtigen Politik angedeutet; es war als ob die großen künftigen Ereignisse ihre Schatten vorausgeworfen hätten. Unsere Vorgänger haben schon dazumal den Gegensatz zwischen Abendland und Osten betont, obwohl die österreichischen Politiker jener Zeit unter dem unmittelbaren Eindrucke des Krieges von 1866 eher für Rußland eingenommen waren.

Die galizische Resolution bewegte sich im Rahmen des schon anerkannten Dualismus. Sie verlangte keine Königskrönung und hielt an der Zugehörigkeit Galiziens zu Oesterreich fest, forderte aber eine dem Landtage verantwortliche Verwaltung für Inneres, Polizeipflege, Landeskultur und Justiz. Sie beanspruchte für den Landtag ein erweitertes Gesetzgebungsrecht, das ohne die Staatsgrundgesetze anzutasten, eine selbständige Erlassung der in den Staatsgrundgesetzen verheißenen und noch ausstehenden Gesetze zu umfassen hätte; ferner das Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete des Straf-, Zivil- und Bergrechtes, sowie in einer Reihe anderer Materien; sodann die Möglichkeit die Grundsätze der Behördeorganisation und des Unterrichtswesens festzustellen. Hinsichtlich der Domänen wurde die Einbeziehung derselben in den Landesfond, hinsichtlich der Salzwerke bloß die Zustimmung des Landtages zur Verfügung über dieselben beansprucht. Eine finanzielle Selbständigkeit war nicht geplant, die Einkünfte hätten dem Staatsschatze verbleiben sollen, gegen die Verpflichtung der Bestreitung der zu pauschalierenden Verwaltungskosten. In judiziellen Dingen war volle Selbständigkeit geplant, die in einem eigenen Kassationshofe ihren Ausdruck gefunden hätte. Im Oesterreichischen Reichsrate, für den es bekanntlich dazumal noch keine direkten Wahlen gab, hätten die Delegierten Galiziens nur an den Beratungen über die diesem Lande mit allen anderen Kronländern gemeinsamen Angelegenheiten teilzunehmen. Auch wurde ein eigener Minister verlangt.

Die Resolution blieb bekanntlich unerledigt; sie wurde am 28. März 1870 im Ausschusse des Abgeordnetenhauses als unzeitgemäß bezeichnet, eine Ausdehnung der Länderautonomie sei — so hieß es — nur unter gleichzeitiger Kräftigung der Zentralgewalt möglich, wofür die Einführung direkter Wahlen in den Reichsrat notwendig sei. Die Allerh. Entsch. vom 4. August 1869 über die polnische innere Amtssprache und vom 30. April 1870 über die polnische Sprache der Jagellonischen Universität, eine Reihe weiterer Verhandlungen über die galizische Autonomie unter der Regierung Potocki und Hohenwart, sodann die am 11. April 1871 erfolgte Berufung Grocholskis als Landsmannminister ins Kabinett, bildeten die Begleiterscheinungen der Verweigerung der Resolution. Am 25. April 1871 wurde zwar ein neuer Entwurf eingebracht, aber auch diesmal erfolglos. Erst anlässlich der Vorbereitung des allgemeinen Wahlrechtes hat der Polenklub die Frage der Ausdehnung der Länderautonomie allgemein angeregt, was praktisch in der Abänderung des § 12 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung Ausdruck fand, sowie in der durch den Wahlreformausschuß angenommenen Interpretation des Begriffes der Landeskultur. Das inzwischen seitens der polnischen Volkspartei sowie der Nationaldemokraten in Galizien und durch das sogenannte Pfingstprogramm deutscher Politiker in neuer Form aufgenommene Problem einer Sonderstellung Galiziens hatte zunächst keine unmittelbare Bedeutung.

Abseits von der grundsätzlichen Lösung der galizischen Frage, haben sich dennoch wichtige Sondereinrichtungen entwickelt. So vor allem die weiter als anderwärts gehende Kompetenz des Landesschulrates, der galizische Senat im Obersten Gerichtshofe, die weiter als anderwärts reichende Berücksichtigung der Landessprachen und ganz besonders das Institut des Ministers für Galizien, das

von der Einrichtung anderer Landsmannminister grundsätzlich verschieden ist. Ebenso bedeutsam sind aber mehrere usuelle, durch keine gesetzliche Norm geschaffene Einrichtungen, die sich so eingelebt haben, daß sie förmlich zum ungeschriebenen Verfassungsrechte des Landes gehören. So der Zusammenhang zwischen Landtags- und Reichsratsmitgliedern, die Anschauung, daß der reichsrätliche Polenklub als Emanation des Landtages fungiert; ferner das usuelle Einvernehmen zwischen dem Statthalter und dem Minister für Galizien einerseits und dem Polenklub andererseits, was erst während des Krieges eine teilweise Erschütterung erfahren hat; schließlich die faktische Gepflogenheit der Besetzung der Aemter durch Landeskinder. Dies alles im Vereine mit der Ausdehnung des Landes, seiner ethnographischen Lage und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, hat dem Lande eine Art Sonderstellung gegeben, so daß deren juristische Regelung erwünscht scheinen konnte.

Hiezu kommt der Umstand, daß bekanntlich seit Jahren, die Frage einer Reform der Autonomie überhaupt ventilert wird, teils mit Rücksicht auf die Grundfehler der Gesamtorganisation der österreichischen Verwaltung, nämlich ihr Doppelgeleise und die Nichtberücksichtigung der Größenunterschiede der Länder, teils mit Rücksicht auf das Verhältnis zwischen Staat und Ländern. Es war im Vorhinein klar, daß bei einer eventuellen allgemeinen Reform der Autonomie, Galizien schwerlich einer Gleichmacherei zum Opfer fallen könne. Auch mag nicht verhehlt werden, daß manche der bei verschiedenen Rundfragen über die künftige Gestaltung der Autonomie geäußerten Ansichten uns befremdeten; wir konnten uns der Befürchtung nicht erwehren, daß die erwünschte Entwicklung unseres Landes durch die eventuelle Realisierung solcher Ideen gefährdet werden könnte.

Man wäre über alle Schwierigkeiten hinweggekommen, wenn man für Galizien unter Anschluß der dem russischen Reiche entzogenen Gebiete eine gemeinsame staatsrechtliche Form gefunden hätte, wie seinerzeit davon die Rede war. Die Eventualität einer solchen Erweiterung des Habsburgischen Staatenkomplexes ließ aber in deutsch-österreichischen Kreisen die Befürchtung einer Verschiebung parlamentarischer Verhältnisse aufkommen. Um den Eintritt neuer polnischer Abgeordneten zu verhindern, faßte man lieber das Ausscheiden der galizischen Vertreter ins Auge; das sog. Pfingstprogramm lebte auf und uns erinnerte man an die galizische Resolution. Diese Gedanken wurden fortgesponnen, auch als schon die Angliederung Polens wegfiel.

Die Frage, wer die Initiative im entscheidenden Augenblicke ergriffen hat, möge derzeit unerörtert bleiben. Wir haben uns nur mit der Tatsache des denkwürdigen Kais. Handschreibens an Dr. v. Körber zu befassen, dessen Bedeutung sowohl vom polnischen, als auch vom österreichischen Standpunkte im Rahmen des gegenwärtigen Gesamtbildes der polnischen Frage ich schon gewürdigt habe.

Durch den Wortlaut welchen man — seiner Einleitung gemäß — im Zusammenhange mit der ganzen Polenfrage, wie sie sich heute für Oesterreich darstellt, beurteilen muß, sind Zweck und Grenzen abgesteckt. Wir haben das Handschreiben realpolitisch nämlich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten aufzufassen; die durch den Dualismus und durch die Zugehörigkeit Galiziens zum österreichischen Staate gegebenen Grenzen schließen eine extensive Auslegung aus; innerhalb dieser rechtlichen Grenzen liegt aber alles, was unter den Begriff der selbständigen Regelung aller Landesangelegen-

heiten fällt. Das Handschreiben enthält in dieser Beziehung nur die selbstverständliche Beschränkung, nämlich die Rücksicht auf das Gedeihen der Gesamtheit, d. i. des Staates; diese Beschränkung hat zwar keinen rechtlichen, sondern nur politischen Charakter, unterliegt somit keiner juristischen Interpretation, wohl aber politischer Beurteilung — was zwar verschieden, aber gleicherweise wichtig ist.

Dadurch erhalten Verfassungsjuristen und Politiker die Richtlinien, die vor extensiver, ebenso aber vor einengender Auslegung der Möglichkeiten schützen. Die Erwähnung der frontalen Bedeutung Galiziens und der sich daraus ergebenden Opfer, des Zusammenhanges seiner Autonomie mit der Bildung des polnischen Staates, an den es grenzt, ergänzen die Zweckbestimmung der geplanten Veränderung. Durch dieselbe soll ein sowohl vom österreichischen als auch vom polnischen Standpunkte erwünschter politischer Ersatz für die unterbleibende Verbindung mit Polen ermöglicht werden, mit Einschränkungen, die sich aus der weiteren Zugehörigkeit zur Monarchie ergeben; dieser Ersatz soll gleichzeitig das Zugehörigkeitsgefühl Galiziens politisch festigen. Die Erwähnung der frontalen Lage des Landes und der daraus hervorgegangenen Opfer ist wohl mit Recht als Absicht zu deuten, nicht nur die Kriegsschäden zu ersetzen, sondern auch die wirtschaftliche Kraft Galiziens zu heben und dem Lande eine Entwicklung zu sichern, die seine Opferkraft vermehren soll. Ist es so, dann kann es sich nicht ausschließlich um eine politische Erweiterung der Autonomie handeln, sondern ebenso um eine Ausdehnung wirtschaftlicher Freiheit, damit unsere Bevölkerung nicht etwa das Gefühl empfinde, daß wir nur für den Kriegsfall die Front, im Frieden aber Hinterlandskolonie bilden.

Das Handschreiben hat dies — wenn auch nur andeutungsweise — viel zutreffender betont, als man es in gewissen Kreisen zu würdigen scheint. Manche Politiker stellen sich die Sache vom Standpunkt ihrer subjektiven Postulate so vor, daß sie vornehmlich unser Ausscheiden aus dem österreichischen Reichsrath wünschen, die Konsequenz aber außer Acht lassen, daß insoweit wir ausscheiden, im selben Maße auch die Kompetenzen verschoben werden müssen. Wenn man uns etwa jene politischen Rechte einräumen wollte, die z. B. Kroatiens Vertreter im ungarischen Reichstage haben, so ist gerade die Unzulänglichkeit der kroatischen Konstruktion negativ lehrreich. Namentlich für das „Gedeihen“ des Ganzen, also für jene politische Grenzbestimmung des Kais. Handschreibens, würde mir die Nachahmung der kroatischen Konstruktion schon deshalb ungenügend erscheinen, weil seither die politische Begriffswelt eine enorme Erweiterung erfahren hat; man hat heute wesentlich andere Begriffe über den Zusammenhang wirtschaftlicher und sozialer Dinge mit den streng politischen; ebenso andere Begriffe über den Zusammenhang zwischen Gesetzgebung und Exekutive u. s. w. Daraus ergibt sich die Aktualität mancher Fragen, die vor 50 Jahren ungenügend erfaßt wurden. Insbesondere soll betont werden, daß die Erkenntnis der Totalität einzelner Rechtsgebiete und der Umfang der Landesangelegenheiten eben infolge der Erweiterung der politischen Begriffswelt heute ein anderer ist; das Kais. Handschreiben hat gewiß zweckbewußt von dem „vollen Maße“ gesprochen, als dessen rechtliche Begrenzung nur die Zugehörigkeit zum Staate erscheint. Auch der Zusammenhang mit der äußeren Lage, der zur Zeit der galizischen Resolution nur in allgemeinen Umrissen für die Zukunft vorschwebte, bei der Ordnung der kroatischen Frage aber überhaupt nicht in die Wagschale fiel, ist in diesem Falle so klar, daß der offiziöse Kommentar der

23
190

„Wiener Zeitung“ vom 5. November 1916, ausdrücklich auf den politischen Zusammenhang zwischen der Entstehung des polnischen Staates und der Notwendigkeit der Anpassung Galiziens verweist. Dadurch wird die innerpolitische Frage gleichzeitig zu einer Frage der auswärtigen Politik und erfährt jene inhaltliche Vertiefung, die der Gesamtlage entspricht.

Somit hätte sich die **Präzisierung**, die der Regierung obliegt, vom Standpunkte des Kais. Handschreibens in zwei Richtungen zu bewegen:

1. **Nach Außen** müßte die Anpassung in der Erleichterung des Verkehrs zwischen dem österreichischen Galizien und Polen Ausdruck finden, wodurch der gewiß im österreichischen Interesse gebotene innige Kontakt Polens mit der Monarchie zu sichern wäre. Es ist zu bedenken, daß Polen in einen wirtschafts-politisch neuen Lebensabschnitt treten soll, daß bisherige — wenn auch politisch odiose — Verbindungen zu lösen und neue anzuknüpfen sind. Wenn daher die Monarchie an ihrer Rolle in der Westslavenfrage festhalten soll — und das soll sie — so muß sie darauf Gewicht legen, daß zwischen ihr und Polen die allerinnigsten Beziehungen bestehen, weit mehr, als sie durch die übliche internationale Bindung gewährleistet werden könnten. Wenn voraussichtlich Deutschland dem polnischen Wirtschaftsleben Handelsfreiheit und Zugang zu seinen Ostseehäfen einräumen wird, so muß auch Oesterreich für den Verkehr mit Polen, der sich natürlich über Galizien bewegen wird, analog günstige Formen finden; ja sogar bessere, weil der wirtschafts-politische Zusammenhang Galiziens und Polens seit jeher ein sehr enger war, und weil Oesterreich an der Gesamtentwicklung der Polenfrage intensiver beteiligt bleibt und bleiben soll, als jeder andere Staat.

2. **Nach Innen** sollte die Verwirklichung des Kaiserlichen Handschreibens eine so geartete Entwicklung sichern, daß auch die öffentliche Meinung der gesamten west- und südslavischen Welt in der Lösung der galizischen Frage einen neuerlichen Beweis des unveränderten Interesses der Habsburgischen Monarchie für die Polenfrage erblicke und einen Beweis, wie günstig die Tätigkeit Oesterreichs auf diesem Gebiete zu sein vermag.

Positiv kommen hier: A) staatsrechtliche und B) wirtschaftliche Probleme in Betracht, außerdem C) neue Aufgaben.

A) Es ist klar, daß wenn die galizische Vertretung aus dem österreichischen Reichsrat ausscheiden soll, was übrigens im Kaiserlichen Handschreiben nicht vorgesehen ist, ihre Rechte und Pflichten anderwärts ausgeübt werden müssen; der Bevölkerung muß die Summe ihrer politischen Rechte gesichert bleiben. Aus dem Ausscheiden der galizischen Vertretung aus dem Reichsrat, ergibt sich die Frage nach der Aufteilung der Kompetenzen zwischen Landes- und Reichsvertretung, sowie die weitere Frage, wie diese Kompetenzen auszuüben wären.

Für die Aufteilung der Kompetenzen erscheint die ehemalige galizische Resolution, insbesondere aber auch der im Reichsrat am 13. Juni 1872 eingebrachte Regierungsentwurf, durch das im Kais. Handschreiben verheißene „Volle Maß“ überholt, obwohl es bemerkenswert bleibt, daß sogar die angeführte Regierungsvorlage, die nur Zugeständnisse umfaßte, wie man sie eigentlich allen Kronländern eventuell einräumen konnte, dennoch wichtige legislative Stoffe der Landes-

gesetzgebung überlassen wollte. Ein „volles Maß“ der für das Land erwünschten und mit der Staatszugehörigkeit verträglichen Kompetenz könnten wir heute darin deshalb nicht finden, weil die einzelnen Rechts- und Lebensgebiete heute so sehr ineinander greifen, daß es unmöglich scheint, eine Kompetenzscheidung auf lose Kapitel zu beschränken. Es müßte vielmehr ein Prinzip aufgestellt werden; ich glaube daß man grundsätzlich der Reichsvertretung nur dasjenige vorbehalten sollte, was mit dem Staatsinteresse zusammenhängt; alles übrige, nämlich alles was unter den Begriff der Landesangelegenheiten fällt und worüber der österreichische Reichsrat bisher ohne Rücksicht auf Ungarn und ohne Rücksicht auf internationale Verträge legislieren konnte, wäre prinzipiell dem galizischen Vertretungskörper zu überweisen. Es wäre nach meiner Ansicht theoretisch doch kaum denkbar, daß wir z. B. über eine lose zivilrechtliche Frage im Landtage beraten, während eine andere damit zusammenhängende dem Reichsrat vorbehalten bleibt, oder daß wir im Landtage über Versicherungssachen beschließen, während z. B. die Arbeitsversicherung dem Reichstage angehört; oder daß unser Landtag für das Polizeistrafrecht kompetent wird, aber die Regelung der Sanitätspolizei dem Reichsrat überlassen bleibe; oder daß das Straßenwesen dem Landtage, andere Verkehrsfragen aber dem Reichsrat bleiben, aus dem wir ausscheiden.

Ebenso müßte die Einrichtung der Behörden, die alle diese Landesgesetze zu handhaben hätten, dem Landtage und der vor ihm verantwortlichen Landesregierung zufallen. Wenn nämlich unsere Vertreter entweder gar nicht oder nur in gewissen Dingen an der Staatsvertretung, vor der die Staatsregierung verantwortlich ist, beteiligt wären, so könnten sie der Staatsregierung gegenüber nicht autoritativ auftreten. Daher die Notwendigkeit einer vor dem Landtage verantwortlichen Landesregierung. Aber die Landesregierung könnte doch nur dann ihre Verantwortung tragen, wenn sie auf den betreffenden Gebieten von der Staatsregierung geschieden wäre.

An die Kompetenzscheidung schließt sich die Frage der Ausübung der geschiedenen Kompetenzen an. Für die dem Lande zufallenden Rechtskreise ist die Frage leicht zu lösen. Schwerer gestaltet sich die Ausübung der Kompetenzen der gemeinsamen für ganz Oesterreich und für Oesterreich-Ungarn bestimmten Vertretungskörper, an deren Zusammensetzung und Autorität Galizien ebenso interessiert wäre wie heute. Ohne eine Form vorzuschlagen bemerke ich, daß man diese Frage entweder nach dem Vorbilde des engeren und weiteren Reichsrates, oder durch Schaffung eines neuen österreichisch-galizischen Reichstages mit gerechtem Anteil Galiziens lösen könnte; am wenigsten schiene mir die gegenwärtige österreichische Delegation geeignet; sie ist zu wenig zahlreich und könnte sich kaum zu einem gesetzgebenden Körper entfalten.

Damit wäre aber der politische Teil des Problems noch nicht erschöpft. Die Scheidung der legislativen Kompetenzen ist nur dann praktisch, wenn auch die ausübende Gewalt einer analogen Scheidung unterzogen wird, was ja ohnehin mit der Verantwortlichkeit der Regierung zusammenfällt. Mit dem Wegfall unserer Teilnahme am Reichsrat müßte in allen einschlägigen Dingen ebenfalls die ausübende Kompetenz der Zentralbehörden wegfallen, die dem Reichsrat verantwortlich sind. Schwieriger würde sich aber auch in der Exekutive die Behandlung derjenigen Agenden gestalten, die nach wie vor gemeinsam bleiben würden. Diese Frage könnte entweder durch direkte Ingerenz der Zentralbehörden, denen für diese Agenden die Landesbehörden unterstellt wären, oder durch

24
191

Schaffung eines übertragenen Wirkungskreises der Landesbehörden gelöst werden. Ich glaube, daß die zweite Lösung passender wäre; sie würde der Staatshoheit gerecht werden, ohne die Behörden des Landes in eine zwitterhafte Lage zu bringen und ohne die Verantwortlichkeit der Staats- und Landesregierung so zu komplizieren, daß entweder keine oder beide verantwortlich wären.

Dieser Überblick zeigt, daß es sich vom Standpunkte des politischen Problems wesentlich um die Entscheidung folgender Fragen handelt:

- a) Auscheidung der legislativen Kompetenz der Landesvertretung;
- b) Bestimmung des Vertretungskörpers für die auch nachher gemeinsamen Angelegenheiten;
- c) Regelung der Landesexekutive;
- d) Regelung der Exekutive für die auch nachher gemeinsamen Agenden und Verbindung beider.

B) Die wirtschaftlichen Probleme sind viel komplizierter, da hier fortwährend neue und veränderliche Erscheinungen auftauchen. Überdies ist zu bemerken, daß wohl nichts so ungerecht beurteilt worden ist, wie die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit Galiziens. Die Sage von unserer Passivität erhielt sich so hartnäckig, daß sogar wir selbst daran glaubten. Noch heute fällt es schwer zu unterscheiden, inwieweit sich Wahrheit und Dichtung auf diesem Gebiete kombinieren und wen die Schuld trifft, wenn die glänzenden wirtschaftlichen Vorbedingungen Galiziens dem Staate nicht den erwünschten Nutzen brachten. Doch wollen wir nicht nach rückwärts, sondern lieber nach vorwärts blicken. Ich glaube erklären zu dürfen, daß wir wirtschaftlich befähigt sind, in alle Konsequenzen der Betätigungsfreiheit einzutreten und jedes Risiko auf uns zu nehmen, wenn wir die wirtschaftliche Autonomie auf allen Gebieten erhalten. Ich bin sicher, daß wir zum „Gedeihen des Ganzen“ im Vergleiche mit der Zeit, wo man in der galizischen Resolution vom Staate einen Beitrag zu unseren Verwaltungskosten verlangte, nach Eintritt normaler Verhältnisse aktiv beitragen könnten. Dies sage ich natürlich auf Grund der Verhältnisse der letzten Jahren vor dem Kriege, nämlich auf Grund der tatsächlichen Einnahmen und der tatsächlich für das Land gemachten Aufwendungen sowie der damals vorhandenen Entwicklungsfähigkeit der Einnahmsquellen; die praktische Lösung wird freilich mit der derzeitigen Lage des Landes rechnen müssen.

Als Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Selbständigkeit würde ich z. B. die Finanzautonomie anführen, und zwar entweder das Recht freier Steuergesetzgebung oder das Recht wenigstens neben den im ganzen Staate geltenden Steuern separate Steuern und Gebühren zu beschließen und durchzuführen, was doch mit der Zugehörigkeit zum Staate verträglich wäre. Für die bestehenden Monopole müßte die autonome Finanzverwaltung die allgemeinen Grundsätze befolgen, es könnte jedoch prinzipiell das Recht, innere Monopole einzuführen, der Landesvertretung kaum verweigert werden.

Die Hauptsache würde auf diesem Gebiete eine den Verhältnissen angepaßte Ausnützung der Einnahmsquellen bilden. Ich nehme an, daß man bei rationeller Wirtschaft die Einnahmen der Domänen, Bergwerke, Salzwerke, u. s. w. anders gestalten könnte, namentlich, wenn man eine zweckbewußte Investitionspolitik einleiten würde, die bei erweiterter Autonomie dem Lande obliegen müßte. Zum Wohle der Gesamtheit könnte durch eine andere Meliorations-Gewerbe-

und Industriepolitik und durch eine unvoreingenommene Verkehrs- und Tarifpolitik die Leistungsfähigkeit des Landes um ein vielfaches gesteigert werden.

Ich muß es mir versagen die Mißgriffe zu erwähnen, die auf vielen dieser Gebiete zum Nachteile der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und des Staates begangen wurden, und zwar oft nur zu scheinbarem Vorteile der westlichen Länder, zu denen man uns dadurch in schädlichen Gegensatz brachte. Unser Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Kraft ist dadurch nicht vernichtet worden und ich glaube nicht, daß wir irgendwie die Staatsinteressen durch unsere Entwicklung beeinträchtigen würden. Im Gegenteil. Wenn also das Kais. Handschreiben die Rücksicht auf das Gedeihen des Ganzen betont, so müssen wir eben aus diesem Grunde eine volle wirtschaftliche Autonomie mit dem dazu gehörigen Gesetzgebungs- und Durchführungsrechte fordern.

C) Das Kais. Handschreiben stellt uns aber auch noch vor neue Aufgaben, die sich mittelbar aus der Erweiterung der Autonomie ergeben. Die Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung erfordert:

1. Die Lösung nationalpolitischer und 2. verwaltungsrechtlicher Probleme. Die Verbindung beider ist jedem klar, der sich zu der Wahrheit bekennt, daß eine gute Verwaltung die beste Politik ist.

ad 1.) Nachdem die Einheit des Landes gegen alle Teilungsabsichten, deren Vorgeschmack uns Graf Bobrinskij gab, sichergestellt erscheint, kann das Zusammenleben von Polen und Ruthenen eine neue Basis erhalten. Einen Anhaltspunkt bietet die Wahlreform, die wir im Landtage 1914, beschlossen haben. Es wäre daher die Schaffung einer nationalen Kurie im Landtage, sowie ein nationaler Kataster der direkten Steuern in Erwägung zu ziehen, weil dies die Grundlage für eine nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Verwaltungsgebiete und für gewisse Spezialzwecke bilden würde. Wir hätten, wenn unzweckmäßige Einmischungen ausbleiben, so daß Ruthenen und Polen sich als gleichberechtigte und an dem Lande gleicherweise interessierte Staatsbürger fühlen, dies nicht zu fürchten, da wir niemals zu einer Geringschätzung der Ruthenen neigten, sondern nur die Ueberschätzung abwehrten. Namentlich jene Ueberschätzung, die sich auf die Annahme gründete, als ob es möglich wäre, von Oesterreich aus, die bisher noch leider ganz unkonsolidierte „Ukraine“ zu magnetisieren.

Dem Zwecke dieses Referates gemäß, muß ich es mir versagen, auf die Ruthenenfrage speziell einzugehen.

ad 2.) Die verwaltungsrechtlichen Probleme würden die Neuordnung oder Abstellung des Dualismus in der Verwaltung, die Schaffung zahlreicher Verwaltungsgebiete, territorialer und sachlicher Art, u. s. w. betreffen — alles Dinge, die nach Außen hin weniger auffallend, aber für die Entwicklung wichtig wären.

Ich konnte natürlich nur skizzenhaft vorgehen, weil ja nichts feststeht und der Regierungsentwurf fehlt. Sie werden begreifen, daß ich von meinem Standpunkte bestrebt sein mußte, Ihnen vor allem die inneren Zusammenhänge darzulegen, aus denen sich die einzelnen Richtlinien ergeben und auf die sich eine Gesamtaufassung stützen kann. Dies schien mir wichtiger, als das Eingehen auf Details, die — wie ich mehrfach bemerkte — praktisch verschiedenartig ausgestaltet werden können. Ich möchte mich der Hoffnung hingeben, daß Sie meiner Gesamtaufassung das Zeugnis

nicht verweigern werden, daß dieselbe die polnischen Interessen nicht einseitig behandelt, sondern in engster Verbindung mit der Zugehörigkeit zur Monarchie.

Sie werden aber auch wahrgenommen haben, daß ich nichts parteiisch zugeschnitten und keine vagen Zukunftspläne entwickelt habe, weil sich die Interessengemeinschaft ohnehin aus der historischen Logik so scharf ergibt, daß man nach meiner Meinung kaum zu einer anderen Gesamtauffassung gelangen kann, höchstens auf Umwegen und mit Argumenten, die man weder aus früheren Erfahrungen noch aus den gegenwärtigen Zuständen ableiten könnte.

Da ich nicht namens eines von der Politischen Gesellschaft gewählten Ausschusses referiere, kann ich nur eigene Erwägungen, aber keine Anträge vorlegen. Sollte nunmehr eventuell durch eine Debatte eine Präzisierung angestrebt werden, so wäre es mir eine Genugtuung, vielleicht in bescheidenem Maße für die Debatte vorgearbeitet zu haben.

Wiedeń 20/2 1917

186
193

Nasza Excellence!

Przelewnościem ponawiam
wynagrodzenie z powodu śmierci
i. p. Prof. Bernego, Emblemy
abstrakcyjnym z Maty, gdzie
wówczas system, do Krakowa,
więc nie wiem czy już dostał
do rąk Waszej Excellence. -

Nie wiem jak wypadł
ład Excellence o tym adreście,
Ełdrego tekst Excellence usta-
tem zasłony prestat. Sądzi,
że Excellence prekonuje się
raczej, iż opowiadania są, nie-
prawdowe. Powinno być
aż systemy adreście się
w Cracovie, więc nie będę

cekat loica wysluci, w której
fabryka i podrywowa kutu-
pretacja (zwiazana Redicha)
zawsta wrocie i stue orgie;
zamiernam przewoni obraru
a powrotu z wrocie sprastawa-
nie, które zatycram.

Raery Excellence przyje
wzary kaptelowej wci, z palę
parostaję zawore i wrocie
obdany waga

Super Kaban

58 1894

Ich habe mir das Wort nur zu thatsächlichen und gleichzeitig persönlichen Bemerkungen erbeten, hätte auch ansonsten vorläufig noch keinen Anlass, an dem Meritum meiner Ausführungen irgend eine Aenderung vorzunehmen.

Aus der übergrossen Stoffanhäufung in meinem Referate und aus den Kürzungen, die ich während des Vortrages mit Rücksicht auf die Zeit machen musste, können sich Unklarheiten ergeben haben, ~~könne~~, oder perspektivische Mängel; die daraus etwa hervorgehenden Vorwürfe müsste ich rückhaltlos hinnehmen, da natürlich in dieser Beziehung die Schuld nur mich treffen würde."

In Form einer thatsächlichen Berichtigung aber muss ich ~~aber~~ mit Nachdruck feststellen, dass ich den inneren Zusammenhang zwischen der polnischen Frage und den wichtigsten europäischen Fragen betont habe; ich sage wörtlich, dass wir auf den Zusammenhang unserer Existenz mit den Interessen Europas stolz sind und nichts anderes wollen, als dass man die polnische Frage konsequent vom Standpunkte Europas beurtheile und löse.

Ich glaube ganz besonders die bis zur Identität reichende Verwandtschaft der Aufgaben Oesterreichs und Polens im Osten sehr genau hervorgehoben zu haben; Ich habe überhaupt keinen Theil der polnischen Frage isolirt, sondern darauf Gewicht gelegt, alle Theile derselben in den engsten realpolitischen Konnex mit den gegebenen Möglichkeiten zu bringen.

Ich muss also die auf meine vermeintliche Einseitigkeit in der Auffassung der Polenfrage sich beziehenden Vorwürfe auf ein Missverständnis zurückführen, das ich in meinem Interesse gewiss bedauere,

aber auch ablehne, weil es meinem ganzen Gedankengange widerspricht. Aus welchem Theile meines Vortrages dieses Missverständniss hervorgegangen ist, sein kann, ist mir unerfindlich.

Thatsächlich berichtige ich weiters, dass ich für die Interpretation des kais.Handschreibens nur jene Grundsätze in Anwendung brachte, die für die wissenschaftliche Quellenkritik dogmatisch und rechtshistorisch üblich sind. Ich war bestrebt, die durch den Text gegebenen Grenzen theoretisch festzustellen, sowohl gegen eine extensive, wie auch gegen eine restringirende Auslegung. Ich habe zum Schlusse nochmals ausdrücklich gesagt, dass ich keine Anträge bringe, sondern nur die durch das kais.Handschreiben gegebenen Möglichkeiten auf jene theoretische Basis stelle, die sich in die Formel einkleiden lässt, dass insoweit die galizische Vertretung aus dem Reichsrath ausscheidet, im selben Maasse auch die einschlägigen Kompetenzen an die Landesvertretung übergehen müssten. Die weitergehenden Folgerungen und namentlich deren Präzisierung sind Eigentum des betreffenden Herrn Opponenten und ich muss um gerechte Unterscheidung dessen bitten, was ich gesagt habe, von demjenigen, was missverständlich mit meinem Referate verknüpft wird. Ich hätte niemals geglaubt, dass Missverständniss so weit gehen könne; ich ~~glaube~~ ^{habe} den Eindruck, als ob namentlich der letzte Herr Redner seine subjektiven Befürchtungen in mein Referat hineininterpretirt hätte.

Gestatten Sie mir schliesslich an diese thatsächlichen Bemerkungen, die vielleicht zur Klärung der weiteren Debatte beitragen können, eine persönliche zu knüpfen. Ich muss dem Unrechtgeföhle Ausdruck geben, das ich empfand, da mir der Vorwurf des Undankes gegenüber der Monarchie gemacht wurde.

Ich muss mich dagegen sehr entschieden wehren, so peinlich es mir ist. Ich habe meinen Glauben an Dynastie und Staat, an die hohe Mission der Monarchie wie er allen-treuen Staatsbürgern gemeinsam ist, gerade als Pole durch neue Argumente bekräftigt; habe ich doch insbesondere auch bei Besprechung des kais.Handschreibens gesagt, dass dadurch das politische Zugehörigkeitsgefühl Galiziens gefestigt werden soll; ich habe auch bemerkt, warum mir das diesem Handschreiben zugrunde liegende Wohlwollen des Monarchen als ein politisches Aktivum Oesterreichs für Gegenwart und Zukunft erscheint. Eine irgendwie geartete Anzweiflung meiner Ueberzeugung von der für alle Theile erspriesslichen führenden Rolle der Monarchie in der Polenfrage berührt mich so schmerzhaft, dass ich sie in der entschiedensten Weise ablehnen muss.

Ich hoffe, dass ich mich nach dieser Erklärung gegen diesen Vorwurf, den ich niemals und am allerwenigsten hier erwartet hätte, in meinem Schlussworte nicht mehr zu wehren haben werde.

Ejodschew Alexander 77

RUSSISCHE REVOLUTION UND POL-
NISCHE FRAGE.

Die von Belien und Polen so oft und so beharrlich voraus-
gesagte russische Revolution ist endlich eingetreten, aber wie
beinahe selbstverständlich, nicht gerade in der Form, in der
sie in letzter Zeit in diesen Kreisen erwartet wurde. Man rech-
nete, nicht ohne bestimmten Anhaltspunkt, zunächst mit einer
Palastrevolution und dann erst mit einer Entfesselung der
Strassenrevolution durch diese. Die Rolle, die hierbei bestimm-
ten mit Namen genannten Mitgliedern der Zarenfamilie zugeschrie-
ben wurde, scheinen tatsächlich neben der Hungersnot deraeng-
liche Gesandte Buchanan und der Hauptvertreter Englands auf der
Petersburger Antontekonferenz, Lord Milner, gespielt zu haben.
Man erinnert sich wohl noch, dass vor kurzem Buchanan in eng-
lischen Zeitungen Mangel an Entschiedenheit vorgeworfen und
die Entsendung einer kräftigen Persönlichkeit zur fortgesetzten
Einwirkung auf Russlands innere Politik im Sinne Milners ver-
langt wurde. Nicht dass den englischen Staatsmännern die Blind-
heit ausstrauen wäre, mit vollem Bewusstsein die Revolution
entfesselt zu haben. Schon die vor Senaten von Buchanan vollzo-
gene kühne Wendung, wonach nicht mehr Russland als Ganzes, son-
dern nur noch die liberale Partei als Bundesgenosse Englands
erschien, war sicher nicht freiwillig, sondern durch die Furcht
aufgedrängt, im andern Falle sich Russland durch einen Seps-
ratfrieden entschlöpfen zu sehen. Der wachsende Druck dieser
Besorgnis und die zunehmende Schwäche der russischen Regierung
hat dann von selber dahin geführt, mit dem Schreckbild der Re-
volution, die offenbar als blosser Wechsellagerung zugunsten der
liberalen Kriegspartei gedacht war, dem Zaren zur Berufung ei-
nes Ministeriums ^{näre} Miljukow zu drängen. Die Drohung ist mit Rus-
hilfe der Sozialrevolutionäre zu gut gelungen und der für Antente
verhängnisvolle Zusammenbruch ist da.

Darüber dürfen uns auch die möglichst rosenrot, in der

Farbe aller beginnenden Revolutionen, gefärbten Berichte aus englischer oder gar französischer Quelle nicht täuschen. Wenn es schon in ruhigen Zeiten unmöglich gewesen wäre, eine so ungeheure und im Grunde lockere Masse wie Russland ohne tiefgehende Brüche und Spaltungen im Ganzen umzuwälzen, kann dieser Versuch inmitten der durch den Krieg hervorgerufenen Erschütterungen aller Verhältnisse nur in vollkommener Auflösung enden. Den neuen Girondisten, die nicht erst wie die französischen zu ihrem Verderben den Weltkrieg zu entfesseln brauchen, ist wohl sogar der Wahnsinn zuzutrauen, zur augenblicklichen Rettung von der drohenden Hungersnot mit ihrem Gefolge sozialer städtischer Umwälzungen die zurückhaltenden Vorräte der Bauern anzugreifen und damit die ungeheuren dunkeln Kräfte zu entfesseln, vor deren Losbruch gegen die heissbegehrten Güter des Adels alle Schrecken der französischen Revolution verblasen werden. Auch die Erklärungen der Führer an der Front, so günstig sie klingen mögen, sind drohend durch leichte Abweichungen und durch das Schweigen anderer. Selbst die Militärdiktatur des Grossfürsten Nikolaus, der einzige festere Haltepunkt in dem furchtbaren Wirrwar, wird, wenn sie kommt, die natürliche Entwicklung nicht lange aufhalten. Spätestens die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung - mit allgemeinem gleichem Wahlrecht! - müssten zum entscheidenden Zusammenstoss zwischen ihm und der sozialen Revolution führen. Bezeichnend ist, dass gerade sein Name und der seines Kandidaten für den Thron, des 25-jährigen Grossfürsten Dimitri Paulowitsch, des Mörders Rasputins noch kaum genannt werden ist. Soviel ist gewiss, dass um die Ähnlichkeit mit der französischen Revolution zu machen, es der Zarenfamilie und zwar an mehr als einem Egalité nicht fehlt.

Uns geht vor allem die Wirkung auf die auswärtige Politik und auf den Krieg an. Und da ist es an sich ein ausserordentliches Vorteil, dass wir im Augenblick einer derartigen Veränderung zwar nicht die Hände frei haben, aber doch mit einem Millionenheer mitten in Russland stehen. Aber noch weit darüber hinaus nimmt diese Umwälzung und ihre Folgen eine ungeheure

Sorgenlast von unseren Schultern und lässt uns seit drei Jahren zum ersten Mal wieder freier atmen. Trotz aller hochklingenden Jubelfestreden unserer Gegner ist kein Zweifel, dass dies endlich der lange und bei der Unnatur des Gegenbundes und der inneren Schwäche mancher seiner Glieder eher auf ihrer Seite zu erwartende Zufall ist, dessen Eintreten der furchtbaren Prüfung bis in das Herz und in die Nervenkräfte ein Ende macht. In dem veränderten Ton unserer Feinde im Westen werden wir es bald bemerken. Wieder wie in siebenjährigen Kriege kommt das Keil von Osten und von Russland her!

Nicht das jede Gefahr für uns damit verüber wäre! Irgendein plötzlicher Windstoss kann die Kugel mit verstärkter Gewalt nach unserer Seite wälzen. Sicher ist nur, dass sie an unserem Widerstand sich brechen und wieder zurückrollen wird. Und ehe der furchterliche Hexenkessel der Russland in den nächsten Jahren sein wird, von neuem brodeln und überzukochen droht, ist die europäische Krise längst beendet und gegen Osten die unüberschreitbare Mauer aufgerichtet, die unseren Gewinn an Land und Verbündeten sicher einhegt.

Auch wenn wir die im letzten Jahre mehr als einmal nahe Möglichkeit eines Friedens und Bündnisses mit Russland mit dem wirklich Vorgefallenen vergleichen, ist die neue Wendung für uns günstiger. Nicht nur hätten wir den Frieden mit Opfern auf Kosten unserer ferneren Zukunft bezahlen müssen; das Bündnis eines so im Innersten serrüttelten, bei aller scheinbaren Ähnlichkeit uns innerlich so entgegengesetzten Staates hätte sich vermutlich als wertlos, oder kompromittierend erwiesen. Ob mit dem revolutionären Russland überhaupt ein Frieden möglich ist, ob wir uns begnügen werden müssen, einseitig die Grenzen zu ziehen und zu befestigen, die für uns die Zukunft sichern, ohne Russland Lebensinteressen tödlich zu verletzen, kann jetzt niemand voraussagen. Diese notwendige aber auch ausreichende Grenze wäre die Düna bis an die Ostspitze von Kurland mit vorgeschobenen Brückenköpfen in Riga und Dünaburg / bei freier Schifffahrt auf der Düna für beide Teile / eine Linie von hier

bis zur Ostgrenze von Galizien und der Dniestr von der galizischen Grenze bis zum Meer. Darüber hinaus würde eine vorübergehende Pfändnahme von Livland und Estland, vielleicht von Finnland im Zusammenwirken mit Schweden und von Odessa zur Sicherstellung unserer Ansprüche in Frage kommen : im Fall der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vielleicht auch ein weiteres Vorgehen bis Kiew, um sie bei ihrer Organisation zu beschirmen .

Die naheliegende Versuchung, in Russland das allgemeine monarchische Interesse zu verteidigen und eine früher befreundete und verwandte Dynastie zu retten, muss im Augenblick vor dringenderen nationalen Rücksichten zurücktreten. Ob wir später in die Lage kommen werden, zugleich die Dynastie und eine bessere Zukunft für Russland durch eine vernünftige Verfassung zu sichern, muss die Zukunft lehren. In dem Augenblick dürfen wir wohl auch mitten in dem Treiben und Drängen des Tages still werden-, um ein weltgeschichtliches Malien zu vernehmen :

" Lass eine Zeit noch häufen Schuld auf Schuld,
Sich dehnen und erweitern den Kolossen,
Im Sonnenschein des Glückes eitel schwimmern,
Umfassen eine halbe Welt - Geduld !
Ihn wird der Zorn des Himmels doch zertrümmern,
Gott heisst Vergeltung in der Weltgeschichte
Und lässt die Saat der Sünde nicht verkümmern."

/ Helejev, 1825 als Dekabrist gehängt, in der Uebersetzung von Chamisso ./

Auch im Innern sind wir auf die unvermeidlichen Fernwirkung der russischen Bewegung erträglich vorbereitet. So wunderbar es klingen mag, ist ein mächtiges Anwachsen der konservativen Anschauungen als ihre Folge so bestimmt vorauszusehen, wie sie ein klarblickender Beobachter beim Ausbruch der französischen Revolution hätte vermuten können ; nur der beschleunigenden Wirkung des grossen Krieges und der russischen Revolutionsreife wegen in unvergleichlich kürzerer Zeit als damals. Die Nachflut des demokrati-

sehen Geistes in England, Frankreich und Amerika, die durch den Krieg noch weiter verstärkt zu werden schien, mit ihrem Gefolge von Diktatur, geistiger Verfolgung und Sklaverei der Politik im Dienste von Sektenfanatismus oder wirtschaftlichen Interessen, wird einer Ebbe zugunsten der auch dort vorhandenen und ebenfalls schon vor den Krieg im mächtigen Aufsteigen begriffenen aufbauenden und gestaltenden Kräfte Platz machen. Zum Vorteil der deutschen Macht und des deutschen Gedankens!

In der polnischen Frage können wir heute trotz mannigfache Bedenken gegen unser bisheriges Verfahren, im Licht der neuesten Ereignisse doch nur mit Befriedigung feststellen, dass wir damit im Gansen auf dem richtigen Wege waren.

In wieviel schlechterer Lage wären wir mit einem unzufriedenen Polen im Rücken gegenüber einer Bewegung, die mitten zwischen schroff nationalistischen Anwendungen zweifellos auch plötzliche Schwankungen nach der entgegengesetzten Seite, weitgehender Nachgiebigkeit gegen die Bestrebungen der Fremdvölker, bringen wird; besonders wenn sich damit die auswärtige Propaganda, die Lieblingswaffe revolutionärer Regierungen, verbinden lässt. Mit der Dynastie der Romanows kommt eines der stärksten Bänder in Wegfall, durch die der russische Nationalismus das versprochene /die in Petersburg tagende Kommission zeigt durch ihre Zusammensetzung mit welcher Aufrichtigkeit/, einige und freie Polen in Wirklichkeit an Russland festzuhalten gedachte! Umso bedauerlicher ist, dass wegen innerer, im Augenblick im wesentlichen überwundener Schwierigkeiten, noch immer kein grosses polnisches Heer als festes Rückgrat einer ernsthaften Staatsbildung, zur Verteidigung und vorkommendenfalls zum Angriff gegen russische Bedrohungen bereitsteht.

Aber ein Zeitpunkt wie dieser, der Kühnheit verlangt, gestattet auch Kühnheit, und wenn anstatt der bisherigen Notbehelfe mit Vorbehalten auf beiden Seiten es eine durchgreifende und auf die Dauer befriedigende Lösung der polnischen Frage gibt, dürfen auch die grössten Schwierigkeiten auf dem Wege dahin nicht als unüberwindliche Hindernisse

gelten. Und die Vorgänge in Russland sind gewiss am wenigsten gemacht, irgendjemand mit dem Gefühl politischer Verantwortung in dem Aussprechen einer rein persönlichen Auffassung über die polnische Frage Zurückhaltung aufzuerlegen.

Diese Lösung, auf die bereits in einem jüngst an dieser Stelle erschienenen Artikel hingedeutet wurde, ist die Personalunion mit Preussen. Obwohl sie in der öffentlichen Erörterung noch gar nicht berührt worden ist und in der Einzelbesprechung mit Deutschen wie mit Polen zwar nicht unbezogen, aber ausgesprochenem Unglauben und Zweifel zu begegnen pflegt, ist damit nicht gesagt, dass sie, einmal von autoritativer Seite aufgenommen, nicht nach allen Richtungen die überlegene Werbekraft ihrer Vorzüge vor allen anderen vorgeschlagenen Lösungen bewähren würde!

Ehe die preussische Politik ihre entscheidende Wendung zum Deutschen Nationalstaat nahm, ist dieser Gedanke mehr als einmal auf preussischer und auch auf polnischer Seite aufgetaucht. Die protestantische Konfession war immer ein erstes Hindernis; dagegen musste das Beispiel von Oesterreich und Ungarn eine ähnliche Lösung für Preussen und Polen natürlich erscheinen lassen. Schon der grosse Kurfürst trat in den Wirren nach der Schlacht bei Warschau neben vielen anderen als Bewerber um die polnische Krone auf; der französische Gesandte im Grossherzogtum Warschau, Abbé du Praët, will Napoleon 1812. auf seine ungeduldige Frage, was die Polen den eigentlich wollten, geantwortet haben: "Preussen wollen sie werben". / Nach der Schlacht bei Jena war allerdings von dem geschwächten Preussen eine Germanisierungspolitik weniger, als sonst zu fürchten, während seine strenge Ordnung dem polnischen Staatswesen eine feste Anlehnung versprach. / Auf preussischer Seite hatten sich unter Friedrich Wilhelm II. besonders nach der zweiten Teilung und der Angliederung Kongress-Polen ähnliche Gedanken geregt; auch Bismarcks Vorschlag an den alten Kaiser Wilhelm, seine Enkel polnisch lernen zu lassen, weist nach derselben Richtung,

wohin auf eine Annahme seines Angebots an Oesterreich nach der beiderseitigen Mobilmachung 1866. zur Teilung von Deutschland nach der Mainlinie und gemeinsamer Wiedereroberung von Elsass Lothringen früher, oder später geführt hätte. Die Polen allerdings haben, soviel man weiss, jedesmal nur in den letzten Not nach dem Scheitern ihrer Aufstandsversuche den Blick auch nach dieser Seite gerichtet; doch ist in polenr Adelskreisen mit höfischen Verbindungen der Gedanke manchmal flüchtig und ohne weiteren Folgen berührt worden.

Allen diesen Reibungen schien die Begründung des Reiches für immer ein Ende zu machen. Zu dem deutschen, als solchen stand dem Polen der Weg noch weniger offen, als zu dem Moskowiter. Aber ist denn Preussen wirklich seitdem mit seinem Dasein und ohne jeden Vorbehalt in die nationale Richtung aufgegangen? Gibt nicht allein schon der Zusatz von 4. Millionen fremdsprachiger /vorwiegend Polen/ ihm neben seiner deutschen Führerstellung, die immer den Kern seines Wesens und die Quelle seiner lebendigen Kraft bleiben muss, eine eigentümliche Färbung, die als Ergebnis einer langen Geschichte durch noch so berechtigte und fromme Wünsche nicht auszulöschen ist; so wenig, wie für die Polen der überwiegend deutsche Charakter von Schlesien, Westpreussen und trotz des Zahlenverhältnisses sogar von Posen. Warum sollte es also unmöglich sein unter Aufhebung des Artikels der Reichsverfassung, der die Vereinigung mit einem fremden Staate ihm in irgendeiner Form verbietet, Preussen gleichsam als Kantonal von Deutschland mit der selbständigen Ordnung der den übrigen deutschen Staaten ferner liegenden und schwer übersehbaren Verhältnisse jenseits der östlichen Reichsgrenzen, von denen zugleich die Sicherheit des ganzen Reiches in solchem Grade abhängt, zu betrauen? Nicht deutsche Kaiser, sondern der König von Preussen würde dann zu gleicher Zeit konstitutioneller König von Polen sein, der jedesmalige Kronprinz als sein Vertreter mit irgendeinem entsprechenden Titel in Warschau seinen Wohnsitz nehmen. /Polen würde damit den merkwürdigen Versuch machen,

immer von junger Herrschern regiert zu werden; der Königtitel wäre schon wegen der peinlichen Erinnerung an Heinrich III., der auf die Nachricht von seiner Nachfolge in Frankreich bei Nacht und Nebel Warschau verliess, zu vermeiden. Die preussischen Konservativen haben bisher als ausgesprochene Gegner unserer Regierungspolitik in Polen und als heimliche Anhänger einer neuen Teilung gegolten. Sollte eine solche weittragende Aussicht nicht ihren preussischen Ehrgeiz wecken? Ist nicht den Konservativen als Partei ein solcher kräftiger preussischer Ehrgeiz noch immer besser bekommen, als kleinliche Ungherzigkeit? Selbst ihre berechnete Absicht, Preussen nicht restlos in Deutschland aufgehen zu lassen, könnte nur in einer solchen eigentümlichen Aufgabe eine dauernde und durch ihren Nutzen für Deutschland gesicherte Unterlage finden.

Und selbst wenn sie die Dinge nur vom Standpunkt innerer Politik und ihrer Abneigung gegen den Reichskanzler und die Neuorientierung ansehen, mögen sie sich angesichts der russischen Ereignisse sagen, dass die Aufrechterhaltung des notwendigen konservativen Einflusses, nur noch durch Verbreiterung ihrer viel zu schmalen agrarischen Basis durch die konservativen Elemente des Bürgerturns, ja bis tief in die Arbeiterschaft hinein, wie es auf der anderen Seite die Liberalen erstreben, möglich sein wird, und das eine Nahrung der preussischen Eigentümlichkeit auch auf dem Gebiet des Wahlrechts nicht durch starrs Festhalten an veralteten Formen, sondern nur durch die praktische Widerlegung des allgemeinen Wahlrechts mittels eines zweifellos besseren und darum auch auf die Dauer auch volkstümlicheren / auf korporativer Grundlage / zu erreichen ist.

Für die Polen würden durch die Union mit Preussen, mit einem Schlage alle Schwierigkeiten der Eidesformel, des Oberbefehls im Frieden, der Besetzung der Festungen, die alle nur die Ausflüsse eines bei jeder halben Lösung natürlichen Misstrauens sind, mit einem Schlage verschwinden, da die einheitliche persönliche Spitze die notwendige Sicherheit in

sich selber trägt. Vor allem wären damit die Hindernisse für eine Ausdehnung des künftigen polnischen Staates nicht nur über Weiserrussland, wo bisher nur die Rücksicht auf Russland im Wege stand, sondern auch über Litauen und Kurland fortgeräumt und mit der Vereinigung fast aller Polen unter einem Herrscher, wenn auch nicht in einem Staat, ihre tiefste Sehnsucht, soweit es der Zwang der einmal gewordenen Verhältnisse überhaupt zulässt, erfüllt.

Unvermeidlich würde auch ihre Stellung innerhalb von Preussen durch eine Union zwischen diesem und Polen vollständig umgewandelt werden. Die Sprachenpolitik müsste im wesentlichen fallen, die polnische Kultur würde als grundsätzlich gleichberechtigt neben der deutschen ~~xxxx~~ anerkannt. Die ihre innere Überlegenheit im Königreich nicht weniger als in Preussen nur im freier Wettkampf geltend machen dürfte. Es wäre zum Beispiel denkbar, dass das polnische Theater zu Posen dieselbe staatliche Unterstützung erhielte, wie das deutsche. Dafür würden, wie schon in früheren Artikeln ausgeführt, den Deutschen /und anderen Fremdsprachlichen/ in Polen dieselben Rechte wie bei uns den Polen zugestehen sein. Die Ansiedlungskommission würde aufgehoben und in eine Staats- oder Reichsbehörde für Einwanderung und Ansiedlung mit den gleichen Befugnissen für Posen und Westpreussen wie für die übrigen Provinzen umgewandelt werden, wogegen den Polen die Ansiedlungstätigkeit mit privaten oder genossenschaftlichen Mitteln freizugeben wäre. Wahrscheinlich würde man zugleich den jetzigen nationalen Besitzstand nicht nur bezüglich der Bewohner sondern auch des Landes in irgendeiner Form sicherstellen, so, dass Verschiebungen sich auch verschieden starke Besiedlung und Aufteilung des Grossgrundbesitzes beschränken würde. Für weitere verständliche Wünsche des Ostdeutschen /Austausch polnischer Ansiedler mit deutschen Rückwanderern aus Polen /würde die Zustimmung der Polen schwer zu gewinnen sein. Ohne Aussicht darauf erscheint es aber gefährlich, mit einem Gedanken zu spielen, zu dessen Durchführung vielleicht selbst die Bismarck-

sche Energie nicht ausreichen würde. Vielleicht, dass besondere Vorteile auf den russischen Domänen in Weissrussland einen stärkeren polnischen Auswandererstrom anlocken und zugleich mit der natürlichen Anziehung des selbstständigen Nationalstaates für die polnische Intelligenz die allmähliche Verschiebung nach Osten wieder in Gang bringen würden, in der die ~~politische~~ geschichtliche Aufgabe der Deutschen gegenüber den Slaven im allgemein, wie für die Polen gegen die Russen nun einmal liegt.

Aber die polnische als allgemein osteuropäische nötigt noch zu ändern weit bedenklicheren und heikleren Fragen Stellung zu nehmen, wozu man dank dem Mut nur aus dem durch die russische Revolution, die auch die äusseren Hindernisse dafür aufhebt, mächtig gesteigerten Bedürfnis nach allseitig klaren und für die Zukunft abschliessenden Lösungen schöpfen kann. Und dann ist einem Freischützen auch wohl einmal ein Schuss über das Ziel hinaus und selbst daneben gestattet!

Ohne Zweifel ist die oben skizzierte Lösung auch neben einem autonomen Galizien in österreichischer Besitz im vollen Umfang durchführbar und kann für beide Teile befriedigend wirken. Bei der unvermeidlichen, wenn auch stillen Konkurrenz des Königreichs mit einem noch so unabhängig gestellten Galizien - die Einwendungen grosser österreichischer Parteien gegen zu weitgehende Selbständigkeit aus wirtschaftlichen Gründen sind bekannt - würde trotz des protestantischen Königs ja doch naturgemäss das erste in den Augen der Polen im Vorsprung bleiben! Die Polen selbst haben früher die österreichische Lösung auch für das russische Polen bevorzugt, die tatsächlich ein Aufgeben Galiziens durch Oesterreich bedeutet hätte, weil sie die grösstmögliche Menge polnischen Gebietes in einer Hand, sei es des österreichischen Kaisers, sei es eines Mitgliedes seines Hauses, vereinigt sehen wollten. Auch für uns wäre die letztere Lösung, wenn auch weniger erwünscht, als die Union mit Preussen, immerhin annehmbar, wenn nicht die Rücksicht

auf die Ueberlieferung des Kaiserhauses die unvermeidliche Stellung unter deutschen Oberbefehl ausschloesse / mit einem bayerischen, oder sachsichen Prinzen in Warschau, würde aber jenes Greifische Polen geschaffen, das trotz allem keine innere Gewähr der Dauer böte ; die dynastische Frage ist eben in Wirklichkeit eine prinzipienfrage. / Auch das Ausleihen eines preussischen Prinzen nach Berlin, um dort als König unter österreichischen Oberbefehl zu treten, würde dieses Hindernis nicht beseitigen. So entschloss sich Oesterreich seinerseits zum Verzicht, wovon die Proklamation des unabhängigen Königreichs die Folge war, und zur Autonomie von Galizien, und zieht daraus in Polen jetzt Schritt für Schritt die notwendigen Folgerungen. Von dem jungen Kaiser behauptet man, dass sein vollberechtigter Vorgesetzter an Regierungsanfang sich auch der polnischen Frage wiederzuwenden und eine Personalunion von Polen-Galizien mit Oesterreich-Ungarn / ein höchst verwickeltes Gebilde also / als Ziel ins Auge fasse. Aber die Polen selbst scheinen jetzt gegen eine solche Lösung Bedenken zu hegen. Bei aller Sympathie für Oesterreich - der einzigen aufrichtigen - führt die politische Einsicht sie immer mehr zu dem Ergebnis, dass die entscheidende Wahl für ihre Zukunft nur zwischen Deutschland und Russland liegt. Vielleicht fürchten sie, Oesterreich-Ungarn, dass ihr natürlicher Bundesgenosse gegen russische Bedrohung ist, von seinen furchtbareren Aussichten im Süden und Südosten noch einmal in die nordischen Wirren hineinzuziehen, die ihm niemals Glück gebracht haben und durch den Gegensatz gegen Russland und Deutschland zugleich, der daraus ungewollt entstehen würde, für seine Zukunftsaufgabe zu schwächen. Eine Verständigung zwischen den drei Mächten auf ihre Kosten wäre, wie schon einmal das natürliche Ende ! Auch könnten die gewichtigen militärischen Gründe, die für die Warschauerlinie sprechen / unsere jetzige Grenze gegen Polen ist politisch eine Minimalgrenze, militärisch nicht einmal das / dann über die politischen Bedenken die Oberhand bekommen,

und damit wäre die gefürchtete Teilung vielleicht mit Russland als Drittem, um die Sünde gemeinsam zu machen - da.

Sollte es nun so ganz undenkbar für einen jungen, von zukunftsreichen Zielen angezogen und herrschen am Beginn einer vermutlich langen Regierung sein, so wie er nach innen nicht für den Tat, sondern das Jahrhundert - und daran Stein für Stein - zu bauen anfängt, in der ganz anderen Gesetzen unterliegenden auswärtigen Politik vielmehr mit kühnen Entschlossenheit in Lassen und Ergreifen und mit maximalen Bewusstsein, die weltgeschichtliche Wendung nach dem Balkan zu vollziehen, wohin das immer steckende und tastende Oesterreich seit Prinz Eugen das Schicksal vernehmlich ruft. Wenn wir - was nach den russischen Ereignissen möglich wird - mit unseren besten Blute Serbien und Montenegro und zugleich ganz Buxänien mit Bessarabien zwischen Donau und Dniestr für die unmittelbare Herrschaft der Habsburger erobern und erhalten helfen, ist dann ein Verzicht auf das polnische Galizien zu Gunsten eines selbständigen Polen, auch wenn dieses mit Preussen in Personalunion ist, für immer unmöglich? Innere Rücksichten, auch die auf Ungarn, konnten dagegen nicht entscheiden ins Gewicht fallen, ~~da~~ für dieses auf jeden Fall - zur Not durch Gewährung noch grösserer Selbständigkeit - ein Ausgleich mit den gemässigt föderativen Ziele des neuen Kaisers in Oesterreich gefunden werden muss.

Ja, und doch weitere Ausblicke in unabschbare Fernen eröffnen sich hier für die österreichische Politik. Zwei Fragen, die polnische und die ukrainische müssen mit ihren Lösungen die Zukunft des europäischen Osten und damit von ganz Europa bestimmen. Das Wirken für beide auf einmal ist nun durch die Natur der Dinge ausgeschlossen, wenn es auch nebeneinander und ohne ~~Wah~~ unüberbrückbaren Gegensatz erfolgen kann. Oesterreich hat selber vor dem Kriege diese Erfahrung gemacht, indem es mit der Beginnenden Begünstigung der Ruthenen die Polen verstimmt und die Russen wohl gereizt hat, aber ohne ihnen wirklich ge-

fährlich zu werden. Hier ist also für die Zukunft eine Art von Arbeitsteilung zwischen den Verbündeten nötig, sie müssten endgültig zwischen der Verfechtung der polnischen und ukrainischen Ansprüche wählen. Da Preussen nun gar kein, Oesterreich aber in seinem am besten östlich von Lemberg von dem polnischen Anteil abzutrennenden ruthenischen Ostgalizien einen höchst wirksamen Hebel zur Einwirkung auf die ganze Ukraine besitzt, würde ihm diese Aufgabe naturgemäss zufallen. Wenn auch in diesem Kriege trotz der neuen Aussichten durch die russische Revolution eine Befreiung der ganzen Ukraine kaum in Frage kommt, ist ein Ausgang denkbar, der zwar die grosse Masse der Ukrainer bei Russland lässt, daneben aber in einem neuen, Podolien und dem grössten Teil Volhyniens umfassenden seinen Namen besser, als das jetzige verdienende Galizien unter österreichischer Herrschaft einen immer glühenden Herd für die selbständige geistige Entwicklung des ukrainischen Gesamtvolkes schafft. Mögliche Befürchtungen der Ungarn wegen ihrer halbem Willen Ukrainer könnten nicht ins Gewicht fallen, da die Karpathen eine unverrückbare Naturgrenze bilden und ein ganzk werdendes Volk noch weniger als ein geschichtliches - auch nicht den Polen gegenüber - ob alle Gleichsprachigen Ansprüche erheben würde, oder könnte. Für eine weitere Zukunft aber zeigen sich hier Aussichten von einem Glanze, dass dagegen selbst die Balkanpolitik in den Hintergrund tritt. Eine Vereinigung von Oesterreich-Ungarn mit einer Grossukraine könnte sogar, selbst bei einer gleichzeitigen Union von Grosspolen mit Preussen, unsere Hifersucht erregen, wenn es nicht von je unsere Aufgabe gewesen wäre, für den von der Natur reicher gedeckten Tisch unserer Nachbarn durch bessere Zubereitung der Speisen - eine straffere Organisation unserer Gewinne - Ersatz zu suchen.

Wenn mancher den hier entwickelten Gedanken zu kühn oder abenteuerlich finden mag, wird vielleicht ein besser Unterrichteter darüber lachen, dass ich den vielleicht zweifel

haftesten Faktor - nämlich die Neigung der meistbeteiligten deutschen Stelle, auf diese Lösung einzugehen - ohne weiters als sicher in meine Rechnung einzustelle. Doch hatte ich an der Ueberzeugung fest, dass so wie die früher empfohlene Schaffung eines Königreichs der Vereinigten Niederlande mit Einschluss von Belgien im Westen, so im Osten die Personalunion zwischen Preussen und Polen sich immer mehr als der einfachste Ausweg und die gegebene Lösung für die beiden schwierigsten durch den Weltkrieg aufgeworfenen Fragen aufdrängen wird, und dass es jedenfalls Zeit ist, aus dem Durcheinander der Meinungen darüber heraus zu einer allgemeinen Uebereinstimmung zu gelangen, die einer etwa schon zirkulär feststehenden Politik unserer Regierung entweder zur Stütze oder im Notfall als Korrektiv dienen könnte.-

19. März

[1917]

.J.

Alexander Jodanis 27
